

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

69. Sitzung

Hannover, den 11. Dezember 1992

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 6509

Tagesordnungspunkt 22:

Mündliche Anfragen — Drs 12/4161 6509

Frage 1:

Abg. Klare (CDU) — Förderung von Gesamtschulinitiativen durch die Niedersächsische Landesregierung 6509

Klare (CDU) 6509

Wernstedt,

Kultusminister 6509, 6511, 6512

Frau Grundmann (CDU) 6511

Pörtner (CDU) 6511

Horrmann (CDU) 6512

Frau Vockert (CDU) 6512

Schneider (Salzgitter) (SPD) 6512

Frage 2:

Abg. Dorka (CDU) — Geplanter Nationalpark Harz 6512

Dorka (CDU) 6512, 6516, 6517

Griefahn,

Umweltministerin 6513, 6514,
6515, 6516, 6517

Schirmbeck (CDU) 6514, 6515

Meier (CDU) 6514, 6517

Frau Rasinski (CDU) 6515, 6516

Dr. Stratmann (CDU) 6515, 6516

Frau Zachow (CDU) 6516

Jordan (Grüne) 6517

Frage 3:

Abg. Frau Hoops (Grüne) — Stand der Ermittlungsverfahren gegen niedersächsische Firmen und Privatpersonen wegen unerlaubter Rüstungsexporte 6518

Tagesordnungspunkt 21b:

Zweite Beratung: **Weiterführung der Städtebauförderung** — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4050 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/4191 — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4197 6594

Krapp (CDU)	6594
Kuhlmann (CDU)	6595
Plaue (SPD)	6597
Küpker (FDP)	6598
Swieter, Finanzminister	6600
Gansäuer (CDU)	6604
Bruns (SPD)	6606
Hildebrandt (FDP)	6609
Frau Dr. Dückert (Grüne)	6612

Beschluß

Tagesordnungspunkt 24:

Erste Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung** — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/4140

Glogowski, Innenminister	6616
Sehrt (CDU)	6619
Rehkopf (FDP)	6622
Kempmann (Grüne)	6624
Bartling (SPD)	6626

Ausschußüberweisung

Nächste Sitzung

Anlagen zum Stenographischen Bericht

noch:

Tagesordnungspunkt 22:

Mündliche Anfragen — Drs 12/4161

Anlage 1

Zustimmung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu der mit hoher Priorität zu betreibenden Errichtung und Inbetriebnahme eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung

Antwort des Ministerpräsidenten auf die Frage 5 des Abg. Grill (CDU)

Anlage 2

Verschlechterung der Berufsperspektiven von Schülerinnen und Schülern durch kurzfristigen Wegfall des BGJ Wirtschaft und Verwaltung

Antwort des Kultusministeriums auf die Frage 7 des Abg. Kethorn (CDU)

Anlage 3

Arbeitsgruppe der OFD Hannover zur Bestandsaufnahme möglicher Umweltbelastungen im Übungsraum des Soltau-Lüneburg-Abkommens

Antwort des Umweltministeriums auf die Frage 8 der Abg. Frau Hoops (Grüne) ...

Vom Präsidium:

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsident	Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (Grüne)
Vizepräsident	Rehkopf (FDP)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführerin	Lübben (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführer	Rettig (SPD)
Schriftführer	Puls-Janssen (Grüne)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin	Pawelski (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführerin	Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Weber, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Neuber, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	
Kultusminister Wernstedt (SPD)	Staatssekretärin Jürgens-Pieper, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Henze, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt	
Umweltministerin Griefahn	Staatssekretär Horn, Niedersächsisches Umweltministerium
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	

Beginn: 9.01 Uhr.

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 69. Sitzung im 26. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit der Fragestunde — Tagesordnungspunkt 22 —. Danach setzen wir die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte fort. Am späten Nachmittag wird die zweite Beratung des Haushalts 1993 mit den Abstimmungen abgeschlossen. In der dritten Beratung soll der Haushalt 1993 dann verabschiedet werden. Danach folgen noch zwei Beratungspunkte. Die Sitzung wird gegen 20 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst wird erinnert.

Es folgen jetzt geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Es hat sich die Abgeordnete Frau Hartwig von der Fraktion der SPD entschuldigt.

Präsident Milde:

Ich rufe jetzt Punkt 22 auf:

Mündliche Anfragen — Drs 12/4161

Es ist jetzt 9.02 Uhr.

Wir kommen zur ersten Frage. Sie wird gestellt von dem Abgeordneten Klare und befaßt sich mit der

Förderung von Gesamtschulinitiativen durch die Niedersächsische Landesregierung

Herr Abgeordneter Klare, Sie haben das Wort.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Niedersächsische Kultusminister hat mit Schreiben vom 30. September 1992 die Bezirksregierungen angewiesen, zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter je Gesamtschulinitiative zu insgesamt vier zentralen Besprechungen im Kultusministerium einzuladen. Als Tagesordnungspunkte werden u. a. genannt: „Initiativen stellen sich vor: Stand, Probleme, Perspektiven“ sowie „Beratung und Unterstützung von Gesamtschulinitiativen aus der Sicht der Bezirksregierungen“. Das Kultusministerium verfügt weiter: „Für die an der

Besprechung teilnehmenden Landesbediensteten bitte ich, die Reisekosten zu übernehmen.“ Aus der dem Schreiben beigefügten „Aktuellen Liste der dem Niedersächsischen Kultusministerium bekannten Gesamtschulinitiativen“ geht hervor, daß es sich bei den Vertreterinnen und Vertretern von Gesamtschulinitiativen in der Mehrzahl um örtlich bekannte Lehrkräfte handelt.

Der Niedersächsische Ministerpräsident Schröder [SPD] hat in einem Interview mit der „Deister- und Weserzeitung“ erklärt: „Die Landesregierung will niemandem eine Gesamtschule aufdrücken. Der Wille der Eltern muß entscheidend sein, nicht etwa die ideologischen Vorstellungen einer Gewerkschaft oder der Schulbürokratie ... Ich bin dagegen“ — so Herr Schröder weiter —, „daß Bürokraten in Hannover festlegen, wo es ein Bedürfnis gibt. Und ich halte es für wenig glücklich, wenn aus dem Kultusministerium Anleitungen verschickt werden: Wie schafft man eine Gesamtschule? Alles Quatsch.“ So der Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung von Kohlenbach [CDU].)

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält sie es — vor allen Dingen angesichts dieser Aussage — für die Aufgabe der obersten Schulbehörde, Gesamtschulinitiativen durch zentrale Beratungsveranstaltungen zu unterstützen?
2. Warum zahlt sie Lehrerinnen und Lehrern, die eine Gesamtschulinitiative vertreten, Reisekosten für eine Beratungs- und Unterstützungsveranstaltung im Niedersächsischen Kultusministerium?
3. Trifft es zu, daß für die beiden Schulleiter der neu gegründeten Integrierten Gesamtschulen in Schaumburg und Hannover der Weg von der Gesamtschulinitiativgruppe über die Gesamtschulplanungsgruppe zur (kommissarischen) Schulleitung geführt hat?

Präsident Milde:

Die Fragen werden beantwortet vom Herrn Kultusminister. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Minister.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Niedersächsische Kultusministerium hat mit Schreiben vom 30. September 1992 die vier Bezirksregierungen gebeten, zu einer Besprechung mit je zwei Vertreterinnen oder/und Vertretern der einzelnen niedersächsischen Gesamtschulinitiativen aus den jeweiligen Regierungsbe-

Wernstedt

zirkeln einzuladen. Diese Besprechungen sind erforderlich, weil es aus Zeit- und Kapazitätsgründen nicht möglich ist, die Gesamtschulinitiativen einzeln zu beraten. Solche Besprechungen sind im übrigen eine pure Selbstverständlichkeit.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Sie finden als Einzel- oder Gruppenberatungen z. B. für Gymnasialvertreter, für Vertreter, die die Volle Halbtagschule einführen wollen, für Ganztagschulen, für Schulversuche u. v. a. statt. Der Kultusminister lädt persönlich z. B. auch Oberstudiendirektoren von Gesamtschulen und Gymnasien zu Gesprächen dieser Art ein.

Die in Frage stehenden vier Besprechungen haben am 17. November 1992 in der IGS Mühlenberg in Hannover, am 19. November 1992 in der Wilhelm-Bracke-Gesamtschule in Braunschweig, am 3. Dezember 1992 in der Bezirksregierung in Lüneburg und am 10. Dezember 1992 in der KGS Schinkel in Osnabrück stattgefunden.

Tagesordnungspunkte für diese Besprechungen waren jeweils:

1. Kultusministerium: Gesamtschulentwicklung und Schulgesetznovellierung — Informationen
2. Initiativen stellen sich selbst vor: Stand, Probleme, Perspektiven
3. Fragen der Gesamtschulinitiativen an die Bezirksregierung und das Kultusministerium
4. Beratung von Gesamtschulinitiativen aus der Sicht der Bezirksregierung
5. Verschiedenes

Es wurden keine Reisekosten für die Landesbediensteten gezahlt, die an den genannten vier Besprechungen teilgenommen haben.

Dem Schreiben an die Bezirksregierungen beigelegt war eine Liste der dem Niedersächsischen Kultusministerium bekannten Gesamtschulinitiativen; dabei war in der Regel je Gesamtschulinitiative nur eine Kontaktperson mit Anschrift angegeben. Aus dieser Liste ist jedoch nicht — wie der Abgeordnete Klare vorgibt — zu entnehmen, daß es sich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Gesamtschulinitiativen „in der Mehrzahl um örtlich bekannte Lehrkräfte“ handelt. Dies wollen — einem Bericht der „Nordwest-Zeitung“ vom 17. November 1992 über die Mitteilungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Horrmann, vor der Presse zufolge — CDU-Fraktionsmitarbeiter herausgefunden haben. Zu fragen ist allerdings, was dagegen

einzuwenden ist, daß sich „örtlich bekannte Lehrkräfte“ für die Errichtung von Gesamtschulen engagieren, zumal sich auch örtlich oder überregional bekannte Lehrkräfte — z. B. Gymnasiallehrer, die dem Philologenverband angehören — gegen die Errichtung von Gesamtschulen einsetzen. Diesen Lehrerinnen und Lehrern aus Gesamtschulinitiativen jedenfalls pauschal zu unterstellen, sie engagierten sich vor allem wegen kürzerer Arbeitszeit und günstigerer Beförderungschancen für die Gesamtschule, ist diskriminierend und entbehrt nicht einer gewissen Schabigheit.

(Beifall bei der SPD.)

In der Kleinen Anfrage wird ein Bezug zwischen der Einladung von Vertreterinnen und Vertretern der Gesamtschulinitiativen zu Besprechungen und einem Interview des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Schröder in der „Deister- und Weserzeitung“ vom 2. März 1992 herzustellen versucht. Dazu ist zweierlei festzustellen:

(Beifall bei der SPD.)

Erstens. In der am 27. März 1992 erfolgten mündlichen Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Klare zu dem genannten Interview, in dem der Niedersächsische Ministerpräsident u. a. zur Verschickung von Gesamtschulbroschüren durch das Kultusministerium Stellung genommen hatte, habe ich erklärt, daß eine flächendeckende Verschickung von Gesamtschulbroschüren problematisch wäre — und im übrigen auch nicht stattfindet —, wenn keine entsprechenden Anfragen vorlägen. Dieser Sachverhalt war aber nicht gegeben, da mit der Gesamtschulbroschüre einem erheblichen Bedürfnis vieler Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen nach Informationen über die Gesamtschule und über den Weg zur Errichtung einer solchen Schule entsprochen wurde. Im übrigen hat die CDU-Landtagsfraktion ja auch eine Nachfrage an einer erheblichen Zahl von Exemplaren im Kultusministerium gehabt. Nach dieser Klarstellung durch die mündliche Beantwortung der Kleinen Anfrage im Landtag ist es für mich unerfindlich, weshalb der Abgeordnete Klare auf dieses Zitat zurückgreift.

Zweitens. Falls mit der Wiedergabe dieses Zitats, Herr Kollege Klare, aber unterstellt werden sollte, die Durchführung von Besprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gesamtschulinitiativen durch Dezernenten der Bezirksregierungen bei Teilnahme von Referenten des Kultusministeriums bedeute, Gesamtschulen „von oben“ zu planen und jemandem eine Gesamt-

schule „aufzudrücken“, so ist diesbarer Unsinn;

(Beifall bei der SPD — Senff [SPD]: Ja-wohl!)

denn es ist weder rechtlich noch tatsächlich möglich, Gesamtschulen „von oben“ zu planen. Solche Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gesamtschulinitiativen finden statt, weil diese über Informationen durch die Gesamtschulbroschüre hinaus viele Fragen zu den Möglichkeiten der Errichtung einer Gesamtschule und zur Feststellung des Elternwillens haben.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die drei Fragen namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1: Die Landesregierung hält es für gerechtfertigt, daß von den Bezirksregierungen bei Teilnahme von Referenten des Kultusministeriums Besprechungen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gesamtschulinitiativen durchgeführt werden. Sie geht davon aus, daß an vielen — nicht an allen — Standorten, wie die Elternbefragungen von Schulträgern in Niedersachsen belegen, 25 bis 30 % der Eltern eine IGS und an manchen Standorten noch mehr eine KGS wünschen, so daß es angebracht ist, Gesamtschulinitiativen bei ihren Bemühungen um die Errichtung einer Gesamtschule zu beraten. Die Errichtung von Gesamtschulen bei Vorliegen eines qualifizierten Elternwillens und bei gegebener Leistungsfähigkeit des Schulträgers entspricht der niedersächsischen Politik der Gleichberechtigung von Gesamtschulen und Schulformen des gegliederten Schulsystems. Das bedeutet nicht eine Vernachlässigung der Schulformen des gegliederten Schulsystems und keine Bevorzugung von Gesamtschulen.

Zu 2: Die Lehrerinnen und Lehrer, die als Vertreterinnen und Vertreter von Gesamtschulinitiativen an den o. g. Besprechungen teilgenommen haben, haben keine Reisekosten erhalten. Die zunächst vorgesehene Übernahme von Reisekosten für Lehrerinnen und Lehrer durch die Bezirksregierungen ist aufgrund von Bedenken im Kultusministerium zurückgenommen worden.

Zu 3: Ja. Die personelle Kontinuität der teilnehmenden Lehrkräfte von der Initiativgruppe über die Planungsgruppe bis zum Gründungskollegium der Gesamtschule ist ein wichtiges Prinzip, wenn nicht die Vorarbeiten der Initiativgruppe bzw. der Planungsgruppe für die Praxis der beginnenden Gesamtschule in Frage gestellt werden sollen. Das bedeutet aber nicht, daß bei der Besetzung der Schulleiterstelle nicht eine Bewerberin oder ein Bewerber von außerhalb bei besserer Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gegenüber einer Bewerberin oder einem Bewerber

aus der Planungsgruppe den Vorrang erhält. Nach diesem Grundsatz wurde auch bei der Besetzung der Schulleiterstellen für die IGS Schaumburg bzw. die IGS Hannover-List verfahren. Auch der Herr Kollege Horrmann hat danach verfahren bei der Errichtung der Integrierten Gesamtschule II in Braunschweig.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Frau Grundmann, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Frau Grundmann (CDU):

Herr Minister, warum verzichten Sie nicht auf jegliche Hilfestellung für Gesamtschulinitiativen, und warum lassen Sie diese sich nicht ohne staatliche Hilfeleistung entwickeln?

(Lachen bei der SPD.)

Präsident Milde:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Wernstedt, Kultusminister:

Frau Grundmann, es ist selbstverständlich, daß die Landesregierung nicht nur Initiativen, sondern auch andere Bürgerinnen und Bürger berät, die Fragen zur Entwicklung des Schulsystems haben. Das muß nicht immer bedeuten, daß man sie positiv berät. Das bedeutet auch, daß man ihnen hin und wieder negative Ratschläge gibt, bestimmte Dinge zu unterlassen.

Präsident Milde:

Herr Kollege Pörtner!

Pörtner (CDU):

Herr Minister, warum sind Ihnen eigentlich die Bedenken, Gesamtschulinitiativen Reisekosten zu zahlen, erst nachträglich gekommen?

(Klare [CDU]: Als wir die Anfrage gestellt haben!)

Präsident Milde:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Wernstedt, Kultusminister:

Die Bedenken gegen die Zahlung richten sich natürlich auch gegen eine mögliche Inanspruchnahme anderer, die wir beraten und die eines Tages

Wernstedt

unter Berufung darauf, daß sie sich im Kultusministerium haben beraten lassen, Reisekosten fordern. Insofern haben wir uns in dem Moment, als uns das vorlag, dazu entschlossen, nur noch dann, wenn es sich um richtige, ganz normale dienstliche Veranstaltungen handelt, Reisekosten zu zahlen. Ich kann mir natürlich nicht jede einzelne Reisekostenabrechnung vorlegen lassen. Das wäre Unfug. Dafür sind die Behörden da.

Präsident Milde:

Herr Kollege Horrmann, Sie haben das Wort.

(Fasold [SPD]: Herr Horrmann, ich würde verzichten!)

Horrmann (CDU):

Sie werden sich erfreuen. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wernstedt, ist Ihnen bekannt, daß die Gesamtschulinitiative in Osterholz unter anderem auch deshalb scheiterte, weil den Eltern die Lehrer ortsbekannt waren?

Präsident Milde:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Kollege Horrmann, so etwas ist mir nicht bekannt. Die Unterstellung in Ihrer Frage würde ich lieber erst einmal nachprüfen, bevor ich hier dazu aus dem Handgelenk Stellung nehme.

Präsident Milde:

Frau Vockert!

Frau Vockert (CDU):

Herr Minister, wie kann es angehen, daß Sie einer integrierten Gesamtschule in Osterholz die Genehmigung erteilen wollen, obwohl Sie doch genau wissen, daß der Elternwille nicht durch den Schulträger, sondern durch eine durch Sie geförderte Gesamtschulinitiative festgehalten worden ist?

Präsident Milde:

Herr Minister!

Wernstedt, Kultusminister:

Frau Kollegin Vockert, die Elternbefragung in Osterholz-Scharmbeck ist nach meinen Informationen notariell beglaubigt. Insofern bezweifle ich nicht, daß sie richtig ist.

Präsident Milde:

Herr Kollege Schneider, Sie haben das Wort.

(Pörtner [CDU]: Jetzt kommt der Entlastungsangriff!)

Schneider (Salzgitter) [SPD]:

Herr Minister, anknüpfend an die Frage von Herrn Horrmann:

(Klare [CDU]: Können Sie bestätigen?)

— Danke, Herr Klare. — Können Sie bestätigen, oder haben auch Sie den Eindruck, daß die vorherige Landesregierung unter anderem deshalb gescheitert ist, weil der damalige Kultusminister nicht nur orts-, sondern landesweit bekannt war?

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD.)

Präsident Milde:

Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Kollege Schneider, ich kann diesen Zusammenhang nicht ausschließen.

Präsident Milde:

Nach dieser erschöpfenden Beantwortung kommen wir zur Frage 2:

Geplanter Nationalpark Harz

Sie wird gestellt vom Abgeordneten Dorka. Herr Kollege Dorka, Sie haben das Wort.

Dorka (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Abgrenzung des geplanten Nationalparks Harz haben die Staatssekretäre des Umwelt-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums einen Vorschlag unterbreitet, dessen Zustandekommen nicht nachvollziehbar ist und der eigentlich erst das Ergebnis eines Abwägungsprozesses auf der Grundlage eines umfassenden Gutachtens zur Erarbeitung einer Nationalparkverordnung sein sollte, das der Landtag mit seinem einstimmigen Beschluß vom 23. Januar 1992 eingefordert hat.

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt sie die Auffassung der Niedersächsischen Umweltministerin, die mir auf mein diesbezügliches Schreiben mitgeteilt hat, daß unter anderem die von der Landesregierung erstellten Bestandsaufnahmen Tourismus, Wirtschaft, Verkehr und

Naturschutz das vom Niedersächsischen Landtag geforderte „umfassende Gutachten“ darstellen?

2. Falls ja: Ist sie der Meinung, daß diese Bestandsaufnahmen den vom Landtag aufgestellten Forderungen genügen, wonach das in Frage stehende Gutachten enthalten soll

— Aussagen über die in einen Nationalpark einzubeziehenden Flächen;

— eine umfassende Analyse der Naturschutzsituation im Harz im Zusammenhang mit allen bestehenden Nutzungskonflikten;

— ein gemeinsam mit den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen zu erarbeitendes integratives Verkehrskonzept (Schiene- und Straßenverkehre, Rad- und Fußgängerverkehre) unter Beteiligung der neun betroffenen Landkreise;

— Aussagen über die wirtschaftsfördernden Effekte einer Nationalparkausweisung im touristischen Bereich und im Fremdenverkehrsbereich, im Bau- und Infrastrukturbereich sowie im Kulturbereich;

— Aussagen über die Anforderungen an die Forstwirtschaft im Rahmen der erforderlichen Waldumbaumaßnahmen in den unterschiedlichen Zonen eines künftigen Nationalparks;

— Aussagen über die notwendigen Maßnahmen gegen das Waldsterben im Harz und die fortschreitende Versauerungsfront der Harzer Böden;

— Empfehlungen zur Lage, zum Aufbau und zur Trägerschaft von Informations- und Bildungseinrichtungen des künftigen Nationalparks Harz;

— Aussagen über die Notwendigkeit zur Beseitigung der bestehenden militärischen Anlagen und Rüstungsalasten im ehemaligen Grenzgebiet;

— auf der Basis des seit Jahren laufenden Forschungsprogramms „Harzer Bergwiesen“ Aussagen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten?

3. Falls nein: Wann beabsichtigt die Landesregierung das vom Landtag geforderte Gutachten vorzulegen?

Präsident Milde:

Die Fragen werden beantwortet von Frau Ministerin Griefahn. Frau Ministerin, ich erteile Ihnen das Wort.

(Schirmbeck [CDU]: Guten Morgen, Frau Ministerin!)

Griefahn, Umweltministerin:

Guten Morgen, Herr Schirmbeck! — Guten Morgen, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Er hat mich persönlich begrüßt. Entschuldigen Sie bitte, Herr Präsident. Ich hoffe, Sie nehmen es mir — — —

Präsident Milde:

Ich sehe das ein, Frau Ministerin. Sie konnten gar nicht anders handeln, wenn Sie höflich sein wollten.

Griefahn, Umweltministerin:

Ich danke Ihnen. — Die Auffassung des Herrn Abgeordneten Dorka, der Vorschlag zur Abgrenzung des geplanten Nationalparks Harz, den die Staatssekretäre des Umwelt-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsministeriums erarbeitet haben, sei nicht nachvollziehbar, kann die Landesregierung nicht teilen.

Wie Sie wissen, hat der Niedersächsische Landtag die Landesregierung im Januar mit seiner einstimmig angenommenen Entschließung zur Einrichtung eines Nationalparks aufgefordert. Es wurde auch dazu aufgefordert, ein umfassendes Gutachten zu erstellen, wie Sie gesagt haben. Es soll Grundlage einer entsprechenden Nationalparkverordnung sein, die internationalen Kriterien entspricht.

Dieses umfassende Gutachten haben die zuständigen Dienststellen der Landesregierung im Rahmen mehrerer Bestandsaufnahmen inzwischen vorgelegt. Auf dieser Basis wurde der angesprochene Abgrenzungsvorschlag der Staatssekretäre abgestimmt. Für die Landesregierung ist das Zustandekommen des Abgrenzungsvorschlages daher sehr gut nachvollziehbar. Die Landesregierung ist in der Tat der Meinung, daß diese Bestandsaufnahmen den Forderungen genügen, die vom Landtag aufgestellt wurden. Zu den einzelnen Bereichen stehen aber noch Gutachtenergebnisse aus, die allerdings für die Einrichtung des Nationalparks keine Voraussetzung sind. Dabei handelt es sich um ein integratives Verkehrskonzept, Aussagen über wirtschaftsfördernde Effekte einer Nationalparkausweisung sowie Empfehlungen zur Lage, zum Aufbau und zur Trägerschaft von Informations- und Bildungseinrichtungen des zukünftigen Nationalparks Harz.

Der aktuelle Sachstand sieht wie folgt aus: Ein Konzept für eine integrierte Verkehrsplanung Harz ist von der Arbeitsgemeinschaft der Landkreise in der Harzregion mit finanzieller Unter-

Frau Griefahn

stützung des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums in Auftrag gegeben worden. Es sollte ursprünglich Ende 1992 vorliegen. Aber aufgrund der Schwierigkeiten, die Erhebungen abzuschließen, weil sich ständig etwas im Ost-West-Verkehr geändert hat, wird sich das etwas verzögern. Wir sehen darin allerdings kein Problem für die konkrete Nationalparkplanung. Die Verkehrskonzeption betrifft nämlich den gesamten Harz. Der Nationalpark wird aber im Verhältnis dazu nur eine vergleichsweise geringe Fläche des Harzes einnehmen. Die aktuellen Verkehrsprobleme sind eigener Natur und eben nicht durch den Nationalpark begründet, wie wir wissen. Ost-West-Verkehr gab es vorher nicht.

Konkrete Aussagen über die wirtschaftsfördernden Effekte einer Nationalparkausweisung sind erst mit Abschluß der Planungen möglich. Vorbereitende Arbeiten sind dafür aber schon in Auftrag gegeben worden. Wir haben das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr an der Universität München mit einer Expertise zu dem Thema beauftragt, die heißt: Beurteilung der Perspektiven einer touristischen Entwicklung im Umfeld des geplanten Nationalparks Harz, abgeleitet aus der Entwicklung von Regionen mit Nationalparks bzw. großräumigen Schutzgebieten in Deutschland. Zusätzlich wird eine spezielle, auf die Region bezogene Studie erarbeitet, die den Titel trägt: Geplanter Nationalpark Harz, Perspektiven und Chancen einer erfolgreichen touristischen Entwicklung am Beispiel der Bergstadt St. Andreasberg.

Die Konzeption für Informations- und Bildungseinrichtungen wird dann entwickelt, wenn die Grenzen des Nationalparks endgültig feststehen. Erst dann können diese Einrichtungen dem Nationalparkgebiet zugeordnet werden. Dies wird in Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschehen.

Für Aussagen über die Anforderungen an die Forstwirtschaft und Maßnahmen gegen das Waldsterben liegen bereits ausreichende Unterlagen seitens der Forstverwaltung vor.

Was die Notwendigkeit der Beseitigung bestehender militärischer Anlagen und Rüstungsaltslasten im ehemaligen Grenzgebiet betrifft, so ist auf der niedersächsischen Seite kein Gutachten erforderlich. Für Sachsen-Anhalt mag das anders aussehen. Das machen unsere Kollegen drüben.

Das Thema Harzer Bergwiesen wird im Rahmen der weiteren Nationalparkplanung nicht behandelt, da die Bergwiesenkomplexe nicht Bestandteile des Nationalparks sein werden, sondern ein eigenes Naturschutzgebiet darstellen.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Worte zum Zeitrahmen sagen. Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode einen Nationalpark Harz auszuweisen. Hierfür stehen, vom Tage der Entschließung an gerechnet, zwei Jahre zur Verfügung. Wenn man sich das überlegt, ist das ein sehr kurzer Zeitraum für ein Vorhaben, das nach dem Willen des Landtags mit der Öffentlichkeit vorbereitet werden soll und für das dann auch noch das Unterschutzstellungsverfahren nach dem Niedersächsischen Naturschutzgesetz durchgeführt werden muß. Die Landesregierung stellt sich dieser Herausforderung und will die Anforderungen mit ihrer Vorgehensweise entsprechend der Entschließung erfüllen. Wir gehen davon aus, daß wir Anfang 1994 den Nationalpark ausgewiesen haben werden. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Schirmbeck, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, können Sie mir den Unterschied zwischen einem Biosphärenreservat und einem Nationalpark erklären?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Ein Biosphärenreservoir ist eine Schutzkategorie, die es nach den IUCN-Kriterien gibt, die das deutsche Naturschutzrecht jedoch nicht als Kategorie vorsieht. Deswegen können wir dies hier nicht als gesetzlichen Begriff anwenden.

(Beifall bei der SPD. — Schirmbeck [CDU]: Das war nicht die Frage!)

Präsident Milde:

Herr Kollege Meier, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Meier (CDU):

Frau Ministerin, gibt es Überlegungen, die Grenzen des Nationalparks über den Staatssekretärvorschlag hinaus zu vergrößern, und welche Gründe gibt es dafür?

Griefahn, Umweltministerin:

Viele vor Ort, Umweltverbände oder andere Initiativen, haben verschiedene Vorschläge gemacht. Es würde hier jedoch den Rahmen sprengen, wenn ich Ihnen im einzelnen vortragen wollte, welche Begründungen damit verbunden sind. Die Landesregierung hat den Staatssekretärskompromiß vorgelegt. Was am Ende tatsächlich dabei herauskommen wird, das wird die Diskussion in der Region über den Verordnungsentwurf zeigen.

Präsident Milde:

Frau Kollegin Rasinski!

Frau Rasinski (CDU):

Frau Ministerin, warum hat die Landesregierung eigentlich einen Staatssekretärsvorschlag in die Diskussion gebracht, ohne eine eigene politische Entscheidung zu treffen?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Die Landesregierung wird in Kürze einen Verordnungsentwurf vorlegen, der dann Grenzen und Details der gesamten Verordnung zum Inhalt haben wird, worüber dann auch wieder in der Region diskutiert werden wird. Das wird dann der Vorschlag der Landesregierung sein. Der muß allerdings erst einmal auf der Grundlage eines abgestimmten Vorschlags der verschiedenen Ressorts erarbeitet werden.

Präsident Milde:

Herr Dr. Stratmann!

Dr. Stratmann (CDU):

Guten Morgen. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, da der Einrichtungsplan vermutlich Zonierungen enthalten wird, frage ich Sie, ob Sie dem Haus in aller Kürze darlegen können, welche Zonierungen in welcher Größe das sind.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: In aller Kürze!)

Präsident Milde:

Frau Ministerin, bitte sehr!

Griefahn, Umweltministerin:

Nein.

(Waike [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Schirmbeck, Sie haben das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage.

Schirmbeck (CDU):

Frau Ministerin, wenn ich mir diese Kritik erlauben darf:

(Zurufe von der SPD: Nein! Frage!)

Mit Ihrer Antwort auf meine erste Frage war ich nicht einverstanden. Deshalb frage ich Sie erneut. Ich möchte die sachlichen Abgrenzungsunterschiede zwischen einem Nationalpark und einem Biosphärenreservoir kennenlernen.

(Zuruf von der SPD: Naturschutzgesetz!)

Präsident Milde:

Ich setze jetzt ein Fragezeichen dahinter. — Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

(Unruhe bei der SPD.)

— Das war ein Stoßseufzer. Aber ich muß ihn nach der Geschäftsordnung mit einem Fragezeichen versehen; denn es handelt sich hier um eine Fragestunde.

Griefahn, Umweltministerin:

Nochmals: Das Biosphärenreservoir hat keine Schutzmöglichkeiten im deutschen Recht. Deswegen ist es hier nicht sachlich anwendbar.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Runder Tisch!

— Thümmler [CDU]: Das wollen wir doch gar nicht wissen! Wir wollen den Unterschied zwischen einem Nationalpark und einem Biosphärenreservoir wissen! Keine Ahnung! — Köneke [SPD]: Andere Leute nehmen sich selber ein Buch zur Hand! — Lachen bei der SPD. — Schirmbeck [CDU]: Udo, wir können doch nicht lesen!)

Präsident Milde:

Frau Kollegin Rasinski, Sie haben das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage.

(Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

— Meine Damen und Herren, Frau Rasinski hat das Wort, niemand anderes hier im Hause!

Frau Rasinski

Frau Rasinski (CDU):

Frau Tewes, Sie haben mir gerade ein gutes Stichwort gegeben: Runder Tisch. Ich möchte von Ihnen, Frau Ministerin Griefahn, gern folgendes wissen: Wenn Ihr eigener Vorschlag vorliegen wird, wird dieser Vorschlag dann auch vor Ort mit den Beteiligten und Betroffenen am Runden Tisch diskutiert werden, und — — —

Präsident Milde:

Halt! Stopp! Das war die zweite Zusatzfrage.

Frau Rasinski (CDU):

Nein, das gehört dazu, Herr Präsident.

Präsident Milde:

Nein! Liebe Frau Rasinski, Sie hatten vorhin bereits eine Zusatzfrage. Das war jetzt schon die zweite. Wir müssen weiterkommen. Sie müssen sich das vorher besser überlegen.

Griefahn, Umweltministerin:

Ich hatte bereits gesagt, daß der Verordnungsentwurf der nächste Schritt ist, der den Beteiligten und Betroffenen vor Ort dann vorgelegt und mit ihnen diskutiert werden wird.

Präsident Milde:

Herr Dr. Stratmann, Sie haben das Wort zu einer zweiten Zusatzfrage.

(Heiterkeit.)

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Präsident, ich bedanke mich für die Belehrung; aber bis zwei zählen kann ich noch.

(Rettich [SPD]: Ehrlich?)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, können Sie mir sagen, weshalb für einen länderübergreifenden Nationalpark nicht der Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen/Sachsen-Anhalt für die Abgrenzung berücksichtigt worden ist?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. — Herr Dr. Stratmann, ich war schon davon überzeugt, daß Sie das können, aber Sie haben das jetzt auch bewiesen.

(Heiterkeit.)

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Dr. Stratmann, ich bin gern bereit, den Vorschlag, den ich nicht kenne, in unserem Hause zur Diskussion zu stellen. Der Verordnungsentwurf ist ja noch nicht abgeschlossen. Bitte überreichen Sie ihn mir, dann können wir ihn einarbeiten.

Präsident Milde:

Herr Kollege Dorka, Sie haben das Wort.

Dorka (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Teilt die Landesregierung die Auffassung des Landwirtschaftsministers, der zu dem Vorschlag der Umweltverbände folgendes sagte:

„Den geforderten Größenvorstellungen nachzugeben, bedeutet Mißachtung aller berechtigten Interessen im Harz, Naturschutz zu Lasten der Harzer Bevölkerung und letztlich Etikettenschwindel am Begriff des Nationalparks.“

(Frau Tewes-Heiseke: Welcher Landwirtschaftsminister war das denn?)

Präsident Milde:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Die Landesregierung hat sich noch keine abschließende Meinung gebildet. Das wird sie tun, wenn der Verordnungsentwurf behandelt wird.

Präsident Milde:

Frau Kollegin Zachow, Sie haben das Wort.

Frau Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Frau Ministerin, nachdem Sie nun erklärt haben — das war eindeutig beantwortet —, daß das Biosphärenreservat rechtlich hier in Deutschland gar nicht vorhanden ist, wäre es Ihnen möglich, mir in Zusammenarbeit mit Herrn Köneke ein Buch zu präsentieren, in dem ich dieses rechtlich nicht vorhandene Gebiet nachvollziehen kann, damit ich weiß, wie es im Unterschied zum Nationalpark aussieht?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, bitte schön!

Griefahn, Umweltministerin:

Unser Haus kann Ihnen gern die Richtlinien bzw. die Vorschläge des IUCN zur Verfügung stellen.

(Schirmbeck [CDU]: Sie braucht es in Prosa!)

— In Prosa? Wir schauen mal, ob wir so etwas finden können. Die Frage ist: Können Sie auch Englisch? — Ja? Dann ist es wahrscheinlich einfacher, weil das aus der englischen Literatur kommt.

(Schirmbeck [CDU]: Ich kann sogar Plattdeutsch!)

Präsident Milde:

Es ist Weihnachten, dann dürfen auch Bücher verschenkt werden.

Jetzt hat das Wort zu einer Zusatzfrage Herr Kollege Dorka.

Dorka (CDU):

Frau Ministerin, teilt die Landesregierung die Auffassung des vom Landesamt für Ökologie beauftragten Clausthaler Geochemikers — gestern in der HAZ nachzulesen —, daß durch Umweltschäden entwaldete Flächen, deren Böden als Sondermüll entsorgt werden sollten, besonders eindrucksvolle Beispiele der Konsumgesellschaft für Nationalparke sind?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, ob Sie es verstanden haben oder nicht, Sie müssen trotzdem hierher kommen. Bitte schön!

(Auditor [SPD]: Das ist das Schicksal, wenn man Minister wird! — Heiterkeit.)

Sie können ja selbst die Fragestunde mit einer Frage eröffnen.

Griefahn, Umweltministerin:

Ich habe den Inhalt der Frage nicht ganz verstanden.

(Auditor [SPD]: Wir auch nicht! — Schirmbeck [CDU]: Die Frage nicht verstehen, aber die richtige Antwort geben, das ist entscheidend!)

— Interessant, das ist ein guter Tip. — Sagen Sie es bitte noch einmal.

(Dorka [CDU]: Das Landesamt für Ökologie hatte ja einen Clausthaler Geochemiker beauftragt, festzustellen, was im Harz ist.

Der hat gesagt, daß die entwaldeten Flächen des Ackers besonders geeignete Flächen für einen Nationalpark seien, weil sie eindrucksvolle Beispiele für die Konsumgesellschaft seien!)

— Der Nationalpark kann sich aus ganz verschiedenen Flächen zusammensetzen. Das ist sicherlich auch ein Denkmal. In der „Spiegel“-Dokumentation zum Waldsterben ist der „Acker“ ja abgebildet.

Präsident Milde:

Herr Kollege Meier, Sie möchten noch eine zweite Zusatzfrage stellen.

Meier (CDU):

Frau Ministerin, können Sie mir erklären, warum eine Anfrage des Kollegen Dorka vom 5. August bis heute noch nicht beantwortet worden ist, obwohl die Antwort eigentlich die Voraussetzung für die Abgrenzung sein sollte?

(Biel [SPD]: Das liegt an der Qualität der Frage!)

Präsident Milde:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Diese Anfrage bestand aus 20 Fragen. Es war also eher eine Große Anfrage. Die Antwort mußte mit anderen Ressorts abgestimmt werden. Das hat etwas länger gedauert. Im Moment findet die Abstimmung mit den anderen Ressorts statt.

(Schirmbeck [CDU]: Immer noch?)

Präsident Milde:

Herr Kollege Jordan!

(Schirmbeck [CDU]: Habt ihr in Hannover auch einen Nationalpark?)

Jordan (Grüne):

Eilenriede! — Frau Ministerin, können Sie bestätigen, daß die Flächen im Dreieck Sieber — Herzberg — Bad Lauterberg zu den hochwertigsten und schützenswertesten Flächen im Harz zählen?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, bitte sehr!

Griefahn, Umweltministerin:

Diese Fläche ist schützenswert. Wir haben uns aber noch keine abschließende Meinung darüber

Frau Griefahn

gebildet, ob sie deswegen einbezogen werden muß oder nicht. Auch in anderen Teilen Niedersachsens haben wir sehr schützenswerte Flächen. Wie gesagt, das ist in abschließenden Diskussionen noch zu klären.

(Jordan [Grüne]: Ich wollte Ihre Meinung hören!)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Frage 3. Sie wird von der Abgeordneten Frau Hoops gestellt. Die Abgeordnete fragt nach dem

Stand der Ermittlungsverfahren gegen niedersächsische Firmen und Privatpersonen wegen unerlaubter Rüstungsexporte

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Januar 1992 führte Wirtschaftsminister Dr. Fischer in Beantwortung einer Anfrage von mir aus, daß in Niedersachsen fünf Strafverfahren, acht Bußgeldverfahren und 21 Außenwirtschaftsprüfungen wegen möglichen Verstoßes gegen das von den Vereinten Nationen verhängte Irak-Embargo eingeleitet worden sind. Davon waren zu Beginn des Jahres zwei Strafverfahren, sechs Bußgeldverfahren und sieben Außenwirtschaftsprüfungen noch nicht abgeschlossen.

Neben diesen möglichen Verstößen gegen das Irak-Embargo kam es im laufenden Jahr wiederholt zu presseöffentlichen Vorwürfen gegen niedersächsische Firmen, unerlaubt Rüstungsgüter exportiert zu haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der gegenwärtige Stand der oben erwähnten Ermittlungsverfahren bzw. der Verfahren nach dem Außenwirtschaftsgesetz wegen möglichen Verstoßes gegen das Irak-Embargo?
2. Gegen wie viele und welche Firmen oder Privatpersonen aus Niedersachsen wird darüber hinaus gegenwärtig wegen eines möglichen Verstoßes gegen das AWG oder Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt?
3. Welche niedersächsischen Firmen oder Privatpersonen sind in den vergangenen drei Jahren rechtskräftig wegen Verstoßes gegen das AWG oder KWKG zu welchen Strafen verurteilt worden?

Präsident Milde:

Die Fragen werden von Herrn Minister Dr. Fischer beantwortet. Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die von Ihnen, Frau Abgeordnete Hoops, gestellten Fragen beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Ich möchte vorausschicken, daß über die von mir nachfolgend gemachten Angaben hinaus eine detaillierte Beantwortung der Kleinen Anfrage nicht möglich ist, da den beteiligten Staatsanwaltschaften bzw. der Oberfinanzdirektion die entsprechenden Angaben nicht zur Verfügung stehen bzw. sie nur mit einem nicht zu leistenden Arbeitsaufwand zu ermitteln wären. Hierzu müßten zum Beispiel alle Register bei den elf niedersächsischen Staatsanwaltschaften einzeln ausgewertet werden. Auch die bei einigen großen Staatsanwaltschaften vorhandenen Datenverarbeitungssysteme ermöglichen, wie mir das Justizministerium mitteilt, keinen lückenlosen Überblick. Es kann aber — das möchte ich unterstreichen — festgestellt werden, daß bei allen Außenwirtschaftsprüfungen stets darauf geachtet wird, ob die entsprechenden Firmen gegen Embargobestimmungen verstoßen haben.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, daß Namen der beteiligten Firmen bzw. Privatpersonen in der Regel nur nach einer rechtskräftigen Verurteilung in der Hauptverhandlung genannt werden können. Selbst dann muß jedoch im Einzelfall das Interesse der Öffentlichkeit an der Information das Schutzbedürfnis des Verurteilten überwiegen. Während des Ermittlungsverfahrens werden persönliche Daten der Beschuldigten grundsätzlich nicht preisgegeben. Im übrigen ist auch die Strafvorschrift über die Verletzung des Privatgeheimnisses zu beachten. Deshalb können, Frau Abgeordnete Hoops, über den bereits in der Beantwortung Ihrer Anfrage vom 24. Januar 1992 namentlich genannten Fall einer Verurteilung nach dem Außenwirtschaftsgesetz hinaus Namen von mir heute nicht genannt werden. Bei den nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz verfolgten Fällen, die nachfolgend von mir genannt werden, lassen sich aufgrund der dem Justizministerium vorliegenden statistischen Angaben ebenfalls die Verfahren nicht identifizieren.

Ich komme nun zur Beantwortung der einzelnen Fragen. Die Fragen 1 und 2 möchte ich gemeinsam beantworten.

Von den von mir im Januar genannten Strafverfahren ist noch eines bei der Staatsanwaltschaft anhängig. Von den genannten Bußgeldverfahren sind zwei noch nicht abgeschlossen.

Nach Angaben der Oberfinanzdirektion sind 26 Außenwirtschaftsprüfungen noch nicht abgeschlossen. Die sieben Verfahren, von denen ich im Januar sprach, konnten ohne Beanstandung abgeschlossen werden. Weiter sind 14 Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften und der OFD wegen eines möglichen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz anhängig.

Zu Frage 3: Aus der niedersächsischen Strafverfolgungsstatistik geht hervor, daß in den Jahren 1989 bis 1991 in Niedersachsen 13 Personen wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und zwei Personen nach dem Außenwirtschaftsgesetz rechtskräftig verurteilt wurden.

Dazu im einzelnen: 1989 wurde keine Person wegen eines Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz verurteilt. Drei Personen sind dagegen wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz bestraft worden. Eine Person erhielt eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten zur Bewährung. Die beiden anderen Personen wurden zu Geldstrafen bis zu zehn Tagessätzen bzw. 20 und 50 Tagessätzen verurteilt.

1990 wurde ebenfalls keine Person wegen eines Vergehens gegen das Außenwirtschaftsgesetz verurteilt. Im genannten Jahr wurden dagegen vier Personen wegen Vergehens gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt, und zwar in einem Fall zu Geldstrafen zwischen zehn und 20 Tagessätzen und in einem anderen Fall zwischen 50 und 100 Tagessätzen. Zwei Jugendliche wurden mit jugendrichterlichen Maßnahmen belegt.

Für 1991 weist die Statistik zwei Verurteilungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz zu Geldstrafen zwischen 50 und 100 Tagessätzen aus. Die Statistik enthält ferner sechs Verurteilungen wegen Vergehens gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Darunter sind vier Verurteilungen zu Freiheitsstrafen und zwei Verurteilungen zu Geldstrafen. In einem Fall wurde auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten zur Bewährung, in einem weiteren Fall auf Freiheitsstrafe zwischen neun Monaten und einem Jahr zur Bewährung und in zwei Fällen auf Freiheitsstrafe zwischen einem und zwei Jahren zur Bewährung erkannt. Zwei weitere Verurteilte wurden mit Geldstrafen bis zu zehn Tagessätzen bzw. zwischen zehn und 15 Tagessätzen bestraft.

Dem Justizministerium ist 1992 bisher über ein Verfahren berichtet worden, in dem zwei Be-

schuldigte durch Strafbefehl zu Geldstrafen zu 90 Tagessätzen zu 600 DM bzw. 350 DM verurteilt worden sind. Weiter wurden zwei Bußgeldverfahren mit der Festsetzung von Bußgeldern in Höhe von 15 000 DM bzw. 2 000 DM abgeschlossen.

Präsident Milde:

Wir kommen zur Frage 4. Sie wird von der Abgeordneten Frau Kopp gestellt und befaßt sich mit dem Thema:

Rücklagen und Einnahmenüberschuß bei der Caritas-Sozialstation Lingen

Frau Kopp, Sie haben das Wort.

Frau Kopp (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer Beschlußvorlage der Stadt Lingen vom 5. November 1992 geht es um die Rückforderung von Zuschüssen, die die Stadt Lingen der Caritas-Sozialstation zu den Betriebskosten gewährt hat. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Sozialstation über eine Rücklage in Höhe von 599 533,77 DM verfügt und somit eine Überdeckung vorhanden ist.

Der Landesrechnungshof hatte bereits 1987 in vielen Fällen einen Förderüberschuß festgestellt und die Bezirksregierungen mit der Überprüfung der Einnahmesituation von Sozialstationen beauftragt.

Nach den Empfehlungen zur Einrichtung von Sozialstationen in Niedersachsen ist eine Kostendeckung anzustreben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft diese Darstellung zu?
2. Warum lehnt die Bezirksregierung Weser-Ems erst mit Bescheid vom 22. Mai 1992 die Gewährung der Landeszuwendungen ab und fordert die bereits ausgezahlten Zuwendungen von der Caritas-Sozialstation zurück?
3. Wie und wann wird die Landesregierung die Richtlinien zur Einrichtung von Sozialstationen dahin gehend ändern, daß sie nicht nur reinen Empfehlungscharakter haben?

Präsident Milde:

Die Frage wird beantwortet vom Herrn Sozialminister. Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

Hiller

Hiller, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wissen, daß der Landesrechnungshof bei der Prüfung der Jahresrechnung 1987 festgestellt hat, daß Sozialstationen in einigen Fällen Überschüsse erzielt haben, die das zulässige Maß überschreiten. Dies betrifft aber nicht die Mehrzahl der Sozialstationen. Nach dem Prüfbericht des Landesrechnungshofs hatten von den zu dieser Zeit bestehenden 263 Sozialstationen lediglich 62 Überschüsse erzielt. Bei 16 Sozialstationen hielt der Landesrechnungshof den Überschuß für so bedeutend, daß er Gegenmaßnahmen empfahl. Unmittelbar berührt vom Rechnungshofgutachten waren damit nur rund 6 % aller Sozialstationen. Der Überschuß dieser Stationen hat sich zwischen 26 000 und 146 000 DM bewegt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die einzelnen Fragen wie folgt:

Zu 1: Ja.

Zu 2: Die Zuwendungen für 1989 in Höhe von rund 99 000 DM und 1990 in Höhe von rund 49 000 DM konnten erst im Mai 1992 zurückgefordert werden, da erst zu diesem Zeitpunkt feststand, daß der Sozialstation die Zahlungen nicht zustanden.

Voraussetzung für eine Rückforderung von Zuschüssen ist nach dem Erlaß meines Hauses vom 13. Januar 1984, daß dauerhaft Überschüsse erwirtschaftet werden. Bei der Prüfung des Verwendungsnachweises für das Jahr 1989 der Caritas-Sozialstation Lingen ist erstmals ein Einnahmeüberschuß von knapp 260 000 DM festgestellt worden. Dieser einmalige Überschuß hätte noch nicht zu Rückforderungen berechtigt. Er hat aber dazu geführt, daß die Mittel für 1990 nur als Abschlagszahlung auf die beantragte Zuwendung gewährt worden sind.

Im Februar 1992 hat die Sozialstation Lingen den Verwendungsnachweis für das Jahr 1990 vorgelegt. Zu ihm waren Rückfragen erforderlich, die im April dieses Jahres durch die Sozialstation beantwortet wurden. Erst danach stand fest, daß auch 1990 Überschüsse erzielt worden waren, die dazu geführt hatten, daß die Caritas-Sozialstation eine Rücklage in Höhe von knapp 600 000 DM anlegen konnte. Unmittelbar darauf sind die Zuwendungen für 1989 und 1990 zurückgefordert worden. Der Zuwendungsantrag 1991 wurde abgelehnt. Den Zuwendungsantrag 1992 hat die Sozialstation zurückgezogen. Rechtsbehelfe gegen die Entscheidungen der Bezirksregierung Weser-Ems hat die Sozialstation nicht eingelegt.

Die Sozialstationen werden durch Land und Kommune finanziert. Die Stadt Lingen hat, angeregt durch die Rückforderungsbescheide der Bezirksregierung, nunmehr ihrerseits die Rückforderung der kommunalen Zuschüsse eingeleitet.

Zu 3: Das Niedersächsische Sozialministerium hat zwei sozialwissenschaftliche Fachinstitute beauftragt, Analysen über die Organisations- und Finanzstruktur sowie über Aufgaben, Klientel und Personal der Sozialstationen zu erstellen. Nach Vorlage und Auswertung der Gutachten beabsichtigt die Landesregierung, ihre Förderbestimmungen zu überarbeiten, um ihnen ein höheres Maß an Verbindlichkeit zu geben.

Präsident Milde:

Frau Zachow, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Frau Zachow (CDU):

Herr Minister, Sie haben ausgeführt, daß der einmalige Überschuß keine Rückzahlungsforderung nach sich zieht. Meine Frage lautet: Was zieht Rückzahlungsforderungen nach sich? Die Höhe der überzahlten Zuschüsse oder aber die Tatsache, daß mehrere Jahre hintereinander Überschüsse erzielt worden sind?

Präsident Milde:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Hiller, Sozialminister:

Nach den geltenden Richtlinien führt ein einmaliger Überschuß nicht zu Rückforderungen, sondern es muß ein dauerhafter, d. h. ein über mehrere Jahre stattfindender, Überschuß gegeben sein.

Präsident Milde:

Frau Kopp, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

Frau Kopp (FDP):

Herr Minister, Sie haben vorhin erwähnt, daß Sie zwei Institute beauftragt haben, Analysen über den Zustand bei den Sozialstationen zu erstellen. Ich möchte Sie fragen: Wann werden die Ergebnisse dieser Analysen feststehen? Werden Sie die Fraktionen über das Ergebnis entsprechend informieren?

Präsident Milde:

Herr Minister, bitte!

Hiller, Sozialminister:

Ein Gutachten liegt bereits vor. Das zweite Gutachten wird voraussichtlich im März oder April vorliegen. Sobald beide Untersuchungen und die Ergebnisse der Auswertung vorliegen, werden wir sehr schnell mit den Fraktionen darüber reden.

Präsident Milde:

Frau Zachow, bitte!

Frau Zachow (CDU):

Herr Minister, ich frage Sie, ob das erste Gutachten denn so nichtssagend ist, daß man es noch nicht besprechen kann.

Präsident Milde:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Hiller, Sozialminister:

Ich habe doch nicht gesagt, daß wir das nicht besprechen wollen. Wenn der Wunsch der Fraktionen besteht, auch darüber zu reden, dann sind wir doch selbstverständlich bereit. Ich weiß gar nicht, was diese Unterstellung soll, Frau Zachow.

(Frau Zachow [CDU]: Sie haben gesagt: März oder April!)

Präsident Milde:

Frau Schliepack, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Frau Schliepack (CDU):

Herr Minister, würden Sie dieses Gutachten auch den Fraktionen zur Verfügung stellen?

Präsident Milde:

Herr Minister, bitte!

Hiller, Sozialminister:

Das ist überhaupt kein Problem. Es gibt keine Geheimnisse. Wenn die Fraktionen das wünschen, dann sind wir dazu selbstverständlich bereit.

(Frau Schliepack [CDU]: Das ist sehr schön. Dann möchten wir es haben!)

Präsident Milde:

Wir kommen zur Frage Nr. 5. Sie wird gestellt von dem Abgeordneten Grill und befaßt sich mit dem Thema

Zustimmung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu der mit hoher Priorität zu betreibenden Errichtung und Inbetriebnahme eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung

Der Kollege Grill ist nicht anwesend.*)

Wir kommen dann zur Frage Nr. 6. Sie wird gestellt vom Kollegen Rehkopf und befaßt sich mit dem Thema

Strafrechtsreform; hier: Empfehlungen einer von der Landesregierung eingesetzten Expertenkommission

Herr Kollege Rehkopf, Sie haben das Wort.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Empfehlung einer Expertenkommission hat sich die Niedersächsische Justizministerin Heidrun Alm-Merk für eine Entkriminalisierung des gesellschaftlichen Lebens ausgesprochen. Das Strafrecht dürfe erst als letztes Mittel eingesetzt werden, wenn andere Mittel versagt hätten, erklärte die Ministerin Presseberichten zufolge bei der Vorstellung des Abschlußberichtes der Kommission.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten hat die Expertenkommission insgesamt für den niedersächsischen Landeshalt verursacht?

(Anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

2. Welche der von der Expertenkommission ausgesprochenen Empfehlungen wird die Landesregierung wann — etwa im Rahmen einer Bundesratsinitiative — weiterverfolgen?

3. Welche der von der Expertenkommission ausgesprochenen Empfehlungen wird die Landesregierung nicht weiterverfolgen?

Präsident Milde:

Die Fragen werden beantwortet von der Frau Justizministerin. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

*) vgl. Anlage 1

Frau Alm-Merk

Alm-Merk, Justizministerin:

Verehrter Herr Präsident! Das Justizministerium hat im Dezember 1990 eine Expertenkommission zur Reform des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts berufen, die sich aus acht Vertreterinnen und Vertretern der Justiz, der Wissenschaft und der Anwaltschaft zusammensetzt.

(Anhaltende Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Aufgabe der Kommission war es, Vorschläge für eine Entpolitisierung und Liberalisierung des Straf- und Strafprozeßrechts, für eine Entkriminalisierung des gesellschaftlichen Lebens und für einen besseren Schutz der sexuellen Selbstbestimmung zu unterbreiten. Die Berufung dieser Kommission hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung vom 27. Juni 1990 angekündigt.

Die Expertenkommission hat im November 1992 ihren Abschlußbericht vorgelegt. Sie empfiehlt eine Vielzahl von Änderungen des geltenden Rechts, die derzeit vom Justizministerium geprüft und zum Teil in Bundesratsanträge umgesetzt werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu 1: Die Geschäftsführung der Kommission oblag einem Mitarbeiter des Niedersächsischen Justizministeriums, der Bezüge der Besoldungsgruppe R 1 erhält. Da in den vergangenen beiden Jahren die Arbeitskraft dieses Mitarbeiters jeweils zu ungefähr 30 % durch diese Aufgabe gebunden war, sind insoweit Kosten in Höhe von etwa 54 000 DM entstanden.

Die acht Mitglieder der Expertenkommission haben für ihre Tätigkeit jeweils ein Honorar von 3 000 DM erhalten. Hinzu kommen Reise- und Bewirtungskosten.

(Glocke des Präsidenten.)

Im Jahre 1990 sind Kosten in Höhe von 739 DM, im Jahre 1991 in Höhe von 23 509 DM und im Jahre 1992 in Höhe von 26 015 DM und somit insgesamt 50 263 DM entstanden.

Die Gesamtkosten der Kommission belaufen sich dementsprechend auf etwa 104 263 DM.

Zu 2: Das Landesministerium hat den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des strafrechtlichen Gewaltbegriffs und zur Reform des § 240 StGB gebilligt. Darin wird der Vorschlag der Expertenkommission aufgegriffen, in § 11 des Strafgesetzbuches eine allgemeine Definition des Gewaltbegriffs einzuführen. Der Entwurf sieht die

von der Expertenkommission vorgeschlagene Definition allerdings nur für diejenigen Delikte vor, in Individualrechtsgüter schützen.

Das Niedersächsische Justizministerium hat den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Verfolgung des Diebstahls in Selbstbedienungsläden erarbeitet. Er sieht vor, den Privatklageweg für Diebstahl durch Wegnahme einer zur Selbstbedienung ungesichert ausgestellten Ware zu öffnen. Der Entwurf befindet sich derzeit in Abstimmung mit den anderen Ressorts.

(Glocke des Präsidenten.)

Das Niedersächsische Justizministerium erwägt ferner zusammen mit Hessen, im Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verkehrsstrafrechts einzubringen. Die Landesjustizverwaltungen beider Länder haben sich auf die Eckpunkte für diese Initiative geeinigt. Mit ihr soll u. a. der Vorschlag der Expertenkommission aufgegriffen werden, in § 142 des Strafgesetzbuches eine Vorschrift über „tätige Reue“ bei Verkehrsunfallflucht einzufügen. Ferner wird erwogen, die fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr — das sind die §§ 230, 232 StGB — künftig als uneinschränktes Antragsdelikt zu gestalten.

Durch die Änderung der §§ 44, 69 b StGB soll eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung ausländischer Verkehrsteilnehmer beim Entzug der Fahrerlaubnis und beim Fahrverbot beseitigt werden. Darüber hinaus wird erwogen, die Trunkenheitsdelikte auf Kraftfahrzeugführer zu beschränken und die Vorschrift des § 315 c Abs. 1 Nr. 2 StGB durch Streichung des Merkmals „rücksichtslos“ den praktischen Anforderungen entsprechend zu gestalten.

Das Niedersächsische Justizministerium prüft zur Zeit auf Referentenebene, ob Vorschläge der Expertenkommission aufgegriffen werden sollen, die Voraussetzung der Strafaussetzung zur Bewährung und der Verwarnung mit Strafvorbehalt zu erweitern.

Im Bereich des Sexualstrafrechts und des Betäubungsmittelstrafrechts ist der Bundesrat bereits auf Initiative anderer Bundesländer mit den gleichen Reformvorhaben befaßt worden, die den Empfehlungen der Expertenkommission nahekommen. Gleiches gilt für die von der Expertenkommission vorgeschlagene Abschaffung des Straftatbestandes der Leistungerschleichung, nämlich der § 265 a StGB, im Volksmund „Schwarzfahren“ genannt.

(Glocke des Präsidenten.)

Darüber hinaus berät der Bundesrat zur Zeit über die Frage, ob die sogenannte Kronzeugenregelung zu verlängern ist. Die Landesregierung wirkt an diesen Beratungen mit und berücksichtigt hierbei auch die von der Expertenkommission unterbreiteten Vorschläge. Eigenständige Bundesratsinitiativen werden auf diesem Gebiet derzeit nicht erwogen.

Im Anschluß an die bereits in Vorbereitung befindliche Bundesratsinitiative wird das Niedersächsische Justizministerium die übrigen Vorschläge der Expertenkommission daraufhin überprüfen, welche Empfehlungen weiter verfolgt werden sollen. Über die Ergebnisse dieser Prüfung lassen sich derzeit noch keine Vorhersagen treffen.

Zu 3: Soweit sich nicht bereits aus der Beantwortung zu Frage 2 ergibt, daß einzelne Vorschläge der Expertenkommission von der Landesregierung nicht weiter verfolgt werden, ist die Prüfung noch nicht abgeschlossen, so daß über deren Ergebnis keine Aussage getroffen werden kann. Damit es aber keine Mißverständnisse zu all den Vorschlägen der Expertenkommission gibt, habe ich Ihnen das Buch der Expertenkommission mitgebracht.

(Ministerin Alm-Merk überreicht Abg. Rehkopf das Buch der Expertenkommission. — Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, es liegen keine Zusatzfragen vor. Es ist 9.59 Uhr. Ich schließe die Fragestunde.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, die Antworten jetzt an der Bank der Landtagsverwaltung abgeben zu lassen.

Meine Damen und Herren, es liegen keine strittigen Eingaben vor.

Die Fraktionen sind übereingekommen, daß wir jetzt den Tagesordnungspunkt 23 behandeln:

Zweite Beratung: Regionalausschuß gemäß Artikel 198 a des Maastrichter Vertrages — Antrag der Fraktion der CDU — Drs 12/3130 — Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten — Drs 12/4088

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den

Fraktionen folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu acht Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 3130 wurde am 8. Mai 1992 im Vorwege an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Abgeordnete Gruber. Bevor ich ihm das Wort erteile, stelle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses fest. Jetzt haben Sie das Wort.

Gruber (SPD), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit seiner Beschlußempfehlung in der Drucksache 4088 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD, der FDP und der Grünen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Die Vertreter der Fraktion der CDU stimmten gegen diese Empfehlung.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Milde:

Herr Gruber, unterbrechen Sie bitte ein Moment, bis im Hause Ruhe eingekehrt ist und bis die Damen und Herren, die einen Sitz im Landtag haben, Platz genommen haben.

Gruber (SPD), Berichtersteller:

Der Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union sieht in Artikel 198 a die Errichtung eines beratenden Ausschusses aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vor. Von insgesamt 198 Mitgliedern des Ausschusses entfallen auf Deutschland 24. Auf Niedersachsen werden davon zwei Mitglieder und deren Stellvertreter entfallen. Dies ist allerdings nicht Gegenstand des Vertrages, sondern innerstaatlich zu regeln.

Nach dem Antrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 3130 soll der Landtag die Landesregierung auffordern, die zwei Sitze der Mitglieder mit je einem Vertreter des Landes und der niedersächsischen Kommunen zu besetzen. Mit diesem Antrag hat sich der Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten in mehreren Sitzungen befaßt.

Sprecher der Koalitionsfraktionen sahen in dem Regionalausschuß ein Vertretungsorgan der Regionen, in der Bundesrepublik der Bundesländer;

Gruber

für Vertreter der niedersächsischen Kommunen sei das nicht die richtige Ebene.

Auch der Vertreter der Fraktion der FDP meinte, daß die Belange der Kommunen durch die Landesvertreter hinreichend zum Tragen kommen dürften.

Ein Vertreter der Landesregierung unterrichtete den Ausschuß über den aktuellen Sachstand. Danach sollten bis zum 17. Dezember 1992 die Mitglieder und Stellvertreter, die in den Regionalausschuß entsandt werden sollen, benannt werden. Zur Regelung der Details bei der Besetzung der 24 Sitze im Regionalausschuß sei ein Abkommen zwischen den Bundesländern in Vorbereitung. Auf der Ebene der Ministerpräsidentenkonferenz sei man aber zu der Auffassung gelangt, daß kommunale Vertreter keinen Sitz im Regionalausschuß erhalten sollten. Auch gegen Überlegungen, einen Platz mit einem Landtagsabgeordneten zu besetzen, wurden in einem Gutachten der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen Bedenken geäußert.

Auf der Ebene der Parlamente solle vielmehr eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament angestrebt werden. Diese Auffassungen wurden vom Ausschuß nicht geteilt. Es bestand zwischen allen Fraktionsvertretern Einvernehmen darüber, daß der Landtag an der Besetzung des Regionalausschusses zu beteiligen sei.

Der Ausschuß verständigte sich darauf, interfraktionell den Versuch zu unternehmen, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren, der die übereinstimmenden Positionen verdeutlicht. Nach dem Ergebnis dieser Bemühungen bestand Einigkeit darüber, daß von den auf das Land entfallenden Mitgliedern im Regionalausschuß jeweils eines von der Landesregierung und vom Landtag gestellt werden sollte.

Offen blieb, wie der Landtag an der Entscheidung über die Benennung der Vertreter im Regionalausschuß mitwirken sollte. Die CDU-Fraktion war der Meinung, daß der Vertreter des Parlaments aus der stärksten Oppositionsfraktion kommen sollte, denn der Vertreter der Landesregierung trage ja auch die Interessen der die Regierung stellenden Fraktionen mit.

Nach längerer Diskussion vertraten die Ausschußmitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen dagegen die Auffassung, daß die Vertreterin oder der Vertreter des Landtages auf die Mehrheitsfraktionen entfallen sollte.

Hierzu erklärte ein Sprecher der Fraktion der CDU, zu dem Thema Europa gebe es im Landtag eine grundsätzliche Übereinstimmung. Wenn

aber gesagt werde, daß die Koalitionsfraktionen den Vertreter des Landtages stellen würden, dann müsse die CDU-Fraktion auf dem ursprünglichen Antrag bestehen.

Das Ausschußmitglied der Fraktion der FDP meint, man sollte sich zunächst gemeinsam dafür einsetzen, daß der Landtag einen Vertreter stelle, bevor man sich über das zur Benennung führende Verfahren verständige.

Ein Mitglied der Fraktion der SPD führte aus, wenn die CDU-Fraktion auf ihren ursprünglichen Antrag zurückgehe, dann bedeute dies, daß kein Vertreter des Parlaments benannt werden solle.

Das Ausschußmitglied der Fraktion der Grünen ergänzte, in dem interfraktionellen Gespräch habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß das Parlament eine Vertreterin oder einen Vertreter für den Regionalausschuß stellen wolle. Nunmehr werde klar, daß die CDU-Fraktion die gefundene Formulierung nur dann mittragen wolle, wenn eine Vertreterin oder ein Vertreter von der stärksten Oppositionsfraktion benannt werde. Das sei nicht Grundlage der Einigung gewesen.

Die Ausschußmitglieder der CDU-Fraktion beharrten aber auf ihrem Standpunkt und stimmten der Änderung ihres Antrages nicht zu.

Der mitberatende Ausschuß für innere Verwaltung schloß sich mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion der CDU der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses an. Das Ausschußmitglied der Fraktion der FDP war nicht anwesend.

Der Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten bittet Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 4088 zuzustimmen.

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4088 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das erste war die Mehrheit. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Wir setzen jetzt die Beratungen des Tagesordnungspunktes 21 fort:

Zweite Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993 — HG 1993 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/3550 — Beschlußempfehlungen

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/4111 bis 4127 — Änderungsanträge der Fraktion der CDU — Drs 12/4190 und 4196 — Änderungsanträge der Fraktion der FDP — Drs 12/4193 und 4194

Für diesen Beratungsteil sind insgesamt 150 Minuten vorgesehen. Den Fraktionen stehen in der Debatte folgende Redezeiten zur Verfügung: der SPD und der CDU jeweils 35 Minuten, der FDP und den Grünen jeweils 25 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 25 Minuten nicht überschreitet.

Nach den Vorstellungen des Ältestenrates beginnen wir zunächst mit dem Bereich Gleichberechtigung und Frauenfragen. Weitere Themen für den heutigen — — —

(Unruhe.)

Weitere Themen für den heutigen Vormittag sollen Jugend und Sport sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur sein. Ich bitte auch jetzt wieder, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet gesprochen werden soll.

Zu Wort gemeldet hat sich die Abgeordnete Frau Pawelski. Ich erteile Ihnen das Wort.

Frau Pawelski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ministerin ist zur Zeit nicht anwesend. Ich habe aber gesehen, daß sie schon da ist. Daß sie gesundheitlich wiederhergestellt ist, freut mich. Ich wünsche ihr auf diesem Wege weiterhin gute Genesung.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD.)

Am 6. August 1992 wurde Niedersachsens feministische Szene aufgeschreckt. SPD denkt über die Abschaffung des Frauenministeriums nach — — —

(Unruhe.)

Präsident Milde:

Frau Pawelski, ich muß Sie unterbrechen. — Ich muß noch einmal feststellen, daß hier nicht die Niedersächsische Börse ist, meine Damen und Herren. Das geht dort wirklich genauso zu wie hier. Ich setze die Beratung erst fort, wenn Ruhe eingekehrt ist und wenn die Damen und Herren Platz genommen haben. Sie warten bitte solange, Frau Pawelski. Das dauert heute abend sonst länger. — Bitte, fahren Sie fort.

Frau Pawelski (CDU):

Danke. — Frau Schoppe, schön, daß Sie wieder da sind. Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Genesung.

Am 6. August 1992 wurde Niedersachsens feministische Szene aufgeschreckt. SPD denkt über die Abschaffung des Frauenressorts nach, verkündete in dicken Buchstaben eine hannoversche Tageszeitung. Der SPD-Fraktionsvize Peter-Jürgen Schneider, so war in dem Artikel zu lesen, hielt das 1990 neu geschaffene Ministerium in seinem jetzigen Zuschnitt über 1994 hinaus für nicht sinnvoll. Nur wenn es gelänge, so Herr Schneider, dem von Waltraud Schoppe geführten Haus echte Verwaltungsaufgaben zuzuordnen, habe das Frauenministerium eine Zukunft.

Für diese außerordentlich mutige Aussage will ich Ihnen, Herr Schneider, den Ehrentitel „das tapfere Schneiderlein“ verleihen.

(Beifall bei der CDU.)

Denn Sie haben das ausgesprochen, was viele denken. Das Frauenministerium in seiner jetzigen Arbeitsweise wird von der breiten Mehrheit der Frauen nicht akzeptiert. Dabei haben Niedersachsens Frauen soviel Hoffnung in dieses Ministerium gesetzt. Es sollte Ansprechpartner aller Frauen sein. Mehr und mehr entwickelte es sich aber zu einem lila Kränzchenverein, der sich hauptsächlich für Minderheitengruppen einsetzt. Traditionelle Frauengruppen fühlen sich vom Frauenministerium im Stich gelassen.

Aber nicht nur die SPD denkt laut über die Zukunft des Frauenministeriums nach. Auch der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Hildebrandt, hält laut Pressemeldung das Frauenministerium für verzichtbar. Während die rot-grüne Frauenriege zu Schneiders Kritik peinlich still blieb und sich keine der Frauen schützend vor das Schoppe-Ministerium stellten, brach nach der FDP-Erklärung lauter Theaterdonner aus. Frau fand das plötzlich unverschämt.

Das Kopfschütteln vieler Landespolitiker über die Arbeitsweise im Frauenministerium ist nachvollziehbar. In der Tat hat das Haus wenig durch vertrauensbildende Maßnahmen auf sich aufmerksam gemacht. Nachdem der Stellenplan mittlerweile 72 Arbeitsplätze ausweist und der Personaletat seit 1991 auf 5,6 Millionen DM hochgeschaukelt wurde, sollte man annehmen, daß ein Haus, das von der Quantität her so hervorragend ausgestattet ist, effektiver arbeitet. Ständiger Kritikpunkt ist die mangelhafte Organisation. Bestimmte Kreise sprechen darum nur noch vom „Chaos-Ministerium“.

Frau Pawelski

Trotz massenhaft hochdotierter Mitarbeiterinnen werden ungewöhnlich viele Arbeiten außer Haus vergeben. Die Ministerin hat in ihrer kurzen Amtszeit eine wahre Gutachtenschwemme verursacht. Dabei sind nicht einmal alle veröffentlicht worden, sondern dienten zum Teil nur als Vorlage zur Erarbeitung von Gesetzen.

Sehr viel, Frau Ministerin, haben Ihnen diese Gutachten nicht geholfen. Jedes der von Ihnen produzierten Gesetze wurde sogar von Ihren Kabinettskollegen kritisiert. Das neueste Beispiel ist das Gleichstellungsgesetz. Als sachwidrig und praxisfern bezeichnet Finanzminister Swieter Ihr Gesetz. Der Minister hat öffentlich rechtliche Bedenken geäußert und hält Ihren Gesetzentwurf für verfassungswidrig. Ich empfinde seine Kritik als schallende Ohrfeige für Ihre Arbeit.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Als unendlich tragische Geschichte entpuppt sich mehr und mehr das Frauenbeauftragtengesetz. Vielfach großmundig angekündigt, entwickelte sich der Gesetzentwurf zum Zankapfel zwischen SPD-Frauen und der Ministerin. Während Frau Schoppe mit der im Entwurf verankerten Vorrangregelung den Versuch unternahm, den Kommunen ein Stückchen Spielraum zur Bestellung einer kommunalen Frauenbeauftragten zu lassen, besteht die SPD-Fraktion auf einer Regelung, die für Gemeinden über 10 000 Einwohnern eine hauptamtliche Beauftragte verpflichtend vorsieht. Zur Untermauerung ihrer Aussage ließ die SPD-Fraktion ein Gutachten anfertigen, mit dem sie ihrer eigene Landesregierung nachwies, ein unzureichendes Gesetz auf den Tisch gelegt zu haben.

(Frau Bührmann [SPD]: Das ist falsch!)

— Genauso ist es.

Frau Schoppe reagierte sauer auf diesen Vorwurf und warf den SPD-Frauen platte Denunziation vor. Die SPD-Frauen hätten es immer noch nicht verwunden, daß das Frauenministerium in Grünen-Händen liege, sagt sie. Der Krach zwischen den beiden Gruppen geht so weit, daß der „rundblick“ sogar vom Krieg zwischen den Gruppen sprach.

(Frau Bührmann [SPD]: Das ist aber Sache des „rundblicks“!)

Eigentlich müßten wir uns als Opposition lächelnd im Sessel zurücklehnen und sozusagen aus der ersten Reihe heraus dem Streit der Gigantinnen zuschauen. Aber, verehrte Frau Schoppe und verehrte SPD-Frauen, Ihren öffentlich ausgetra-

genen Streit tragen Sie auf dem Rücken aller Frauen aus. Er schadet der Sache der Frauen, weil es heißt: „Guck mal, die Frauen streiten und zanken sich wieder.“

(Beifall bei der CDU.)

Frau Schoppe, die Niedersächsische Frauenministerin, nimmt es mit den politischen Grundsätzen nicht allzu genau; so urteilte der „Stern“ — ein weiteres Stück Peinlichkeit aus dem Hause Schoppe.

Ausgerechnet aus dem Hause Schoppe, aus dem Frauenministerium, dem Haus, das doch eigentlich für alle Institutionen, Ämter, Unternehmen und Behörden Vorbildcharakter haben sollte, wurde der aus dem Erziehungsurlaub zurückgekehrten Pressesprecherin mitgeteilt, daß sie auf Weisung der Ministerin umgesetzt worden sei. Angeblich könne eine Pressesprecherin nicht teilarbeiten. Frau Schoppe, mit dieser Aussage stellen Sie sich selbst ein Bein. Mit welchem Recht wollen Sie jetzt noch in einem Gleichstellungsgesetz fordern, daß Teilzeit auch für Führungspositionen möglich ist?

Das Niedersächsische Frauenministerium hat sich immer mehr als sprudelnde Geldquelle für autonome Frauengruppen erwiesen. Rund 1,4 Millionen DM wurden im Haushalt 1991 für Frauenprojekte sozusagen freihändig ausgegeben. Bis heute regelt keine Richtlinie, nach welchen Kriterien Zuschüsse an Frauengruppen vergeben werden.

Wie locker das Frauenministerium mit dem Geld des Steuerzahlers umgeht, zeigt folgendes Beispiel: In Rinteln bekam eine sechsköpfige Frauengruppe vom Ministerium 27 000 DM als Zuschuß für ihr Zentrum. Die Rintelner Frauen, die nicht einmal von den SPD-Frauen akzeptiert werden, haben einen Arbeitskreis durchgeführt, zu dem nicht eine einzige Besucherin erschienen ist. Darum und aus anderen Gründen lehnen wir den Haushaltsansatz in der Titelgruppe 69 ab. Das werden wir so lange tun, bis vernünftige Richtlinien auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Frauenministerin sorgt sich neuerdings um das kulturelle Wohlergehen der Pressevertreter. Am 27. Februar lud die Ministerin zum Konzert. Eine tschechische Pianistin durfte die Damen und Herren von der Presse mit Hindemith, Bartok und Strawinskij auf die neue Frauenpolitik einstimmen. Was die Veranstaltung mit der eigens zu diesem Zweck aus Prag eingeflogenen Künstlerin kostete, ist leider nicht bekannt. Dafür muß wohl der Haushaltstitel 531 03 — Sonstige Kosten

der Öffentlichkeitsarbeit — erhalten, der mit insgesamt 200 000 DM auch für solche Extravaganzen gut ausgestattet ist.

Positiv, Frau Schoppe, sehen wir Ihr Bekenntnis zur Familienpolitik. Ihre Bemerkung während der Eröffnung des 17. Welthauswirtschaftskongresses, die Familie sei die letzte Bastion der verlorenen Gemeinschaft unter den Menschen, hat uns gut gefallen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir danken Ihnen auch für Ihren Einsatz, unseren von der SPD vorerst abgelehnten Antrag zur Einstellung einer Hilfskraft für den Verband der Alleinerziehenden durchzusetzen.

Ebenso sind wir auf Ihrer Seite, wenn es um Familienbildungsstätten geht oder um die Erhöhung von Mitteln für Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen.

Wir unterstützen Ihre Initiative, ein zweites Mädchenhaus einzurichten, weisen aber schon heute darauf hin, daß die Zuschüsse des Landes für diese Institution und auch für andere langfristig angelegt sein müssen. Die Kommunen dürfen nicht, auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt, mit zusätzlichen Kosten belastet werden.

Kritik übe ich an der Finanzierung des hannoverschen Kinderschutzzentrums, das auf so wackeligen Beinen steht, daß ich die Zukunft dieses Zentrums leider nicht als gesichert ansehen kann.

Kritisieren möchte ich auch die unsaubere Aufschlüsselung der Kosten für pro familia im Haushaltsplan. Ein Landeszuschuß in Höhe von 1,7 Millionen DM allein für diese Institution ist kein Pappentitel. Ich denke, daß wir mit Recht verlangen können, eine saubere Ausgaben- und Einnahmenübersicht vorgelegt zu bekommen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, auch wenn wir das Frauenministerium kritisieren, versichere ich Ihnen, im Falle eines Wahlsieges an diesem Ministerium festzuhalten und ihm sinnvolle und vernünftige Aufgaben zuzuordnen.

(Zuruf von der SPD.)

Im Gegensatz zu Ihnen werden wir uns jedoch auch um die Frauen kümmern, die nicht den Vorzug haben, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Wir werden uns um Frauen kümmern, die am Fließband stehen, die Verkäuferin oder Schichtarbeiterin sind. Und wir werden uns noch mehr um die Familien und um die Kinder kümmern. Aber dann, Frau Schoppe, werden Sie wohl nicht mehr da sein; denn laut „Spiegel“ streben Sie ja wieder

nach Bonn zurück. Sie streben angeblich ein Bundestagsmandat an. Dafür wünsche ich Ihnen viel Glück.

Trotzdem möchte ich mich jetzt an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit im Ausschuß für Gleichberechtigung und Frauenfragen bedanken.

(Auditor [SPD]: Das ist doch etwas Nettes! — Vereinzelt Beifall.)

Präsident Milde:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hammelstein.

Frau Hammelstein (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Pawelski, Frauenpolitik ist uns für billige Show-Effekte zu schade.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Bei Ihnen möchte ich mal eine Linie erkennen. Heute hü und morgen hott! Im Ausschuß haben Sie die Arbeit der Frauenministerin und des Ministeriums ausschließlich gelobt; kein Wort der Kritik. Hier versuchen Sie das billig madig zu machen. Das ist doch wirklich unmöglich.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Widerspruch bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Sie waren wohl nicht anwesend!)

— Ich war anwesend.

Der Haushalt des Frauenministeriums, Frauenpolitik bei Rot-Grün — das ist erfreulich, erfreulich in einer Zeit, die wenig Erfreuliches für eine Politik im Interesse von Frauen erwarten läßt: angesichts knapper Kassen, die zukünftig noch knapper werden, angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die sich noch steigern werden, angesichts von Arbeitsmarktproblemen, deren Zunahme zu befürchten ist, und angesichts gesellschaftspolitischer Tendenzen, die das ewig Gestrige zum Ziel haben. Die Verteilungskämpfe werden härter.

In Bonn gibt es eine Ministerin, die auch für Frauen zuständig sein soll. Aber die kommt über Lippenbekenntnisse nicht hinaus.

(Lindhorst [CDU]: Niedersachsen!)

In Bonn wird eine Politik gemacht, die die Interessen von Frauen nicht sieht, ja mißachtet. Die Arbeitslosigkeit von Frauen nimmt erschreckende Ausmaße an.

(Lindhorst [CDU]: Hannover!)

— Dazu komme ich. — In den neuen Bundesländern hat sich ihre Zahl in den letzten zwei Jahren

Frau Hammelstein

um 150 % erhöht und ist damit doppelt so stark gestiegen wie die der Männer.

(Lindhorst [CDU]: Aber die Ursachen kennen Sie!)

Was macht Bonn? Die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes haut voll rein, aber in die falsche Richtung. Da wird bei Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekürzt. Da werden Orientierungskurse zur Verbesserung der Vermittlungschancen in einen Beruf — das ist etwas, was gerade Frauen dringend gebraucht haben — gänzlich gestrichen.

(Lindhorst [CDU]: Und wie ist das in Niedersachsen?)

Schon das bestehende Arbeitsförderungsgesetz ist auf Männer zugeschnitten. Frauen fallen systematisch heraus. Deshalb haben wir in unserem Antrag „Novellierung des AFG“ vom Oktober 1992 eine Reihe von Verbesserungen für Frauen gefordert,

(Lindhorst [CDU]: In Niedersachsen!)

unter anderem um ihnen überhaupt erst Ansprüche zu verschaffen. Die 10. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ist gegen die Interessen von Benachteiligten gerichtet, insbesondere gegen die Interessen von Frauen.

(Lindhorst [CDU]: Auch in Niedersachsen!)

Wie gut, daß in Niedersachsen Rot-Grün regiert.

(Lindhorst [CDU]: Jetzt kommt es!)

Wir haben von Anfang an konsequente Frauenpolitik gemacht, um Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abzubauen, um Frauenförderung durchzusetzen, um Maßnahmen zugunsten von Mädchen und Frauen zu initiieren. Bewährtes wird in 1993 fortgesetzt, und auch Neues kann in Angriff genommen werden. Der Haushalt des Frauenministeriums kann sich sehen lassen.

Da Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe verstanden werden muß und von dieser Landesregierung auch verstanden wird, ist die Gesamtsumme von 94 Millionen DM nur wenig aussagekräftig. Frauenpolitik muß mit Maßnahmen in allen Ressorts wirken, und das tut sie in Niedersachsen auch.

Ich nenne beispielhaft die Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium in den Arbeitskreisen „Geschichte der Frauen — Frauen in der Geschichte“, „Berufsorientierung als Teil der Lebensplanung“ und „Koedukation“ sowie im Schulversuch „Naturwissenschaften für Mädchen und Frauen“.

Beispiele für gute Kooperation mit dem Sozialministerium sind die Programme zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen,

(Lindhorst [CDU]: Hat es immer gegeben!)

— Sie haben keine Ahnung! — die Qualifizierungsmaßnahmen mit Kinderbetreuung und sozialpädagogischer Betreuung, die Maßnahmen für langzeitarbeitslose Frauen, die Frauenberatung bei LaBIB, der Landesgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen. Soziale Betriebe — das gab es nie zu Ihrer Zeit — und Beschäftigungsprojekte für Frauen

(Lindhorst [CDU]: Da waren Sie noch gar nicht im Landtag, da gab es das schon!)

werden hinsichtlich ihrer Konzeption, der Marktchancen, der Finanzierung und der Organisation durchleuchtet. Sie sollen dauerhaft überleben können und sichere Arbeitsplätze schaffen.

Erfreulich ist auch die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium im sogenannten Existenzgründerinnenprogramm mit Existenzgründungsberatung, Führungskräfte-seminaren, dem Arbeitskreis „Frauen im Management“, der Förderung von Existenzgründungen im Rahmen des Mittelstandsförderungsprogramms.

1992 wurden 10,7 Millionen DM an zinsgünstigen Darlehen gewährt. Dadurch konnten ca. 300 Betriebe von Frauen gegründet werden — ein voller Erfolg!

Einen hohen Stellenwert haben für uns Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben. In Niedersachsen sind zur Zeit 7,3 % der Männer ohne Arbeit, dagegen 9 % der Frauen. Auch die Zahl der langzeitarbeitslosen Frauen liegt über dem Durchschnitt. Berücksichtigt werden muß hier auch die sogenannte stille Reserve: Frauen, die nicht oder nicht mehr arbeitslos gemeldet sind, obwohl sie gern erwerbstätig sein möchten. 200 000 bis 250 000 Frauen in Niedersachsen möchten in das Erwerbsleben integriert werden bzw. zurückkehren. Hier bieten die Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen eine Chance. Fünf Stellen werden dreieinhalb Jahre lang modellhaft gefördert. Geplant ist eine weitere. Hier wird Frauenberatung durchgeführt, Qualifizierung mit den Weiterbildungsträgern am Ort und in Betrieben organisiert, ein Verbund

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

von Klein- und Mittelbetrieben zur Erleichterung des Wiedereinstiegs gegründet.

(Frau Pawelski [CDU]: Das haben wir im Haushalt gefordert!)

Diese Stellen werden zu 45 % aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Die gleiche Summe kommt vom Frauenministerium; der Rest vom Träger.

(Zustimmung bei der SPD.)

Erwerbsorientierte Maßnahmen für Bäuerinnen in einem landesweiten Beratungsnetz sollen seit dem 1. Oktober 1992 den Bäuerinnen helfen, den Strukturwandel in der Landwirtschaft besser zu bestehen und für sich neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen.

(Beifall bei der SPD.)

Kürzlich vorgelegte Untersuchungen belegen die Benachteiligung von Frauen auch in Führungspositionen. Sie haben beim Gehalt 1991 noch nicht einmal das Niveau erreicht, das Männer bereits 1986 hatten. Das zeigt: Wir brauchen Frauenförderung und eine Quote. Zur Zeit werden in Niedersachsen dafür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen. Das Gleichberechtigungsgesetz wird kommen. Der Ministerpräsident hat das gestern deutlich gesagt.

Frauenförderpläne müssen auch Konzepte beinhalten, die die Organisation der Arbeit, die Entscheidungsstrukturen, Arbeitszeiten und den Umgang mit Menschen am Arbeitsplatz strukturell verändern. Es gilt, Modelle auszuarbeiten, die es Frauen, aber auch Männern erlauben und nahelegen, Beruf und Familie zu vereinbaren, ohne an Geld und Status zu verlieren. Frauen haben hervorragende Führungsqualitäten. In der Managementliteratur werden diese als zukunftsweisend gepriesen: soziale Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Denken in Zusammenhängen, Intuition — die Wirtschaft nimmt das kaum zur Kenntnis. Auf emanzipatorische Einsichten seitens der Unternehmer ist also kein Verlaß. Deshalb ist die Politik mit gesetzlichen Vorgaben zur Frauenförderung gefordert.

Wirksame Frauenpolitik muß die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

(Eveslage [CDU]: Richtig!)

Dazu gehören auch Maßnahmen zur partnerschaftlichen Aufteilung der Haus- und Familienarbeit oder, um es deutlicher zu sagen: Männer, Väter sollen endlich ihren Anteil übernehmen.

(Eveslage [CDU]: Richtig!)

Im Jahre 1993 werden Kurse gefördert, die Männer dazu rechtlich und auch ganz praktisch in die Lage versetzen, indem sie haushalts-, ernährungs- und pflegebezogene Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

— Herr Hildebrandt, das ist das, was Sie als Schickimicki bezeichnet haben. Vielleicht machen Sie dort auch einmal einen kleinen Einstieg.

(Hildebrandt [FDP]: Als dreifacher Vater kann ich das. Sie können gern bei mir kochen lernen. Bügeln kann ich auch!)

— Prima. — Erheblich mehr Mittel als im Vorjahr stehen im Haushalt 1993 für Gewaltprävention zur Verfügung. Es gilt, der Gewalt gegen Mädchen, Kinder und Jugendliche vorzubeugen und ihr zu begegnen. Gefördert werden zum Beispiel Beratungsstellen und Projekte wie Kinderhäuser und Kinderbüros sowie Maßnahmen, um die von Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen zu stabilisieren. Mehr ist erfreulicherweise auch an Maßnahmen zur Beratung und zum Schutz von Frauen und Mädchen möglich, die von Gewalt betroffen sind.

Zur Zeit werden 36 Frauenhäuser mit Landesmitteln gefördert. Sechs weitere Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder sind in der Gründungsphase. Die Kinderbetreuungskosten können aufgestockt werden. 1993 stehen hierfür 3,84 Millionen DM bereit.

Mädchenhäuser bieten Schutz und Schonraum für Mädchen, die sexueller Gewalt ausgesetzt sind. 1993 kann ein weiteres Haus aufgebaut werden. Zu nennen sind auch die Beratungsstellen für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen sowie die Notrufeinrichtungen für vergewaltigte Frauen, die mit Landesmitteln rechnen können.

Für 1993 ist die Förderung von zwei bis drei neuen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen vorgesehen, um im Sinne des neugeregelten § 218 Strafgesetzbuch zu einem flächendeckenden Angebot zu kommen. Die bestehenden Beratungsstellen und das Familienplanungszentrum von pro familia in Hannover werden ebenso weiter gefördert wie die Caritas-Beratungsstelle für ausländische Frauen in Not.

Viele unterschiedliche Frauenprojekte und Frauengruppen bekommen Zuschüsse für Maßnahmen im sozialen, gesundheitsfördernden, bildenden und kulturellen Bereich. Diese Selbsthilfeprojekte werden häufig von keiner Stelle unterstützt, obwohl sie hervorragende Arbeit leisten, z. B. Kontakte, Information und Beratung bieten.

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Mädchen, Mädchen in Schule und Mädchenarbeit werden mit 800 000 DM finanziert. Dahinter verbergen sich z. B. Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskurse für Mädchen, Berufsorientierungsseminare, Mädchenfreizeiten und Mädchen-

Frau Hammelstein

bildungsarbeit auch für Aussiedlerinnen sowie Mädchencomputerkurse. Im April 1993 soll im Rahmen der Europatage ein Mädchenkongreß veranstaltet werden.

1993 wird auch eine Wanderausstellung konzipiert und finanziert, die die Situation der Frauen in Niedersachsen in ihrem Wohnumfeld und in verkehrsplanerischen Auswirkungen darstellt. Zum Aufbau und zur Förderung von Frauennetzwerken sind Mittel vorgesehen.

Wie im Vorjahr werden Mütterzentren, Familienfreizeiten, Familienverbände, Familienbildungsstätten, der Landesfrauenrat Niedersachsen, das Institut „Frau und Gesellschaft“, um nur einige zu nennen, mitfinanziert. Unsere besondere Unterstützung verdient hier der Verband alleinstehender Mütter und Väter, den wir zum qualifizierten Ausbau seiner Bildungsarbeit und zur Unterstützung beim Aufbau von Selbsthilfegruppen mit einer hauptamtlichen Fachkraft ausstatten.

(Frau Pawelski [CDU]: Nachdem Sie es erst abgelehnt hatten!)

Landespolitik im Interesse von Frauen — ich habe beispielhaft aufgezeigt, wo und wie das in Niedersachsen geschieht. Der Weg ist noch lang, um zu erreichen, daß Arbeit, Einkommen, Status, Macht und soziale Verantwortung zwischen Frauen und Männern gleich verteilt werden. Niedersachsen ist auf einem sehr guten Weg.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Präsident Milde:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Lenke.

Frau Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die FDP ist die Frauenpolitik ein wichtiger Teil der Landespolitik,

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP])

Herrn Hildebrandt eingeschlossen. Die Notwendigkeit dieses Politikfeldes zeigt sich tagtäglich. Frauenhäuser sind überfüllt. Notrufe werden in Anspruch genommen. Frauen müssen unterstützt und ermutigt werden zum Wiedereinstieg in den Beruf. Schwangerschaftsberatungsstellen müssen eingerichtet werden, um Frauen in Notlagen zu unterstützen.

Die FDP-Fraktion unterstützt diese Maßnahmen grundsätzlich bis auf zwei Positionen, wie unser Änderungsantrag zum Haushalt zeigt.

Erstens. Wir wollen die 300 000 DM, die für die Ausstellung für Stadt- und Verkehrsplanung aus feministischer Sicht vorgesehen sind, verschieben und statt dessen die Mittel für eine Wanderausstellung „Stadt- und Verkehrsplanung aus der Sicht der Behinderten“ bereitstellen.

Zweitens. Im Wissenschaftshaushalt sollen die 170 000 DM gestrichen werden, die für die Einsetzung einer Frauenkommission vorgesehen sind, die ein Konzept für die Frauenförderung an Hochschulen erarbeiten soll. Ich will das auch begründen. Alle niedersächsischen Hochschulen, meine Damen und Herren, haben Frauenbeauftragte. Wir haben ein Frauenministerium und Fachpersonal, und dazu haben wir noch den Möllemann-II-Plan, die Unterstützung aus Bonn. Unser Vorschlag lautet: eigene Ressourcen nutzen.

Als dritten Punkt fordern wir: Geben Sie uns doch bitte Auskunft, wo die 557 000 DM globale Minderausgabe in diesem Haushalt gekürzt werden sollen.

Frau Schoppe möchten wir bitten, sich einer Selbstprüfung zu unterziehen. Es ist schon empörend, daß die ehemalige Pressesprecherin des Frauenministeriums gegen die Ministerin in eigener Sache klagt. Die Frau kommt aus dem Schwangerschaftsurlaub und will eine Teilzeitarbeit. Das wird ihr verwehrt. Auf ihrem Platz sitzt jetzt eine andere, weil dieser Posten angeblich nicht teilbar ist.

(Kempmann [Grüne]: Wie ist es denn mit den Abgeordnetenposten? Sind die auch teilbar?)

Ich frage die Ministerin: Gelten eigentlich Vorschriften und Gesetze und Appelle für Sie nicht? Hier zeigt sich meines Erachtens eklatant der Widerspruch rot-grüner Frauenpolitik in vielen Feldern.

(Beifall bei der FDP.)

Was soll die Wirtschaft nicht alles bewerkstelligen? Dauernd wird gefordert, leitende Positionen zu teilen. Ich würde Frau Schoppe raten, diese Meinung nicht mehr in der Öffentlichkeit zu vertreten, denn ich meine, sie macht sich lächerlich.

Ich stelle ebenfalls fest, daß rot-grüne Frauenpolitik von Zwangsregelungen geprägt ist, die anderen auferlegt werden. Eine Überschrift in der „FAZ“ lautet:

„Niedersächsische Frauen rufen nach Vater Staat“.

Präziser müßte diese Überschrift lauten:

„Rot-grüne Frauen rufen nach Vater Staat“.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Hildebrandt [FDP]: Mutter Staat!)

Uns Liberale überrascht das aber nicht, denn Frauenpolitik des rot-grünen Frauenministerium definiert sich über gesetzliche Regelungen, über die Verwaltungsebene und ohne finanzielle Mitbeteiligung des Landes. Nach Meinung der Liberalen fehlt, um Frauenpolitik in Niedersachsen besser umsetzen zu können, folgendes:

Erstens. Mehr Überzeugung und Motivation.

Zweitens. Aktive Einbeziehung der kommunalen Mandatsträger in die Aufgabe, für mehr Gleichberechtigung vor Ort zu sorgen. Das steht in dem Gesetz nicht drin. Es ist alles nur Zwang, es sind alles nur Verwaltungsaufgaben.

Drittens. Freiheit für die Vielfalt der Möglichkeiten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das heißt, Rahmenbedingungen zu setzen und auf diese Weise den Beteiligten einen Spielraum zu lassen, in dem Initiativen gedeihen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ein schlechtes Beispiel dafür ist die kommunale Frauenbeauftragte. Das sind Zwangsregelungen, die die gute Absicht wirklich ad absurdum führen.

(Zuruf von Frau Bührmann [SPD].)

— Frau Bührmann, wir hatten doch eine positive Entwicklung von Frauenbeauftragten in den Kommunen, die 1990 abrupt abbrach, als Rot-Grün sich anschickte zu regieren.

(Beifall bei der CDU. — Frau Hammelstein [SPD]: Frau Lenke, dann sagen Sie doch auch einmal den Hintergrund!)

— Das stimmt. Sie können es doch nachrechnen; ich habe keine Zeit.

Die Landesregierung stiehlt sich außerdem mit Billigung der Frauenministerin und des Innenministers, der ja Kommunalminister ist,

(Eveslage [CDU]: Sein sollte!)

aus der finanziellen Verantwortung. Das Gesetz erläßt die Landesregierung, bezahle werden es die Kommunen. Diese Arbeitsteilung machen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Zum Schluß eine Forderung, die wir Jahr für Jahr wiederholen und wohl selbst nach 1994 umsetzen

müssen: Kindertagesstätten an Hochschulen. Sie, meine Damen und Herren, drücken sich meines Erachtens vor dieser Aufgabe. Studentinnen können ihr Studium ohne Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht fortführen. Unter den Studienabbrechern sind 26 % Studentinnen, die aufhören müssen, weil sie ihr Studium wegen Kinderbetreuung nicht erfolgreich beenden können.

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD].)

Sage und schreibe 87 % der Studentinnen in den alten Bundesländern geben das Erziehungsmotiv als Grund für die Studienunterbrechung an.

Mit Ihrer Weigerung, Kindertagesstätten an Hochschulen zu initiieren und finanziell zu unterstützen, stehen Sie, Frau Schoppe und Frau Schuchardt, allein da. Die FDP-Fraktion erwartet ein Umdenken, das bis jetzt bei Ihnen noch nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Frau Hammelstein [SPD]: Unterbringung im Wohnumfeld!)

Präsident Milde:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoops.

(Kempmann [Grüne]: Nun sag mal, wie es wirklich ist!)

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nein, Hannes Kempmann, ich kann es leider in fünf Minuten nicht schaffen, Frau Lenke eine Nachhilfestunde zum Thema „Kindergartenplätze an Hochschulen“ zu geben. Wir haben hier oft darüber diskutiert. Sie wissen, wo die Schwierigkeiten liegen.

(Frau Lenke [FDP]: Fragen Sie Ihre Frauenbeauftragten an den Hochschulen! — Zuruf von Frau Knoblich [CDU].)

Meine Damen und Herren, es ist auffällig, daß die frauenpolitischen Sprecherinnen der Opposition überhaupt keine Haushaltsreden gehalten haben. Sie haben nur ihre Kritik an Gesetzentwürfen wiederholt, auf die die Frauen in diesem Land während der Zeit ihrer Regierungsverantwortung vergeblich gewartet haben.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es ist deutlich geworden, daß sie keine inhaltliche Kritik an diesem Haushalt zusammenbringen. Der rote Faden in ihren Reden orientiert sich an der Kritik von Männern am Frauenministerium. Dabei setzen sie sich nicht damit auseinander,

Frau Hoops

sondern nehmen sie als willkommenen Anlaß. Daß sich frauenpolitische Sprecherinnen an den Urteilen der Männer orientieren, finde ich entsetzlich.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Meine Damen und Herren, der Haushalt 1993 des Frauenministeriums zeigt, daß vielfältige Strukturen geschaffen wurden, die eine flächendeckende und vernetzte Arbeit in diesem uns wichtigen Politikbereich möglich machen. Mittlerweile ist in Niedersachsen eine richtige frauenpolitische Landschaft im Entstehen.

39 Frauenhäuser erhalten zur Zeit Zuwendungen aus Landesmitteln. Weitere sind im Aufbau und werden voraussichtlich 1993 in die Förderung aufgenommen. Mehr als 1 Million DM stellen wir für Zuwendungen an Notrufeinrichtungen, Beratungsstellen für vergewaltigte Frauen sowie für Anlauf- und Beratungsstellen bei sexuellem Mißbrauch zur Verfügung. Mit dem Haushalt 1993 werden Mittel für die Einrichtung eines weiteren Mädchenhauses zur Verfügung gestellt.

Ich glaube feststellen zu können, daß die Schaffung solcher geschlechtsspezifischer Angebote insbesondere für den Schutz und die Krisenintervention für Mädchen mit sexuellen Gewalterfahrungen heute gesellschaftspolitisch unumstritten ist. Wir haben vor, in dieser Legislaturperiode in jedem Regierungsbezirk ein Mädchenhaus einzurichten. Es gibt dabei einige Probleme, denn die jeweiligen Kommunen müssen für eine Mitfinanzierung gewonnen werden. Wir sind aber zuversichtlich, daß das gelingt. Auch sollte bereits jetzt damit begonnen werden, ein Mädchenhaus-Konzept zu konkretisieren, welches der besonderen Situation in ländlichen Regionen gerecht wird. Denn da stellt sich immer wieder das Problem, wie man zum einen trotz großer Entfernungen die Zugangsschwellen niedrig gestaltet und zum anderen eine Anonymität gewährleistet, ohne die Mädchen völlig aus ihren sozialen Zusammenhängen herauszureißen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren, wir Grünen haben uns für unser Bestreben, Mädchen und Frauen in Problemsituationen besser zu beraten und stärker zu schützen, in den Haushaltsberatungen noch einmal für eine Erhöhung der Mittel eingesetzt, so daß jetzt über 6 Millionen DM für diesen Bereich zur Verfügung stehen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt grüner Frauenpolitik ist die Integration von Frauen in das Erwerbsleben. Wir wissen, daß die Arbeitslosenquote nach wie vor einen überproportional ho-

hen Frauenanteil enthält. Wir meinen, daß den Frauen mit den Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen und mit den Weiterbildungsberatungsstellen ein breitgefächertes Netz von Anlaufstellen zur Verfügung steht. Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang die Gründung der Landesgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen — die LaBIB — zu erwähnen, an der das Frauenministerium finanziell beteiligt ist und durch die eine gezielte Beratung von Frauen durch Frauen angeboten werden kann.

Dieser Förderungsbereich ist für uns so wichtig, weil für Frauen ein eigenständiges Einkommen die Voraussetzung ist, um sich aus Abhängigkeiten zu befreien. Unser Ziel ist die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, für deren Realisierung weitreichende gesellschaftliche Änderungen notwendig sind, z. B. die radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Vorgestern haben wir mit der Verabschiedung des KiTa-Gesetzes eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, daß Familien- und Berufsleben zukünftig besser zu vereinbaren sind. Wir sind froh, daß es dieses Gesetz jetzt endlich gibt.

(Zuruf von der CDU: Das Gesetz kann keiner umsetzen!)

An dieser Stelle will ich erwähnen, daß es aufgrund einer Initiative der Grünen möglich wird, den Verband alleinerziehender Mütter und Väter ab 1993 institutionell mit 100 000 DM zu fördern.

(Frau Pawelski [CDU]: Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Darüber sind wir froh, denn wir wissen alle — —

(Zurufe von der CDU)

— Wir haben diese Mittel in den Haushaltsberatungen auf Antrag der Grünen noch möglich gemacht, Frau Pawelski. — Wir sollten uns gemeinsam darüber freuen, denn wir wissen alle, daß sich gerade für Alleinerziehende besondere Problemlagen entwickeln, für deren Bewältigung dieser Verband unterstützend wirken kann.

Mehr als 1,5 Millionen DM werden zur Finanzierung von Frauenprojekten bereitgestellt, welche von der Frauenministerin zutreffend als „Hefe der Frauenbewegung“ benannt werden. Dieser Titel wird von der Opposition immer wieder mehr als in Frage gestellt, obwohl gerade mit diesen Mitteln eine wichtige Anschubfunktion übernommen wird. Frauenprojekte sind gerade wegen ihrer Vielfältigkeit und ihrer unkonventionellen

Ansätze so unverzichtbar, auch für Impulse für die institutionalisierte Frauenpolitik.

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Wer sich für Frauenpolitik interessiert — ich glaube, daß viele Männer das noch immer viel zuwenig tun —, der weiß um das intensive Mitwirken des Frauenministeriums bei der Erstellung von Gesetzen, Verordnung und Initiativen, die unter der Federführung anderer Häuser erarbeitet werden. Niedersachsen ist das erste Bundesland, in dem in das Landes-Raumordnungsprogramm Forderungen von Frauen aufgenommen werden. In zahlreichen Gesetzen ist die deutliche Handschrift des Frauenministeriums zu finden; sei es bei der Bundesratsinitiative zur Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes oder in dem uns gerade vorliegenden Hochschulgesetzentwurf.

In jedem anderen Ministerium finden sich umfassende Haushaltsansätze zur Frauenförderung; hier sei nur das Kultusministerium erwähnt oder auch das Wirtschaftsministerium mit seinem Existenzgründerinnenprogramm, das zu einem „Renner“ geworden ist.

Mit dem Haushalt 1993 wird ein neues Projekt gestartet, welches wieder innovative frauenpolitische Akzente verspricht und der Querschnittsaufgabe gerecht wird. Ich meine die Erarbeitung der Ausstellung „Stadt- und Verkehrsplanung aus feministischer Sicht“, die die besondere Sicht von Frauen in ihrem Lebensumfeld und in verkehrspolitischen Auswirkungen darstellen wird.

Meine Damen und Herren, mit diesem Frauenministerium haben die Frauen in diesem Land eine Lobby für ihre Interessen. Zusammen mit den vielfältigen frauenspezifischen Institutionen, den Frauenbeauftragten in den Kommunen, Verwaltungen, Betrieben, Hochschulen und auch mit dem wachsenden Anteil der Frauen in den Parlamenten ist eine frauenpolitische Landschaft und ein Netzwerk geschaffen.

Mit dem Haushalt 1993 setzen wir unseren konsequenten Kurs fort, Benachteiligungen von Frauen abzubauen. Wir werden die Verwirklichung der Gleichberechtigung vorantreiben!

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Frau Ministerin Schoppe, Sie haben um das Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen.

Schoppe, Frauenministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir scheint es notwendig zu sein, innerhalb dieser

Debatte noch einmal einiges zu den Grundsätzen der Frauenpolitik des Niedersächsischen Frauenministeriums zu sagen. Jetzt müßten auch die Letzten gemerkt haben, daß unser Ansatz einer Frauenpolitik offen und undogmatisch ist.

(Zustimmung von Frau Hoops [Grüne].)

Wir sind nicht so borniert, den Frauen ein bestimmtes Modell der Emanzipation vorschreiben zu wollen, sondern wir wollen die Frauen immer dort abholen, wo sie stehen. Das heißt, wir akzeptieren die unterschiedlichen Lebensstile und Lebensentwürfe der Frauen und versuchen mit unserer Politik, Maßnahmen zu entwickeln, die es den Frauen in den unterschiedlichen Lebenssituationen möglich machen, ihre Situation dann zu verändern, wenn sie sie verändern wollen.

(Zustimmung von Frau Hoops [Grüne].)

Dies ist der Ansatz unserer Politik. Es ist kein enger, sondern ein weiter Ansatz. Ich glaube, es gibt keine erfolgreiche Alternative zu diesem Ansatz von Frauenpolitik.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

— Da vorn sitzt Herr Hildebrandt, der dann immer gleich vorne mit dabei ist.

(Horrnann [CDU]: Das zeichnet Fraktionsvorsitzende im allgemeinen aus! — Heiterkeit.)

— Sie kennen doch das Experiment, das Pawlow mit dem Hund gemacht hat. Das funktionierte so: Wenn ein bestimmtes Signal ausgesendet wurde, hat der Hund „haps“ gemacht, weil er etwa eine Wurst bekommen hat. So etwas merken wir auch in der Diskussion der Frauenpolitik. Immer dann, wenn jemand darüber redet, daß die Mittel, die zur Verfügung stehen, geringer werden, macht eine bestimmte Gruppe von Männern „haps“ und möchte gern das verschlingen, was Frauen für sich an Frauenpolitik und an Mitteln mühsam durchgesetzt haben.

(Abg. Hildebrandt [FDP] erhebt sich von seinem Platz.)

— Einer von denen, der immer „haps“ macht, steht jetzt gerade auf und guckt. Das nennt man in der Fachsprache den „bedingten Reflex“.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich finde das aus folgendem Grunde ärgerlich: Wir alle wissen, daß wir uns gesellschaftlich in einer Umbruchsituation befinden. In einer gesellschaftlichen Umbruchsituation besteht auch die Chance, das Verhältnis der Geschlechter untereinander neu zu ordnen. Wir Frauen haben ein

Frau Schoppe

Interesse daran, dieses Verhältnis im Sinne von mehr Gleichberechtigung für Frauen neu zu ordnen.

Zur Zeit können wir allerdings genau das Gegenteil von mehr Gleichberechtigung für die Frauen verzeichnen. Schauen Sie sich die Frauen in den neuen Bundesländern an. Sie, die massenhaft auf der Straße standen und für die friedliche Revolution gekämpft haben, stehen jetzt massenhaft den ganzen Tag in der Küche hinter dem Kochtopf, weil sie keine Arbeitsplätze mehr haben.

Gucken Sie sich die Diskussion um den § 218 an! In dieser Zeit, in der von den Menschen, von uns allen große Kompetenzen verlangt werden — nämlich die Kompetenz zu wissen, was Demokratie ist, und auch für diese Demokratie einzustehen, und zwar mutig einzustehen; das bedeutet, daß man Kompetenzen haben muß —, wird immer noch in Frage gestellt, ob die Frau die Kompetenz hat, bei einer ungewollten Schwangerschaft tatsächlich selbst die Entscheidung treffen zu können.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Diese Diskussion ist historisch überholt und obsolet. Die kann man so nicht mehr führen. Das ist ein Affront gegen die Frauen. Das bedeutet, daß die Frauen einmal mehr gemäßregelt werden sollen, einmal mehr entmündigt werden sollen.

In dieser Situation befinden wir uns, wenn wir über die Vergewaltigungen diskutieren — das haben Sie hier gemacht; ich habe es aus der Ferne gehört —, die jetzt in dem Land stattfinden, das einmal Jugoslawien gewesen ist. Ich finde es richtig, daß das Ministerium von Herrn Trittin Geld zur Verfügung gestellt hat und Maßnahmen für die vergewaltigten Frauen in diesem Land unterstützt. Das ist richtig und völlig in Ordnung. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir in diesem Hause schon einmal über Krieg und Vergewaltigung diskutiert haben. Das war vor dem Golfkrieg. Ich möchte Sie daran erinnern, daß viele von Ihnen das in Frage gestellt haben, daß es da einen Zusammenhang von Krieg und — —

(Widerspruch bei der CDU.)

— Ich weiß das. Meine Ohren sind noch ganz in Ordnung. Ich habe die Diskussion von damals noch gut im Ohr. Viele von Ihnen haben damals in Frage gestellt, daß es einen Zusammenhang von Krieg und Vergewaltigung gibt. Diesen Zusammenhang gibt es. Das ist jetzt ganz deutlich geworden.

Man muß sich kritisch fragen, warum die Menschen an diesem Punkt hellhörig geworden sind.

Das ist eine andere Dimension; aber so anders ist sie nicht. Es hat schon andere Kriege gegeben, wo man es zugelassen hat, daß Vergewaltigungen stattfanden, wo es eindeutig auch schon die Aufforderung an die Soldaten gegeben hat, die Frauen zu vergewaltigen. Das, was ich damals gesagt habe, ist richtig: Erst nehmen die Soldaten das Land, dann nehmen sie die Frauen; erst dann fühlen sie sich als Sieger.

Das sind Strukturen in einer ganz schrecklichen Form. Das sind Strukturen, die etwas mit dem Patriarchat zu tun haben. Das sind Strukturen, die entstehen, weil die Verhaltensweisen von Männern und von Frauen andere sind. Es sind die Soldaten, es sind die Männer, die Frauen vergewaltigen. Das muß man sich immer wieder vor Augen halten. Ich könnte noch viel anfügen.

Wir müssen Überlegungen anstellen, wie wir dahin kommen, daß wir die patriarchalischen Strukturen verändern. Wir haben hier 39 Frauenhäuser. Diese Frauenhäuser sind immer voll. Die Beratungsstellen haben einen Ansturm von Frauen und Mädchen, die beraten werden wollen, weil sie Gewalt erleben.

(Frau Pawelski [CDU]: Das unterstützen wir alles!)

Um beispielsweise darüber nachzudenken und nicht nur die Maßnahmen zu initiieren, dafür ist ein Frauenministerium wichtig. Gerade in dieser Zeit kann man auf das Frauenministerium überhaupt nicht verzichten. Es macht mich ärgerlich, wenn ich höre, daß sich Leute dazu äußern, daß man das Frauenministerium vielleicht abschaffen will.

Es ist auch kein Geheimnis, daß ich mich immer dafür ausgesprochen habe, das Frauenministerium zu erweitern, weil ich glaube, daß wir unser Können und unsere Kompetenzen, die wir haben, auch in anderen Bereichen noch anwenden können. Ich wäre dafür, das Frauenministerium zu erweitern.

Darüber hinaus sage ich: Wir kommen in der Frauenpolitik nicht weiter, wenn wir die Frauen nicht mitgestalten lassen. Für eine nächste Regierung, die hier antritt — das habe ich schon einmal gesagt —, trete ich für die sogenannte Pärchenlösung ein. Das bedeutet, daß wir nicht nur Frauenbeauftragte in den Ministerien brauchen, sondern daß die Hausspitze auch jeweils von einem Mann und von einer Frau besetzt wird, weil jetzt die Erfahrung zeigt, daß wir mit den Ministerien am besten zusammenarbeiten können, in denen in der Spitze auch eine Frau sitzt, sei es eine Ministerin oder eine Staatssekretärin, und

daß die Ministerien, die nur von Männern geleitet werden, für uns ziemlich schwierig zu „knacken“ sind. Ich sage das mal so.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Diese Diskussion ist für die Männer schwierig; denn von jeder Stelle, auf die eine Frau will, muß ein Mann weg. Das ist nun einmal so. Er muß sich dann irgendwoanders in der Welt umsehen, um zu gucken, ob er dort einen Arbeitsplatz bekommt. Das gilt auch für die Abgeordneten. Hier sitzen viel zu viele Männer rum. Das wissen wir doch alle.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich möchte nun noch etwas zu einem anderen Punkt sagen, weil er hier schon so oft angesprochen worden ist. Es ist nicht so, daß wir unsere gesamte Politik mit Gesetzen machen. Es gibt aber bestimmte Gesetze, die für Frauen durchgesetzt werden müssen, weil sie den Frauen den Rücken stärken werden. Dazu gehört das Frauenbeauftragtengesetz. Seit die rot-grüne Landesregierung dran ist und wir dauernd über Frauenbeauftragte und das Frauenbeauftragtengesetz diskutieren, sind zehn hauptamtliche Frauenbeauftragte zusätzlich eingestellt worden. Es ist keine Stagnation eingetreten. Es ist Bewegung darin.

(Hildebrandt [FDP]: Eine Riesebewegung!)

Wenn man ein Gesetz erläßt, hat man immer zwei Wirkungen. Durch den Erlaß eines Gesetzes wird der Rücken gestärkt. Durch die Diskussionen über das Gesetz stärkt man das Bewußtsein für ein bestimmtes Problem. Dadurch setzt sich etwas in Gang. Wir als Frauenministerium arbeiten mit den Frauenbeauftragten hervorragend zusammen. An der Gewaltkampagne haben sich 55 Frauenbeauftragte beteiligt. Im Rahmen dieser Gewaltkampagne sind vom Frauenministerium und den Frauenbeauftragten innerhalb von vier Wochen 195 Veranstaltungen durchgeführt worden. Das ist sozusagen das Netzwerk, das wir im Land haben. Darauf können wir nicht verzichten.

Zum Landesgleichberechtigungsgesetz sage ich Ihnen folgendes. Es hat noch kein Landesgleichberechtigungsgesetz gegeben — weder in einem Land noch beim Bund —,

(Frau Hammelstein [SPD]: Darauf warten wir ja auch schon zwei Jahre!)

bei dem sich Männer nicht drangesetzt und fieberhaft danach gesucht haben, wo die Punkte sind, an denen sie darauf hinweisen müssen, daß die Geschichte mit der — was weiß ich — Verfassung nicht übereinstimmt und daß es hier hakt

und daß es dort hakt. Das ist keine niedersächsische Spezialität, sondern diese Spezialität hat etwas damit zu tun, daß Gleichberechtigungsgesetze von den Frauen gewollt sind, von den Männern aber nicht gewollt sind. Die Männer wollen sie nicht, weil blanke Angst dahintersteht. Das bedeutet nämlich ganz eindeutig, daß man teilen muß. Das ist nicht gewollt.

(Jordan [Grüne]: Das gilt nicht für alle Männer!)

— Was?

Präsident Milde:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer?

Schoppe, Frauenministerin:

Wo?

(Fischer [CDU]: Hier!)

— Bitte sehr!

Fischer (CDU):

Frau Schoppe, halten Sie Ihren Versuch, in Ihrer Rede zu bestimmten Punkten, über die es überhaupt keinen Dissens gibt, einen Dissens aufzubauen, nicht für gefährlich? Schaden Sie damit nicht der Sache?

(Beifall bei der CDU.)

Schoppe, Frauenministerin:

Was meinen Sie denn?

Fischer (CDU):

Es fing an mit Frauenhäusern. Es ging weiter mit der Vergewaltigung, worüber wir uns einig gewesen sind.

Schoppe, Frauenministerin:

Dazu habe ich doch überhaupt nichts gesagt!

Fischer (CDU):

Doch! Sie haben die Punkte einzeln aufgezählt. Damit schaden Sie der Sache.

Schoppe, Frauenministerin:

Ach Quatsch, das habe ich überhaupt nicht so gemeint. Manchmal gibt es halt Verständigungsschwierigkeiten.

(Zurufe von der CDU.)

Frau Schoppe

Ich möchte nun noch etwas zum Gleichberechtigungsgesetz und zur Teilzeit sagen. Wir haben einige Gutachten erstellt. Diese Gutachten laufen übrigens sehr gut. Sie werden nicht nur reichlich angefordert, sondern mit diesen Gutachten wird auch gearbeitet. Ich glaube, in Zeiten des Umbruchs ist es notwendig, daß nicht nur in den Häusern überlegt wird, sondern daß auch die auswärts vorhandenen Kompetenzen aktiviert und motiviert werden und daß man gemeinsam etwas entwirft. So etwas ist ein Gutachten. In unserem Gleichberechtigungsgesetz — — —

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

— Lassen Sie mich doch eben meinen Gedanken zu Ende führen. — In unserem Gleichberechtigungsgesetz haben wir gesagt — dazu stehe ich —: Einer der wichtigsten Punkte der Frauenpolitik ist die Veränderung von Arbeitszeitstrukturen.

(Frau Pawelski [CDU]: Richtig!)

Deshalb sind wir dafür, daß auch Führungspositionen in Teilzeit angeboten werden.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

Ich stehe auf dem Standpunkt — wie es der DGB vor Jahren schon einmal veröffentlicht hat —, daß sich zwei Drittel der Stellen teilen lassen. Ein Drittel der Stellen läßt sich nicht teilen. Die Stelle von Herrn Hildebrandt z. B. teilen Sie ja auch nicht auf, Frau Lenke.

(Frau Lenke [FDP]: Das ginge auch! — Heiterkeit.)

Ein Drittel der Stellen läßt sich also nicht teilen. Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Ich kann nicht mit einer Pressesprecherin arbeiten, die sich vorgestellt hat, nur an drei Tagen in der Woche da zu sein. Das war der Wunsch der alten Pressesprecherin.

(Zuruf von Frau Schliepack [CDU].)

Das ist aber nicht durchführbar. Dies muß jeder wissen, der ein bißchen Einblick in Ministerien hat. Wie wollen Sie es auf drei Tage verteilen? Eine Pressesprecherin reist mit im Land herum. Man kann nicht irgendwann abbrechen und sagen: Jetzt fahre ich nach Hause.

(Dr. Hruska [FDP]: Aber das gilt für Wirtschaftsunternehmen und ähnliche auch! Dafür schlagen Sie vor, daß man es tun soll!)

— Ich habe gesagt: Zwei Drittel der Plätze sind teilbar. Dabei bleibe ich auch. Ich glaube, daß das durchzuführen ist. Es geht aber nur schwer in die Köpfe hinein. Wir werden noch Gespräche

mit der Wirtschaft führen und mit den Zuständigen das Thema diskutieren.

Ein Punkt liegt mir noch auf der Seele. Hier werden aber auch Sachen erzählt, bei denen man sich wirklich aufregen kann.

(Beifall bei der CDU.)

Die Richtlinien für die Frauenprojekte sind fertig und liegen schon bei den Bezirksregierungen. Auf der Grundlage dieser Richtlinien werden bereits die Gelder für die Frauenprojekte verteilt. Das wollte ich noch hinzufügen.

Ansonsten haben Sie einen Eindruck gewonnen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat für die Blöcke Jugend und Sport sowie Bildung/Wissenschaft/Kultur noch eine Redezeit von 9 Minuten und 51 Sekunden. Das wollte ich nur bekanntgeben.

Jetzt erteile ich zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach § 76 unserer Geschäftsordnung dem Abgeordneten Hildebrandt das Wort.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Dem Vormittagsvorsitzenden der FDP-Fraktion!)

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zur Abgabe einer persönlichen Erklärung gemeldet, weil ich meine, daß ich in der Erziehung, die ich genossen habe, falsch eingeschätzt werde, Frau Ministerin. Ich bin, wenn Sie schon einen Pawlowschen Vergleich benutzen, aber ein gut erzogener Hund, der nicht bei jedem Happen gleich zuschnappt. Insofern meine ich, daß ich auch bei Ihnen nicht zuschnappen werde, nachdem ich mich gemeldet habe.

Frau Ministerin, nicht immer die Angst läßt die Männer zu einer anderen Einschätzung von Funktionen kommen, in meinem Fall auch nicht. Als FDP-Fraktionsvorsitzender habe ich mich in den Verhandlungen mit der CDU in der alten Koalition für eine Landesfrauenbeauftragte eingesetzt. Ich habe mich ferner für eine Frauenbeauftragte bei den Landfrauen eingesetzt. Insofern kann ich durchaus auf richtige Einschätzungen in der Vergangenheit verweisen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich kann die Position von Frau Hoops nur nachdrücklich unterstützen. Sie hat gesagt, daß Frau-

enpolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Daher komme ich in der Bewertung, die meine, nicht die meiner Fraktion ist, zu einem anderen Ergebnis, was das Frauenministerium angeht. Ich will Ihnen in einigen Sätzen sagen, warum ich eine andere Auffassung habe.

(Zuruf von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

Frau Ministerin, ich meine, daß symbolhaftes Handeln den Frauen in ihrer konkreten Lebenssituation nicht hilft, sondern wir müssen die Ressourcen, die wir haben, besser einsetzen, um den Frauen in ihrer konkreten Lebenssituation eine Hilfe zu geben. Dazu will ich Ihnen ein Beispiel nennen. Wir sorgen gemeinsam dafür, daß Frauen ihre Kinder in der Zeit des Kindergartenalters in Kindergärten unterbringen können. Wenn die Kinder aber in die Grundschule kommen, müssen die Frauen erleben, daß es keine geregelten Schulzeiten gibt.

(Vizepräsident Jordan übernimmt den Vorsitz.)

Mein Sohn Felix hat in der zweiten Grundschulklasse Unterrichtsbeginn beispielsweise am Montag in der ersten Stunde, am Dienstag in der zweiten Stunde, am Mittwoch in der dritten Stunde und am Donnerstag in der ersten Stunde. Die Zeiten wechseln also. Wir sollten gemeinsam dafür sorgen, daß Ressourcen freigemacht werden, damit wir eine volle Halbtagschule bekommen.

(Beifall bei der FDP.)

Damit können wir die Lage von Frauen in der konkreten Lebenssituation verbessern. Das ist nach meiner Vorstellung eine vernünftige Frauenpolitik. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Jordan:

Wir kommen nun zum nächsten Abschnitt. Vorgesehen war der Abschnitt Jugend und Sport; jedoch liegen mir dazu bislang noch keine Wortmeldungen vor. — Jetzt kommt eine des Abgeordneten Dr. Schneider zu diesem Bereich. Dann erteile ich Ihnen, Herr Dr. Schneider, das Wort.

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bereich Jugend und Sport hatte gerade erst vorgestern bei der Debatte um das Kindertagesstätten-gesetz im Mittelpunkt der Beratungen des Landtages gestanden. Es scheint aber, als hätte dieses Gesetz die Kräfte des Kultusministeriums so sehr

in Anspruch genommen, daß viele andere wichtige Vorhaben und Anträge darunter zu leiden haben. Ich will dies an einigen Beispielen deutlich machen.

Das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz wird frühestens im Januar des nächsten Jahres verabschiedet werden, obwohl das entsprechende Bundesrahmengesetz bereits im Juni 1990, also vor zweieinhalb Jahren, den Bundestag abschließend passiert hat. Bei diesem Vorhaben scheint im Kultusministerium wieder einmal die Schnecke Pate gestanden zu haben.

Das vom Bund vorgeschriebene Landesjugendamt hat diese Landesregierung durch eigene Ungeschicklichkeiten in die Schlagzeilen gebracht. Hier ist eine alternativenabwägende Analyse unterblieben. Ungeklärt bleiben die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt. Niemand glaubt mehr an die kostenneutrale Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen. Last but not least: Bei der Besetzung der Leitungsfunktion des Landesjugendamtes scheint erst einiger Druck von außen dazu geführt zu haben, daß diese Stelle ausgeschrieben und nicht unter parteipolitischen Erwägungen verschachert wird.

Unsere Anträge zur Bekämpfung der jugendgefährdenden Sekten schmoren immer noch in der Ministeriumsschublade. Geld scheint hierfür nicht zur Verfügung zu stehen, obwohl, wie wir alle wissen und wie von der Innenministerkonferenz auch bestätigt worden ist, die Sektengefahr ständig wächst.

Auch die Unterstützung der Ehrenamtlichkeit in der Jugendarbeit, die wir hier im November eindrucksvoll unterstrichen haben, scheint eher durch wohlklingende Worte zu geschehen als durch materielle Zuwendungen.

(Beifall bei der CDU.)

Vor allem aber in der Sportpolitik hat sich diese Landesregierung nicht gerade mit Ruhm bekleckert. So stehen für investive Maßnahmen, also für den Sportstättenbau, im Jahre 1993 keine neuen Verpflichtungsermächtigungen bereit. Schon in diesem Jahr hat die Landesregierung die im Haushalt stehenden Verpflichtungsermächtigungen von 5 Millionen DM auf 3 Millionen DM gesenkt. Insgesamt ist die Sportförderung aus Mitteln des Kultusministeriums also auf dem Stand von 1990 festgefroren worden. Diese wenigen zur Verfügung stehenden Mittel werden dann auch noch in einer Art und Weise verteilt, daß gerade den kleineren Sportvereinen immer weniger zur Verfügung steht.

Dr. Schneider (Isernhagen)

Ich will es hier für die CDU-Fraktion ganz deutlich sagen: Wir stehen hinter dem Vereinssport und werden alles unternehmen, um eine Kürzung bei der finanziellen Förderung der kleinen Sportvereine zu verhindern.

(Beifall bei der CDU.)

Gerade die Sportvereine sind in unserem Flächenland Niedersachsen ein Stützpfiler des gesellschaftlichen Lebens — und dies nicht nur in den Dörfern. Deshalb können wir nicht akzeptieren, daß die rot-grüne Landesregierung dem Fußballzweitligisten Eintracht Braunschweig insgesamt 6 Millionen DM für die Renovierung und den Ausbau des örtlichen Stadions zuschanzt. Auch andere Vereine, insbesondere die Zweitligaverene in Meppen und Osnabrück, haben diese Förderung mindestens genauso nötig, aber die gucken jetzt in die Röhre.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Goldmann [FDP].)

Für das Gros der kleinen Vereine in Niedersachsen wird auch hierdurch die Verfügungsmasse immer geringer. Dies ist keine Sportpolitik, wie wir von der CDU sie wollen.

Aber nicht nur im Breitensport, sondern auch im Leistungssport werden die falschen Signale gesetzt. Die rot-grüne Landesregierung hatte zunächst 172,5 Entlastungsstunden für Lehrkräfte, die für die Talentsuche und die Talentförderung am Olympiastützpunkt Hannover/Wolfsburg sorgen sollten, ersatzlos gestrichen. Damit — das müssen wir hier feststellen — sind die Talentsuche und die Talentförderung für diesen Stützpunkt unterbrochen und weitestgehend lahmgelegt worden. Es ist immer schwierig, etwas, was erst einmal unterbrochen ist, wieder anzuwerfen.

Erst nachdem die Fraktion der CDU im Niedersächsischen Landtag hierzu einen Entschließungsantrag eingebracht hatte, sind der Humboldt-Schule in Hannover wenigstens wieder 56 Stunden zugewiesen worden.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zu der von der Landesregierung eingesetzten Expertengruppe sagen, die kürzlich ihr Gutachten zum, wie es so schön heißt, Freizeitsportland Niedersachsen vorgelegt hat.

Soll dieses Gutachten ernst genommen werden, dann, meine Damen und Herren von der Landesregierung und von den Regierungsfractionen, müssen Sie auch Finanzmittel bereitstellen, um die darin enthaltenen, nicht gerade billigen Empfehlungen umsetzen zu können. Der Landeshaushalt 1993 enthält hierfür aber keinen Pfennig,

und ebensowenig die mittelfristige Finanzplanung. Das heißt im Klartext: Entweder nimmt diese Landesregierung ihr eigenes Gutachten nicht ernst, oder sie will die Kosten für die vorgeschlagenen Maßnahmen aus den vorhandenen Finanztöpfen bezahlen. Dies ginge natürlich wieder zu Lasten der bestehenden Sportförderung.

Meine Damen und Herren, auf einen kurzen Nenner gebracht: In der Sportpolitik und vor allem in der Jugendpolitik sieht diese Landesregierung ganz schön alt aus!

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Es hat sich nun der Abgeordnete Bannier für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Zum Thema Jugend, haben Sie notiert, Herr Bannier.

(Bannier [FDP]: Das ist auch korrekt!)

— Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, weil sich Ihr Kollege Dr. Hruska zum Bereich Sport gemeldet hat.

(Dr. Hruska [FDP]: Das wissen wir untereinander!)

Bannier (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Hinweis ist richtig; Herr Dr. Hruska wird sich in Kürze zu dem Bereich Sport äußern.

Meine Damen und Herren, das Kultusministerium ist unter den Ressorts Spitzenreiter im Geldausgeben. So lautete die Überschrift einer hannoverschen Tageszeitung am 9. Dezember 1992. Die Formulierung provoziert eine Rückfrage, nämlich für was und wie dieses Geld ausgegeben wird.

Ein großer Posten geht leider für langfristige Personalausgaben drauf, so daß dann zwangsläufig geringere Mittel für dringend notwendige Maßnahmen, so zum Beispiel im Jugendbereich, aufgewendet werden können. Als Beispiel nenne ich das Jugendwohnen für sozial benachteiligte Jugendliche, deren Anteil in Niedersachsen bereits 14 % beträgt. Letztlich ist es uns dennoch gemeinsam gelungen, im Haushalt 1993 dafür einen Betrag zur Verfügung zu stellen, obwohl dies im Vergleich zu anderen Bundesländern nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist.

Die Notwendigkeit für die Einrichtung eines zentralen Landesjugendamtes sehen wir nach wie vor nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Argumentation, ein einziges Landesjugendamt müsse aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben eingerichtet werden, teilen wir nicht.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

In einem Flächenland wie Niedersachsen geht es nach unserer Einschätzung darum, die Lage vor Ort beurteilen zu können, um je nach Bedarf zügig zu beraten und zu fördern. Bei der abschließenden Beratung über das KJHG werde ich dieses Thema noch einmal ansprechen.

Meine Damen und Herren, es gibt jedoch aus Sicht der FDP auch positive Maßnahmen. Ein Lob ist auszusprechen für die Maßnahmen im Jugendsozialbereich, hier speziell die Maßnahmen zur Betreuung jugendlicher Straftäter. Das ist nach wie vor ein besonderes Anliegen der FDP. Wir begrüßen und unterstützen, daß das Uelzener Modell mittelfristig auf das ganze Land ausgedehnt werden soll.

Hervorheben möchte ich weiter das Projekt Mädchen in der Jugendarbeit, um die Benachteiligung der Mädchen in der Gesellschaft wirkungsvoll abzubauen.

Dies, meine Damen und Herren, als kurze Anmerkung zu einigen Punkten, sowohl positiv als auch negativ, auf die ich besonders hinweisen wollte. Insgesamt sollte die Landesregierung mehr Mut entwickeln, Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft unserer Jugend zu ergreifen. — Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten von Hofe für die Grünen das Wort.

von Hofe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schneider, was Sie hier ausgeführt haben, waren nur Negativpunkte. Ich sehe in diesem Haushalt durchaus auch positive Punkte. Herr Bannier von der FDP hat das eben auch noch einmal deutlich gesagt. Daß ich noch mehr positive Punkte sehe, ist natürlich völlig klar.

Das Landesjugendamt soll, wie es in der von der Landesregierung beschlossenen Kabinettsvorlage heißt, kostenneutral sein. Herr Bannier, daß ein zentrales Landesjugendamt eingerichtet werden muß, schreibt das KJHG vor. Alle anderen Bundesländer in Deutschland haben mittlerweile zentrale Landesjugendämter eingerichtet. Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß im Landesju-

gendbeirat alle Jugendverbände Niedersachsens, auch der Landesjugendring, in dem diese zusammengeschlossen sind, dies gefordert haben, und Sie haben es dort zugesagt.

(Mühe [SPD]: Da hat er denen das auch zugesagt! — Gegenruf von Bannier [FDP]: Nein, ich habe in der Sitzung nein gesagt!)

— Herr Mühe stimmt mir gerade zu. — Entscheidend ist, daß beim Landesjugendamt nicht nur eine Zentralisation stattfindet, sondern daß auch eine dezentrale Anbindung über die Bezirksregierungen erhalten bleibt. Es ist wichtig, daß die fachliche Konzentration stattfindet, damit entsprechend fachliche Entscheidungen getroffen werden können. Deshalb haben sich SPD und Grüne für die Einrichtung eines zentralen Landesjugendamtes eingesetzt. Ich gehe davon aus, daß dieses zentrale Landesjugendamt zum Mai des nächsten Jahres eingerichtet wird.

Was Sie zur Ehrenamtlichkeit der Jugendarbeit ausgeführt haben, Herr Schneider, kann ich nicht teilen. Der Antrag, den SPD und Grüne eingebracht haben, bedeutet ganz klar, daß Finanzmittel erforderlich sind, wenn wir das umsetzen wollen. Diese werden im Haushalt 1994 zur Verfügung gestellt. Das heißt, wir machen nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern wir setzen das in die Tat um, was wir versprechen.

(Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]: In der Mipla steht nichts!)

Das Land ist für den Breitensport zuständig. Die Förderung des Leistungssportes ist eindeutig Aufgabe des Bundes. Das ist immer eine zentrale Aussage der Fraktion der Grünen gewesen. Was die Expertenkommission im Gutachten „Freizeitsportland Niedersachsen“ herausgearbeitet hat, ist hervorragend, um weitere Sportstätten in Niedersachsen zu fördern und neue Anregungen zu geben. Ich gehe davon aus, daß wir mit dem Haushalt 1994 die ersten Anregungen, die in diesem Gutachten erarbeitet worden sind, umsetzen können.

Im Mittelpunkt des Haushaltsplans für den Aufgabenbereich Jugend und Sport steht für das Jahr 1993 natürlich die Förderung der Kindertagesstätten. Wir haben in dieser Woche das entsprechende Gesetz beschlossen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr sind hier über 60 Millionen DM zugelegt worden. Dies zeigt, daß gerade der Bereich der Kindertagesstätten mit über 200 Millionen DM für die Landesregierung einen entscheidenden Teil des Bildungsbereichs darstellt.

Wir haben bereits einiges mit dem Kindergarten-sofortprogramm erreicht. Mittlerweile sind über

von Hofe

25 000 Plätze in Planung, im Bau oder bereits eingerichtet. Das ist etwas, was Sie in 14 Jahren nicht erreicht haben. Wir haben das in zweieinhalb Jahren geschafft. Das ist eine enorme Leistung.

Die Ausgabensteigerung 1993 gerade im Kindertagesstättenbereich bedeutet, daß wir im Vergleich zu Ihnen die Ausgaben verdreifachen werden, wie es in dieser Woche für den Personalkostenbereich beschlossen worden ist. Die Personalkostenzuschüsse werden die Träger und die Kindertagesstätten und natürlich auch die Kommunen finanziell deutlich entlasten. Ganz besonders gilt dies aber für die Kommunen, die die im Gesetz festgeschriebenen Mindeststandards bereits erfüllen. Für diese Kommunen sind keine Mehrbelastungen zu erwarten.

Nachdem jahrzehntelang die Kindertagesbetreuung sträflich vernachlässigt worden ist, ist nun eine außerordentliche gemeinsame Anstrengung sowohl vom Land als auch von den Kommunen notwendig, um den entstandenen, gesellschaftlich nicht mehr tragbaren Mangel zu beheben. In diesem Sinne findet der Haushalt 07 — Jugend und Sport — unsere volle Unterstützung. — Schönen Dank.

(Zustimmung von Waike [SPD].)

Vizepräsident Jordan:

Herr Dr. Hruska, Sie haben jetzt das Wort für die FDP-Fraktion zum Thema „Sport“.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß der Sport in Niedersachsen als die sowohl zahlenmäßig wie auch von der Wirkung her größte gesellschaftliche Bewegung seine Leistungen für die Menschen in Niedersachsen erbringen kann, liegt nicht an den Finanzmitteln, die diese Landesregierung, aber auch die vorherigen Landesregierungen dem Sport zur Verfügung gestellt haben.

(Zuruf von Waike [SPD].)

Es geht auch nicht darum, Herr Waike, Beträge aufzurechnen. Wenn man die Leistungen des Sports für unsere Gesellschaft werten würde, dann bräuchten wir uns um kleine Teilbeträge nicht zu streiten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Dann müßte nahezu das Doppelte dafür in den Haushalt eingestellt werden. Ich gebe aber zu, daß auch wir das nicht in diesem Maße getan

haben. Gerade im Zusammenhang mit unseren finanziellen Schwierigkeiten ist es vielleicht auch heute nicht angebracht, das Steuer plötzlich heranzuworfen.

Woran liegt es, daß der Sport diese Leistungen bringt? — Das liegt an dem großen ehrenamtlichen Engagement

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

aller Vereinsförderer, Mitglieder, Trainer und Übungsleiter, die im Sport tätig sind. Dieses Engagement kann man mit Geld nicht aufwiegen. Man sollte aber — das soll der zentrale Punkt meiner Aussage zum Sport sein — dieses zentrale Engagement nicht durch wettbewerbsverzerrende Angebote von anderer Seite kaputt machen.

(Beifall bei der FDP und bei CDU.)

Ich meine z. B. die Volkshochschulen, die durchaus ihre segensreichen Wirkungen haben, die auch anerkannt werden sollen. Aber dann, wenn sie in Konkurrenz zum Sport treten und ihre Mitarbeiter zwar wohl richtig eingeordnet, aber im Verhältnis zu den Übungsleitern sehr hoch bezahlen, muß man sich eigentlich wundern, daß sich Übungsleiter manchmal nur für drei Mark die Stunde für den Sport noch zur Verfügung stellen,

(Zustimmung bei der FDP)

daß sie ihre Freizeit und auch eigene finanzielle Mittel opfern, um zum Übungsleiter ausgebildet zu werden, wenn auf der anderen Seite in den Volkshochschulen das Zehnfache dafür bezahlt wird.

(Krapp [CDU]: Bedanken ist noch besser als sich wundern!)

— Bedanken will ich mich auch für die Tätigkeit der ehrenamtlichen Übungsleiter in den Vereinen; denn ohne sie würde der Sport diese Rolle nicht haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns an anderer Stelle über Gewalttätigkeit bei Jugendlichen, über Kriminalität bei Jugendlichen beklagen und beträchtliche Summen für die Nachsorge ausgeben, dann sollten wir uns überlegen, ob diese Beträge für die Vorsorge nicht besser angebracht wären.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, wir werden weiterhin darauf achten, daß der Sport durch andere nicht in Schwierigkeiten gebracht wird. Er selbst wird darauf achten, daß er seine Aufgaben weiter so erfüllt wie in der Vergangenheit.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung von Horrmann [CDU].)

Vizepräsident Jordan:

Als nächster hat sich der Abgeordnete Schneider (Salzgitter) für die SPD zu Wort gemeldet. Er wird zu dem ganzen Komplex Jugend, Schule, Wissenschaft und Kunst reden.

(Pörtner [CDU]: Das tapfere Schneiderlein!)

Schneider (Salzgitter) [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will den Versuch machen, Jugend, Sport, Schule, Hochschule und Kultur — fünf auf einen Streich — anzusprechen.

(Horrmann [CDU]: Aber nur den Versuch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bildungspolitik ist einer der Schwerpunkte in der Wahlaussage der Sozialdemokratischen Partei bei der Landtagswahl 1990 gewesen.

(Klare [CDU]: Das stimmt!)

Ich kann heute anlässlich der anstehenden Verabschiedung des dritten Haushalts der rot-grünen Koalition feststellen, daß wir unser Wahlversprechen eingehalten haben.

(Lachen bei der CDU. — Klare [CDU]: Das stimmt nicht! — Waike [SPD]: Das ist untertrieben! Übererfüllt!)

Kindergärten, Schulen und Hochschulen stehen wieder im Mittelpunkt der Landespolitik. Mit dem Haushalt 1993 werden verwirklicht

erstens der weitere Zubau von Kindertagesstättenplätzen und eine höhere Personalförderung durch das Land,

zweitens die letzte Stufe der Einführung der Lernmittelfreiheit für unsere Schülerinnen und Schüler,

drittens die Sicherung der Unterrichtsversorgung, viertens der Um- und Ausbau unseres Hochschulsystems und

schließlich die Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt in unserem Land.

Ich komme auf die Punkte im einzelnen noch zurück.

Meine Damen und Herren, als wir die Wahlaussage für die Landtagswahl 1990 beschlossen und später die Koalitionsvereinbarung unterschrieben haben, konnten wir noch nicht ahnen — auch Sie

nicht —, welche umwälzenden Veränderungen wir wenige Monate später erleben sollten. Die nach der Wiedervereinigung eingetretene Bevölkerungsverschiebung hat alle Planungen Makulatur werden lassen. Hierzu einige Fakten:

Die Zahl der Kindergartenkinder in Niedersachsen ist von 222 000 im Jahre 1990 auf 237 000 im Jahre 1992 angestiegen — 15 000 Plätze mehr Bedarf.

Im Schulbereich prognostizierte die alte Landesregierung im Mai 1989 für das Jahr 1992 insgesamt 773 000 Schülerinnen und Schüler. Wir haben diese Aussage auf 808 000 korrigieren müssen. Tatsächlich hat die Wanderungsbewegung dazu geführt, daß wir in 1992 insgesamt 837 000 Schülerinnen und Schüler haben — 64 000 Schulkinder mehr, als Sie, Herr Horrmann, noch kurz vor Schluß prognostiziert haben.

Die Zahl der Studenten ist von etwa 136 000 auf 154 000 angestiegen.

(Horrmann [CDU]: Ihr konntet die Wende auch nicht voraussehen!)

— Eben, aber Sie auch nicht; das müssen Sie ehrlicherweise sagen. Angesichts dieser Zahlen ist es nicht verwunderlich, daß Bildungspolitik in dieser Zeit von einer Diskussion über Quantitäten dominiert wird und daß die Qualitätsentwicklung Gefahr läuft, in den Hintergrund zu geraten. Die Leistung des Haushalts 1993 für diese gesamten Bereiche ist es, sowohl die quantitativen Probleme zu meistern als auch die notwendige qualitative Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Am Mittwoch haben wir das erste niedersächsische Kindertagesstättengesetz verabschiedet. Es bringt erheblich höhere Zuschüsse für die Träger der Kindergärten. Die Personalkostenzuschüsse belaufen sich auf immerhin 149 Millionen DM pro Jahr.

(Schneider [Sibbesse] [CDU]: Sagen Sie lieber 20 %, und nennen Sie nicht so eine absolute Zahl!)

— Das ist dreimal so viel, wie Sie jemals finanziert haben. Dreimal so viel!

Neben der laufenden Bezuschussung wird das Sofortprogramm zur Schaffung zusätzlicher Plätze fortgesetzt. Um einen kontinuierlichen Fortgang der Baumaßnahmen zu sichern, haben wir während der Haushaltsberatungen die Verpflichtungsermächtigungen von 15 auf 20 Millionen DM hochgesetzt. Die tatsächlichen Bedürfnisse im Lande wie auch die vom Bund gesetzten rechtlichen Fakten, also Rechtsanspruch bis zum Jahre

Schneider (Salzgitter)

1996, zwingen zur Konzentration der Anstrengungen auf die Schaffung zusätzlicher Plätze.

Der Haushaltsantrag der FDP zur dritten Beratung — leider ist der Kollege Hildebrandt jetzt nicht da —, der die Zuschüsse des Landes für den Bau von Kindergärten kürzen will — die FDP will kürzen! —, ist schlicht unbegreiflich. Vorgestern hat der Kollege Hildebrandt sich hingestellt und hat mit Blick auf die 218-Gesetzgebung die Bedeutung der Schaffung von Kindertagesstätten hervorgehoben. Heute stellt seine Fraktion einen Antrag mit genau gegenteiliger Wirkung. Die CDU, Herr Dr. Schneider, hat zu diesem Thema überhaupt keinen Haushaltsantrag gestellt. Angesichts der schrillen Töne, die Sie hier am Mittwoch angeschlagen haben, ist das unbegreiflich. Sie stellen sich immer mehr als Windmaschine heraus.

(Schneider [Sibbesse] [CDU]: Wenn wir Anträge stellen, lehnen Sie sie ab!)

Es wurde kein einziger Haushaltsantrag gestellt. Das ist ein sehr bemerkenswerter Vorgang.

Ähnlich bemerkenswert ist der Schwenk sowohl der CDU- als auch der FDP-Fraktion in der Frage der Einstellung von Lehrkräften. Als Sie noch regierten, haben Sie jede zweite frei werdende Planstelle gestrichen. Nach dem Regierungswechsel waren Sie zwei Jahre lang untätig. Nicht ein einziger Antrag ist zu den Haushalten der vergangenen Jahre gestellt worden. Nun versuchen Sie, die Regierungskoalition zum Thema Lehrkräfteeinstellung noch zu überholen. Ich stelle fest: Das ist wiederum ein Schwenk um 180 Grad.

(Horrnann [CDU]: Sie haben keine Geschwindigkeit! Stimmen Sie doch zu!)

Wir hingegen setzen auf Kontinuität. Wir haben vor der Wahl die Einstellung von 1000 Lehrkräften pro Jahr versprochen. Diese Bilanz ist weit übererfüllt.

(Horrnann [CDU]: Wo denn?)

Schon jetzt sind 3 818 Lehrkräfte eingestellt worden, davon immerhin 1 750 auf neuen Planstellen. Weitere 475 Planstellen sollen mit dem neuen Haushalt geschaffen werden. Das sind 200 mehr, meine Damen und Herren, als der Regierungsentwurf ausgewiesen hat.

(Horrnann [CDU]: Aber erst ab 1. August! Ein halbes Jahr sparen Sie noch!)

— Ich würde an Ihrer Stelle ganz ruhig sein; ich komme gleich zu Ihnen. Seien Sie mal ganz ruhig! Sie werden sich gleich schämen müssen.

Die Vorschläge der Oppositionsfraktionen auf diesem Gebiet sind wenig seriös. Die CDU, Herr Horrmann, bemängelt in ihrem Haushaltsantrag zur dritten Beratung einerseits verbal den Anstieg der Stellenzahl im Landeshaushalt in den vergangenen Jahren, ohne darauf hinzuweisen, daß allein 1 750 davon — das sind 23 % — auf den Bereich Lehrkräfte entfallen.

(Pörtner [CDU]: Im Verwaltungsteil!)

— Pauschal! Lesen Sie doch einmal nach: 7 600 Stellen. Sie haben doch Ihren eigenen Antrag nicht gelesen! Dann fordern Sie in Ihrem verbalen Text eine globale Einsparung der Personalkosten, also Stellenstreichungen, in Höhe von 240 Millionen DM und wollen gleichzeitig 525 neue Stelle schaffen.

Lustig wird es allerdings,

(Pörtner [CDU]: Das ist lustig?)

— das erste war unlogisch; das zweite ist lustig — wenn man die Begründung Ihres Antrags liest. Das sollten Sie endlich einmal machen. Dann werden Sie nämlich feststellen, daß mit den von Ihnen beantragten 525 Stellen nicht die behaupteten 1 000 zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Das steht im Text Ihres Antrags. Wenn Sie Ihr Zahlenwerk ansehen, werden Sie nämlich feststellen, daß sich das auf den Gesetzentwurf der Landesregierung bezieht, Herr Horrmann. Dort stehen 275 plus 525. Das macht 800. Sie haben einen Text, in dem Sie 1 000 ankündigen; Sie beantragen aber nur 800. Sie haben geschlampt. Ich finde das äußerst peinlich, was Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Peinlich für Sie!)

Schule und Haushalt — die Opposition wird nicht müde, die angeblich katastrophale finanzpolitische Auswirkung einiger weniger Gesamtschulen im Lande zu beschwören. Gleichzeitig präsentiert die CDU den Vorschlag, mehr als 500 Orientierungsstufen aufzulösen und die Schülerinnen und Schüler wieder umzugruppieren an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien. Ich will mich jetzt nicht zum pädagogischen Unfug dieser Ideen äußern,

(Horrnann [CDU]: Davon haben Sie ja keine Ahnung!)

sondern nur feststellen: Diese umwälzende Strukturveränderung würde Hunderte von Millionen Mark kosten,

(Pörtner [CDU]: Dann reden Sie mal von Gesamtschulen!)

und zwar das Land und die Kommunen, und außerdem die Auflösung zahlreicher kleiner Grundschulen nach sich ziehen, da diese kleinen Grundschulen nicht die notwendige Differenzierung und Auswahlleistung für das anschließende dreigliedrige Schulwesen erbringen können. Diese Ihre Vorstellungen von einer angeblichen humanen Leistungsschule sind weder human noch eine Leistung, sie sind schlicht reaktionär und pädagogisch wie finanzpolitisch unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Ein Wort zur Berufsausbildung. Wir haben in den Haushaltsberatungen den Ansatz zur Mitfinanzierung von Investitionen bei überbetrieblichen Ausbildungsstätten von 0,5 auf 5 Millionen DM aufgestockt. Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, daß mit den Landesmitteln zugleich die Einwerbung von Bundeszuschüssen ermöglicht wird. Wir Sozialdemokraten sehen in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten eine notwendige Ergänzung der betrieblichen Berufsausbildung innerhalb des dualen Systems und nicht eine Konkurrenz zu den staatlichen Berufsschulen, die analog dazu ausgebaut werden müssen.

(Horrmann [CDU]: Das hat auch keiner behauptet!)

Mit dem Haushaltsplan 1993 wird der dringend notwendige Ausbau der Universitäten und Kunsthochschulen fortgesetzt. Das Hochschulentwicklungsprogramm wird erstmals verankert, und es wird in den nächsten Jahren sowohl die Konsolidierung der traditionellen Hochschulen als auch den von Ihnen versäumten Ausbau in Oldenburg und Osnabrück bringen.

Fortgeführt wird im Haushaltsplan 1993 das Fachhochschul-Entwicklungsprogramm. Es bringt mittelfristig einen deutlich höheren Anteil der Fachhochschule am Gesamtangebot an Studienplätzen. Der Funktionswandel des Hochschulsystems stärker hin zu hochqualifizierter Berufsausbildung findet hier im Fachhochschul-Entwicklungsprogramm seinen sichtbarsten Ausdruck.

Der Hochschulausbau ist — das wissen Sie — eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Mit der Reduzierung der Mittel weit unter die vom Bundesbildungsminister Ortleb für notwendig erachteten Zahlen entzieht sich der Bund seiner verfassungsmäßigen Pflicht.

In der Kultusministerkonferenz haben sich vor wenigen Tagen die Bildungsminister aller Bundesländer unisono — ich habe das neulich schon einmal gesagt — gegen diese Absichten des Bun-

des gewandt; alle gemeinsam. Nur der CDU hier im Hause bleibt es immer wieder überlassen, diesen Unsinn, den die Bundesregierung da zur Zeit betreibt, auch noch zu rechtfertigen. Ich verfolge jedenfalls mit Interesse die Diskussion innerhalb der KMK, die darauf zielt, den Bund möglicherweise sogar mit einer Verfassungsklage in dieser Angelegenheit zu überziehen. Wir fordern die Landesregierung auf, weiterhin so nachdrücklich wie bisher für eine Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau einzutreten.

Vor wenigen Tagen hat die Kultusministerkonferenz eine Art Selbstverpflichtung beschlossen. Die Studienstrukturreform soll nun ernsthaft angegangen werden. Das ist überfällig. Wir fordern die Landesregierung und die Hochschulen auf, aktiv bei diesem Vorhaben mitzuwirken.

(Horrmann [CDU]: Das Hochschulgesetz leistet dazu einen hervorragenden Beitrag!)

Der Zustand, daß wir trotz sinkender Erstsemesterzahlen steigende Studenten- und Studentinnenzahlen haben, ist nicht erträglich.

CDU und FDP — ich will das hier noch einmal festhalten — haben, soweit es die Hochschulpolitik angeht, keinerlei Anträge zum Haushalt gestellt. Vermutlich sind sie mit uns zufrieden. Es könnte natürlich auch sein, daß die globalen Streichungsvorschläge im Personaletat — diese 240 Millionen DM — die hochschulpolitischen Vorstellungen der CDU widerspiegeln. Es wäre schön, wenn Sie, Herr Horrmann, in dieser Frage einmal Roß und Reiter nennen und sagen würden, wo Sie die Stellen streichen wollen.

(Horrmann [CDU]: Wir haben Ihnen doch schon gesagt, wo die weg sollen. 240 Stellen in diesem Land!)

— Sie wissen ganz genau, daß Sie damit keine 240 Millionen DM erwirtschaften können! — Sie machen Etikettenschwindel. Sie sind zu feige, sich hier hinzustellen und zu sagen, wo gekürzt werden soll. Sie machen eine pauschale Ansage, machen dann Nebel und verschwinden dann hinter demselben.

Meine Damen und Herren, Erfreuliches bringt der Haushalt für den kulturellen Sektor. Der Landesregierung ist ausdrücklich dafür zu danken, daß sie in der Mipla Vorsorge dafür getroffen hat, daß die durch die Streichung der kulturellen Zonenrandförderung durch den Bund ausfallenden Mittel zu einem wesentlichen Teil zukünftig durch Landesmittel kompensiert werden. Damit wird es möglich sein, die kulturelle Vielfalt im Lande abzustützen.

Schneider (Salzgitter)

Während die CDU zum Kulturetat keinerlei Anträge gestellt hat, hat die FDP dazu einiges vorgeschlagen. Teilweise deckt sich dies mit Beschlüssen, die der Haushaltsausschuß bereits getroffen hat. Einige andere Dinge sind neu. Da Sie diese Anträge erst zur dritten Beratung vorbringen, haben Sie uns keinerlei Gelegenheit gegeben, vorher darüber zu reden.

(Goldmann FDP): Ihr seid doch fix!

Wir werden über die bessere Finanzierung der nichtstaatlichen Theater oder über die Verbesserung der Solistengagen in Oldenburg sicherlich reden müssen.

(Beifall bei der SPD. — Frau Lenke [FDP]: Dann aber los!)

Dies werden wir aber erst in Verbindung mit der Aufstellung des Landeshaushaltes 1994 tun können.

(Frau Lenke [FDP]: Das war ja klar!)

In der Aufstockung des Orchesters in Braunschweig in die A-Besoldung sind wir uns einig. Herr Bannier, der jetzt leider draußen ist, hat sich dafür mächtig aus dem Fenster gelehnt und es als Unverschämtheit bezeichnet, daß wir diese Aufstockung nicht mitmachen wollten. Er hatte dabei allerdings übersehen, daß wir das schon längst beschlossen hatten.

(Goldmann [FDP]: Stimmt nicht, Herr Schneider! Das ist die Unwahrheit!)

— Selbstverständlich! Schon am Tag vorher war das beschlossen!

(Goldmann [FDP]: Das stimmt nicht!)

In diesem Zusammenhang hat Herr Bannier im übrigen den Hannover-Vertrag und die Übernahme der Geschäftsanteile massiv kritisiert.

(Goldmann [FDP]: Das ist auch berechtigt!)

Zu meinem Erstaunen lese ich nunmehr im FDP-Antrag, daß auch Sie die Mittel im Haushalt veranschlagt wissen möchten. Insofern will ich dieses Umdenken begrüßen.

Das Stichwort „Hannover-Vertrag“ kann ich aber nicht übergehen, ohne noch einmal herauszustellen, daß es sich dabei nicht um ein kulturpolitisches Vorhaben handelt. Die Landeshauptstadt hat eine Reihe besonderer Belastungen zu tragen, die durch die Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes nur unzureichend ausgeglichen werden können. Deshalb soll über den Hannover-Vertrag eine zusätzliche Finanzhilfe gegeben werden. Die Übernahme der Anteile des Staatstheaters Hannover durch das Land ist nicht kulturpolitisch mo-

tiviert, sondern sie ist lediglich als Transportmittel benutzt; sie ist Mittel zum Zweck und kann deshalb auch nicht als Berufungsfall für kulturpolitische Entscheidungen an anderer Stelle herangezogen werden.

Mit großer Verwunderung verfolgen wir den Gang der Diskussion innerhalb der Stadt Hannover. Der Oberbürgermeister ist zur Zeit leider nicht da — das richtet sich ja aber auch an Ihre Seite. Da muß ich lesen, daß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat den Vertrag als Skandal bezeichnet. Da reibt man sich als Nicht-Hannoveraner die Augen und fragt sich, warum man sich der Diskussion im Lande um diese Sonderhilfe für Hannover aussetzt.

Meine Damen und Herren von der CDU: Vielleicht können Sie auf Ihre heimischen Parteifreunde mäßigend und aufklärend einwirken, bevor wir Nicht-Hannoveraner — ich gehöre ja auch dazu — die Lust an dieser Unterstützungsmaßnahme verlieren und das Geld lieber anderswo einsetzen.

(Zuruf von Goldmann [FDP].)

— Herr Goldmann, wenn man es den Bürgern aufdrängen muß, wird der Schwung ein wenig gebremst.

Nun noch ein Wort zum Sport. Die Verpflichtungsermächtigung des vergangenen Jahres wird bedient. Für die Zeit ab 1994 haben wir eine Lösung außerhalb des Haushalts gefunden, die eine dauerhafte Finanzierung der Investitionen — das kann natürlich nur Mitfinanzierung sein — sicherstellt.

Insgesamt kann ich feststellen, Herr Dr. Schneider: Nach Anhebung des Deckels — dies ist den Sportverbänden von der Vorgängerregierung jahrelang verweigert worden — und der Bedienung der Investitionshilfen ist der Sport in den vier Jahren Rot-Grün im Saldo um etliche Millionen besser als unter der Vorgängerregierung bedient worden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Pörtner [CDU]: Berücksichtigen Sie auch die Inflationsrate!)

— Die haben Sie doch vorher überhaupt nicht berücksichtigt! — Auch zu Haushaltsanträgen der CDU zum Sport kann ich feststellen: Fehlanzeige! Sie machen Wind, und außer Wind kommt dann nichts.

(Goldmann [FDP]: Und Sie können nicht rechnen!)

— Ich rechne es Ihnen gerne vor.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Die Einzelpläne 06 und 07, d. h. die Haushalte des Wissenschaftsministeriums und des Kultusministeriums, spiegeln den Kernbereich landespolitischer Zuständigkeiten wider. Sie setzen die von der rot-grünen Koalition eingeleitete Reformpolitik um. Dieser erfreuliche Zustand darf uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die anstehenden finanzpolitischen Veränderungen im Gefolge der deutschen Einheit — Stichwort Länderfinanzausgleich — und im Gefolge der nachlassenden Konjunktur uns alle miteinander dazu zwingen werden — alle alten Bundesländer und alle, die hier im Hause sitzen und verantwortlich handeln —, strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Die SPD — das darf ich hier ankündigen — wird dies unter Wahrung finanzpolitischer Solidität tun. Sie wird aber weiterhin ihre Reformpolitik betreiben, wie seit 130 Jahren.

(Beifall bei der SPD. — Pörtner [CDU]:
Zum Hochschulgesetz kein einziges Wort!)

Vizepräsident Jordan:

Jetzt hat sich der Abgeordnete Klare für die CDU-Fraktion gemeldet. Herr Klare, Sie haben das Stichwort „Bildung“ angegeben. Es geht ein bißchen durcheinander, weil sich die Fraktionen das unterschiedlich aufgeteilt haben. Wir versuchen, das einigermaßen sinnvoll zu koordinieren.

Klare (CDU):

Vielen Dank. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Was ist eigentlich im zweiten Jahr der Regierungspolitik von Rot-Grün passiert? — Die Lehrkräfte fühlen sich in ihren Hoffnungen und Erwartungen betrogen, Engagement schlägt in Frustration um.“

So urteilt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften über die Politik der Landesregierung in Sachen Schule. Das steht in diametralem Gegensatz zu dem, Herr Schneider, was Sie hier gerade verkündet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Ich meine, damit ist die Stimmungslage an den niedersächsischen Schulen richtig beschrieben worden. Der wesentliche Grund für diesen Schulfrust, für diesen Ärger, der sich breitgemacht hat, besteht in dem Widerspruch zwischen Ihren vollmundigen Wahlaussagen, mit denen Sie im Lande sehr große Erwartungen geweckt haben, und

dem, was Sie politisch in die Tat umgesetzt haben. Ich möchte Sie an einige Wahlaussagen erinnern. Manchmal erinnern Sie sich nicht so gerne daran. Ich meine aber, es ist die Pflicht der Opposition, das zu tun. Ich weiß, daß Sie gerade aufgrund der Versprechungen im Schulbereich in die Regierungsverantwortung gekommen sind. Deswegen stehen Sie in einer besonderen Verantwortung.

Sie haben versprochen, die Unterrichtsversorgung auf 110 % anzuheben. Sie wollten 1200 zusätzliche Lehrer einstellen, die Grünen übrigens 1500. Das ist in Ihrem Wahlprogramm nachzulesen.

(Mühe [SPD]: Sie sagen wieder bewußt die Unwahrheit, ganz bewußt, geplant!)

Die Klassen sollten nicht größer als 20 Schüler sein. Die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer haben Sie versprochen. Das ist überall vielfach dokumentiert, Herr Mühe. Weitere Vorschulen sollten kommen. Das verpflichtende 10. Schuljahr für alle, Ganztagschulen, volle Halbtagschulen — das gesamte Füllhorn pädagogischer Wünsche sollte über die niedersächsischen Schulen ausgeschüttet werden.

(Mühe [SPD]: Sie halten die Rede vom letzten Jahr! — Goldmann [FDP]: Herr Klare hat recht!)

Herr Schneider, damit die Geschäftsgrundlage klar ist: Alle diese Versprechen haben Sie in Kenntnis der damaligen Haushaltssituation und in Kenntnis der steigenden Schülerzahlen gemacht. Das war ja abzusehen und in den amtlichen Statistiken des Ministers am Ende der letzten Wahlperiode nachzulesen. Gleichzeitig — Sie haben es heute wieder versucht, Herr Schneider — muß die deutsche Einheit hier und in den Diskussionen draußen trotz besseren Wissens immer als Prügelknabe und zugleich als Alibi für Ihre unerfüllbaren Wahlversprechen herhalten, obwohl nun langsam jeder begriffen hat, daß Niedersachsen von der deutschen Einheit bislang profitiert hat.

Beispielsweise in der Frage der Lernmittelfreiheit, mit der Sie mit großem Propagandaaufwand in die Öffentlichkeit getreten sind, hört man zur Zeit nur noch ganz ruhige Worte. Sie sind gar nicht mehr darauf eingegangen.

(Mühe [SPD]: Das funktioniert alles! — Lachen bei der CDU.)

Zum Glück melden sich die Eltern zu Wort. Die Eltern sind unzufrieden, weil sie gemerkt haben, daß vielerorts nicht einmal die notwendigen Schulbücher für jeden Schüler zur Verfügung

Klare

stehen. Es melden sich zum Glück auch die Schüler zu Wort, weil sie gemerkt haben, daß sie mit den Büchern gar nicht mehr arbeiten können. Die Lehrkräfte sind unzufrieden — das werden Sie sicherlich auch schon zur Kenntnis genommen haben —, weil der ungeheure zusätzliche Verwaltungsaufwand, den sie betreiben müssen, zu Lasten des Unterrichts geht. Herr Minister, Ihre Lernmittelfreiheit — Ihre „sogenannte Lernmittelfreiheit“, ich will mich berichtigen — versinkt zur Zeit im Verwaltungsaufwand und im Bürokratismus.

(Beifall bei der CDU.)

In der zentralen Frage der Schulpolitik, nämlich bei der Unterrichtsversorgung, hat es unter Ihrer Verantwortung einen Einbruch gegeben, der schon heute an einigen Schulen zu einer katastrophalen Situation geführt hat. Schulen können ihrem pädagogischen Auftrag zum Teil nicht mehr gerecht werden und müssen die Probleme auf dem Rücken der Kinder austragen. Die vielen Briefe der Eltern, die ja auch an Sie — gerade an Sie, Herr Minister — geschickt werden, belegen das. Angesichts der Tatsache, daß an etwa 50 % unserer Grundschulen im Lande trotz der von Ihnen gekürzten Stundentafel nicht einmal Förderunterricht stattfinden kann, müssen doch auch bei Ihnen die Alarmglocken klingeln.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole es: Zu der katastrophalen Unterrichtsversorgung ist es nur deshalb gekommen, weil Sie Unterrichtskürzungen und Kürzungen bei Anrechnungstunden in großem Stil vorgenommen haben. Zusätzlich haben Sie ein neues Unterrichtsberechnungsverfahren eingeführt, mit dem Sie die Probleme auch noch statistisch kaschiert haben.

Ich frage Sie, Herr Minister — ich habe das schon häufiger getan —: Warum haben Sie in dieser schwierigen Situation nicht einmal ein Gespräch mit der parlamentarischen Opposition gesucht? Warum haben Sie in dieser schwierigen Zeit nicht einmal eine Diskussion mit uns geführt, und zwar auch über Stundenkürzungen? Wenn dann ein schlüssiges Stundenkonzept vorgelegt worden wäre, hätte man in dieser Zeit einmal miteinander reden können. Aber nein, Herr Minister: Sie haben leider einen anderen Weg eingeschlagen und haben im Alleingang gegen alle Ihre Politik durchgesetzt. Sie haben ihn im übrigen auch gegen den erbitterten Widerstand des Landeselternrates durchgesetzt, der Ihnen eine Klage angedroht hat. Für das Land Niedersachsen ist es ein Novum, daß der Landeselternrat dem Minister eine Klage androht. Daß Sie, Herr Minister, versucht haben, die gesamten Kürzungen, Strei-

chungen und Berechnungstricks pädagogisch zu begründen, kann man angesichts der Tatsache, daß Sie mit dem Rücken an der Wand stehen, vielleicht verstehen. Abnehmen aber tut man es Ihnen nicht. Besonders Ihre Kopfschmerztheorie bei den Grundschulkindern hat Ihnen nicht gerade den Ruf eines Kenners der Grundschule eingebracht. Das werden Sie mir hoffentlich zugestehen.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Minister, Ihr gesamtes Vorgehen im Schulbereich hat kein neues Vertrauen geschaffen. Ganz im Gegenteil: Am Ende steht die Benachteiligung kleiner Schulen. Am Ende steht die Schwächung der Hauptschule bei gleichzeitiger Stärkung der integrierten Gesamtschule. Wen wundert es eigentlich noch? Am Ende steht der Zwang, an unseren Schulen große Klassen zu bilden.

Haargenau in diese schwierige Phase hinein bringen Sie nun auch noch das neue Schulgesetz. Damit stellen Sie vor dem Hintergrund der von mir beschriebenen wirklich schlechten Unterrichtsversorgung die Weichen für unser Land in eine völlig falsche Richtung. Wir haben jetzt übrigens die schlechteste Unterrichtsversorgung seit zehn Jahren. Angesichts der Gewißheit, daß sich die Unterrichtsversorgung im nächsten Jahr noch einmal verschlechtern wird, Herr Minister, bringt diese Landesregierung das neue Schulgesetz ein, das dann auch noch einen erheblichen Lehrermehrbedarf verursachen wird. Für diesen Mehrbedarf werden keine zusätzlichen Lehrer eingestellt, sondern für die neuen Gesamtschulen werden auf Kosten der bestehenden Schulen die Lehrer umgewidmet. Wir fordern von Ihnen in dieser Situation nochmals eindringlich, Herr Minister: Nehmen Sie Abschied von einem zweiten Regelschulsystem! Räumen Sie der Unterrichtsversorgung endlich den Vorrang ein!

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Abgeordneter Klare — — —

Klare (CDU):

Nein, danke.

Vizepräsident Jordan:

Keine Zwischenfragen?

Klare (CDU):

Nein, keine. — Meine Damen und Herren, mit dem neuen Schulgesetz überfordern Sie nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen. Auf der Grundlage Ihrer eigenen Zahlen werden die Kommunen mittelfristig 500 bis 750 Millionen DM aufbringen müssen. Zudem werden gerade auf dem Lande viele Schulen des gegliederten Schulsystems zerstört.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Der vorliegende Haushalt zeigt, daß sich die rot-grüne Landesregierung schulpolitisch in einer sehr schlechten Verfassung befindet. Er zeigt deutlich, daß die vollmundigen Wahlversprechen jetzt auf der Strecke bleiben müssen. Bis 1994 ist das völlig klar. Er zeigt auch, daß Sie den besonderen Herausforderungen, die sich in der nächsten Zeit stellen werden, nicht mehr gerecht werden können. Ich fordere Sie hier wieder einmal zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme auf. Nur so können die schwierigen Fragen gelöst werden. Ich bitte Sie herzlich, auch unserem Antrag auf Einrichtung von 525 zusätzlichen Lehrerstellen zuzustimmen. Sie sind solide finanziert. Das ist von Herrn Gansäuer schon gesagt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz zum Schluß — und vor allem ohne Ihre höhnischen Bemerkungen, die ich gerade höre —: Nehmen Sie endlich den tausendfachen Protest der Eltern, der Lehrer und der Schüler ernst. Die wollen von Ihnen keine Ideologien, Herr Minister, und keine schön gestylten Reden vorbei an den Problemen, sondern sie wollen Unterricht haben.

(Beifall bei der CDU.)

Hier ist jetzt Ihre erste Pflicht. Sie sollten endlich Ihrer Verantwortung als Kultusminister des Landes Niedersachsen gerecht werden.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Abgeordneter Brunkhorst, ich bitte Sie, zum Präsidium zu kommen.

(Dierkes [CDU]: Dann sitzt er aber auf der falschen Seite!)

Wenn Sie so nett sind, sich neben mich zu setzen, dann kann der Abgeordnete Puls-Janssen für die Fraktion der Grünen das Wort ergreifen.

Puls-Janssen (Grüne):

Schönen Dank, Herr Kollege Brunkhorst.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schule steht zur Zeit vor großen Herausforderungen. Seit 1990 nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler erstmals seit eineinhalb Jahrzehnten wieder deutlich zu. 1992 hat sich in Niedersachsen diese Zunahme auf 16 000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler sogar noch einmal deutlich beschleunigt. Der weitere Anstieg ist schwer vorzuberechnen, weil er nur zum geringeren Teil auf den relativ gut kalkulierbaren Geburtenanstieg zurückgeht. Zum wesentlich größeren Anteil geht er auf die Zuwanderung von Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, von Aussiedlern aus Osteuropa und von Flüchtlingen zurück. Wie sich diese Zuwanderung in den nächsten Jahren entwickelt, ist schwer vorzuberechnen. Aber es ist nicht absehbar, daß sie wesentlich nachlassen wird. Die Herausforderung an die Schule ist um so größer, als ein erheblicher Teil der zugewanderten Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache nicht beherrscht und besonderer Förderung bedarf.

Aber auch generell stellt der Unterricht immer höhere Anforderungen, weil die Schulen immer stärker mit den Problemen konfrontiert sind, die sich aus der vielzitierten veränderten Kindheit ergeben. Gerade heute, wo die unglaubliche Brutalität, die alltägliche Mordbereitschaft rechtsradikaler Jugendlicher erkennen läßt, in welchem Maße Sozialisationsprozesse heute zu mißlingen drohen, wird auch von der Schule wieder gefordert, gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzufangen. Die Schule allein ist hiermit ohnehin überfordert. Aber auch einen Beitrag zu dieser Aufgabe kann sie nur dann leisten, wenn sie entsprechend ausgestattet ist.

Die rot-grüne Koalition hat sich deshalb entschlossen, im Haushaltsplan für 1993 nicht nur die 275 zusätzlichen Stellen vorzusehen, die in der Mipla bereits eingeplant waren, sondern zusätzlich weitere 200 Stellen. Insgesamt wird es 1993 also 475 neue Stellen in niedersächsischen Schulen geben.

(Frau Vockert [CDU]: Das reicht nicht aus!)

Das bedeutet eine enorme Anstrengung in einer Zeit, in der angesichts der riesigen finanzielle Probleme überall über Stellenabbau und nicht über Stellenaufstockung nachgedacht wird.

475 zusätzliche Stellen sind das, was nicht nur 1993 finanziert werden kann, wo die Kosten überwiegend erst ab dem 1. August anfallen, sondern auch in den folgenden Jahren, wenn die Kosten für die zusätzlichen Stellen über das ganze Jahr wirksam werden.

Puls-Janssen

Der CDU-Antrag, 1993 insgesamt 1 000 neue Stellen zu schaffen, ist demgegenüber völlig unglaubwürdig, weil dafür keinerlei seriöse Finanzierung vorgeschlagen worden ist.

(Frau Vockert [CDU]: Haben wir! Lesen Sie es nach, Herr Puls!)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Zum größten Teil wollen Sie das nötige Geld aufbringen, indem Sie Stellen, die in den letzten Jahren neu geschaffen worden sind, wieder streichen.

(Frau Vockert [CDU]: Quatsch! — Zuruf von Pörtner [CDU].)

Sie wissen aber ganz genau, daß es sich hierbei zu einem erheblichen Anteil um Stellen für zusätzliche Lehrkräfte handelt. Wollen Sie also die in den letzten Jahren geschaffenen zusätzlichen Stellen in den Schulen wieder streichen, um im nächsten Jahr neue Stellen einrichten zu können? Meine Damen und Herren von der CDU, mit diesem Vorschlag machen Sie sich selber völlig lächerlich.

(Frau Vockert [CDU]: Sie wissen, daß das völlig falsch ist, was Sie eben gesagt haben, Herr Puls! — Pörtner [CDU]: Er will bewußt die Wahrheit nicht zur Kenntnis nehmen!)

— Frau Vockert, Sie haben sicherlich noch Gelegenheit, wenn Ihnen der Kollege Klare restliche Redezeit gelassen hat, Ihre Meinung darzustellen. Vielleicht überlassen Sie es mir, unsere Positionen darzustellen.

Es ist richtig, meine Damen und Herren, daß mit 475 zusätzlichen Stellen die statistische Unterrichtsversorgung, die in den Zeiten zurückgehender Schülerzahlen erreicht worden ist, nicht völlig gehalten werden kann. Dazu ist aber derzeit nach meinem Kenntnisstand keines der sogenannten alten Bundesländer in der Lage.

In der gegenwärtigen Situation kommt es deshalb ganz besonders darauf an, die knapper werdenden Ressourcen so einzusetzen, daß der Bildungsauftrag der Schule optimal erreicht wird. Das ist angesichts der heutigen pädagogischen Herausforderungen nur möglich, wenn die Schule trotz der derzeitigen Knappheit der Mittel reformfähig bleibt.

Notwendig ist heute eine innere Reform der Schule, die dafür sorgt, daß sich der Unterricht stärker an den tatsächlichen Problemen und Fragen der Schülerinnen und Schüler orientiert. Notwendig sind aber auch Reformprojekte, für die wir ein Kontingent an zusätzlichen Lehrkräften benötigen, nämlich in erster Linie für den Ausbau der Grundschulen zu vollen Halb-

tagsschulen und für die Integration und Förderung von behinderten Kindern und ausländischen Schülerinnen und Schülern. Gerade angesichts der derzeitigen Welle von Haß und Gewalt gegen Minderheiten und gegen Ausgegrenzte scheint uns dies heute mehr denn je eine unverzichtbare Aufgabe für die Schule zu sein.

Um diese Reformprojekte weiterhin möglich zu machen, wollen wir auch in Zukunft einen Teil der neuen Stellen hierfür reservieren. Spielräume für neue Projekte können in der gegenwärtigen Situation aber nur geschaffen werden, wenn auch Umverteilungen vorgenommen werden.

(Frau Vockert [CDU]: Aha!)

Der Erlaß zur Neuberechnung der Unterrichtsversorgung, mit dem die vorhandenen Lehrkräfte gerechter auf die Schulen verteilt werden, war deshalb notwendig und richtig. Richtig war auch die Umverteilung von Anrechnungsstunden, auch — das sage ich sehr deutlich — wenn sie an einigen Stellen durchaus schmerzhaft war. Vertretbar waren auch die Kürzungen der Stundentafel.

Nicht zu vertreten ist für uns jedoch eine Erhöhung der Klassenhöchstgrenzen, wie sie in einigen CDU- bzw. CSU-regierten Ländern bereits vorgenommen worden ist; denn Klassen mit 33 Schülerinnen und Schülern, wie sie in Bayern wieder möglich sind, lassen einen pädagogisch vertretbaren schülerorientierten Unterricht nicht mehr zu, und damit wäre die Qualität der Arbeit in der Schule, die wir gerade sichern wollen, grundsätzlich in Frage gestellt.

(Pörtner [CDU]: Nun bleiben Sie mal bei Niedersachsen!)

— Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

— Goldmann [FDP]: Ich glaube nicht, Herr Puls, daß Sie recht haben! — Pörtner [CDU]: Das ist aber heute wenig!)

Vizepräsident Jordan:

Herr Abgeordneter Goldmann, Sie haben jetzt das Wort. Bitte sehr!

Goldmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Niedersächsischen Kultusministeriums und auch Ihnen, Herr Minister, herzlichen Dank sagen. Wir sind dankbar für die konstruktive Sachzusammenarbeit mit Ihrem Haus.

Lassen Sie mich aber auch — jetzt werde ich in puncto Kritik schon etwas deutlicher — etwas zu dem sagen, was Sie, Herr Kollege Schneider, hier ausgeführt haben. Das war wirklich die doppelte Null-Lösung.

(Beifall bei der FDP.)

In der ersten Bildungsphase — daher kommt die erste Null — haben Sie nicht gelernt, richtig zu rechnen. Die niedersächsische FDP stellt für den Haushalt 1993 im Bereich der Kindertagesstätten Mehrausgaben in der Größenordnung von 28 Millionen DM zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP. — Schneider [Salzgitter] [SPD]: Sie kürzen aber 6 Millionen DM beim Bau!)

— Herr Kollege Schneider, Ihr Zwischenruf zeigt, daß Sie wirklich nicht rechnen können. Das ist ja noch schlimmer, als ich es zunächst vermutet hatte.

(Beifall bei der FDP.)

34 Millionen DM mehr bei den Personalkosten und 6 Millionen DM weniger bei der Bereitstellung von Kindertagesstättenplätzen macht ein Plus von 28 Millionen DM.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Denken Sie aber einmal an den Bau!)

— Das hatte ich schon eingerechnet. Sie haben es immer noch nicht verstanden. Sie blamieren sich weiter. Ich erkläre es Ihnen hinterher noch einmal bei einem Kaffee.

(Zuruf von Schneider [Salzgitter] [SPD].)

— Aber, Herr Schneider, tun Sie sich selbst den Gefallen, und halten Sie den Mund.

(Oh! bei der SPD. — Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Abgeordneter Goldmann, ich denke, das sollten wir unterlassen.

Goldmann (FDP):

Okay! Ich wollte Ihnen nur helfen; das will ich ganz ehrlich sagen.

(Lachen bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schneider?

Goldmann (FDP):

Bitte! Aber ein bißchen schneller. Ich habe nur relativ wenig Zeit.

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Herr Goldmann, sind Sie bereit zu bestätigen, daß ich vorhin ausdrücklich und ausschließlich über Investitionen gesprochen habe und daß Sie in der Tat 6 Millionen DM Investitionszuschüsse streichen wollen?

Goldmann (FDP):

Das erste bestätige ich nicht. Das zweite, daß wir 6 Millionen DM bei den Investitionen streichen wollen, bestätige ich,

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Mehr habe ich auch nicht gesagt!)

weil wir das als kommunale Aufgabe ansehen.

Als nächstes füge ich an, daß wir nach dem Motto „Qualität der Arbeit vor Quantität“ 34 Millionen DM mehr bei den Personalausgaben in den Haushalt einbringen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Aber auch in der zweiten Bildungsphase, Herr Schneider, scheint doch einiges bei Ihnen eingeschlagen zu haben. Denn es hat Ihnen die Sprache verschlagen. So haben Sie zum Beispiel zu dem in allgemeiner Diskussion stehenden Niedersächsischen Hochschulgesetz überhaupt nichts gesagt. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, der sicherlich Ausdruck Ihrer Einschätzung dieses Gesetzes ist: Es ist keines Wortes wert!

(Beifall bei der CDU. — Pörtner [CDU]: Kein einziges Wort!)

Meine Damen und Herren, wenn man den Aussagen aller Parteien im Bereich Bildung Rechnung trägt, dann wissen wir, daß die Neuorientierung der Bildung insgesamt die zentrale Herausforderung für das nächste Jahrtausend ist. Wir schließen uns den Aussagen vieler Wissenschaftler an. Wir wollen nicht nur Unterricht haben, wie es Kollege Klare hier angesprochen hat, sondern wir wollen guten Unterricht haben. Wir wollen eine gute Qualität in der Bildungsarbeit haben. Deswegen müssen wir erstens eine deutliche Neuorientierung der Lehrerbildung hin zur Pädagogik, zur Psychologie und zu sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen haben. Wir müssen zweitens eine gravierende Umgewichtung der Unterrichtsinhalte in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung in der Unterrichtsarbeit haben. Wir müssen drittens der schulischen Vielfalt bei gleichzeitigem Verlust des staatlichen Bildungsmonopols Rechnung tragen.

Goldmann

Wir müssen dem Bildungswesen mehr Effektivität und Effizienz geben, nicht nur durch Einsparung, sondern auch durch sachgerechten pädagogischen Mitteleinsatz. Wir müssen die Schuldauer neu gewichten, und zwar sowohl in der Erstausbildung und in der Studienzeitsphase als auch im lebensbegleitenden Lernen. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß die großen strukturellen Bildungsreformen richtigerweise sicherlich der Vergangenheit angehören.

Wir wissen um die Notwendigkeit dieser Aufgabenstellung. Deswegen müssen wir uns jetzt sofort darauf einstellen. Ich meine, wir können das auch durchaus. Sie, Herr Kultusminister, und die Sie tragenden Parteien sollten damit sofort anfangen.

Ich meine, es ist ein unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern, daß gerade im Kultusministerium und im Wissenschaftsministerium eine Anzahl von Personen sitzt, die einzig und allein aufgrund der Tatsache, daß sie eine andere parteipolitische Couleur haben, derzeit nicht mit Aufgaben betraut werden.

(Auditor [SPD]: Was? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Wir können gern darüber diskutieren.

(Auditor [SPD]: Das ist eine böse Unterstellung! — Unruhe bei der SPD.)

— Ich liefere Ihnen die Beweise dafür.

(Auditor [SPD]: Unverschämt!)

Das werden wir zu diskutieren haben.

(Auditor [SPD]: Das ist eine Beleidigung von Leuten, die sich nicht wehren können!)

— Herr Auditor, laut ist weiß Gott nicht immer richtig!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, daß wir die Bildungspolitik sehr ernst nehmen, zeigen zwei zentrale Gewichtungen, die wir vornehmen: die Stärkung der Kindergärten — das ist angesprochen worden — und die Stärkung der vollen Halbtagschule, der Grundschule und der Sonderschule sowie der Hauptschule, und — das ist der zweite Bereich — die Stärkung der beruflichen Bildung.

(Beifall bei der FDP.)

Ich freue mich sehr darüber — ich sage das ganz deutlich —, daß die FDP in den Haushalt 1993 zusätzlich zu den von der rot-grünen Landesregierung bereitgestellten Stellen 480 Lehrerstellen einstellen will.

(Beifall bei der FDP.)

Wir gewichten das nach unserer pädagogischen Zielsetzung: 300 Stellen für die Grundschule, die zentrale Stelle für Gleichberechtigung im Bildungswesen,

(Beifall bei der FDP)

100 Stellen für die Sonderschule — hier sei nebenbei erwähnt, im Landkreis Emsland haben wir im Moment eine Unterrichtsversorgung von 90 % in diesem Bereich — und 80 Stellen für die berufsbildenden Schulen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von den rot-grünen Mehrheitsfraktionen, nehmen Sie unseren Antrag an. Wir haben das Geld für die Lehrkräfte — ich will das nicht verhehlen — aus dem Topf für die sogenannte Lernmittelfreiheit genommen. Das ist handwerklich ein schlechtes Gesetz, und es ist ein unsoziales Gesetz,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

weil es die Besserverdienenden auf Kosten der Schwächeren stärkt.

(Beifall bei der FDP.)

Wir lassen 50 Millionen DM in diesem Topf. Damit soll denen geholfen werden, denen geholfen werden muß.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir orientieren uns, nebenbei gesagt, auch an einer Formulierung, die im neuen Kita-Gesetz steht, wo Sie auch von sozial gestaffelten Elternbeiträgen sprechen. Also folgen Sie uns bitte auch in diesem Punkt.

Die FDP beweist mit ihren Haushaltsanträgen, daß sie es sehr ernst meint mit der Bildungsherausforderung gerade vor dem Hintergrund sozialer Veränderungen. Der 2 Millionen DM-Pool für die volle Halbtagschule soll dazu beitragen, die volle Halbtagschule am Leben zu erhalten und sie weiterzuentwickeln. Ich meine, das ist bitter nötig, Herr Kollege Schneider. Ich habe gestern mit einer Dame gesprochen, die eine volle Halbtagschule einzurichten wünscht, und zwar zum Wohle der Eltern und der Kinder. An ihrer Schule beträgt die Unterrichtsversorgung lediglich 88 %; das können Sie also vergessen. Wir müssen einfach für die richtigen pädagogischen Antworten, nämlich auch für die volle Halbtagschule, mehr Mittel einsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich kann Sie an dieser Stelle nur wiederum bitten, unserem Antrag zu folgen. Der Antrag macht

z. B. in besonderer Weise deutlich, wie Bildungspolitik und Frauenpolitik zusammenwirken. Ein solcher Antrag stellt einen aktiven Beitrag zum Sich-Verstehen dar,

(Zustimmung bei der FDP)

womit er extremistischen und menschenverachtenden Tendenzen pädagogisch entgegenwirkt. — Bitte, stimmen Sie diesem Antrag zu!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist jetzt bildungspolitisch gefordert. Das ist aber auch bildungspolitische Perspektive.

Solche ganzheitlichen Maßnahmen sind wichtiger, als der flächendeckenden Gesamtschule mit pädagogisch-ideologischer Verstaubtheit nachzuecheln.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Unsere Gesellschaft, unsere Familien und Kinder haben sich geändert.

Bildungsqualität in einer differenzierten, aber durchlässigen Schullandschaft ist begabungsgerecht und holt den einzelnen in seiner Leistung ab, fördert ihn, gibt ihm Mut und führt ihn dahin, daß er ein zufriedener Mitbürger in unserer Gesellschaft wird. Wir sind sicher, daß der Wegfall der Orientierungsstufe zur Stärkung eines gegliederten Haupt- und Realschul- sowie Gymnasialangebotes die richtige, die begabungsgerechte, die persönlichkeitsfördernde Antwort ist.

(Zustimmung bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, die berufliche Bildung ist der allgemeinen Bildung gleichwertig. Zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen für diesen Bereich sind unsere Antwort. Leistung muß anerkannt werden. Deshalb möchten wir 80 Beförderungen von A 9 nach A 10 sowie gleichfalls 80 Beförderungen von A 13 nach A 14. Herr Schneider, ich hoffe, Sie haben das gelesen: Das ist haushaltsmäßig völlig abgesichert.

(Frau Lenke [FDP] erhebt sich.)

— Entschuldigung?

Vizepräsident Jordan:

Ihre Fraktion hat insgesamt noch über vier Minuten Redezeit.

Goldmann (FDP):

Mir wurde gesagt, sieben Minuten vor Ablauf der Redezeit würde die Lampe blinken.

(Zuruf von Schneider [Salzgitter] [SPD].)

— Das ist keine Sache der Fraktion, Herr Kollege Schneider. Bei aller Wertschätzung.

Vizepräsident Jordan:

Ich darf das aufklären. Ihre Fraktion hat insgesamt noch vier Minuten und 30 Sekunden Zeit. Die Lampe beginnt erst eine Minute vor Ablauf der Redezeit zu blinken.

(Zuruf von SPD.)

Goldmann (FDP):

Ihnen paßt nicht, was ich sage, aber das ist alles richtig.

(Beifall bei der FDP.)

Auch für den Bereich der beruflichen Bildung gilt: Vielfalt statt Einfalt. Steigen Sie auch beim schulischen Berufsgrundbildungsjahr aus den verbindlichen Berufsfeldern Bautechnik, Holztechnik und Agrartechnik aus!

Meine Damen und Herren, ich kann hier wirklich Schluß machen,

(Beifall bei der SPD)

weil hinsichtlich der Arbeit des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nur noch Schweigen angebracht ist. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Jetzt hat sich der Herr Minister zu Wort gemeldet.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme deshalb das Wort, weil ich annehme, daß die Runde über den Einzelplan 07 beendet ist. Ich möchte deshalb kurz zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Soviel Geld, wie in diesem Haushalt im Einzelplan 07 zur Verfügung steht, hat noch nie ein niedersächsischer Kultusminister gehabt.

(Kohlenbach [CDU]: Aber falsch verteilt!)

Diese Landesregierung ist stolz darauf, daß sie die Aussage, die Bildungspolitik in den Mittelpunkt zu stellen, wahrmacht und realisiert. Der Kultusetat hat im Vergleich zu allen anderen Einzelplänen den höchsten Zuwachs an entsprechenden Mitteln. Das ist angesichts der insgesamt knappen Mittel eine beachtliche Leistung. Niemand sollte

Wernstedt

darum herumreden und das Plenum mit Kleinigkeiten beschäftigen wollen.

(Widerspruch bei der CDU.)

Ich bin sehr interessiert daran, daß wir ein Gespräch darüber führen, wie dies Herr Klare gesagt hat, wie es sich mit der Unterrichtsversorgung insgesamt verhält. Allerdings haben wir in den letzten eineinhalb Jahren festgestellt, daß Sie nicht einmal in der Lage sind, Vorhaben wie den neuen Unterrichtserlaß vernünftig mitzurechnen und durchzurechnen.

(Klare [CDU]: Sie haben ihn dreimal geändert!)

Ihnen lag an Polemik und nicht an der sachlichen Klärung.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Klare, wir befinden uns doch nicht in einer Diktatur. Wir legen etwas vor, diskutieren darüber, veranstalten Anhörungen und nehmen die erforderlichen Verbesserungen vor. Das ist doch in dieser Gesellschaft selbstverständlich. Das haben auch Sie getan.

Mich interessiert bei dieser Frage aber noch etwas anderes. Sie sagen, Sie wollten unter den erschwerten Bedingungen unserer Gesellschaft mit dem Zusammenbruch der Grenzen und der unkalkulierbaren Entwicklung der Schülerzahlen etwas anderes tun. Sie hätten in den letzten beiden Jahren, in denen wir dieses Problem von vorn bis hinten diskutiert haben, unsere Anträge annehmen müssen und nicht ablehnen dürfen. Sie haben aber noch nicht einmal eigene Anträge gestellt.

(Beifall bei der SPD.)

Jetzt kommen Sie hinterher darauf, nachdem Sie uns überhaupt erst vor die Aufgabe gestellt haben, neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen.

Weil ich nicht weiß, was die CDU an dieser Stelle wirklich denkt, erlaube ich mir, die Kollegin Schultz-Hector aus Baden-Württemberg zu zitieren, die — wie alle anderen Länder natürlich auch — auf diese Fragestellung prinzipiell reagieren muß. Sie sagt — ich zitiere —:

„Wir werden lernen müssen, so schwer es auch fällt, auf manche Besitzstände zu verzichten. Auch die Schule ist gefordert, ihren Beitrag zu den notwendigen Einsparungen zu leisten. Dabei wird es mein Bemühen sein, die Einbußen in einem vertretbaren Rahmen zu halten. So werde ich alles daransetzen, den Klassenteiler 33 zu halten. Eine Senkung des Klassenteilers darf niemand verlangen. Das ist utopisch.“

Meine Damen und Herren, wir sind in Niedersachsen bei 29, und ich habe landauf, landab immer gesagt: Ich will das nicht ändern, weil sich sonst die pädagogische Qualität verschlechtert.

(Goldmann [FDP]: Die Schulen in freier Trägerschaft haben höhere Frequenzen!)

Wenn wir aber eine solche Politik betreiben, sollten Sie nicht daherkommen und wegen einer ausgefallenen Stunde sagen, die Unterrichtsversorgung sei katastrophal. Manchmal habe ich das Gefühl, Sie wollen die Katastrophe herbeireden.

(Goldmann [FDP]: Aber sie ist schlecht im Grundschulbereich und im Sonderschulbereich! — Pörtner [CDU]: Das ist immer noch mehr, als es bei Herrn Hottmann der Fall war!)

— Das nehme ich sehr gern auf, Herr Kollege Pörtner. Ich möchte Ihnen ein Zitat des Kollegen Hottmann vom März 1990 vortragen. Er hat auf einer erregten Elternversammlung, bei der es um viel größeren Unterrichtsmangel an einer konkreten Schule ging, folgendes gesagt:

„Meine Generation,“

— sagt Herr Hottmann von sich —

„die in den 50er Jahren mit 35 bis 40 % Unterrichtsausfall konfrontiert wurde, hat es auch geschafft. Sie gehört zu den entschiedenen Leistungsträgern in Wirtschaft und Politik. Deshalb“

— so Herr Hottmann auf einer Versammlung im Schulzentrum Eschershausen —

„werde er auch ganz unfreundlich, wenn Elternvertreter immer wieder behaupteten, daß zwei fehlende Stunden in Musik oder Religion die Lebenschancen der Schüler beeinträchtigten.“

(Frau Vockert [CDU]: Soll das eine Rechtfertigung sein?)

Meine Damen und Herren, das ist die konkrete Situation. Sie können doch nicht so tun, als ob an der einen oder anderen Stelle — — —

(Zurufe von Pörtner [CDU] und Goldmann [FDP].)

— Ich sage ja: Die Unterrichtsversorgung ist angespannt, aber sie ist nicht katastrophal. Wir können das, was wir getan haben, verantworten. Wir können auch die 457 neuen Stellen verantworten.

Mir liegt sehr daran, daß dies alles geschieht — zu unpopulären Maßnahmen, Anrechnungstunden zu verlagern oder umzuschichten haben Sie ja nicht den Mut gehabt, und die Unterrichtsver-

sorgung neu zu berechnen, haben Sie auch nicht den Mut gehabt —, um die Qualität und nicht nur die Quantität des Unterrichts zu verbessern. Das betrifft auch die vollen Halbtagschulen. Im übrigen brauchen wir mehr Stellen, Herr Goldmann, als Ihre möglichen 25 Stellen für 2 Millionen DM. Die werden wir auch bekommen.

(Goldmann [FDP]: Was heißt „werden wir bekommen“? Sind die im Haushalt drin?)

— Die sind drin; das kann ich Ihnen nachrechnen.

(Goldmann [FDP]: Dann tun Sie noch 2 Millionen dazu; dann wir es noch besser!)

Wir werden die Integration von behinderten Kindern fortführen. Die Nachmittagsbetreuung und auch Halbtagsmöglichkeiten werden erweitert und sind schon erweitert worden. Die Umwelterziehung hat neuen Boden bekommen. Das Engagement der Jugend gegenüber Gewalttätigkeiten und Ausländerhaß ist nur zu loben. Ich habe noch nie gesehen, daß sich so viele Jugendliche von sich aus so engagiert gemeldet haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU.)

Unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt der Schule möchte ich Sie bitten, eine neue Diskussion der Bewertung der Gesamtschule einzuführen. Nichts anderes haben wir im Sinn. Ich habe überhaupt nicht die Absicht, in eine ideologische Debatte um die Gesamtschule einerseits und das andere andererseits einzutreten. Wir leben in einer größeren Freiheit des Wunsches der Eltern und werden, soweit es irgend möglich ist, dem auch Rechnung tragen.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Goldmann, das, was Sie hier vorgetragen haben, daß es Personen in den Ministerien gibt, die nicht genug arbeiten, möchte ich — jedenfalls auf mein Ministerium bezogen — sehr ernst genommen wissen. Dazu bitte ich um Nennung von Roß und Reiter, aber nicht an einer Stelle, an der man dies tunlich unterläßt. Bei mir im Hause ist so viel Arbeit, daß niemand daran Mangel haben kann. Ob es faule Menschen im Ministerium gibt, weiß ich nicht. Ich gehe davon aus, daß wir sie nicht haben.

(Goldmann [FDP]: Darum ging es überhaupt nicht! Es geht um die Nutzung der Fähigkeiten von Andersdenkenden!)

— Herr Goldmann, da habe ich hervorragende Leute! Ich habe Leute, die gar nicht in meiner Partei sind — die auch nicht in Ihrer Partei sind —, die aber so hervorragend sind, daß ich mich nur wundern kann,

(Goldmann [FDP]: ... daß die in einer anderen Partei sein können! — Heiterkeit)

wie effektiv eigentlich gearbeitet wird, unabhängig von dem, was hier an Schaumschlägerei betrieben wird.

(Beifall bei der SPD.)

Eine letzte Bemerkung, Herr Goldmann. Hinsichtlich der Beförderung von A 9 nach A 10 verlangen Sie 80. Im Stellenplan Seite 131 stehen schon 143.

(Goldmann [FDP]: Zusätzlich!)

— Zusätzlich.

(Goldmann [FDP]: Wir verlangen zusätzlich 80. Sie haben es auch nicht gelesen! Sie müssen den Antrag lesen! Wir verlangen zusätzlich 2 Millionen beim Pool!)

— Wir haben ja gar keinen Pool. Sie werden das ja innerhalb dieser Stellen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe überhaupt keine Veranlassung, in der Debatte um den 07er-Etat — auch unter den weiterhin schwieriger werdenden Verhältnissen — irgendwelche Abstriche bei der Leistungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit dieser beiden Landtagsfraktionen zu machen, die gut gemeinte Dinge, die wir vorgetragen haben, sogar noch verbessert haben. Auf dieser Basis läßt sich das Jahr 1993 gut bewirtschaften.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich bin gespannt darauf, wie Ihre Kollegin Frau Schuchardt es schaffen wird, in etwas mehr als zwei Minuten etwas zu ihrem Haushalt zu sagen.

(Schneider [Sibbesse] [CDU]: Die hat doch sowieso nichts zu sagen! Das haben wir heute morgen festgestellt!)

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Wiesensee für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr Wiesensee!

Wiesensee (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich darf mich hier zum Haushalt 06 äußern. Um diesen Haushalt zu würdigen, müssen wir uns die Frage stellen, ob die mehr als drängenden Probleme im Hochschulbereich und im Kulturbereich gelöst werden.

Wiesensee

Die Probleme der Hochschule sind hinlänglich bekannt. Wir haben an den Hochschulen eine horrende Dauerüberlast und unzumutbare personelle, räumliche und sächliche Ausstattungen. Als Ausfluß dessen müssen wir leider feststellen, daß es eine bedrückend hohe Studienabbrecherquote gibt. Im Zahlenspiegel der Universität Hannover für das Jahr 1992 wird dazu gesagt, daß etwa 30 % der Studierenden die Hochschule ohne einen qualifizierten Abschluß verlassen. Das bedeutet, daß von 155 000 Studenten fast 50 000 Studenten aufgeben.

Um auf die eigentlichen Probleme der Hochschulen zu kommen, müssen wir uns diese Zahlen allerdings noch näher ansehen. Im Fachbereich Mathematik, wird in diesem Zahlenspiegel ausgeführt, sei die Zahl der Studenten von 1983 bis 1992 jährlich gestiegen, und zwar von 804 auf 913. Die Zahl der Absolventen sei jedoch von 73 auf 58 abgefallen.

Bei den Rechtswissenschaften sieht es ähnlich aus. Dort wurden im gleichen Zeitraum zunächst 138 Absolventen gezählt. Jetzt sind es 131. Diese Zahl ist also auch abgefallen, während die Studienanfängerzahlen von 1046 auf 2 249 angestiegen ist.

Die Gesamtbilanz dieser Universität zeigt ein mehr als betrübliches Bild. Von 1973 bis 1992 konnte die Universität eine Steigerung der Absolventenzahl von 1342 auf 2 375 verzeichnen — das ist eine Steigerung von 77 % —, während die Zahl der Studierenden von 10 074 auf 31 211 zugenommen hat. Das ist eine Steigerung von 210 %.

Was sagt die Landesregierung nun zu diesen — wie wir meinen — brennenden Problemen? Bei fast jeder Gelegenheit wird vollmundig erklärt: „Nach wie vor ist die Öffnung der Hochschulen und der Abbau der Überlastbedingungen unser Ziel.“ Man läßt allerdings gleichzeitig einen fast flächendeckenden NC zu.

Die hohe Bildungsbeteiligung — so wird weiterhin beteuert — werde nach wie vor für wünschenswert gehalten. Es wird auch ausgeführt, daß die Akademikerquote von zur Zeit 11 % in den nächsten zehn Jahren auf einen Wert von 15 bis 20 % ansteigen werde. Dazu versprach uns die Ministerin im Ausschuß am 25. September 1992, daß sie voraussichtlich bis Mitte Oktober — allerdings hat sie nicht gesagt, welches Jahr — den Bericht zur Verbesserung der Qualität der Lehre, zur Verkürzung der Studienzeiten und zur Verminderung der Studienabbrecher vorlegt. Bisher kann ich nur Fehlanzeige verzeichnen.

Zu diesen Problemen wurden zwar die Mittel bei 06 08 zum Abbau des NC vermindert, aber die Anspruchsmöglichkeiten durch einen besonderen Vermerk erweitert. Es wird die Hochschulen unheimlich freuen, mit weniger Mitteln flexibler umgehen zu können.

Was sagt uns nun der Haushalt insgesamt zu den Problemen der Hochschulen? Wenn wir uns die Gesamtzahlen ansehen, dann stellen wir fest: Der Gesamthaushalt 1993 des Landes Niedersachsen steigt um 5 %, der Haushalt 06 um 1,9 %. Wir haben also eine Absenkung bei einer gleichzeitigen Landshaushaltssteigerung. Das spricht unserer Meinung nach Bände.

Während beim Haushalt 1992 behauptet wurde, daß 7500 flächenbezogene Studienplätze voll etatisiert seien — sie sind nur noch nicht vorhanden, stehen auf dem Papier allerdings schon voll da, können jedoch noch nicht genutzt werden —, wird zum Haushalt 1993 verkündet, Niedersachsen habe sein Entwicklungsprogramm für die Universitäten und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen trotz der angespannten Finanzlage etatisiert. Wie sieht diese Etatisierung nun aus? Die Universitäten sollen 72,7 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln bekommen, und zwar — darauf hat Herr Schneider ja auch abgehoben — zur Behebung der regionalen Defizite, zur Arrondierung der Neugründungen und zur Konsolidierung der Altuniversitäten. Für die beiden zuletzt genannten Problembereiche werden 1993 124 Stellen zur Verfügung gestellt. Weitere 79 Stellen sollen bis 1996 geschaffen werden.

Über den Universitäten schwebt jedoch das Damoklesschwert, daß die Stellen wieder kassiert werden sollen. Die 203 Stellen werden von den Universitäten ab 1994 also wieder abgezogen, und zwar — wie es heißt — unter strukturellen Gesichtspunkten. Auch die über 640 Stellen aus den Sonder- und Überlastprogrammen sind den Hochschulen nur befristet gegeben. Das betrifft alle Hochschulen. Diesbezüglich wird den Hochschulen mit dem Haushalt 1993 keinerlei Perspektive aufgezeigt; ganz im Gegenteil: 1993 werden an den Universitäten 70 Stellen hochschulübergreifend abkassiert. Diese hochschulübergreifende Umschichtung war bei der vorigen Landesregierung — ich habe das noch sehr gut im Ohr — ein ganz verwerfliches Tun. Auch die Einsparauflage der alten Landesregierung, die wir hier oft diskutiert haben, wurde verteuftelt bis zum Gehtnichtmehr.

Die jetzige Landesregierung geht hier schamlos vor, indem sie — wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat — § 12-Mittel kürzt, sich

einen kräftigen Schluck Drittmittel gönnt und wie selbstverständlich eine globale Minderausgabe im Haushalt ausbringt,

(Zuruf von Schneider (Salzgitter [SPD]))

die dann von den Hochschulen abkassiert wird.

Bei den drängenden Problemen der Hochschulen ist dieser Haushalt unserer Meinung nach absolut keine Ermunterung, sondern eher eine Demotivierung der Studierenden und der Lehrenden.

Zum Hochschulbau — Sie, Herr Schneider, haben das ja angesprochen — möchte ich noch zwei Bemerkungen machen. Immer wieder nur auf den Bund zu verweisen, reicht meines Erachtens nicht aus. Im Ministerium müssen die eigenen Schularbeiten gemacht werden. Die Frau Ministerin hat am 22. Oktober dieses Jahres auf meine Frage, warum die Fachhochschulausbauten in Suderburg und Osnabrück denn nun nicht im voraus beim Bund angemeldet worden sind, zunächst gesagt, daß es überhaupt nicht möglich gewesen sei, Voranmeldungen vorzunehmen. Hinterher hat Sie dann wieder gesagt, die seien noch nicht soweit gewesen, obwohl beide Vorhaben vom Wissenschaftsrat in die Kategorie I eingeordnet worden sind.

Da die Frau Ministerin, wie uns überall im Land entgegenschallt, für die Hochschulen nur wenig übrig hat, ist zu fragen, wie es da mit der von ihr so heißgeliebten Kultur aussieht. Hier sind „zwei Glanzlichter“ zu verzeichnen: Erstens. Um insbesondere das Grün-Klientel zu befriedigen, wird die Soziokultur weiterhin kräftig gefördert. Zweitens. Auf diesen Punkt ist auch Herr Schneider eingegangen. Der durch eigenes Unvermögen und Verschulden in Not geratenen Landeshauptstadt Hannover wird kräftig unter die Arme gegriffen. Da kann man zwar sagen, daß das nichts mit Kultur zu tun habe, die Kultur wird hier jedoch mit 29,5 Millionen DM für die Übernahme des Anteils des Niedersächsischen Staatstheaters gefördert. Bei Braunschweig hat man sich sehr schwer getan, das Orchester höherzugruppieren. Das haben Sie ebenfalls angesprochen, Herr Schneider. Das hat für 1993 allerdings 400 000 DM erforderlich gemacht.

Zum Haushalt 1993 hat Frau Ministerin Schuchardt erklärt, die dezentrale Kulturförderung und die Verbesserung der kulturellen Infrastruktur in diesem Lande lägen dieser Landesregierung besonders am Herzen. Deshalb — das möchte ich einmal ein bißchen ironisch sagen — ist wahrscheinlich auch z. B. die Absenkung der Regionalprogramme seit 1991 und die Einfrierung — und damit der Rückgang — der Mittel für die

Landschaften erfolgt. Herr Schneider, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir im Ausschuß einige Anträge zu diesem Problembereich gestellt haben. Sie wurden von der Mehrheit samt und sonders abgelehnt.

Meine Damen und Herren, abschließend zitiere ich das Urteil der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, das auf die mißglückte NHG-Novelle gemünzt ist, aber für die gesamte Politik von Frau Schuchardt gelten kann.

„Eine wahrlich reife Leistung jener Politikerin, die gerne so tut, als sei es ein fortwährender Gnadenakt, daß sie sich als weltstädtische Hamburgerin der Wissenschaft und Kultur im provinziellen Niedersachsen annimmt.“

Der vorliegende Haushalt dokumentiert einmal mehr, daß das provinzielle Niedersachsen auf diese Art von Gnadenakten gut und gerne verzichten kann. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Wiesensee. — Für die FDP-Fraktion hat sich jetzt Frau Lenke mit dem Stichwort „Kultur“ zu Wort gemeldet. — Lassen Sie sich bitte nicht durch das Blinken der Uhr irritieren. Sie haben noch drei Minuten mehr Zeit.

Frau Lenke (FDP):

Wieviel Minuten?

Vizepräsident Jordan:

Sie haben insgesamt vier Minuten und neun Sekunden Zeit, da die persönliche Erklärung des Abgeordneten Hildebrandt vorhin versehentlich auf die Redezeit der FDP-Fraktion angerechnet wurde.

Frau Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der kurzen Zeitspanne, die ich noch habe, will ich mich in der Kulturpolitik auf einen Coup der rot-grünen Landesregierung beschränken. Es geht um den Kulturvertrag zwischen dem Land und Hannover. Die FDP hat in der letzten Legislaturperiode — das wissen die, die hier damals bereits gegessen haben — mit der CDU und gegen Grüne und SPD den Kulturvertrag I zugunsten der Stadt Hannover abgeschlossen, und zwar gegen den erbitterten Widerstand von SPD und Grünen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Frau Lenke

Die SPD hatte in den damaligen Beratungen darauf gedrungen, daß Hannover garantieren muß, die Folgekosten dieser Einrichtungen zu tragen. Was machen denn SPD und Grüne jetzt? — Die Folgekosten werden vom Land übernommen.

Mit dem geplanten Kulturvertrag, der alle Folgekosten für die Staatstheater GmbH beinhaltet, muß das Land Niedersachsen in seinem Haushalt fast 30 Millionen DM einseitig für die Landeshauptstadt zur Verfügung stellen — so wollen es SPD und Grüne. Dieses Geld steht für die Fläche nicht mehr zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Mittelfristig sind das — man höre und staune — 100 Millionen DM.

(Zuruf von Aller [SPD].)

— Mit dem jetzt geplanten Kulturvertrag, Herr Aller, wird der Bogen überspannt. Das müßten Sie als Finanzfachmann viel besser wissen.

(Beifall bei der FDP. — Zuruf von Aller [SPD].)

— Das weiß er anscheinend nicht! — Das kulturelle Gefälle der Landeshauptstadt und der Regionen des Landes wird von dieser rot-grünen Koalition zementiert. Es führt absolut kein Weg daran vorbei, daß die jährlich 30 Millionen DM an anderer Stelle fehlen werden.

Die FDP hat Ihnen mit ihrem Änderungsantrag zum Haushalt 1993 einen Vorschlag vorgelegt, der wirklich überdenkenswert ist: Wir wollen, daß sich die Stadt Hannover mindestens mit 10 % an den Theatern und kulturellen Einrichtungen beteiligt.

(Zustimmung von Eveslage [CDU].)

Durch diese städtische Beteiligung und dem dadurch eingesparten Geld wollen wir dem Staatstheater Oldenburg und den kommunalen Theatern des Landes mit unserem Änderungsantrag helfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ein Musterantrag liegt vor. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie für die kommunalen Theater überhaupt noch Geld einstellen wollen, was wirklich notwendig ist.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Meine Damen und Herren, mit dem rot-grünen Klüngel zwischen Landesregierung und Rot-Grün in Hannover muß Schluß sein!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

— Auch wenn Sie noch dreimal lachen — andere haben das jedenfalls begriffen!

Meine Damen und Herren, die FDP hat in ihrem Antrag zum Haushalt 1993 gezeigt, daß sie sich für die Landeshauptstadt und für die ländlichen Regionen verantwortlich fühlt.

(Beifall bei der FDP.)

Diese politische Zielrichtung wird die FDP-Fraktion hier im Landtag in der Opposition und auch einmal wieder in der Regierung weiter verfolgen.

(Beifall bei der FDP. — Bannier [FDP]: Bald!)

Vizepräsident Jordan:

Frau Hoops, Sie haben sich jetzt für die Fraktion der Grünen zu Wort gemeldet. — Bitte sehr!

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zum Wissenschaftshaushalt sprechen. Die Etatisierung des Hochschulentwicklungsprogramms ist für uns der wichtigste Schwerpunkt im Wissenschaftshaushalt. Dies zählt zu den wichtigsten Maßnahmen aus dem ganzen Katalog von Aktivitäten, mit denen wir versuchen, den Problemen gerecht zu werden, die Herr Wiesensee hier auch aufgezählt und angesprochen hat. Niedersachsen hat damit trotz der angespannten Finanzlage ein umfassendes Entwicklungsprogramm nicht nur für die Fachhochschulen, sondern auch für die Universitäten und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen etatisiert und in der mittelfristigen Finanzplanung verankert. Rechnet man die Aufstockung des Landes über das Programm und die Fortführung des Hochschulsonderprogramms I über 1995 hinaus hinzu, so ergibt sich eine Summe von über 100 Millionen DM zusätzlich für den Ausbau und für die Entwicklung der Hochschulen. Das ist eine ganz beachtliche Summe.

Allen Unkenrufen zum Trotz geht der Fachhochschulausbau nicht zu Lasten der Universitäten. Nach dem Fachhochschul-Entwicklungsprogramm, das bereits im Oktober 1990 gestartet wurde, wird mit dem Hochschulentwicklungsprogramm die zweite Stufe für die Schaffung von 15 000 zusätzlichen Studienplätzen an niedersächsischen Hochschulen realisiert. Ich glaube, daß der rot-grünen Landesregierung damit Vorbildliches gelungen ist.

So wichtig die räumliche und personelle Entwicklung unserer Hochschulen für uns ist, ist die Ver-

besserung der sozialen Situation von Studierenden von gleicher Bedeutung für uns, weil auch hier die Gründe für soziale Benachteiligungen und für die unnötige Verlängerung von Studienzeiten liegen. Das Hochschulentwicklungsprogramm sieht zwölf Stellen für die Studienberatung vor. Wir begrüßen dies ausdrücklich und sehen hierin einen Beitrag zur Unterstützung der Studierenden bei ihrer Orientierung im Studium und zur Senkung der Abbrecher- und Fachwechslerquote. 1993 werden bereits sechs Stellen zur Verfügung stehen.

Ein Problem, welches besonders den Studienanfängern unter den Nägeln brennt, ist die Suche nach einer geeigneten und erschwinglichen Wohnung. Mit besonderer Genugtuung sehen wir, daß in den nächsten Jahren im Wege der Umnutzung von freiwerdenden Kasernen weiterer Wohnraum für Studierende gewonnen wird. Allein in Göttingen und Lüneburg werden auf diesem Wege über 1 200 Wohnheimplätze geschaffen.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurde zudem eine Stelle für die psychotherapeutische Beratungsstelle in Hildesheim geschaffen. Damit wurde dieses wichtige Angebot ebenfalls ausgebaut.

Meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 1993 setzen wir unsere Frauenförderung an den Hochschulen konsequent fort. Auf Initiative der Grünen werden die Freistellungsmittel für die Hochschulfrauenbeauftragten erhöht. Das ist notwendig geworden, um die gewählten Frauenbeauftragten stärker zu entlasten, damit sie ihre wichtigen Aufgaben effektiv wahrnehmen können. Wir erwarten — das sage ich deutlich an die Adresse der Hochschulen gerichtet —, daß die Hochschulen einen Beitrag in mindestens der gleichen Höhe dazulegen; denn schließlich ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung auch Aufgabe der Hochschulen.

Es ist an der Zeit, den Anteil der Wissenschaftlerinnen deutlich zu erhöhen. Wir begrüßen, daß das Wissenschaftsministerium eine Anregung der Grünen aufgegriffen hat, nämlich die Umstrukturierung des Fiebigger-Programms. Von den rund 30 zu vergebenden Professuren sollen 15 ausschließlich zur Besetzung mit Frauen ausgeschrieben werden. Mit dieser gezielten Vergabe von Stellen an qualifizierte Frauen gelingt es uns, einen deutlichen frauenpolitischen Akzent zu setzen.

Meine Damen und Herren, auf Initiative der Grünen haben sich die Regierungsfaktionen im

Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Friedensforschung in Niedersachsen wieder zu etablieren. Mit dem Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung im Rahmen des VW-Vorabs wird dieses Vorhaben jetzt realisiert. Das begrüßen wir sehr. Die Themenschwerpunkte Konversion, Migration, feministische Friedensforschung, Friedenserziehung decken sich mit unseren Vorschlägen.

Die Bedeutung dieses systematisch vernachlässigten Forschungsfeldes wird uns gerade in dieser Zeit täglich vorgeführt. Ich denke da nicht nur an die Vorkommnisse im ehemaligen Jugoslawien, sondern auch an die mitten in Deutschland. Um so skandalöser ist es, daß die Mehrheit des Bundestages beschlossen hat, die bislang für Friedens- und Konfliktforschung verfügbaren Mittel bis Ende 1994 drastisch zu kürzen. Gleichzeitig wird aber ein Waffensystem nach dem anderen entwickelt. Da kann man sich nur an den Kopf fassen.

(Briese [CDU]: Wenn man einen hat, geht das!)

Meine Damen und Herren, im Kulturhaushalt gibt es für uns einige Glanzlichter wie z. B. die Erhöhung der Mittel für die Filmförderung, die Förderung der Soziokultur oder auch die Literaturförderung. Das sind Kulturbereiche, für deren Förderung wir uns immer engagiert haben und die unter der rot-grünen Landesregierung nun endlich kein Schattendasein mehr führen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Wir wollen diese Umorientierung in der Kulturpolitik. Darum werden wir den Anträgen der Opposition auch nicht zustimmen können.

Im Kulturhaushalt ist aber auch ein Ansatz erhöht worden, um den wir uns überhaupt nicht gerissen haben. Ich meine die Übernahme des Staatstheaters Hannover. Auch wir legen Wert darauf, daß dies eine Entscheidung war, die allein aufgrund finanzpolitischer Kriterien getroffen worden ist. Wir hätten uns gewünscht, daß auch die Kulturministerin dieses Projekt mit spitzeren Fingern angefaßt hätte.

(Pörtner [CDU]: Oh!)

Wir sehen die Gefahr, daß bei enger werdenden finanziellen Möglichkeiten die vertraglich geregelte Kulturförderung zwar gesichert bleibt, die anderen Bereiche der Förderung aber zu kurz kommen. Dieser Gefahr kann man nur durch eine aktive Kulturpolitik begegnen. Dazu gehört auch, daß für die vertraglich geregelte Kulturförderung finanzielle Wachstumsquoten festgelegt

Frau Hoops

und die Finanzierungsmodi grundlegend auf den Prüfstand gestellt werden. Das Vorhaben, für das Staatstheater Hannover ein Wirtschaftlichkeitsgutachten zu erstellen, ist für uns ein richtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Wir sind davon überzeugt, daß dieser Haushalt die richtigen Schwerpunkte setzt und die richtigen Perspektiven aufzeigt, und das trotz der immer enger werdenden finanzpolitischen Möglichkeiten. Darüber sind wir froh.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Frau Hoops. Sie haben es geschafft, die Redezeit Ihrer Fraktion bis auf zehn Sekunden genau zu treffen. — Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal der Abgeordnete Schneider zu Wort gemeldet.

Pörtner [CDU]: Jetzt wird es interessant!)

Schneider (Salzgitter) [SPD]:

Das freut mich, Herr Pörtner. Ihre Feststellung, daß es jetzt interessant werde, ehrt Sie. Sie haben doch mehr Überblick, als ich bisher angenommen habe.

(Beifall bei der SPD. — Pörtner [CDU]: Er muß noch einmal in die Bütt!)

Zur Sache würde ich Herrn Klare ganz gern noch einmal etwas sagen. Er ist inzwischen allerdings verschwunden. Deshalb möchte ich mich darauf beschränken, jetzt nur festzustellen, daß Herr Klare offensichtlich einen Sprung in der Platte hat.

(Pörtner [CDU]: Herr Präsident! Das war eine Unverschämtheit! — Kuhlmann [CDU]: Er ist ein ausgesprochener Flegel! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Er erzählt jedesmal den gleichen Text.

Vizepräsident Jordan:

Herr Schneider, entschuldigen Sie. Ich muß Sie angesichts dieses Ausdrucks leider rügen.

Schneider (Salzgitter) [SPD]:

Ich habe dies in technischem Sinne gemeint. Ich war ja noch nicht fertig. Ich meinte es im Sinne einer ständigen Wiederholung des immer wieder gleichen Redetextes bei jeder Haushaltsrede in jedem Jahr.

(Horrnann [CDU]: So wie Sie es gerade machen!)

Angesichts der veränderten Realitäten in diesem Lande ist es wenig hilfreich, wenn unter Hintanstellung der veränderten Gegebenheiten finanzpolitischer wie auch bevölkerungsmäßiger Art schlichtweg immer wieder das gleiche behauptet wird.

(Pörtner [CDU]: Wenn Sie nicht mehr weiterwissen, werden Sie unverschämt!)

Der zweite Punkt, Herr Pörtner.

(Pörtner [CDU]: Wenn Sie nicht mehr weiterwissen, werden Sie unverschämt!)

— Herr Pörtner, Sie haben vorhin in einem Zwischenruf bemängelt, daß ich das NHG mit keinem Wort erwähnt habe.

(Pörtner [CDU]: So war es!)

Ich stelle hier fest, daß weder Herr Goldmann, der das nachher sogar noch wiederholt hat, noch der Sprecher Ihrer Fraktion, Herr Wiesensee, etwas dazu gesagt haben, was ich, Herr Wiesensee, im übrigen gar nicht bemängelte. Das NHG ist aufgrund seines derzeitigen Beratungsstandes überhaupt nicht haushaltsrelevant und auch nicht Gegenstand dieser Debatte. Insofern, Herr Pörtner, darf ich mich gegen Ihre Zwischenrufe verwahren.

Das NHG ist am vergangenen Mittwoch im Rahmen der Aktuellen Stunde behandelt worden. Dazu habe ich etwas gesagt. Insofern ist die Tatsache, daß ich heute nichts dazu gesagt habe, nicht interpretationsfähig.

Herrn Goldmann, der nun leider auch draußen ist, hätte ich ganz gern noch etwas gesagt.

(Zuruf von Goldmann [FDP].)

— Schönen Dank. — Ich möchte noch etwas zu der Art und Weise sagen, mit der er vorhin in Sachen Kindertagesstätten agiert hat. Ich habe es ihm inzwischen auch gezeigt. Ich habe mich vorhin in meinem Redebeitrag ausdrücklich auf die Frage der Schaffung von Plätzen, um den Rechtsanspruch zu verwirklichen, beschränkt.

Der Rechtsanspruch ist, ausschließlich juristisch betrachtet, an das Vorhandensein von Plätzen gekoppelt. In diesem Zusammenhang habe ich völlig richtig festgestellt, Herr Goldmann: Die FDP will 6 Millionen DM weniger zur Finanzierung von Plätzen bereitstellen. Daran besteht gar kein Zweifel. Insofern muß ich ausdrücklich Ihre Form des Umgangs mit der von mir vorgetragenen richtigen Darstellung zurückweisen. Es war nicht sehr schön, was Sie hier gemacht haben.

Die FDP-Anträge sind erst zur dritten Beratung gekommen. Das hat die Beratung nicht möglich

gemacht. Wir hätten gern gewußt, was ein Pool für die volle Halbtagschule sein kann. Das hat von uns niemand gewußt. Ich habe auch die Haushälter des Kultusministeriums gefragt. Sie konnten mit dem Begriff „Pool“ nichts anfangen. Sind das Personalkosten, sind das Sachkosten? Wir haben es also nicht verstanden. Im übrigen ist die volle Halbtagschule ein wichtiges Anliegen auch von uns. Insofern wäre es schön gewesen, wenn Sie solche Vorschläge im Ausschuß gemacht hätten. Dann hätten wir sie dort diskutieren können.

Dann hätten wir auch das diskutieren können, was Sie, Herr Goldmann, in einem Zwischenruf angesprochen haben. Ihre Anträge sind nicht zusätzlich zur Beschlußlage des Haushaltsausschusses. Die Anträge zur dritten Beratung sind Anträge zum Gesetzentwurf der Landesregierung. Die werden alternativ abgestimmt. Sie können sie nicht einfach im Geiste mitzählen. Das ist eine haushaltstechnische Frage. Ich sage das nur, damit das nächste Mal keine Mißverständnisse entstehen.

(Frau Knoblich [CDU]: Oberlehrer Schneider!)

— Man muß wenigstens wissen, was hier beantragt wird.

Frau Lenke, rot-grüner Klüngel, sehr vollmundig. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie 10 % weniger an die Stadt Hannover geben, also nur noch 90 % rot-grüner Klüngel. Sie haben in dieser Frage den Mund sehr, sehr voll genommen. Wenn Sie gesagt hätten, daß die Stadt Hannover nichts kriegt, dann hätte man sich damit auseinandersetzen können. Aber in dieser Vehemenz vorzutragen, daß die Stadt Hannover 10 % weniger kriegt, das ist ein bißchen lachhaft.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich habe vorhin gesagt — das wiederhole ich —: Es geht um eine finanzpolitische Hilfe und keine kulturpolitische Angelegenheit. Daran besteht kein Zweifel. Wir stehen dazu, mit Bauchgrimmen zugegeben, aber wir stehen dazu, weil die Stadt Hannover Hilfe braucht. Sie selber wollen das doch auch ausweislich Ihres Haushaltsansatzes.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

Dann seien Sie so ehrlich, und dann machen Sie nicht soviel Wind bei Sachen, wo es nicht angebracht ist. — Danke.

(Beifall bei der SPD. — Goldmann [FDP]: 45 Sekunden hätten wir noch, habe ich gehört!)

Vizepräsident Jordan:

Herr Abgeordneter Goldmann, dann gebe ich Ihnen das Wort für die Restredezeit von etwa 40 Sekunden für Ihre Fraktion. Die Ministerin möchte dann zum Schluß reden.

Goldmann (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schneider, bei allen Unterschiedlichkeiten in der Sache sollten wir uns wieder aufeinander zu bewegen. Ich will das gern tun.

Ich stelle fest, daß in unserem Antrag zum Einzelplan 07 steht: Pool „volle Halbtagschule“ plus 2 Millionen DM. Ich habe in dem Zusammenhang von der Öffnung der vollen Halbtagschule in das gesellschaftliche Umfeld gesprochen. Ich stelle zum FDP-Antrag weiter fest: Dienstbezüge, Einstellung 300 Grund- und Hauptschullehrer plus 14,25 Millionen DM. Ich stelle ferner fest: Einstellung Sonderschullehrer plus 4,75 Millionen DM. Ich stelle ferner fest: Dienstbezüge für Berufsschullehrer 4,8 Millionen DM plus 80 Hebungungen A 9 — A 10 plus 80 Hebungungen A 13 — A 14, macht zusammen 6 Millionen DM. Ich stelle fest: Personalkostenzuschuß Kindergärten — entgegen Ihrem Antrag — plus 33,975 Millionen DM, Bau von Kindertagesstätten minus 6 Millionen DM. Die Erläuterung lautet: Beschränkung auf Erfüllung der VE aus 1992. In die Summe stellen wir für den Bereich Kindertagesstätten etwa 28 Millionen DM mehr zur Verfügung, als Sie im Haushalt 1993 vorgesehen haben. — Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Herr Goldmann. — Zum Schluß der Debatte hat sich Frau Ministerin Schuchardt zu Wort gemeldet. Bitte.

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident, wieviel Redezeit habe ich noch?

Vizepräsident Jordan:

Sie sind Mitglied der Regierung. Deswegen können Sie solange reden, wie Sie wollen.

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich will aber versuchen, mich an die Abmachung zu halten.

Vizepräsident Jordan

Vizepräsident Jordan:

Sie halten sich aber an die Abmachung.

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Meine Damen und Herren! Herr Goldmann hat zu diesem Bereich, wie ich annehme, aus Zeitgründen nichts sagen können. Herr Wiesensee, zu welchem Antrag der CDU haben Sie eigentlich Stellung genommen? Die CDU hat zum Einzelplan 06 keinen Antrag gestellt. Aber Sie beklagen, daß viel zu wenig getan wird. Daraus kann ich nur schließen, daß Sie oder die Hochschulpolitiker innerhalb Ihrer Partei nicht in der Lage waren, sich durchzusetzen und das, was Sie hier gesagt haben, dort glaubhaft zu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das Entscheidende — nur diese Zahl will ich hier nennen — ist, daß — das ist auch logisch — unter der rot-grünen Regierung der Anteil des Hochschulsetats bzw. des ganzen Wissenschaftsetats gestiegen ist. Wir haben einen etwas über 9,6prozentigen Anteil übernommen und sind bei diesem Haushalt bei einem etwas über 9,9prozentigen Anteil angelangt. Das macht bei den geringen Möglichkeiten, die ein solcher Haushalt natürlich nur läßt, deutlich, wo die Prioritäten liegen.

Ich möchte mich deshalb auf einen Bereich beschränken, der ungeheuer wichtig ist. Das Typische für Oppositionen ist ja, daß sie, um ihre Vorstellungen deckungsfähig zu machen, immer anonyme Beschlüsse in den Mittelpunkt stellen. So sagt die Fraktion der FDP, sie wolle bei den verstärkten Personalausgaben eine lineare Verkürzung um 1 % einschließlich Versorgung vornehmen; es handelt sich um 141 Millionen DM. Nach dem, was Sie hierzu gesagt haben, gehe ich einmal davon aus, daß von diesen Kürzungen doch wohl der Schulbereich, also der größte Bereich, kaum betroffen sein kann; denn sonst müßten Sie den gegenrechnen. Aber ich gehe einmal davon aus, daß hier eine lineare Kürzung über alles gemeint ist. Das hieße, daß wir 14 Millionen DM — davon natürlich den größten Teil im Hochschulhaushalt — einkürzen müßten. Sie wissen, daß es den § 12 gibt. Das hieße, daß wir den § 12 für all die Mittel, die sozusagen freigestellt sind, um unter anderem Geräte zu kaufen, nicht mehr in Anspruch nehmen könnten. Das wäre ein massiver Eingriff in den § 12, den Sie hier immer als höchst schützenswertes Gut darstellen.

(Beifall bei der SPD.)

Die CDU geht weit darüber hinaus. Sie will 100 Millionen DM zustande bringen, indem sie 1 100 von uns in diesem Haushalt neu geschaffenen Stellen nicht schaffen will. Davon ist dann aber auch der Hochschulbereich mit 347 Stellen betroffen. Das heißt, wir wären gar nicht in der Lage, die dringend notwendige Konsolidierung, die Sie, Herr Wiesensee, hier angesprochen haben, vorzunehmen. Die unterscheidet sich aber ganz erheblich von den Umschichtungen, die Sie vorgenommen hatten. Sie hatten die Stellen weggenommen, um sie aktuell an anderer Stelle zu haben. Wir schaffen erst einmal Stellen zur Zwischenfinanzierung, damit die Hochschulen überhaupt in die Lage versetzt werden, strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Das ist, glaube ich, eine richtige Struktur. Deswegen lassen wir uns dafür auch nicht schelten; denn Sie haben hier Dinge miteinander verglichen, die nicht zu vergleichen sind.

Frau Lenke, Sie wollen — das haben Sie hier vorgeschlagen — die Mittel für die Frauenkommission streichen. Nun könnte es ja so sein, daß Sie diese Mittel anderen Zwecken zuführen wollen. Aber nein, Sie wollen diese Mittel streichen. Ich kann dazu nur sagen: Die Frauenkommission hat mit ihrer Arbeit begonnen. Es handelt sich um eine Kommission zur Förderung der Frauenforschung und von Frauen in Forschung und Lehre. Wir lassen uns von qualifizierten Wissenschaftlerinnen beraten, auf welche Weise und mit welchen Strategien wir die dramatische Benachteiligung von Frauen im Hochschulsystem qualifiziert angehen können.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie schelten immer wieder den Hang dieser Landesregierung, sich qualifiziert beraten zu lassen. Natürlich hat das seinen Preis. Aber das wird sich am Ende auch auszahlen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Lenke?

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ja, gern.

Vizepräsident Jordan:

Bitte sehr, Sie haben das Wort, Frau Lenke.

Frau Lenke (FDP):

Frau Schuchardt, ich habe das auch begründet. Wir haben ein Frauenministerium, und ich frage Sie: Haben wir ein Frauenministerium mit Fachkräften? Ich frage Sie weiter: Haben wir nicht auch weitere exzellente Fachkräfte in Ihrem Ministerium? Und ich frage Sie: Haben wir nicht auch Forschungsvorhaben an den Hochschulen? Ich habe das Gefühl, daß die Zahl der Gutachten und der Kommissionen wirklich überhand nimmt. Ich bin der Ansicht, daß deren Arbeit mit Hilfe der eigenen Ressourcen gemacht werden könnte. Wenn Sie meinen, daß das nicht möglich ist, dann ist das meines Erachtens ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der FDP.)

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Ich nehme an, daß die damalige Opposition die Einsetzung der Hochschulstrukturkommission nicht als ein Armutszeugnis der Mitarbeiter des Hauses empfunden hat.

(Beifall bei der SPD.)

Genausowenig ist es ein Armutszeugnis, wenn wir jetzt eine Forschungskommission für den Gesamtbereich in Verlängerung zur Hochschulstrukturkommission einsetzen, um uns speziell zu dem Thema, das sich Rot-Grün vorgenommen hat, nämlich in Sachen Frauenförderung innerhalb der Forschung, beraten zu lassen.

Für diese Landesregierung ist die Frauenministerin kein Alibi, sondern für uns ist es selbstverständlich, daß jedes einzelne Ressort für sich verantwortlich ist, die Situation von Frauen in diesem Bereich zu verbessern. Das schiebe ich nicht etwa auf Frau Schoppe, sondern das machen wir schon selbst. Das wird sie auch dankbar zur Kenntnis nehmen. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich würde mich sehr wundern, wenn Frau Schoppe plötzlich in meinem Bereich massiv mitbestimmen würde.

(Frau Lenke [FDP]: Gemeinsam!)

— Natürlich passiert das doch gemeinsam, Frau Lenke. Was meinen Sie, wie häufig Frau Schoppe und ich über solche Dinge reden? Wir könnten Sie ja mal dazu einladen. Vielleicht sind Sie dann auch anderer Auffassung.

Schließlich noch einige wenige Bemerkungen. Die Soziokultur ist ein Anliegen dieser Koalition. Herr Wiesensee, dies als grünes Lieblingskind abzutun, beweist, daß Sie überhaupt keine Ahnung davon haben, was Soziokultur ist.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, wir haben es im Augenblick mit vielen, vielen jungen Menschen zu tun, die kulturell oder auch in ihrer Region keine Heimat haben, wo sie mit Menschen, mit Jugendlichen, mit Gleichgesinnten oder vielleicht auch mit Andersgesinnten gemeinsam kommunizieren können. Die soziokulturellen Zentren sind in einer hervorragenden Weise geeignet, junge Menschen zu motivieren, junge Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zusammenzuführen und auf diese Art und Weise mitzuhelfen, Vorurteile abzubauen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Deswegen kann ich nur sagen, wir werden uns weiterhin darum bemühen, in diesem Bereich Prioritäten zu setzen.

Schließlich zum Kulturvertrag. Was soll denn bloß dieses Gerede von der rot-grünen Kungelei? Falls es Ihnen entgangen sein sollte, Frau Lenke: Oldenburg hat eine rot-grüne Regierung, Osnabrück hat eine rot-grüne Regierung.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

— Ich komme auf das Theater zurück.

(Zuruf von der CDU: Braunschweig!)

— Braunschweig hat, glaube ich, eine Ampelkoalition, oder auch rot-grün? Ist ja egal. Jedenfalls könnten wir mit denen ja auch leicht kungeln, was wir auch gern tun.

Ich stimme Ihnen zu, daß es sehr wünschenswert wäre, dem Wunsch dieser theatertragenden Städte Rechnung zu tragen, den sie ja an uns herangebracht haben. Das wissen Sie ja auch; ich nehme an, daß Herr Sliwka Ihnen gesagt hat, daß wir über dieses Thema geredet haben. Es geht darum, daß diese Städte, die Theater haben, die keine Staatstheater sind, eine Veränderung des Staatsvertrages mit ihren Städten anstreben, um den Strukturfehler des existierenden Theatervertrages zu beseitigen. Dieser Fehler besteht darin, daß der Anteil des Landes stetig sinkt. Die Städte wünschen, daß der Landesanteil auf 40 % festgeschrieben wird. So sind die 2,2 Millionen DM bei Ihnen auch zu erklären.

Ich kann mich nur auf das berufen, was Herr Schneider hier gesagt hat. Wir nehmen diese Forderung des Oldenburgischen Theaters ernst. Ich habe das da ständig gesagt. Die Forderung ist weiß Gott auch berechtigt; daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Sie ist an mich herangetragen worden, als der Haushaltsplanentwurf bereits vorlag. Insofern müssen wir dies für das Jahr 1994 in Erinnerung behalten. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Jordan

Vizepräsident Jordan:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir sind jetzt am Ende dieses Teils unserer Haushaltsberatungen. Bevor wir in die Mittagspause eintreten, lassen Sie mich noch eine Anmerkung zum Fortgang der Beratungen machen. Wir werden entsprechend der vorgesehenen Zeitabläufe um 14.30 Uhr mit den nächsten Punkten unserer Haushaltsberatungen fortfahren. Die Pause beträgt also anderthalb Stunden, so wie vorgesehen. Jetzt ist es 12.53 Uhr. Die SPD-Fraktion hat darum gebeten, daß sie für eine Fraktionssitzung in der Mittagspause anderthalb Stunden Zeit bekommt. Diese anderthalb Stunden waren im ursprünglichen Sitzungsablauf auch vorgesehen, so daß ich keinen Anlaß sehe, der SPD-Fraktion diesen Wunsch abzuschlagen.

Bevor wir nun endgültig in die Mittagspause eintreten, noch ein Hinweis: Zu Beginn der Mittagspause wird der Kammerchor der Philharmonie Gomel aus Weißrußland in der Portikushalle ein Ständchen bringen. Der Chor, der unter der Schirmherrschaft der Vorsitzenden des Kuratoriums der Stiftung „Kinder von Tschernobyl“, Frau Schröder, eine Tournee durch Norddeutschland unternimmt, wird russische geistliche Musik des 18. Jahrhunderts vortragen. Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer sind herzlich eingeladen.

(Beifall.)

Jetzt treten wir in die Mittagspause ein. Guten Appetit.

Unterbrechung: 12.55 Uhr.

Wiederbeginn: 14.32 Uhr.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Haushaltsberatungen fort. Für diesen Beratungsteil sind insgesamt 160 Minuten vorgesehen. Den Fraktionen stehen für die Debatte folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu 40, der FDP und den Grünen jeweils bis zu 26 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 26 Minuten nicht überschreitet.

Nach den Vorstellungen des Ältestenrates beginnen wir zunächst mit dem Bereich Bundes- und Europapolitik. Weitere Themen für den heutigen Nachmittag sollen Justiz, Landwirtschaft und Umwelt sein.

Ich bitte auch jetzt wieder, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet gesprochen werden soll.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Kollegen Reinemann.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich befürchtet!)

Reinemann (CDU):

Ich gucke mir die genau an, die das sagen. — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich nur einige Schwerpunktthemen aus dem Einzelplan 12 ansprechen.

Lassen Sie mich zunächst einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Es ist festzustellen, daß der Einzelplan 12 zu unserem Bedauern weder politische Schwerpunkte noch besondere Konturen aufweist. Bedauerlicherweise lassen sich auch keine politischen Weiterentwicklungen aus diesem Haushaltsplan erkennen. Ich denke sogar, daß dieser Haushalt nur bedingt und mit vielen Vorbehalten die Zustimmung der Regierungskoalition findet. Zu unserem Bedauern muß ich feststellen, daß uns die starke Verschuldung durch diese Landesregierung nicht in die Lage versetzt, für den Haushalt 1993 im Einzelplan 12 Anträge zu stellen.

Ich hoffe allerdings, daß in absehbarer Zeit der Bonner Asylkompromiß greift, vorausgesetzt das Land Niedersachsen erfüllt seine sich daraus ergebenden Verpflichtungen, um den Bonner Asylkompromiß umzusetzen. Dann, so hoffen wir, werden Gelder frei, die zu Anträgen unsererseits für andere Schwerpunkte im Einzelplan 12 führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU/FDP-geführte Landesregierung hatte den Bund der Vertriebenen dank seiner Bereitschaft zur Übernahme von Aufgaben, die eigentlich die öffentliche Hand erfüllen mußte, gefördert, und zwar in Form einer institutionellen Förderung. Sie, Herr Trittin, haben nach der Regierungsübernahme nichts Eiligeres gewußt,

(Zuruf von Stock [CDU])

als unter Berufung auf § 23 und § 44 der Landeshaushaltsordnung dem BdV die bisherige institutionelle Förderung zu streichen und eine Projektförderung anzubieten.

Ich bin mir bei dieser Aussage ganz sicher, Herr Trittin, daß Sie die Schwierigkeiten, in die der BdV damit gekommen ist und wahrscheinlich auch kommen sollte, durchaus von vornherein erkannt haben. Sie haben dies getan, obwohl Ihnen bekannt ist, daß der BdV hervorragende Arbeit

geleistet hat und noch leisten wird und daß der Landesrechnungshof bezüglich der Abrechnung und der Verwendung der Gelder keinerlei Beanstandungen erhoben hat.

Das Land Niedersachsen, vertreten durch den Minister Trittin, hat auch die Förderung für die Aussiedlerbetreuung abrupt eingestellt. Wir können nur dankbar sein, daß hier zunächst der Bund eingesprungen ist; sonst hätte die Arbeit insgesamt eingestellt werden müssen.

In der Landshaushaltsordnung heißt es unter § 23 — Zuwendungen —:

„Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Leistungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung zur Erfüllung bestimmter Zwecke dürfen nur veranschlagt werden, wenn das Land an der Erfüllung durch solche Stellen ein erhebliches Interesse hat, das ohne die Zuwendungen nicht oder nicht im notwendigen Umfang befriedigt werden kann.“

Ihre haushaltsrechtlichen Spielereien, Herr Trittin, machen einmal mehr deutlich, daß Sie keinerlei Interesse an der Arbeit des BdV haben. Wir fordern Sie auf, zu der alten Förderpraxis zurückzukehren, um eine umfassende und sinnvolle Aussiedlerbetreuung weiterhin zu gewährleisten.

Noch einige wenige Worte zu dem Thema Asyl. Wenn die Landesregierung — ich denke, daß sie in diesem Fall durch den Ministerpräsidenten vertreten wird — dessen Zusagen und die durch den Bonner Asylkompromiß geweckten Erwartungen nicht einhält, wenn also die Umsetzung der Vereinbarung von Montag, dem 7. Dezember 1992, durch die Landesregierung nicht erfolgt, dann werden in unserem Lande größte Probleme entstehen. Ich frage mich und ich frage damit auch den Ministerpräsidenten, wie er gedenkt, den zwischen ihm und Herrn Trittin bestehenden Konflikt zu lösen, um den Bonner Asylkompromiß erfolgreich und nach Inkrafttreten des Gesetzes sofort umzusetzen. Auf Artikel und Äußerungen von Herrn Trittin in der Zeitung will ich wegen der Kürze der Zeit nicht eingehen.

Meine Damen und Herren, die in unserem Änderungsantrag zum Haushalt 1993 vorgeschlagenen Einsparungen in Höhe von 150 Millionen DM bei den Kosten für Asylbewerber sind aufgrund des von mir angesprochenen Kompromisses zwischen CDU/CSU, SPD und FDP nicht nur gerechtfertigt, sondern auch realistisch. Sie sind aber nur dann realistisch, wenn, wie ich schon gesagt habe, die Maßnahmen, die sich aus der Vereinbarung und aus dem Gesetzestext ergeben, umgesetzt

werden und wenn Herr Minister Trittin endlich begreift, daß er mit seinen Alleingängen und seiner ständigen Blockadehaltung Schluß machen muß.

Wenn sich nach Auffassung des SPD-Vorsitzenden und schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Björn Engholm die an den Beratungen beteiligten Parteien als handlungsfähig erwiesen haben und somit — so Engholm — der Politik ein Stück Vertrauen zurückgewonnen haben und wenn der Ministerpräsident dieses Landes, unser Ministerpräsident, eng an dieser Lösung mitgewirkt hat, so kann und darf es nicht sein, daß sich die Grünen, an ihrer Spitze Herr Trittin und Frau Dr. Dücker, hinstellen und diese seit Jahren diskutierte und mühsam erreichte Lösung in Frage stellen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident — er ist leider nicht da —, wenn wir Ihre Verhandlungsbemühungen wirklich ernst nehmen sollen, dann müssen Sie Ihre oft geübte Doppelzüngigkeit in diesem Fall aufgeben und sich klar zu dem Ergebnis bekennen. Sie müssen sich, Herr Ministerpräsident, wenn Sie glaubhaft wirken wollen, von Ihrem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten trennen; denn es kann nicht sein, daß dieser Kompromiß im Bundesrat durch Niedersachsen konterkariert wird.

Herr Minister Trittin, aufgrund der letzten Pressemitteilungen kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie die Tragweite Ihrer Haltung überhaupt nicht übersehen, oder ich muß vermuten, daß Sie bewußt den Beweis antreten wollen — das zeigt ja auch Ihre Biographie —, diese Gesellschaftsordnung, diese Demokratie sei nicht überlebensfähig.

Wenn Oskar Lafontaine in der Bundestagsdebatte gesagt hat, daß die Demokraten ihre ganze Härte gegen den Rechtsradikalismus unter Beweis stellen werden, so müssen wir, Herr Trittin, als Demokraten mit ebenso großer Entschlossenheit dem Asylmißbrauch entgegenreten, wenn wir nicht wollen, „daß eines Tages der Asylartikel hinweggefegt wird und wir mit ihm“. So der SPD-Vorsitzende Engholm.

Herr Trittin, ich fordere Sie im Namen der CDU-Fraktion auf, im Bundesrat dem Asylkompromiß zuzustimmen. Wenn Sie dies nicht können, muß der Ministerpräsident — so denke ich — den Mut aufbringen, in Zukunft einen anderen Minister oder eine andere Ministerin in dieses Amt zu berufen.

Reinemann

Abschließend noch ein paar Gedanken zur Entwicklungszusammenarbeit. Sehr verehrte Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Asyldebatte und im Zusammenhang mit den zunehmenden weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen sowie den fortschreitenden Verelendungsprozessen in Ländern des Südens und des Ostens, die immer häufiger mit Bürgerkriegen und regionalen Konflikten einhergehen, ist eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit auch unter erhöhter Beteiligung der Länder erforderlich. Verantwortung und Gerechtigkeits Sinn sind christliche Leitlinien, die zur Solidarität mit den Schwachen führen. Christlich-demokratisches Denken legt daher die Hilfe gegen Armut und Unterentwicklung nahe, Hilfe für die Menschen aus Ländern, die von Katastrophen, aber auch von Bürgerkriegen und Revolten gepeinigt werden.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage zum Thema „Auslaufende Finanzhilfe für Entwicklungshilfeprojekte im Sudan und Kürzung der Zuschüsse für die Pflege von 90 Heimkindern im Mygoma-Heim in Khartum“ heißt es unter anderem:

„Die Zusammenarbeit mit Ländern, deren Regierungen die Menschenrechte nicht beachten, z. B. der Sudan, wird zeitweilig ausgesetzt. Eine Fortsetzung oder eine Neuaufnahme von Projekten im gleichen Rahmen ist nicht geplant. Vielmehr wird die Landesregierung weiterhin Projekte von hiesigen Nicht-Regierungsorganisationen unterstützen.“

Herr Minister, eine solche Nicht-Regierungsorganisation ist auch der Niedersächsische Verein für medizinische Entwicklungshilfe „Hilfe für Kinder in Not“. Es bleibt daher unverständlich, daß Sie die Mittel für das Mygoma-Waisenkinderheim kürzen. Mehr als die Hälfte der betreuten Kinder stirbt in dem Heim an Infektionskrankheiten. Ehe der deutsche Verein 1986 Pflegekräfte schickte, kamen mehr als 90 % der Waisen um.

Weltweit nimmt die Zahl der Erwachsenen und Kinder zu, die unterhalb der Armutsgrenze und ohne ausreichenden sozialen Schutz leben. Unter welchen würdelosen Umständen Kranke, Alte, Witwen und Waisen in den Ländern der Dritten Welt überleben müssen, beschäftigt selten das öffentliche Interesse. Mit Auflösung der Mehrgenerationen- und Mehrfamilienverbände werden traditionelle Formen sozialer Sicherung zurückgedrängt. Deshalb müssen die sozialen Konzepte und Maßnahmen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auch auf Län-

derebene an Bedeutung gewinnen. Dazu gehört aber auch die Förderung bestimmter Projekte, wie sie durch Ministerpräsident Dr. Albrecht und den damaligen Landwirtschaftsminister Dr. Ritz auf den Weg gebracht worden sind. Ich denke nur daran, daß der Staatssekretär aus dem Landwirtschaftsministerium sehr intensiv und umfassend über seinen Besuch auf der Musterfarm Hefei berichtet hat. Ich meine, daß hier weitergemacht werden muß.

Ich muß wegen der Kürze der Zeit leider zum Ende kommen. Ich hätte gerne noch das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz angesprochen. Auch hierzu, Herr Minister, müssen wir Sie auffordern, daß Sie sich der großen Mehrheit im Bundesrat anschließen und keine Alleingänge begehen; denn die CDU, meine Damen und Herren, bekennt sich mit diesem Gesetz uneingeschränkt zur Fürsorge und zur Obhutspflicht für die Heimatvertriebenen und die in den genannten Staaten lebenden Deutschen. Aus diesem Grunde ist es für uns unverständlich, daß Sie, Herr Trittin, eine Änderung des Artikels 116 herbeiführen wollen mit der Maßgabe, den Menschen formalrechtlich sogar noch durch eine Stichtagsregelung den Zuzug in die Bundesrepublik zu verwehren, die schon durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen besonders stark gelitten haben, nur weil sie Deutsche waren und Deutsche bleiben wollten. Unsere Forderung, wie sie auch im Bundestag vertreten wurde, lautet: Das Tor zur Bundesrepublik Deutschland darf daher nicht verschlossen werden.

Wir erwarten von Ihnen, daß auch Sie dies mittragen; sonst stellen Sie sich abseits der generellen Forderung innerhalb der politischen Landschaft dieses Landes und dieser Bundesrepublik. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Aller.

(Möllring [CDU]: Heute aber besser, Herr Kollege Aller! — Gegenruf von der SPD: Der ist immer gut!)

Aller (SPD):

Herr Reinemann, wenn man Ihren Beitrag eben gehört hat, hat man das Gefühl, Sie hätten erstens den Einzelplan 12 des Haushaltsplans nicht gelesen

(Reinemann [CDU]: Doch, sehr genau!)

und zweitens den Asylkompromiß zwischen den Parteien nicht richtig gelesen;

(Reinemann [CDU]: Auch das habe ich!)

denn mindestens das, was Sie zur Stichtagsregelung und zum Kriegsfolgenbereinigungsgesetz gesagt haben, ist auch dort geregelt. Es ist dort ein Stichtag für jetzt geborene Kinder von möglichen Zuwanderern eingeplant. Das bedeutet Ausschluß von der Zuwanderung. Die übrige Stichtagsregelung ist ebenfalls darin enthalten.

Sie haben des weiteren gesagt, dieser Haushaltsplan habe keine Schwerpunkte gesetzt und keine Weiterentwicklung erfahren. Die Finanzlage verbiete Akzentverschiebungen. Wenn man das mit dem mißt, was Sie an Problemstellungen allein im Bereich „Dritte Welt“ genannt haben, dann hätte man annehmen können, Sie hätten im Sinne von Teilen — das gerade Sie und die Christen und die CDU immer wieder auf den Lippen führen — mindestens einige Millionen DM mit Hilfe dieses Haushaltsantrags, der heute noch verabschiedet wird, locker machen können. Ich stelle einmal fest: Auch zu diesem Punkt, zu dem Sie viel fordern, haben Sie nicht eine einzige Mark bereitgestellt. Sie haben es aber auch nicht hinbekommen, im Einzelplan 12 umzuschichten, was ja durchaus — — —

(Reinemann [CDU]: Sie wissen, daß da nichts zur Umschichtung drin ist!)

— Ich werde Ihnen gleich sagen, daß wir es gemacht haben. — Sie haben auch nicht umgeschichtet. Deshalb war Ihre Rede wahrscheinlich schon fertig, bevor wir in die Beratungen eingetreten sind.

(Reinemann [CDU]: Herr Aller, Sie wissen doch, daß Sie auch jetzt schon wieder die Unwahrheit sagen!)

Ich habe Ihnen folgendes zu sagen, Herr Reinemann: Dieser Haushaltsplan enthält im Einzelplan 12 nach meinem Dafürhalten drei große Bereiche, die hervorragend bedient und je nach Bedürfnis mit Finanzen ausgestattet sind. Dabei weise ich ausdrücklich darauf hin, daß die Problematik „Asyl“ und die enormen Summen, die wir in den letzten Jahren aufgebracht haben — im Jahre 1992 waren das über 700 Millionen DM —, in engem Zusammenhang stehen mit dem, was wir als die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung in unserem Lande leisten, was die internationale Zusammenarbeit angeht — insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit — und nicht zuletzt was das angeht, was wir im Bereich der Ausländerberatung und der Gedenkstättenarbeit leisten. All dies sind Bestandteile dieses

Haushalts. Es wäre auch einiger Erwähnungen wert gewesen, daß gerade die SPD und die Grünen die geringen Mittel sehr sorgfältig plaziert haben, so daß wir Akzente setzen können, um im Land einen Beitrag zu leisten, der aufklärerisch wirkt und verhindert, daß die Rechtsradikalen mit ihren dümmlichen Parolen das Asylproblem und die hohen Summen, die in diesem Bereich plaziert sind, mißbrauchen.

Ich sage das noch einmal: Wir haben das Geld für die Ausländerbeauftragte bereitgestellt. Wir haben das Bildungsprogramm in der Landeszentrale, wir haben die internationale Zusammenarbeit — jetzt kommt der Punkt, der wichtig für Sie ist, Herr Reinemann — gekürzt, weil dort viel Geld auch aus anderen Ressorts mobilisierbar ist, und haben 2 Millionen DM in den Bereich der traditionellen Entwicklungshilfe, der — wie wir heute sagen — Entwicklungszusammenarbeit umgeschichtet.

Wenn Sie den Änderungsantrag von SPD und Grünen genau gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß auch in Bereichen, in denen das Geld knapp ist, durch Akzentverschiebungen eine ganze Menge getan werden kann, was die alte Landesregierung nicht getan hat. Uns kommt es ganz besonders darauf an, deutlich zu machen, daß die staatliche Entwicklungszusammenarbeit — die ja vorrangig auf den Sudan gepolt war — inzwischen in eine ganz neue Qualität umgeleitet worden ist. Ich will das an drei Beispielen deutlich machen.

Erstens. Die humanitäre Hilfe, die wir leisten, wird verstetigt und in wenigen, aber unterschiedlichen Ländern unter Beteiligung des Landes konzentriert in kombinierten Angeboten und durch Nicht-Regierungsorganisationen geleistet.

(Reinemann [CDU]: Also kleckern statt klotzen!)

Zweitens. Wir haben großen Wert darauf gelegt, daß die Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen eine Chance bekommen, sich aktiv in diesem Land einzubringen, und zwar nicht nur in die Informations- und Bildungsarbeit, sondern vielmehr auch in eigener Verantwortung mit Kleinprojekten arbeiten können. Ich finde es ganz wichtig, daß wir der VEN 150 000 DM für diese Projekte zur Verfügung stellen und mit 100 000 DM die Finanzierung der Arbeit des Dachverbandes der Nicht-Regierungsorganisationen sicherstellen.

(Zuruf.)

— Nein, Projektförderung für diese Arbeit, die sie leisten.

Aller

Drittens. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, Herr Reinemann, und da können Sie dann auch aktiv werden. Wir wünschen uns, daß die Kommunen mit Unterstützung des Landes stärker in die Entwicklungszusammenarbeit und in die Projektförderung einsteigen. Auch hierfür sind 500 000 DM vorgesehen.

Sie sehen also: Das, was Sie hier als Pauschalangriff formuliert haben, ist angesichts dessen, was an Fakten vorliegt, nicht haltbar.

Der zweite Schwerpunkt ist Europa. Ich vermisse, daß Sie Europa angesprochen haben. Wir haben unter dieser Landesregierung das Europabüro ausgebaut. Wir haben die Kontaktstelle in Brüssel verbessert. Wir sind inzwischen in der Lage, europäisches Recht, europäische Gesetze sowie europäische Förderungen auf diesem Wege wesentlich besser für Niedersachsen nutzbar zu machen. Die aktive Debatte in bezug auf den Regionalauschuß macht, glaube ich, deutlich, daß gerade die SPD und die Grünen gesagt haben, daß dieses Parlament an der Europapolitik teilhaben will. Wir gehen davon aus, daß wir konsequent an diesem Punkt weiterarbeiten und auch finanzpolitisch und haushaltspolitisch die Unterfütterung sicherstellen.

Letztlich bleibt ein Punkt übrig, den ich ganz wichtig finde und den Sie angesprochen haben: Der Einzelplan 12 kann eigentlich zu „internationale Politik“ zusammengefaßt werden. Das fängt mit dem Thema „Asyl“ an, das internationale Politik ins Inland verlagert. Ich gebe Ihnen darin recht, daß wir mit größerer Hilfe und noch besseren Konzepten viel mehr leisten könnten, wenn wir insbesondere in dem Bereich international tätig würden, indem wir Notleidenden helfen und Fluchtursachen bekämpfen könnten.

Es wäre gut gewesen, Herr Reinemann, wenn Sie die Große Anfrage der SPD und der Grünen und die Antwort der Landesregierung vor Ihrem Redebeitrag gelesen hätten. Sie hätten eine ganze Menge Ihrer Kritik sparen können. Wir finden diesen Einzelplan 12 gut und werden ihm zustimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgens.

Jürgens (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil auch meine Redezeit kurz bemessen ist, möchte ich auf einige Punkte der Landesregie-

rung im Bereich der Bundes- und Europapolitik eingehen. Ich habe den Eindruck, als ob die Asylproblematik andere wichtige Aufgaben in den Hintergrund stellt. Den im Haushalt 1993 für die Abwicklung der Asylverfahren bereitgestellten Zuschußbedarf halte ich allerdings angesichts der steigenden Zahl der Asylbewerber für nicht ausreichend.

Die Parteien in Bonn haben sich — ich könnte beinahe „wieder einmal“ sagen — auf einen Kompromiß zum Asylverfahren geeinigt. Ich hoffe, daß zu dem in Bonn gefundenen Kompromiß konkrete Maßnahmen tatsächlich mit Nachdruck umgesetzt werden. Die Landesregierung ist sich doch sicherlich auch bewußt, daß jede Überschreitung der angestrebten Frist nur neue Probleme mit sich bringt. Sie darf vor allen Dingen keinen Sand ins Getriebe streuen und damit die Umsetzung für Niedersachsen in Frage stellen.

Außerdem möchte ich die Tätigkeit der Landesregierung zur Imagepflege des Landes Niedersachsen ansprechen. Das Land hat gute Möglichkeiten zu werben. Ich gebe Herrn Aller darin recht, daß das Verbindungsbüro des Landes Niedersachsen bei der EG hervorragend ist. Auch die Landesvertretung in Bonn hat gute Möglichkeiten, für Niedersachsen zu werben.

(Kempmann [Grüne]: Das tut sie auch!)

Jedoch müßten diese Anstrengungen dringend intensiviert und auch in andere Richtungen gelenkt werden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Niedersachsen ist nicht nur ein schönes Urlaubsland; Niedersachsen hat auch viele andere Dinge anzubieten, die seine Attraktivität unterstreichen. Ich nenne Niedersachsen z. B. auch als Unternehmensstandort und als Urlaubsland. Ich denke, in diesem Bereich ist die Landesregierung noch gefordert.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Niedersachsen wird im Zuge des Europäischen Binnenmarktes immer stärker in den Mittelpunkt rücken und in den Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen treten. Hier gilt es, vorbereitet zu sein und die Vorzüge Niedersachsens in allen Bereichen offensiv zu vertreten. Der Europäische Binnenmarkt beginnt mit Sicherheit am 1. Januar 1993 — das sind kaum noch drei Wochen.

Des weiteren möchte ich auf die Abstimmung zu den Maastrichter Verträgen im Bundestag eingehen. Die Mehrheit der Bevölkerung in Niedersachsen weiß m. E. nicht genau, worüber der

Bundestag abgestimmt hat. Die politische Bildungsarbeit reicht nach meiner Ansicht nicht aus. Die Landesregierung müßte die politische Bildungsarbeit in diesem Bereich verstärken. Sie muß verstärkt und nicht verkürzt werden. Das gilt sowohl für die Landeszentrale für politische Bildung als auch für die Mittel, die dem Ministerium in diesem Bereich im Einzelplan 12 zur Verfügung stehen. Die Abstimmungen in Dänemark und Frankreich und auch die Diskussion in Deutschland über Maastricht haben deutlich gemacht, daß mehr Aufklärung über den Europagedanken erforderlich ist.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und Döring [CDU].)

Vor allen Dingen müssen die Mittel für die politische Jugendarbeit bereitgestellt werden. Das Heranführen junger Menschen an Politikfelder ist insbesondere in dieser Zeit besonders wichtig.

Ich habe mich über einige Ausführungen der Landesregierung zur Europapolitik und auch zum Maastrichter Vertrag gefreut.

(Kempmann [Grüne]: Sehr gut!)

Anscheinend ist aber die Meinung innerhalb des Kabinetts gespalten. Ich kenne Pressemitteilungen und Äußerungen von Mitgliedern des Kabinetts, besonders auch des Landwirtschaftsministers Funke, der unverständlicherweise gegen Maastricht operiert und die Ablehnung dieses Vertrages fordert.

(Kempmann [Grüne]: Da können Sie mal sehen, wie wichtig Grüne in diesem Kabinett sind!)

Nach eigenem Bekunden ist aber die Bevölkerung nicht genügend über die Geschehnisse und über die Auswirkungen des Vertrages informiert.

Im nächsten Punkt möchte ich vor allen Dingen die internationalen Verbindungen und die internationale Arbeit des Ministeriums loben. Ich hoffe, daß die Mittel, die dafür bereitgestellt sind, ausreichen. Niedersachsen hat nach der Entwicklung im Osten die besondere Stellung, Verbindungen zu all den neugegründeten Ländern herzustellen. Das aber ist nicht nur politisch wichtig, sondern diese Verbindungen sind auch notwendig, um die wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft auszurichten.

Hinzufügen möchte ich auch, daß die Hilfen für Sachsen-Anhalt im Rahmen der Verwaltungsvereinbarungen und im Hinblick auf die Gebiets- und Verwaltungsreform verstärkt werden müssen. Dabei sollte besonderer Wert darauf gelegt werden, daß die Patenschaften der kommunalen Ge-

bietskörperschaften erhalten bleiben. Unsere Gemeinden werden mit ihren Erfahrungen nach einer Reform noch wichtiger für die Entwicklung der Kommunen im Osten sein als bisher.

Auch der Austausch von Jugendgruppen mit Sachsen-Anhalt zwischen Vereinen und Verbänden muß mehr als bisher gefördert werden. Der Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen ist die beste Grundlage einer kontinuierlichen und auch einer demokratischen Entwicklung.

Niedersachsen hat als Patenland für Sachsen-Anhalt eine schwierige Stellung in diesem Bereich.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und Waike [SPD].)

Es ist als einziges Bundesland allein für die Unterstützung eines anderen Landes verantwortlich. Die Anstrengungen sind beachtlich.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Es könnte allerdings noch verstärkt darüber nachgedacht werden, wie die Hilfen, die kein Geld kosten, verstärkt werden können. Ich denke dabei gerade an die Partnerschaften zwischen Städten und Landkreisen. Ich bitte die Landesregierung, diese Punkte noch einmal ernsthaft zu überdenken. Es würde den Menschen in Sachsen-Anhalt, aber auch im Lande Niedersachsen zugute kommen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Herr Minister Trittin.

(Kempmann [Grüne]: Zerstöre nicht den guten Eindruck!)

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielem, was Herr Jürgens gesagt hat — beispielsweise zu Europa —, kann ich zustimmen.

Bei manchen der Wünsche, Herr Jürgens, die Sie ausgedrückt haben und die auch gemeinsame Wünsche sind, hätten Sie uns natürlich sehr viel mehr in Verlegenheit gebracht, wenn Sie das auch in Anträge gefaßt hätten. Wenn ich Ihren Haushaltsantrag richtig lese, wollen Sie, soweit ich das jetzt in Erinnerung habe, 80 000 DM mehr haben — aber nicht für die politische Bildung, sondern an Zuwendungen für die Stiftungen der politischen Parteien. Das ist der eine Antrag, den Sie zu diesem Haushaltsbereich haben.

Trittin

Der andere betrifft die Frage von Kürzungen im Bereich Erstattungen an Gemeinden und Sonstige im Bereich der Flüchtlinge. Darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Wie gesagt, mit vielem gehe ich konform. Ich nehme aber zur Kenntnis, daß wir gemeinsam der Ansicht sind, daß sich von den Wünschen, die wir gemeinsam haben, unter den jetzigen Restriktionen mehr nicht durchsetzen ließe.

Was Herrn Reinemann angeht, muß ich Herrn Aller widersprechen. Herr Aller hat hier gesagt, Herr Reinemann habe wohl die Haushaltsrede vom letzten Jahr gehalten. Das ist falsch. Herr Reinemann hat hier eine Rede gehalten, als wenn er den ersten Haushalt dieser rot-grünen Landesregierung besprochen hätte.

(Schirmbeck [CDU]: Es war der letzte, der allerletzte!)

Herr Reinemann — ich habe eben schon nach Ihnen gesucht; Sie stehen jetzt plötzlich hinter mir; das ist ja ein ganz großes Maß an Beweglichkeit —, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß schon der erste Haushalt, den wir gemacht haben, die Streichung der Mittel in diesem Bereich vorgesehen hat, und zwar aus gutem Grunde. Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, das sei Absicht gewesen.

Wir halten es für allemal sinnvoller, diese Mittel nicht für die „Förderung des Verbandes der Schlesier“, sondern für die „Kultur der Vertreibungsgebiete“, für die Aussöhnung der Deutschen und Polen sowie der Deutschen, die noch in Polen, in Schlesien, leben, einzusetzen. Das tun wir; übrigens mit wachsender Zustimmung der dort lebenden Menschen.

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Trittin, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schirmbeck beantworten?

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Nein, ich möchte meine kurzen Anmerkungen zunächst einmal zu Ende führen.

(Schirmbeck [CDU]: Da haben Sie aber Glück gehabt! Ich hätte sonst eine schwierige Frage gestellt!)

Herr Reinemann, in einem Punkt muß ich mich fragen, in welcher Wirklichkeit Sie leben. Wenn Sie hier erklären, der Kampf gegen den Rechtsextremismus müsse mit dem gleichen Nachdruck geführt werden wie der Kampf gegen den — wie

Sie sich ausgedrückt haben — Asylmißbrauch, dann sage ich Ihnen, daß Sie damit nichts anderes tun, als diejenigen, die die Brandflaschen schmeißen, und diejenigen, die von den Brandflaschen getroffen werden, auf die gleiche Stufe zu stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bitte Sie, das noch einmal zu überdenken. Ich sage das mit dieser Vorsicht.

Ich möchte nun noch auf einen weiteren Antrag eingehen, der diesem Hause vorliegt. Das ist der Antrag, die Aufwendungen für Asylbewerber und Asylbewerberinnen um 150 Millionen DM zu kürzen. Das hat die CDU-Fraktion beantragt; die FDP-Fraktion war diesbezüglich etwas zurückhaltender. Da frage ich natürlich: Wer ist Herr Eveslage?

(Schirmbeck [CDU]: Das haben wir uns auch schon gefragt! Wer ist Herr Eveslage?)

Manchmal habe ich das Gefühl, daß sich Herr Eveslage so ein bißchen als eine Neuauflage — ich meine das jetzt nicht böse — von Dr. Jekyll und Mr. Hyde versteht.

(Zuruf von Möllring [CDU].)

— Als ehemaliger Pressesprecher des Justizministeriums sollten Sie, Herr Möllring, über Ihre Amtsnachfolgerin bestens informiert sein. Von daher unterstelle ich, daß Sie diese Rhetorik hier nur deshalb in den Raum gestellt haben, weil Sie sich gern noch einmal ins Gespräch bringen wollten.

Ich habe die Frage aufgeworfen, ob sich Herr Eveslage als Dr. Jekyll und Mr. Hyde fühlt. Dieser Frage gehe ich jetzt auch stur nach. Herr Eveslage hat dieser Landesregierung in der letzten Plenarsitzung vorgehalten, sie würde falsche Berechnungen vornehmen, weil sie unterstelle, daß im kommenden Jahr 25 % mehr Flüchtlinge kämen als in diesem Jahr. Wir haben diese Debatte geführt und dabei über die Unterbringungskapazitäten gesprochen. Herr Eveslage hat gesagt, das seien zwar 25 % mehr, als der Bund unterstelle, aber es sei viel zu wenig. Es müßte eine Steigerung von mindestens 50 % unterstellt werden. Der gleiche Herr Eveslage ist stellvertretender Vorsitzender einer Fraktion, die heute beantragt, die Steigerung um 50 % dadurch zu finanzieren, daß man die Ausgaben um 150 Millionen DM kürzt. Meine Damen und Herren, ich sage: Ein solches Maß an Unverantwortlichkeit und inhaltlicher Widersprüchlichkeit kann man sich nur leisten, wenn man auf den Oppositionsbänken sitzt und gewiß ist, daß man dort auch noch bis zum Ende dieses Jahrhunderts sitzen wird.

(Beifall bei der SPD. — Eveslage [CDU]: Haben Sie schon einmal etwas vom Bonner Asylkompromiß gehört? Fragen Sie einmal Ihren Koalitionspartner! — Reinemann [CDU]: Was sagt denn Ihr Ministerpräsident dazu? Sieht er das auch so?)

— Sie können davon ausgehen, daß der Ministerpräsident ausgezeichnet rechnen kann, und zwar besser als Sie.

(Reinemann [CDU]: Der kann ausgezeichnet rechnen?)

Ich will Ihnen noch einen kleinen Tip geben. Sie haben diese Reduzierung ja damit begründet, daß man durch Kürzungen bei der Sozialhilfe einen Teil dieser Sachen — aber sicherlich nicht eine Steigerung um 50 % — einsparen könne. Wir haben das einmal durchgerechnet und haben beim Städte- und Gemeindebund sowie bei anderen kommunalen Spitzenverbänden gefragt: Welche Folgen treten ein, wenn wir — wie es in diesem Kompromiß steht — eine generelle Umstellung auf Sachleistungen und Wertgutscheine vornehmen? Was heißt das für Eure Arbeit? Sie haben das ausgerechnet und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß Sie dann 700 Stellen mehr bräuchten.

(Kempmann [Grüne]: Die finanziert Reinemann!)

Wir haben durchgerechnet, was das kosten würde. Nach Berechnungen meines Hauses würde das über den Daumen mehr als 40 Millionen DM zusätzlich gegenüber dem jetzigen Zustand kosten. Sie sagen: Das rechnet sich möglicherweise durch die Einsparung. Dabei vergessen Sie aber eines, lieber Herr Reinemann: Die Einsparung bezieht sich auf diejenigen in den Zentralen Anlaufstellen. Wenn Sie dort in dem Sinne kürzen, dann sparen Sie real überhaupt nichts, weil wir heute schon in den Zentralen Anlaufstellen lediglich mit einem gekürzten Taschengeld operieren. Anders gesagt: Die Umstellung auf Sachleistungen, wie Sie sie fordern, führt aller Voraussicht nach zu Mehrausgaben bei den Kommunen, die wir im Prinzip erstatten müßten, die wir aber nicht erstatten sollen, weil Sie ja der Auffassung sind, wir sollten die Erstattungen an die Gemeinden kürzen. Das ist die Logik der CDU. Ich sage auch hier: Diese Form von Unverantwortlichkeit kann man sich nur erlauben, wenn man auch in absehbarer Zeit gerne die harten Bänke der Opposition drücken möchte.

(Möllring [CDU]: Wollen Sie den Kompromiß nicht mittragen?)

Ich möchte an dieser Stelle noch auf das eingehen, was Herr Reinemann zu den internationalen Beziehungen gesagt hat. Es gibt viele Dinge, Herr Reinemann, bei denen wir völlig einer Meinung sind. Deswegen haben Sie zu diesem Bereich auch keinen Antrag gestellt.

(Reinemann [CDU]: Auch nicht zu Europa! Da sind wir uns auch einig!)

Herr Reinemann, wenn Sie versuchen, an diesem Punkt Kritik zu üben, dann bitte ich Sie, zwei Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Die Landesregierung hat nicht nur im letzten Jahr die Ansätze für diesen Bereich deutlich erhöht. Sie hat sie auch in diesem Jahr noch einmal um 2,4 Millionen DM erhöht, und zwar die Mittel für Partnerschaften mit Osteuropa und für die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Der Eindruck, den Sie versucht haben zu erzeugen, wir würden wortbrüchig sein, etwa im Zusammenhang mit dem Sudan, ist einfach deshalb falsch, weil wir für den Sudan erneut 2 Millionen DM für humanitäre Hilfe vorgesehen haben.

(Zuruf von Reinemann [CDU].)

Wenn wir über Einzelprojekte diskutieren wollen, dann fragen Sie bitte schön, was denn das erste Land gewesen ist, das Kroatien sehr schnell geholfen hat,

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

dann fragen Sie, was das erste Land gewesen ist, das schon im Herbst dieses Jahres angefangen hat, zusätzlich zur Bereitstellung von Mitteln eine Anlaufstelle für vergewaltigte Frauen einzurichten.

(Reinemann [CDU]: Denken Sie bitte an unseren Antrag mit 3 Millionen DM! Den haben Sie abgelehnt!)

Das ist Niedersachsen gewesen. Sie haben mit Ihrer Art und Weise zu diskutieren den Konsens, den wir bisher im Ausschuß zu dieser Form von Politik gehabt haben, in einer Weise in Frage gestellt, die ich alles andere als glücklich empfinde.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich will abschließend noch etwas sagen, weil Sie China angesprochen haben. Wir haben die Auseinandersetzungen um die Hinterlassenschaften Ihrer Form internationaler Zusammenarbeit im Kabinett sehr lange und sehr ausführlich geführt und sind zu einem neuen Konzept gekommen, das Ihnen auch bekannt ist. Es wurde Ihnen im Ausschuß vorgestellt, und dort wurde von Ihnen nicht widersprochen. Ein zentraler Punkt in dem Zusammenhang ist gewesen, daß wir gesagt haben: keine staatliche Zusammenarbeit mit Regimen, die Menschenrechtsverletzungen befördern.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Trittin

Diesen Konsens haben Sie übrigens verschiedentlich eingefordert und mitgetragen. Wenn ich den jüngsten Bericht von amnesty international zur Menschenrechtssituation in China lese, in dem es heißt, daß die Menschenrechtssituation nicht nur nicht besser, sondern sogar schlechter geworden ist, weil Folter und Mißhandlungen gesteigert wurden, dann, so finde ich, steht die Regierung in ihrem sehr zurückhaltenden Verhalten zu Projekten in China sehr viel besser und solider da als der Bundesaußenminister, der glaubt, hier einen neuen Markt entdeckt zu haben.

(Beifall bei den Gründen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Wir können damit den Bereich Bundes- und Europapolitik verlassen, und wir wenden uns dem Justizressort und der Justizpolitik zu. Das Wort hat der Kollege Waike.

(Möllring [CDU]: Herr Waike, erzählen Sie uns doch etwas aus der Sitzung!)

Waike (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe das akustisch leider nicht verstanden, Herr Möllring.

Ich möchte gern mit einem Satz außerhalb der Tagesordnung beginnen, wie im Vorjahr auch schon. Dem von uns allen sehr geschätzten Kollegen Willi Döring möchte ich von dieser Stelle aus persönlich, aber auch im Namen meiner Fraktion für die freundlichen Weihnachtsgrüße danken, die wir auch in diesem Jahr von dir, lieber Willi Döring, erhalten haben.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

Ich möchte Sie im übrigen mit dem Justizhaushalt nicht allzu lange aufhalten, nicht nur wegen der vorgerückten Stunde — deswegen zwar auch —,

(Fischer [CDU]: Die Ministerin ist schon genug gebeutelt worden!)

sondern vor allem deshalb, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß dieser Haushalt auch in den vergangenen Jahren nicht gerade für helle Aufregung im Landtag gesorgt hat, was ich auch gut verstehen kann; denn ernsthafte Kritik konnte man weder im Vorjahr noch in diesem Jahr an diesem Einzelplan des Justizministeriums anbringen.

Der Justizhaushalt für 1993 steht im übrigen auf einem guten Fundament, das in diesem Bereich

eigentlich schon mit den Haushalten der vergangenen Jahre gelegt worden ist.

(Möllring [CDU]: Das ist meine Arbeit, Herr Waike! — Heiterkeit bei der CDU.)

— Ich sprach ausdrücklich von den vergangenen beiden Jahren, Herr Möllring. Aber wenn Sie Wert darauf legen, will ich Ihnen gern bestätigen, daß sicherlich nicht alles falsch gewesen ist, was Sie früher gemacht haben. Das will ich von dieser Stelle aus gern sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Der Justizhaushalt bringt erneut Entlastungen für die Justiz in den Bereichen, in denen sie bekanntlich in besonders gravierender Weise belastet ist, nicht zuletzt auch durch die Ereignisse der letzten Jahre. Ich will beispielhaft nur nennen die Justizaufbauhilfe für Sachsen-Anhalt, die wachsende und, wie alle wissen, demnächst noch schneller anwachsende Zahl von Asylverfahren, die Gewaltkrawalle rechter Schlägerbanden, mit denen wir es zu tun haben, die neuen Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz und nicht zuletzt allerdings auch die Aufarbeitung der Altlasten, insbesondere z. B. beim Finanzgericht.

Nachdem in den Haushaltsjahren 1991 und 1992 Anwärterstellen im Justizvollzug, zahlreiche zusätzliche Rechtspflegerstellen, eine weitere Kammer in der Sozialgerichtsbarkeit, vier zusätzliche Asylkammern, ein Senat bei den Verwaltungsgerichten, 300 zusätzliche Referendarstellen usw. usw. die erheblichen Lücken geschlossen haben, die, wenn auch nicht nur, wie ich einräume, entscheidend durch die Sparbeschlüsse der früheren Landesregierung produziert worden sind, setzt der Justizhaushalt 1993 konsequent die neue Linie fort.

(Zuruf von Fischer [CDU].)

— Das will ich gerne ausdrücklich bestätigen, Herr Fischer.

Nach 13 Stellen im vergangenen Jahr sind zur Umsetzung des Betreuungsgesetzes im Jahre 1993 weitere 30 Stellen vorgesehen. Das sind Stellen, von denen ich annehme, daß sie unumstritten sind und daß sie notwendig sind, was — jedenfalls nach meinem Kenntnisstand — auch von der CDU nicht in Frage gestellt wird. Herr Möllring, ich freue mich, daß das so ist.

Ich bitte Sie in dem Zusammenhang allerdings auch, daß Sie dann, wenn, wie gestern und wohl heute auch einige Male geschehen, bei Gelegenheit wieder die Zunahme von Stellen gebrandmarkt werden sollte, fairerweise auch sagen, daß

auch Sie in weiten Bereichen die Notwendigkeit von Stellenausweitungen für unbestritten halten.

Mit Rücksicht auf die Finanzlage, vor allem aber auch mit Rücksicht auf die erkennbare Finanzentwicklung der nächsten Jahre, insbesondere spätestens ab 1995, will ich aber auch ganz klar folgendes sagen: Für uns steht fest, daß den wachsenden Anforderungen der Justiz, die es sicherlich auch noch in den nächsten Jahren geben wird, nicht mehr ohne weiteres mit zusätzlichem Personal begegnet werden kann. Von daher ist es für uns wichtig und beinahe unabdingbar, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Justiz so effizient und kostengünstig wie möglich zu gestalten. Dabei ist uns allerdings auch klar, daß dies nicht auf Kosten der Rechtsuchenden gehen darf und auch nicht gehen soll.

Lassen Sie mich eine Anmerkung — das ist dann auch schon die vorletzte — zur Situation beim Niedersächsischen Finanzgericht machen. Ich sage wohl nichts Neues, wenn ich noch einmal in Erinnerung rufe, daß sich dort bekanntlich ganze Aktenberge aufgetürmt haben. Ich glaube, es sind mehr als 15 000 Verfahren, die noch aufgearbeitet werden müssen. Wir haben durchaus mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß auch die CDU dies beklagt. Dies ist ja auch ein beklagenswerter Zustand.

Wir hätten es allerdings für überzeugender gehalten — weil es dieses Problem ja nicht erst seit zwei Jahren gibt —, wenn es auch früher vielleicht nicht nur beklagt worden wäre, sondern wenn Schritte unternommen worden wären, hier für Abhilfe zu sorgen.

(Möllring [CDU]: Herr Waike, wir haben doch jedes Jahr beim Finanzgericht einen neuen Senat gebildet! Mehr können Sie auch nicht tun! Gucken Sie doch einmal in die letzten Haushalte hinein!)

Ich bin froh, daß dies jetzt geschieht und daß es in diesem Bereich weitere sieben neue Stellen geben wird. Im Strafvollzug, auch das ist klar — ich habe das Mikrophon, Herr Möllring; deswegen bin ich Ihnen an der Stelle jetzt überlegen —, gibt es nach wie vor eine hohe Belastung, insbesondere im Bereich der Untersuchungshaft. Daneben hat sich die Zahl der Abschiebehäftlinge seit 1991 verdoppelt. Sie wird — das muß man wohl erwarten — auch weiter ansteigen. Insoweit sind wir dankbar dafür, daß die Justizministerin für diesen Problembereich ein schlüssiges Konzept vorgelegt hat und daß für die Umsetzung dieses Konzeptes im Haushalt 1993 die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Letzte Anmerkung: Eine gravierende Altlast ist der Zustand der JVA-Gebäude in Niedersachsen. Etwa die Hälfte von ihnen stammt aus dem vergangenen Jahrhundert oder ist noch älter und steht im übrigen unter Denkmalschutz. Dringend sanierungsbedürftig sind die Anstalten in Oldenburg, Stade und Göttingen. Mit dem Haushalt 1993 wird ein erster Schritt zur dringend notwendigen Sanierung dieser Gefängnisse eingeleitet. Im Einzelplan 20 sind 10 Millionen DM zum Beispiel für die Sanierung des Roten Hauses der JVA in Wolfenbüttel ausgebracht. Damit werden zusätzlich Kapazitäten bereitgestellt, die eine umfassende Sanierung der vorgenannten Gefängnisse erlauben, die in den Folgejahren in Angriff genommen werden soll.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Waike, das Handzeichen des Kollegen Möllring bedeutet, daß er Ihnen eine Frage stellen möchte.

Waike (SPD):

Herr Präsident, ich würde das gern erlauben. Aber das ginge zu Lasten meiner Kollegin Frau Tewes-Heiseke, und der habe ich versprochen, daß ich noch kürzer sein wollte, als ich jetzt schon gewesen bin. Herr Möllring, ich bitte um Verständnis.

(Möllring [CDU]: Dann sagen Sie doch wenigstens die Wahrheit!)

Wir sind davon überzeugt, daß im übrigen auch die Öffentlichkeit Verständnis dafür hat, daß es für Neubauten im Gefängnisbereich derzeit kein Geld geben kann. Die Sanierung allerdings ist unumgänglich, damit nicht nur die vom Strafvollzugsgesetz geforderte humane Unterbringung der Gefangenen, sondern auch die Sicherheit in der JVA erhöht werden kann.

Insgesamt, meine Damen und Herren, stimmt meine Fraktion dem Justizhaushalt zu.

(Beifall bei der SPD. — Möllring [CDU]: Nur dem Justizhaushalt, oder den anderen auch?)

— Zu dem habe ich gerade gesprochen, ja.

Vizepräsident Jahn:

Vielen Dank. — Ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen zur Justizpolitik nicht vorliegen, bis auf Frau Ministerin Alm-Merk, oder auch nicht? — Gut. Meine Damen und Herren, damit kön-

Vizepräsident Jahn

nen wir den Bereich der Justizpolitik sehr schnell verlassen.

(Oh! bei der SPD.)

Wir kommen zum Bereich der Landwirtschaftspolitik. Das Wort hat der Kollege Ronsöhr.

Ronsöhr (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Auditor [SPD]: Sprechen Sie jetzt zur JVA?)

Herr Aller

(Adam [SPD]: Guter Mann!)

hat gestern noch einmal unseren Antrag zum sozio-strukturellen Einkommensausgleich aufgegriffen, insbesondere unseren Deckungsvorschlag.

(Aller [SPD]: Genau!)

Herr Aller, ich möchte hier noch einmal eine Aussage wiederholen, die während der Haushaltsberatungen im Oktober dieses Jahres gemacht worden ist. Da wurde uns erklärt, daß dieser Ausgleich in der mittelfristigen Finanzplanung als Finanzrisiko für den Landeshaushalt eingeplant worden sei. Deshalb sollten wir, die Ausschußmitglieder, aus dem Landwirtschaftshaushalt für die Landwirte mitnehmen, daß das Land es nicht zulassen wird, daß die Landwirte auf Ausgleichszahlungen verzichten müssen. Das war eine Erklärung des Landwirtschaftsministers vom 18. Oktober dieses Jahres.

(Zurufe von der CDU: Wo ist der eigentlich?)

— Wir reden hier weiter; darauf nehmen wir doch keine Rücksicht. Wenn der Landwirtschaftsminister kein Interesse an der Agrarpolitik und an der agrarpolitischen Auseinandersetzung hat, ist das sein Thema, aber nicht unseres.

(Beifall bei der CDU.)

Nun müssen die Landwirte in diesem Lande verzichten,

(Aller [SPD]: Herr Ronsöhr, der ist weggeblieben, weil er dachte, daß Herr Möllring jetzt reden würde!)

und wir werden kritisiert, daß wir das umsetzen wollten, was Herr Funke damals versprochen hat.

Der jetzige Haushalt weist für den Agrarbereich für 1993 ein Minus von 28 % aus. Diese hohe Prozentzahl täuscht; das geben auch wir als Oppositionsfraktion zu. Dennoch kommt dieses Mi-

nus zum Teil auch durch den Wegfall jeglicher Mitfinanzierung beim sozio-strukturellen Ausgleich zustande. Der Minister hat in den Haushaltsberatungen verdeutlicht,

(Zuruf: Er kommt gerade!)

daß wir die 88 Millionen DM aus dieser Ausgleichsfinanzierung nicht für andere Bereiche der Agrarpolitik — ganz oder vielleicht nur teilweise — einsetzen können, weil noch nicht abzusehen sei, welche Mittel für den sozio-strukturellen Ausgleich benötigt werden. Wir haben Verständnis für diese Position. Wir werden Herrn Funke allerdings an seiner eigenen Forderung messen, nämlich daran, inwieweit Mittel von diesen 88 Millionen DM im Laufe des nächsten Jahres noch im Agrarhaushalt gebunden werden können. Sollten diese 88 Millionen DM allerdings nicht mehr in irgendeiner Weise in den Agrarhaushalt eingestellt werden, wäre das Landwirtschaftsministerium in diesem Jahr nach meiner Auffassung der eindeutige Verlierer bei den Haushaltsberatungen.

Meine Damen und Herren, so bedauern wir sehr, daß der Bau von Güllebehältern mehr oder weniger nur noch in Wasserschutzgebieten bezuschußt wird. Für uns bleibt allerdings wenigstens die Hoffnung, daß der Abfluß dieser Mittel für das Haushaltsjahr 1993 nicht so spät erfolgt, wie das in diesem Jahr der Fall war. Außerdem sind die Bedingungen, unter denen die Vergabe dieser Mittel erfolgt, für uns nicht akzeptabel gewesen. Wir haben schon häufiger auf die in sich nicht schlüssige Förderpolitik des Landes hingewiesen.

Auch die Mittelbereitstellung für das Ackerrandstreifenprogramm ist zu kritisieren. Erst haben die Landwirte Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen und Vorleistungen erbracht, und nun stellt sich heraus, daß die Finanzierung dieser Bewirtschaftungsverträge nicht gesichert ist. Viele Landwirte haben sich aber auf die politischen Aussagen zu diesem Programm verlassen und sind den Aufforderungen gefolgt, sich an diesem Programm zu beteiligen. Nun steht man häufig — vielleicht hat sich das Land inzwischen aber korrigiert — mit leeren Händen da. Für uns wäre es besser gewesen, anstatt die Mittel für das Bio-Milch-Programm aufzustocken, die Mittel aus diesem Programm für das Ackerrandstreifenprogramm oder für das Grünlandextensivierungsprogramm einzusetzen, zumal bei der Grünlandextensivierung auch die Möglichkeit der Mitfinanzierung durch die EG bestünde.

Außerdem ist zu bedauern, daß bisher offensichtlich keine Möglichkeit bestand, die Programme

im Marketingbereich so umzusetzen, daß alle Mittel, die der Landtag dafür eingesetzt hat, für eine Verbesserung der Vermarktung niedersächsischer Agrarprodukte verwendet werden. Das hat auch die SPD-Fraktion während der Haushaltsberatungen im Ausschuß kritisiert. Dies läßt hoffen, daß hier die notwendige Verbesserung erfolgt. Notwendig ist diese Verbesserung auch deshalb, weil wir am Vorabend eines europäischen Binnenmarktes stehen.

(Zuruf von der SPD: Am Morgen!)

— Meinetwegen auch am Morgen. — Wir begrüßen ausdrücklich, daß die entsprechenden Konsequenzen aus der SCS-Studie gezogen werden und die Lebensmittelüberwachung auf die zukünftigen Herausforderungen hin umstrukturiert wird. Die jetzt für diesen Bereich ausgebrachten Stellen reichen noch nicht aus, um das Netz der Lebensmittelüberwachung engmaschig genug zu gestalten. Ich möchte allerdings ausdrücklich anerkennen, daß die weitere Ausweisung von Stellen in diesem Bereich finanzpolitisch sehr schwierig umzusetzen ist.

Bei den nachwachsenden Rohstoffen ist im Gegensatz zur Atomenergie der Einstieg in den Aufstieg mehr oder weniger gelungen. Nunmehr wird nur noch ein Drittel der Mittel, die wir in der mittelfristigen Finanzplanung für das Land vorgesehen hatten, eingestellt.

(Bontjer [SPD]: Das waren vergeudete Mittel!)

— Das ist Ihre Auffassung. Wir haben dazu eine andere Meinung. — Unverständlich bleibt für uns, daß man bei der Waldkalkung und bei der Waldneubegründung die Mittel gekürzt hat. Wenn man die Waldneubegründung in verschiedenen Regionen Niedersachsens verlangsamt durchführt, so hat das zur Folge, daß dort eine immer stärker werdende Vergrasung auftritt und die Waldneubegründung, dann zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt, erheblich erschwert wird. So bleibt man auch in der Forstpolitik hinter den Ankündigungen z. B. in der Regierungserklärung, die hier abgegeben worden ist, zurück. Aber dies sind keine Einzelfälle, sondern das ist leider zu einem festen Bestandteil der rot-grünen Politik dieser Landesregierung geworden.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Jetzt hat Frau Tewes-Heiseke das Wort. — Zu Ihrer Information, Frau Kollegin: Die SPD hat noch knapp 22 Minuten Redezeit. Aber es gibt noch einen Haushalt, den Umwelthaushalt.

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rohsöhr, Ihren letzten Satz habe ich nicht verstanden. Ich hatte gerade einen Bleistift gezückt und wollte alle Ihre Kritikpunkte aufschreiben, um dazu Stellung nehmen zu können. Dann habe ich aber festgestellt, daß Sie mit der Politik des Landwirtschaftsministers eigentlich sehr zufrieden sind. Lediglich in Ihren Ausführungen zu den neuen Programmen haben Sie ein paar Änderungswünsche angemeldet. Diese Wünschen werden sicher mit Ihnen besprochen werden, und unter Umständen wird es auch Veränderungen geben. Somit paßt der letzte Satz, daß wir oder der Landwirtschaftsminister etwas versprochen hätten und nicht halten würden, überhaupt nicht.

Ich will einmal versuchen, diesen Haushalt aus der Sicht der SPD-Fraktion zu bewerten. Dabei komme ich gleich dazu zu sagen, daß die Grenzen der Agrarpolitik eines Bundeslandes täglich deutlicher werden. Jeder kann nachvollziehen, daß EG und Bund das Orchester bestellen, aber die Musik ist leider schlecht. Für die niedersächsische Landwirtschaft hat das verheerende Folgen. Jeder kämpft allein, er kämpft ums Überleben. Die Bauern fühlen sich zu recht isoliert. Ihre traditionelle Aufgabe, die Produktion von Nahrungsmitteln, verliert, so meint man, an Bedeutung. Immer mehr Landwirte erhalten ihr Einkommen direkt vom Staat, sei es als Ausgleichszahlung für geringe Erträge als Folge der EG-Verbindungen, sei es in Form von Prämien für Flächenstilllegungen.

Herr Minister Funke, ich fand, daß Sie die Situation schrecklich, weil ehrlich und doch treffend beschrieben und geschildert haben — ich zitiere —:

„Unsere Landwirte werden von selbstbewußten Bauern zu subventionsabhängigen Schreibwirten, die nur noch damit beschäftigt sind, Anträge auszufüllen.“

Ich füge hinzu: Und sie werden gezwungen, zum Teil weiter gegen die Bedürfnisse der Gesellschaft zu produzieren, weil die ökonomische Situation sie z. B. auch zu Umweltsünden zwingt.

So darf es nicht weitergehen, meine Damen und Herren. Aus diesem Grunde hat sich die rot-grüne Koalition vor einem Jahr und sechs Monaten vorgenommen, neue Wege in der Agrarpolitik zu beschreiten. Es scheint dafür auch parteiübergreifend einen Grundkonsens zu geben — jetzt spreche ich Sie an, liebe Kollegen aus der CDU; Frauen sind zur Zeit nicht anwesend —, und das finde

Frau Tewes-Heiseke

ich in der Sache sehr gut. Ich zähle einige Schwerpunkte auf.

Erstens. Inzwischen liegt ein Vorschlag zur Abgrenzung der bäuerlichen Betriebe vor. Das Parlament wird sich mit dieser Bundesratsinitiative bald befassen.

Zweitens. In meiner Haushaltsrede vom vergangenen Jahr habe ich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich die Bemühungen des Ministers für eine stärkere Förderung der Extensivierung auf ganzer Fläche und die Einrichtung eines N-Pilotprojektes zur Reduzierung von N-Düngung gutgeheißen.

Drittens. Es gibt einen verstärkten Nachfragebedarf nach alternativ erzeugten Produkten. Die Landesregierung fördert das, und das ist gut.

Viertens. Ganz sicher steht die Gülleproblematik obenan. Wir begrüßen es, daß wieder 5 Millionen DM, und zwar aus den Mitteln des MU, für die Schaffung von Güllebehältern in Betrieben, die natürlich dort liegen, wo es am gefährlichsten ist, Herr Ronsöhr, nämlich in Wasserschutzgebieten, zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso wichtig ist die Anschubfinanzierung zur emissionsmindernden Ausbringung von Gülle.

(Wolter [CDU]: Aus dem Wasserpfennig!)

— Ja, natürlich aus dem Wasserpfennig!

Meine Damen und Herren, das Volumen des Einzelplans 09 hat — das hat Herr Ronsöhr messerscharf festgestellt — gravierende Veränderungen gegenüber dem Haushalt 1992 zu verzeichnen. Das ist nicht nur akzeptabel, weil die Zahl der Bauern sinkt — das sagte Herr Küpker im Haushaltsausschuß —, sondern das hat andere Gründe. Der sozio-strukturelle Einkommensausgleich ist im Etat 1993 nicht mehr veranschlagt. Am Mittwoch haben wir gegen die Stimmen der CDU — ich weiß gar nicht, wie Sie das Ihren Landwirten verkaufen wollen — den Zweiten Nachtrag 1992 und die Bereitstellung von 85 Millionen DM beschlossen.

(Eveslage [CDU]: Weil die SPD abgelehnt hat, mehr bereitzustellen!)

Wissen Sie, was Quatsch in der Debatte war? Das war Ihr Antrag, aus der Rücklage, die Sie sonst nicht antasten wollen und uns vorwerfen, wir würden die Rücklage verfrühstücken, noch einmal 60 Millionen DM herauszunehmen. Nicht einmal die FDP hat mitgemacht, weil sie gesagt hat, dieser Antrag sei zu vordergründig.

(Zuruf von Ronsöhr [CDU].)

— Ach, Herr Ronsöhr. Nun schreien Sie doch nicht; es kommt hier ganz dünn an. — Deswegen hat sich die SPD-Fraktion auch unheimlich gefreut und dankt noch einmal dem Ministerpräsidenten Schröder, daß er sein Versprechen, das er gegeben hat, eingelöst hat. Er hat die Landwirte nicht im Regen stehenlassen. Er hat gekämpft. Dann hat der Bund ihn im Regen stehenlassen, und er hat mit Landesmitteln dieses Geld bereitgestellt, und zwar noch im Haushalt 1992, und das ist gut so.

(Eveslage [CDU]: Aber zu wenig!)

Meine Damen und Herren, ebenso schlägt das Auslaufen der Strukturhilfe bei dem Minus des Agraretats durch. Auch in diesem Fall hat uns der Bund wieder im Regen stehenlassen. Wegen der genannten Kürzungen schließt der Einzelplan mit einem Minus ab.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

— Oh, nun wollen Sie auch noch etwas von Landwirtschaft verstehen! Lassen Sie es bitte sein!

(Schirmbeck [CDU]: Frau Kollegin!)

Das ist ein Minus von rund 45 % in den Einnahmen und rund 36 % in den Ausgaben. Dennoch sind erhebliche Verbesserungen vorgenommen worden. Bei der Agrarstrukturverwaltung wird eine Akzentverschiebung weg von der klassischen Flurbereinigung sichtbar, und auch das ist politisch gewünscht.

Neben dem Dorferneuerungsprogramm, das aus der Gemeinschaftsaufgabe gefördert wird, tritt für die gestrichene Strukturhilfe das Landesprogramm Dorferneuerung mit 12 Millionen DM Barmitteln und einer Verpflichtungsermächtigung von 15 Millionen DM ein. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten dieses nicht gemacht, nachdem die Strukturhilfe ausfiel. Dann hätten wir in keinem Dorf dieses ganz wichtige Programm durchführen können.

Ein weiteres neues Handlungsfeld wird in der Umsetzung der Dümmersanierung deutlich. Dafür stehen 1993 15 Millionen DM und in den Folgejahren rund 50 Millionen DM aus ML, MU und GA-Mitteln zur Verfügung.

(Schirmbeck [CDU]: 90 % vom Bund!)

— Nein, das läuft extra. Sie kennen den Haushalt nicht!

(Schirmbeck [CDU]: Doch, ich kenne ihn!)

Auch das Grünlandschutzprogramm sowie das total überzeichnete Ackerrandprogramm — — —

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

— Warum ist das denn überzeichnet? Weil wir es bisher nicht hatten und weil endlich ein Bedarf entdeckt worden ist. Und am Anfang ist noch nicht einmal genug Geld vorhanden gewesen, weil man überhaupt nicht erwartet hatte — Sie hatten es gar nicht kapiert —, daß in dieser Ecke etwas Wichtiges gemacht wurde.

Ich wiederhole: Auch das Grünlandschutzprogramm sowie das total überzeichnete Ackerrandstreifenprogramm sind Schritte hin zum aktiven Grundwasserschutz. Letzteres wird fünf Jahre laufen und auf Antrag der SPD-Grünen-Koalition mit einem Betrag von 4 Millionen DM zu gleichen Jahresraten à 800 000 DM ausgestattet sein. Für das Grünlandschutzprogramm finden Sie in der Titelgruppe 74 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 13,1 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich, daß ich in der Rede zum Haushalt 1991 die Bitte der Fraktion geäußert habe, die Neuorganisation für die Chemischen Untersuchungsämter und die Veterinäruntersuchungsämter voranzutreiben. Freudig stelle ich heute fest, daß es der Landesregierung gelungen ist, eine umfassende Neuorganisation für unsere Untersuchungsämter vorzunehmen, die mit wenigen personellen Verbesserungen eine erhebliche Effektivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung erwarten läßt.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Durch eine Straffung der Ämterstruktur, eine stärkere Nutzung der Ergebnisse von Qualitätssicherungssystemen der Lebensmittelwirtschaft und durch die Einführung eines Kurierdienstes, um Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zum Schutz der Bevölkerung schneller prüfen zu können, sind die an die sogenannte SCS-Studie zu Beginn der Organisationsprüfung gestellten Erwartungen weit übertroffen worden.

Ich komme nun zum Tierschutzbereich. Auch dieser Bereich weist Verbesserungen auf. Für den Tierschutzbeirat, die institutionelle Förderung verschiedener Tierschutzverbände und ein Tierschutzsymposium zum Thema Tierversuche sind 50 000 DM einstimmig beschlossen worden.

Zum Schluß wende ich mich dem Einzelplan 10, dem Haushalt der Forstverwaltung, zu. Meine Redezeit ist in diesem Jahr leider zu knapp, um die äußerst angespannte Lage der Forstwirtschaft angesichts der verheerenden Waldschäden — schauen Sie bitte in den Waldschadensbericht — darstellen zu können. Wenn wir die Luftschadstoffe im Verkehrsbereich nicht sofort minimieren, dann können weder ökologische Waldbauprogramme — für die wir der Landesregierung und

der Forstverwaltung danken — noch die Förster oder andere das Waldsterben verhindern. Im Haushalt hat die SPD-Fraktion mit einem Antrag — es sollen Mittel in Höhe von 800 000 DM bereitgestellt werden — die Privatwaldbetreuung und -beratung durch die forstlichen Zusammenschlüsse verbessert.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion dankt dem Ministerium mit all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie bittet den Minister, noch etwas zu den Vorwürfen zu sagen, weil meine Redezeit nicht mehr ausreicht, und stimmt den Einzelplänen 09, 10 und 20 freudig zu. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Jürgens.

Jürgens (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation der Landwirtschaft in Niedersachsen ist während des letzten Tagungsabschnittes eingehend beraten worden. Die grundsätzlichen Ausführungen zur Agrarpolitik der Landesregierung möchte ich daher heute nicht noch einmal wiederholen.

Wie ernst die Lage ist, wurde uns durch die Demonstrationen der letzten Tage in Brüssel und Bonn eindrucksvoll vor Augen geführt. Zu Hunderttausenden haben Bauern gegen die GATT-Verhandlungen und gegen die Maastrichter Verträge protestiert.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund nur einige Anmerkungen zum Einzelplan 09 machen. Wir haben am Mittwoch den zweiten Nachtragshaushalt 1992 beschlossen, der die Aufstockung des sozio-strukturellen Einkommensausgleiches vorsieht.

(Zuruf von der SPD: Gute Sache!)

Frau Tewes, ich will aufgrund Ihrer Bemerkungen deutlich machen, daß 225 Millionen DM vom Bund und 85 Millionen DM vom Land kamen. Diese 85 Millionen DM machen genau die Summe aus, die die Landwirte für die Mehrwertsteuer in den letzten Jahren mehr bezahlt haben.

Für 1993 muß eine Anschlußregelung gefunden werden, für die im Haushalt zunächst lediglich ein Leertitel angesetzt ist. Da mit dem angekündigten Nachtragshaushalt 1993 zweifellos Einschnitte erforderlich werden, hoffe ich, daß den-

Jürgens

noch eine für die niedersächsische Landwirtschaft vertretbare Lösung dieser Frage zustande kommen wird, auch deshalb, damit keine plötzlichen Brüche bei der Einkommenssicherung entstehen. Mittelfristig muß dann aber auch darüber nachgedacht werden, wie diese Subvention, eingebettet in ein Gesamtkonzept, allmählich abgebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, ein anderer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Kürzung der Mittel für die Gülleverwertung und die einzelbetriebliche Güllelagerung. 5,6 Millionen DM werden hierzu im Agrarhaushalt gestrichen. 5 Millionen DM tauchen dann im Haushalt des Umweltministeriums für den gleichen Zweck wieder auf. Im Einzelplan 15 sind sie dann aber als Mittel aus dem Wasserpfennig deklariert. Im Klartext heißt das: Der Wasserpfennig wird entgegen der Ankündigung der Landesregierung tatsächlich zur Deckung allgemeiner Haushaltslöcher genutzt und nicht ausschließlich zur Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen des Gewässerschutzes.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich darin einig, daß die Verbesserung der Absatzförderung für die Einkommenssicherung der niedersächsischen Landwirte ausgesprochen wichtig ist. Es ist daher bedauerlich, daß im Haushaltsentwurf eine Kürzung der Zuschüsse in diesem Bereich deshalb erfolgen mußte, weil die Mittel offenbar nicht abfließen. Das liegt sicherlich nicht daran, daß kein Bedarf nach stärkeren Vermarktungsaktivitäten besteht — hieran muß also noch gearbeitet werden.

Ein weiterer nennenswerter Punkt sind die Verwaltungskostenzuschüsse an die Landwirtschaftskammern. Diese Position ist von 85 Millionen DM im Jahre 1991 auf fast 100 Millionen DM im Haushaltsentwurf des Jahres 1993 gestiegen. Ein weiterer ungebremster Anstieg dieser Kosten muß sicherlich vermieden werden. Das im Ausschuß angekündigte neue Finanzierungssystem muß deshalb bis zur Aufstellung des nächsten Haushaltes fertiggestellt und anwendungsbereit sein.

Lassen Sie mich abschließend noch einen positiven Punkt aufgreifen. Es ist zu begrüßen, daß im Bereich der Dorferneuerung zusätzliche Landesmittel bereitgestellt wurden,

(Beifall bei der SPD)

um den Wegfall der Strukturhilfe in diesem Bereich abzufedern. Für die Sicherung des ländlichen Raumes ist das eine dringende Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten, daß der agrarpolitische Handlungsspielraum des Landes relativ gering ist.

(Gruber [SPD]: Da hast du recht!)

Das entbindet die Landesregierung aber nicht von der Pflicht, eigene Vorstellungen darüber zu entwickeln und an geeigneter Stelle geltend zu machen, wie die Krise der Landwirtschaft in Niedersachsen bewältigt werden kann.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Tut sie aber!)

— Da reicht es eben nicht aus, liebe Frau Tewes, Herr Minister Funke, vermeintliche Schuldzuweisungen von sich zu weisen, wie es vor vier Wochen an dieser Stelle geschah, und mit dem Finger nach Bonn und Brüssel zu zeigen.

(Zustimmung von Eveslage [CDU] und Grill [CDU].)

Frau Tewes, Sie haben gesagt, daß Europa und Bonn das Orchester bestellt haben. Das mag stimmen.

(Gruber [SPD]: Wogegen haben denn die Bauern protestiert?)

Die machen auch die Musik. Ich meine aber, daß wir den Dirigenten nicht erschlagen dürfen, wenn wir europäische Musik hören wollen. Es reicht auch nicht, Herr Minister, vor Journalisten auszurufen: Hurra, wir leben noch!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist der Kollege von Hofe.

von Hofe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das hinter uns liegende Jahr war für die Landwirtschaft ein schwieriges Jahr. Die niedersächsische Landwirtschaft befindet sich in einer schwierigen Zeit. Die EG-Agrarreform vom Mai dieses Jahres hat gezeigt, wohin der Weg geht: 35 % Preissenkungen sind angepeilt.

Der Ausgleich, der von Mac Sharry versprochen wurde, steht in den Sternen. Nach spätestens fünf Jahren wird das, was heute versprochen wird, sozusagen Schnee von gestern sein. Die Satellitenüberwachung wurde beschlossen. Aus den Landwirten werden Schreibwirte, die in Zukunft mehr Bürokraten beschäftigen werden, als sie selbst noch in der Landwirtschaft tätig sein werden.

Die GATT-Beschlüsse vor einigen Wochen werden dazu führen, daß die landwirtschaftlichen

Erzeugerpreise noch weiter gesenkt werden. Sie werden den Weltmarktpreisen angeglichen, die gar keine richtigen Preise mehr, sondern nur noch Dumping-Preise sind. Wer hier z. B. die Milch für 25 Pfennig wie in Neuseeland produzieren will, kann sie hier nicht mehr produzieren, sondern der kann seine Milchviehhaltung einstellen. Es ist einfach nicht möglich, hier weltmarktmäßig zu diesen Dumpingpreisen zu produzieren.

Dann kommt noch Maastricht hinzu, was vor einer Woche im Bundestag beschlossen worden ist. Das bedeutet eine weitere Entmündigung dessen, was wir hier an Agrarpolitik machen können. Wir können hier zwar gute Ideen entwickeln — Herr Minister Funke hat das ja mit seiner Stickstoffquote entsprechend getan —, aber wir haben eben zu wenig Mitsprachemöglichkeiten in Bonn und Brüssel. Denn alle Programme, die hier beschlossen werden, müssen ja dort genehmigt, gegengezeichnet und notifiziert werden. All das erfordert, daß wir uns hier in diesem strengen Rahmen, wie er uns von oben vorgegeben wird, halten müssen. Die Beschlüsse, die in den letzten Monaten gefaßt worden sind, werden auch dazu führen, daß das Einkommen nicht mehr wie bislang zu einem Drittel, sondern zu zwei Dritteln vom Staat stammt. Das bedeutet noch mehr Abhängigkeit vom Staat und noch mehr Abhängigkeit von staatlichen Haushalten. Das ist die Lage der Landwirtschaft, in der wir uns heute befinden. Ein Gegensteuern gegen diesen Hauptstrom, wie er uns von oben vorgegeben wird, fällt wirklich sehr schwer.

Die Massentierhaltung in Cloppenburg/Vechta besteht weiterhin. Wir haben Probleme mit der Güllelagerung, bzw. bei vielen kleinen Betrieben bestehen zuwenig Lagermöglichkeiten. Das einzelbetriebliche Programm, das von der Landesregierung in Höhe von 5 Millionen DM zum Bau von Güllebehältern aufgelegt worden ist, reicht nicht aus, um entsprechende Lagerkapazitäten zu erreichen. Das müßte eigentlich noch viel mehr sein. Um den Grundwasserschutz entsprechend zu realisieren, ist es wichtig, hierfür mehr Geld bereitzustellen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß es nicht nur um die Güllelagerung geht, sondern auch um Festmistwirtschaft, die hier entsprechend mit gefördert wird. Die Festmistwirtschaft ist aus ökologischer Sicht wesentlich sinnvoller als die Güllewirtschaft.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis darauf, daß das Neulandprogramm als Alternative zur Massentierhaltung aus dem Landesetat gefördert wird.

Von Herrn Ronsöhr ist hier die Biomilcherfassungsbeihilfe und überhaupt der ökologische Landbau angesprochen worden. Es ist klar, daß es heute darum geht, dem ökologischen Landbau nicht nur bei der Umstellung, sondern auch bei der Vermarktung zu helfen. Denn in den letzten beiden Jahren hatten wir eine Verdoppelung der Fläche und auch eine Verdoppelung der Betriebe in Niedersachsen und auch bundesweit zu verzeichnen. Jetzt bestehen die zentralen Anforderungen darin, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, daß die Vermarktung entsprechend ausgebaut wird. Dabei ist die Biomilcherfassungsbeihilfe ein Instrument. Neu ist in diesem Haushalt aber auch die Förderung der Direktvermarktung durch ein Landesprogramm, das einen Einstieg darstellt, um gerade in diesem Bereich den Vermarktungsproblemen gegenzusteuern.

Herr Ronsöhr, Sie haben auch noch den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe angesprochen. Sie wissen ganz genau, daß die Landesregierung alles in ihren Kräften Stehende tut, um im Forschungs- und Entwicklungsbereich zu fördern. Es wird eine breite Palette von nachwachsenden Rohstoffen gefördert, von Flachs über Öllein bis hin zu Rapsöl und Rapsanbau. Zum Beispiel aus dem Rapsöl sollen entsprechende Schmierstoffe gemacht werden, um Sägekettenöle durch pflanzliche Öle zu ersetzen, die ökologisch abbaubar sind. Das ist eine sinnvolle Sache.

Das Problem bei den nachwachsenden Rohstoffen besteht, wie Sie wissen, in der Wirtschaftlichkeit, und zwar in fast allen Bereichen. In dem Moment, in dem die nachwachsenden Rohstoffe das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben verlassen und sich sozusagen am Markt behaupten müssen, läuft das ohne Subventionen und ohne Zuschüsse nicht. Ahausen-Eversen ist auf fünf Jahre angelegt gewesen. Dieser Versuch ist abgeschlossen worden. Der Bund hat hier in Übereinstimmung mit dem Land die entsprechenden Subventionszahlungen eingestellt. Das hat Land und Bund über 60 Millionen DM gekostet. Der Versuch ist nach einer entsprechenden Bewertung in der Gesamtbilanz negativ ausgefallen. Wir haben hier entsprechende Konsequenzen gezogen.

Wie gesagt, nachwachsende Rohstoffe werden in Niedersachsen in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben breit gefördert, wenn sie einer positiven ökologischen Gesamtbilanz entsprechen.

Insgesamt gesehen ist es schwierig, mit den wenigen agrarpolitischen Spielräumen, die wir haben — Herr Jürgens, Sie haben das gesagt —, hier entsprechende Perspektiven für die niedersächsische Landwirtschaft zu entwickeln. Ich habe vor-

von Hofe

hin schon gesagt, daß die Stickstoffquote als Idee von Minister Funke in den Agrarministerrat eingebracht worden ist. Sie hat dort leider noch nicht die entsprechende Mehrheit gefunden. Es ist aber eine richtige Herangehensweise, um die Betriebe hier in Niedersachsen in ihrer Existenz zu sichern und eine umweltverträgliche Landwirtschaft zu sichern.

Rot-grüne Agrarpolitik ist sozusagen ein Schwimmen gegen den Strom, was von oben, von der EG, aus Bonn und vom Weltmarkt her kommt. Ich meine, wir haben dem mit den Einzelplänen 09 und 10 des Haushalts 1993 ein gutes Stück entgegengehalten. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Zum Forstbereich wollte sich nun Dr. Hruska äußern.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem die Lachse und die Forellen der rot-grünen Koalition ein Stück gegen den Strom geschwommen sind

(Gruber [SPD]: Das ist die Forellenkoalition!)

— ja, ja, sicher —, gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum Forsthaushalt. Ich möchte drei Bereiche ansprechen, zu denen wir auch Anträge gestellt haben. Heute ist immer wieder gefragt worden: Was redet ihr da, wenn ihr dazu nicht auch Anträge stellt? — Wir haben zu diesem Komplex Anträge gestellt. Erstens geht es um die Standortkartierung. Wir bitten Sie, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, unserem Antrag zu folgen. Ich möchte ihn auch gleich noch begründen. Zweitens geht es um die Betreuung des Privatwaldes. Drittens möchte ich noch etwas zu den mobilen Schutzhütten sagen.

Zunächst einmal zur Standortkartierung. Als es die Standortkartierung hier im Land noch gar nicht gab, hat die FDP versucht, diese in Gang zu bringen. Das ist nun aber schon mehr als zwölf Jahre her. Inzwischen ist das gut angelaufen.

(Beifall bei der FDP.)

Zunächst einmal mußten die Schäden, die durch Waldbrände und Stürme entstanden sind, berücksichtigt werden, damit bei der Neueinrichtung die Standortkartierung dafür vorlag. Das

war richtig. Inzwischen sind die Bemühungen weiter vorangeschritten. Wir wären mit diesem Ansatz in der Langfristplanung, Herr von Hofe, auch zufrieden, wenn jetzt nicht neue Anforderungen an die Standortkartierung gestellt würden. Im Zusammenhang mit der Flächenstilllegung wäre es durchaus wünschenswert, wenn wir nicht nur dem Chinagrass, sondern auch dem nachwachsenden Rohstoff Holz auf unseren heimischen Flächen eine Chance geben würden.

(Beifall bei der FDP.)

Um das auf Flächen, die über Generationen hinweg landwirtschaftlich genutzt worden sind, auch vernünftig machen zu können, brauchen wir vorab eine Standortkartierung. Der Landwirt, der diese Umnutzung vornehmen will, braucht einen Nachweis über die Bodenwerte, damit bodengerecht Neubegründet werden kann. Das darf aber nicht zu Lasten der normal geplanten Standortkartierung geschehen. Deshalb bitte ich sehr darum, daß wir für diese zusätzliche Standortkartierung zusätzlich 500 000 DM in den Haushalt einstellen.

(Beifall bei der FDP.)

Der Ausschuß hat auch die Notwendigkeit der Betreuung des Privatwaldes gesehen. Wir beziehen uns in unserem Antrag auf die ursprüngliche Regierungsvorlage und fordern 800 000 DM mehr.

Nun noch zu unserem letzten Antrag. In ihm geht es um die mobilen Schutzhütten für Waldarbeiter. Verzeihen Sie mir bitte, wenn ich hier noch „Waldarbeiter“ sage. Die Forstwirte mögen mir das nicht übelnehmen. Ich bezeichne die Landwirte ganz gern auch noch als „Bauern“; denn das ist für mich ein Ehrentitel.

(Beifall bei der FDP.)

So ist das auch bei den Waldarbeitern. Es fällt mir immer schwer, sie „Forstwirte“ zu nennen. Für mich ist aber sehr viel wichtiger, daß sie für ihre schwere Arbeit im Wald eine vernünftig ausgestattete Schutzhütte haben.

Vizepräsident Jahn:

Herr Dr. Hruska, Frau Tewes-Heiseke möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Hruska (FDP):

Ja, gern.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Wenn Sie mit den Schutzhütten fertig sind!)

— Wenn ich mit den Schutzhütten fertig bin? — Ja, gern. Ich muß dazu aber noch einiges sagen. — In den niedersächsischen Forsten gibt es inzwischen mobile Schutzhütten. Einige sind neu und gut ausgerüstet, einige aber sind noch älter und befinden sich nicht auf dem für unsere Waldarbeiter erforderlichen Standard. Diejenigen Hütten, die von der Substanz her noch nachrüstbar sind, müssen nachgerüstet werden. Wir brauchen aber auch neue mobile Schutzhütten. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei auch hier: Zeigen Sie Ihr soziales Herz für die Waldarbeiter, und stimmen Sie unserem Antrag, diesen Ansatz um 150 000 DM zu erhöhen, zu, damit diese Umrüstung schneller vorgenommen werden kann als bisher geplant.

(Beifall bei der FDP.)

Nun bin ich eigentlich am Ende, so daß der Begriff „Zwischenfrage“ nicht mehr der richtige wäre. Aber Frau Tewes, Ihnen zuliebe werde ich hinterher vielleicht noch einige Worte sagen. Dann ist es doch noch eine Zwischenfrage. Sie dürfen sie stellen.

Vizepräsident Jahn:

Wenn ich das genehmige, was ich auch tun will.

Dr. Hruska (FDP):

Ich wollte nur sagen, daß ich einverstanden bin, Herr Präsident.

Vizepräsident Jahn:

Ich wollte folgendes sagen: Sicherlich freuen sich jetzt viele darüber, daß die Teilnehmerzahl und das Interesse an der Debatte zunehmen. Wenn sich das auch noch im Zuhören und weniger im Diskutieren mit dem Nachbarn niederschlagen würde, dann wäre Ihnen das Präsidium außerordentlich dankbar. — Bitte, Frau Tewes-Heiseke!

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Herr Hruska, Sie haben für Ihre Anträge versucht,

(Möllring [CDU]: Dr. Hruska, soviel Zeit muß sein!)

eine Deckung zu finden. Diese Deckung haben Sie bei den Holzverkäufern gefunden.

(Dr. Hruska [FDP]: Nicht bei den Verkäufern, sondern bei den Verkäufen!)

— Bei den Holzverkäufen. Wären Sie bereit, die Deckung aus dem Einzelplan 16, also dem Einzelplan des Frauenministeriums, herauszunehmen und in den Einzelplan, wohin sie gehört, zu tun?

Dr. Hruska (FDP):

Frau Tewes-Heiseke, manchmal werden Nullen mit Sechs verwechselt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das ist in diesem Fall auch so.

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Damit können wir den Bereich Landwirtschaft verlassen und uns dem Bereich Umwelt zuwenden. Das Wort hat der Abgeordnete Grill.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine Bemerkung zu dem machen, was Frau Tewes zur Agrarpolitik gesagt hat. Frau Tewes, Ihre Kritik an Bonn und an Europa wäre dann glaubwürdig, wenn sowohl im Europäischen Parlament als auch im Deutschen Bundestag eine Alternative der sozialistischen Fraktionen bzw. der Sozialdemokraten vorläge, die das umsetzt, was Sie an Kritik in Niedersachsen vortragen. Sie wissen genauso gut wie ich, daß die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag einen Antrag zu GATT und zur europäischen Agrarpolitik eingebracht haben, der noch viel weiter geht als das, was Sie hier und heute an der Bundespolitik und der Europapolitik kritisiert haben.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Dadurch wird deutlich, daß Sie sich mit einer Neinposition zu Europa zufriedengeben, weil Sie darauf setzen, daß die meisten nicht merken, wie Sie die Fragen lösen würden. Ich meine, daß das eine billige Art des Ausweichens vor dem eigentlichen Problem ist.

Lassen Sie mich nun zur Umweltpolitik kommen, meine Damen und Herren. Wie auch in den beiden letzten Jahren müssen wir zunächst festhalten, daß der Finanzrahmen, der für die Umweltpolitik zur Verfügung steht, deutlich macht, daß der Stellenwert der Umweltpolitik bei dieser Landesregierung nicht gestiegen ist. Frau Griefahn, Sie sind nach wie vor auch nicht annähernd an die Einlösung Ihrer persönlichen Zusage eines Anteils von 5 % am Gesamthaushalt gekommen. In der

Grill

Mipla wird deutlich, daß der Anteil Ihres Einzelplans am Gesamthaushalt sinken und nicht steigen wird. Am Schluß, wenn man die Ziel-5-b-Mittel, nämlich die europäischen Mittel, die keine Landesmittel sind, aus dem Einzelplan herausrechnet, haben Sie sogar noch weniger, als Ihnen Werner Remmers als Anteil am Gesamthaushalt übergeben hat.

Dies ist vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß sich die Strukturen des Haushalts erheblich verändert haben. Die 150 Millionen DM freie Landesmittel, die durch die gebundenen Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt und der Abfallabgabe ersetzt worden sind, stellen nicht nur Risiken dar, die Sie auf der Einnahmenseite mehr als bisher produzieren — wenn unsere Informationen richtig sind, dann unterliegt der Gesamtkomplex Wasserentnahmeentgelt und Abfallabgabe einem Risiko auf der Einnahmenseite von 40 bis 50 Millionen DM —, sondern sie engen auch die Möglichkeiten für eine Gestaltung erheblich ein, weil Wasserentnahmeentgelt und Abfallabgabe nur in begrenzten, selektiven Bereichen einsetzbar sind. Das heißt, die Umweltpolitik wird vom Finanzrahmen her noch unbeweglicher. Das kann nicht gut sein.

Dann haben wir beim Wasserpfeffing noch die groteske Situation, daß die Stellen vom Finanzminister erst bewilligt werden, wenn das Geld da ist, daß Sie die Stellen aber brauchen, um das Geld einzuwerben. Ich weiß nicht, wie dieses Rätsel aufgelöst werden soll.

Es wird auch deutlich werden, jedenfalls nach dem, was uns in den Beratungen vorgetragen worden ist, daß in vielen Fällen, so etwa beim Niedersächsischen Landesamt für Ökologie, an die Stelle konkreten Handelns zunächst Gutachten und andere Dinge treten werden. Gutachten sind aber kein Ersatz für Handeln.

(Schirmbeck [CDU]: Runder Tisch!)

Was die Frage des Personalhaushalts — der Strukturen und der Entwicklung — in Ihrem Bereich angeht, ist es schon aberwitzig, wenn Sie auf der einen Seite sagen, das Niedersächsische Landesamt für Ökologie sei hervorragend gegründet, geplant und könne so umgesetzt werden, und dann auf der anderen Seite anschließend im Finanzausschuß mitteilen, daß Sie für 700 000 DM ein Verwaltungsgutachten zur Gestaltung des Landesamtes für Ökologie erstellen lassen wollen.

Hinzu kommt — dieses belastet zunehmend auch das Klima im Ausschuß —, daß Sie eine Politik der verschlossenen Türen betreiben.

(Kempmann [Grüne]: Was?!)

Sie sind diejenigen, die unter sich stunden-, wochen-, monate- und gar jahrelang, wie etwa beim Naturschutz geschehen, Ihre Beratungen und Ihre inneren Kämpfe austragen und dann innerhalb weniger Stunden und Minuten im Ausschuß versuchen, die Beratungen über den Tisch zu ziehen nach dem Motto, die Opposition und damit das Parlament mögen sich gefälligst an den Veranstaltungen des Ministeriums beteiligen, dann brauchte man im Ausschuß nicht mehr zu diskutieren. Sie versuchen, das Parlament zu unterlaufen. Sie diskutieren die Probleme zunächst unter sich und sind dann ärgerlich, wenn jemand versucht, sich auch noch in diese Debatte einzubringen, was auf eine zunehmende Ablehnung stößt, Argumente von der anderen Seite aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie verweigern sich den Anhörungen zur Energiepolitik, zur Müllverbrennung und zu vielen anderen Dingen, die wir im Rahmen einer guten Praxis in das Parlament einbringen. Ich meine, daß wir in Zukunft wirklich anders miteinander umgehen sollten.

Im Rahmen der Suche nach den Glanzlichtern dieses Haushalts, nach den Glanzlichtern der Umweltpolitik in Niedersachsen, bin ich auf dem Deutschen Umweltag in Frankfurt gewesen. Frau Griefahn, es war sehr interessant, dort den Stand der Niedersächsischen Landesregierung zu sehen. Sie hatten zwei Projekte vorgestellt. Das eine war die Expo in Hannover, und das andere waren die Rüstungsaltslasten. Ich bin Ihnen wirklich sehr dankbar dafür, daß das einzige, was Sie an Highlights für den Deutschen Umweltag, an Highlights für die nationale Frage der Umweltpolitik vortragen konnten, nicht etwa ein eigenes Projekt aus Ihrer Zeit gewesen ist, sondern die von Werner Remmers federführend und im Vergleich zu allen anderen Bundesländern erstmals in Gang gesetzte Bestandsaufnahme zu Rüstungsaltslasten.

(Beifall bei der CDU.)

Dieses koppelt sich mit einer Reihe von Fehlmeldungen im Wasserbereich, im Abfallbereich, im Naturschutz. Auf all diesen Gebieten sind Sie bisher nicht an den Punkten angekommen, die Sie im Wahlkampf und anderswo zu erreichen versprochen hatten.

Ich will mich zunächst dem Abfallbereich zuwenden. Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat auf der Jahreshauptversammlung der Industrie- und Handelskammer Hannover im Jahre 1991 versprochen, daß noch im Frühjahr 1991 Standorte genannt werden sollten. Uns liegt jetzt das Landes-Raumordnungsprogramm auf

dem Tisch. Darin ist nichts, aber auch gar nichts erkennbar, was deutlich macht, daß diese Landesregierung, die so vehement gegen die Müllverbrennung kämpft, in der Lage wäre, bis zur Landtagswahl 1994 Standorte für Deponien als Alternative zur Hausmüllverbrennung zu benennen. Sie — dies habe ich schon einmal gesagt —, die Sie sich sonst immer über Weisungen beschweren, haben im Augenblick keine andere Möglichkeit, als Ihren Regierungspräsidenten die Weisung zu geben, sie mögen den Abfall von einen Landkreis in den anderen verschieben. Hier wird Ihre Politik zu Lasten Dritter umgesetzt.

(Rippich [SPD]: Das kann man so nicht sagen!)

Sie haben bis zum heutigen Tage den einstimmigen Beschluß des Landtages nicht umgesetzt, der auf unseren Antrag vom 17. April 1991 zurückgeht und der die Vorlage eines Abfallwirtschaftskonzeptes zur Abwendung eines Müllnotstandes zum Inhalt hatte. Die Technische Anleitung Abfall ist da. Frau Schole hat uns ja vorausgesagt, daß in Niedersachsen das Müllchaos ausbricht, wenn sie so durchkommt, wie sie vom Bund geplant war. Sie ist so durchgekommen, Frau Dr. Schole.

Ich meine, daß wir hier und heute einfordern müssen, daß diese Landesregierung endlich ihrer Verpflichtung gerecht wird und den Landkreisen und den entsorgungspflichtigen Kommunen ein Konzept vorlegt, durch das klar wird, wie die Zukunft der Siedlungsabfallwirtschaft in Niedersachsen überhaupt aussehen soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie erschöpfen sich doch in dem, was Sie zum Teil aus bloßem Prinzip an Widerstand aufbauen, sei es nun bei DSD oder bei anderem. Ich will Ihnen gar nicht vorlesen, was etwa Ihr Kollege Jo Leinen aus dem Saarland dazu gesagt hat.

Nach zweieinhalb Jahren rot-grüner Sondermüllpolitik steht darüber hinaus fest, daß Niedersachsen seine Entsorgung nur noch zu Lasten anderer Bundesländer, zu Lasten anderer Menschen — wenn ich von Ihrer Definition der Lasten ausgehe — sicherstellen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich halte es für einen Skandal, Frau Griefahn, daß Sie in Niedersachsen den Menschen den Drehrohfen als eine veraltete Technik darstellen, die unverantwortlich ist, und gleichzeitig auf lange Zeit gesehen in Hamburg und anderswo diesen Drehrohfen für niedersächsischen Sonderabfall in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich halte es für unverantwortlich — insbesondere dann, wenn sich die Meldungen, die heute aufgetaucht sind, so bestätigen sollten —, die Deponie in Schönberg noch langfristig einzuplanen.

Meine Damen und Herren, das gleiche gilt für die Pyrolyse-Anlage in Salzgitter, auf die Sie sich abstützen, obwohl es die drittklassigste Technik ist, die Sie überhaupt kriegen können. Das besagen alle Untersuchungen, die uns von Wissenschaftlern vorgelegt werden. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kempmann, wo meistens Politik Technik und technischen Verstand ersetzt, können wir das sicherlich so unterstellen. Bei allen Untersuchungen, die uns vorliegen, gleichgültig ob unter wirtschaftlichen, ökologischen oder anderen Gesichtspunkten, je nachdem, wie Sie es gewichten, steht die Pyrolyse hinten, und die wird von Ihnen eingesetzt.

(Hildebrandt [FDP]: Deshalb war der Landesparteitag der Grünen ja auch dagegen!)

Standorte werden also nicht gesucht. Daran und an manchen weiteren Beispielen wird deutlich, daß die Umweltpolitik nur dann einen hohen Stellenwert in der Landesregierung hat, wenn sie dem Machtgewinn und dem Machterhalt dient. Hoheneggelsen wird sicher, Mönchshagen ist eine niedliche kleine Altlast, Konrad ist ein zügig in Betrieb zu nehmendes Endlager.

Herr Staatssekretär Horn hat als Reaktion auf den Landesverband der Bürgerinitiativen eine Presseerklärung herausgegeben, in der der schöne Satz steht: Pamphlete ändern nichts an Fakten. Ich muß sagen, Herr Horn und Frau Griefahn, die Fakten haben Ihre Pamphlete von früher geändert! Sie sind dabei, alles das abzuräumen, von dem Sie vor der Landtagswahl gesagt haben, es sei nicht verantwortbar, es sei nicht umsetzbar. Sie sind dabei, die Politik der Union umzusetzen, ob es nun Mönchshagen oder Hoheneggelsen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Dr. Hruska [FDP]: Allerdings mit Verzögerung! — Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Warum sind Sie dann dagegen?)

Sie erschöpfen sich in einer Koalition der Neinsager. Sie wissen sehr wohl, wogegen Sie sind, aber Sie können uns bis zum heutigen Tage weder im Siedlungsabfallbereich noch im Sonderabfallbereich konkret und definitiv sagen, wofür Sie eigentlich sind. Wenn Sie doch wissen, wofür Sie sind, dann sagen Sie es nicht, nur um nicht in die Verlegenheit der Umsetzung zu kommen und Menschen zu ärgern.

Grill

Sie sind dabei, alte Mehrheiten und Klientel zu verlieren; etwa im Naturschutz, beim Landesverband der Bürgerinitiativen. Sie haben nicht das Vertrauen der Grünen. Als Folge davon haben Sie sich nun sozusagen unter die großen Flügel der SPD geflüchtet. Der Ministerpräsident, der Sie gegen die Grünen durchgesetzt hat, hat Sie in mancherlei Hinsicht bei vielen Positionen kämpfen lassen, die er hinter Ihrem Rücken längst abgeräumt hat.

Da ist zum einen Dörpen, wo Sie noch im Juni ganz vernünftigerweise gesagt haben, der Drehrohfen ist verantwortlich, und wo Sie dann im Kabinett schlicht und einfach untergegangen sind. Da ist Konrad, wo Sie draußen kämpfen und in einer unglaublichen Art und Weise den Bundesumweltminister diffamieren. Dann kommt der Ministerpräsident und sagt einmal so eben: Konrad ist zügig in Betrieb zu nehmen.

(Zuruf von der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer Situation, in der man Zweifel daran haben muß, Frau Griefahn, ob Sie überhaupt noch in der Lage sind, in dieser Landesregierung, in dieser Koalition Ihre persönliche Meinung durchzusetzen und Ihre Politik umzusetzen sowie deutlich zu machen, daß die Umweltpolitik in Niedersachsen eigentlich Ihre Handschrift tragen sollte.

Lassen Sie mich noch eines zu den fehlenden Entsorgungsanlagen sagen. Das ist nicht nur eine Frage der Umweltpolitik und auch nicht nur eine Frage der Wirtschaftspolitik. Nein, meine Damen und Herren, ich werfe Ihnen konkret vor: Die Verweigerung von Entsorgungsanlagen in Niedersachsen, Frau Griefahn, ist Beihilfe zur kriminellen Abfallbeseitigung in die osteuropäischen Länder.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Zurufe von der SPD.)

Dann haben wir, meine Damen und Herren, noch die Energiepolitik. Das ist ein Schauspiel andersgleichen. Ich stimme völlig dem zu, was Joschka Fischer gestern in einem Interview der „Zeit“ gegenüber gesagt hat. Er hat nämlich deutlich gemacht, daß ein Konsens in der Energiepolitik ohne eine Berücksichtigung der CO₂-Belastung nicht möglich ist. Wir stehen in Wahrheit doch nicht nur vor der Frage der Kernenergie. Das ist doch nicht unser einziges Problem. Wenn Sie einmal nüchtern analysieren, werden Sie feststellen, daß wir das Grundproblem der Akzeptanz von Großtechnologie schlechthin haben.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Dies beschränkt sich doch nicht auf die Kernenergie! Wir sind doch — vielleicht noch nicht in diesem Land — in Schleswig-Holstein und in Österreich so weit, daß Zwentendorf abgeschaltet wird und dafür Strom aus Tschernobylreaktoren aus der Ukraine bezogen wird. Das selbst von Björn Engholm gewollte Kohlekraftwerk in Lübeck mit modernster Technologie wird nicht gebaut. Dafür legen wir ein Kabel mit 500 Megawatt und beziehen Kernenergie aus Schweden. Das ist die Realität der westdeutschen Industriegesellschaft.

(Zuruf von Frau Tewese-Heiseke [SPD].)

Meine Damen und Herren, wenn Niedersachsen durch seine Energiepolitik dazu beiträgt, daß ein Plus von etwa 100 Millionen Tonnen CO₂ entsteht, dann ist dies kein glaubwürdiger Ausstieg aus irgendeiner Energiegewinnungsart, sondern dann ist das der Einstieg in eine globale Luftdeponie, die unkontrollierbar ist und deshalb nicht weiter fortgesetzt werden darf. Wie wollen Sie eigentlich von anderen eine konsequente Umsetzung der Politik von Rio, eine konsequente Umsetzung der 25prozentigen CO₂-Reduzierung einfordern?

(Kempmann [Grüne]: Was ist Ihr Beitrag?)

Sie, Frau Griefahn, schieben die Verantwortung für Politik und für Entscheidung dorthin, wo sie nicht mehr weggeschoben werden kann. In der Abfallpolitik schieben Sie es auf die Landkreise und die kreisfreien Städte. Sie sagen: Macht ihr einmal ein Abfallwirtschaftsprogramm, aber ohne mich. In der Frage der Kernenergie schieben Sie es mit — ich sage einmal — zum Teil im Ansatz rechtswidrigen Schritten nach Bonn und provozieren bewußt die Weisungen von Herrn Töpfer, um sich anschließend vehement und im Sprachgebrauch manchmal nicht mehr erträglich darüber zu beschweren.

(Schack [SPD]: Das mußt Du gerade sagen!)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern und vorgestern über die Frage der Kernenergie und über die Frage des Energiekonsenses diskutiert. Ich habe mir noch einmal angesehen, was der Ministerpräsident dazu gesagt hat; nicht zur Frage der Kernenergie und ihrer Risiken, sondern zu der Frage, inwieweit Entscheidungen zu verantworten sind. Der Ministerpräsident sagte:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund früherer Entscheidungen — daran haben alle Länder mitgewirkt — bestand die reale Gefahr, daß Atomsorgung mit all ihren Gefahren ausschließlich in Niedersachsen stattfindet. Wieso das niedersächsische Politiker akzeptieren können, hat sich

mir nie erschlossen, weil damit Gefährdungen und Belastungen verbunden sind und ich jedenfalls einen Amtseid geleistet habe, nach dem ich Belastungen vom Land abwenden und ihm nicht zumuten soll.“

Meine Damen und Herren, ich möchte nur auf folgendes hinweisen. Im November 1976 haben zwei SPD-Bundesminister und ein FDP-Bundesminister unter Beteiligung der Vorsitzenden aller Fraktionen, die damals im Landtag waren, vom niedersächsischen Kabinett, von der Landesregierung Niedersachsens innerhalb einer Woche eine Entscheidung verlangt. Das waren Herr Matthöfer und Herr Maihofer, um nur diese beiden Namen zu nennen. Und es ist das Kabinett Schmidt gewesen, das Niedersachsen unter Auswahl der geographischen und geologischen Formationen gebeten und massiv aufgefordert hat, genau das zu tun, was Sie heute kritisieren. Es ist Ihre Verantwortung. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Sie sollten nicht den Nachlaßverwalter beschimpfen, sondern denjenigen, der dies unter zum Teil unwürdigen Umständen innerhalb kürzester Zeit in diesem Lande umgesetzt haben wollte.

(Beifall bei der CDU. — Inselmann [SPD]: Das erzählen Sie jedesmal! Sagen Sie mal was Neues!)

Aber es geht ja um Macht. Der Energiekonsens dient mehr dem Ziel der Macht in Bonn für Herrn Schröder als der Frage der Energie.

Meine Damen und Herren, wenn man denn in diesem Zusammenhang von Moral spricht, dann kann ich nur empfehlen, sich einmal die „Wirtschaftswoche“ zu Gemüte zu führen. Dort steht:

„Gleichzeitig erleichtern Sie den Bau neuer Atomkraftwerke, wenn Sie eine Endlagerung der radioaktiven Abfälle im Ausland zulassen.

Schröder: Ich sehe nicht von vornherein, daß sich die Energieunternehmen im Ausland verantwortungsloser benehmen sollen als in Deutschland. Für mich war wichtig, daß Gorleben als Standort aufgegeben wird. Wo die Endlagerung erfolgt, ist zwar wichtig, aber verglichen mit den Risiken des Standorts Gorleben zweitrangig.“

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dazu eines: Diese Landesregierung reicht mit ihrer Moral, reicht mit dem, was sie sozusagen an Schadensbegrenzung betreiben will, gerade bis zur Landesgrenze. Verantwortung für die Menschen findet nur in Niedersachsen statt. Aus diesem Interview kann man herauslesen, daß es dem Mini-

sterpräsidenten gleichgültig ist, ob das Endlager in Rußland oder anderswo gebaut wird, wie es gebaut wird und mit welchen Sicherheitsbedingungen. Uns ist das nicht gleichgültig, weil wir hier und anderswo die gleiche Verantwortung, die gleichen moralischen Kategorien zugrunde legen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, beim Abfall machen Sie es genauso: Sie haben die Entsorgung nach außerhalb von Niedersachsen verlagert. Ich habe mich über einen Satz von Joschka Fischer in diesem Zeitungsinterview gefreut.

(Inselmann [SPD]: Aber zitieren Sie auch richtig!)

— Sie können es nachlesen, Herr Inselmann, wenn Sie es denn lesen und verstehen können! — Fischer sagt:

„Ich halte nichts vom Sankt-Florians-Prinzip. Deshalb dürfen wir mit dem Atommüll nicht das tun, was wir mit dem industriellen Giftmüll leider seit Jahren tun: das Problem in die ärmeren Lande exportieren.“

Dazu die Frage:

„Auch nicht nach Ostdeutschland?“

„Auch dagegen bin ich entschieden. Wenn die reichen die armen Regionen dieser Welt zu Müllkippen machen, dann ist das nicht nur ein ökologischer, sondern auch ein moralischer Skandal.“

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, dies ist unabhängig von einzelnen Zahlen in diesem Haushalt, wie immer Sie das Geld ausgeben, der eigentliche Skandal: Sie lassen Ihren Müll in Schönberg, da, wo die sitzen, die wirtschaftlich nicht so kräftig und wohlgenährt sind wie wir. Sie laden Ihr CO₂ dort ab, wo die Armen dieser Welt sitzen, und heben hier im Landtag den moralischen Zeigefinger. Sie sind die Letzten, die der Opposition in diesen Fragen den Zeigefinger und schon gar nicht den moralischen Zeigefinger zeigen können!

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Inselmann [SPD]: Das war aber eine schlechte Rede!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Tewes-Heiseke.

Frau Tewes-Heiseke

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesumweltminister hat einen neuen Namen: Klaus ohne Land. So hat ihn der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion genannt. Wissen Sie, warum? Weil er eine kräftige Kürzung seines Etats um 5,7 % hat hinnehmen müssen. Monika Griefahn aus dem Leineschloß hat Land abgekliegt. Ihr Anteil am Gesamthaushalt ist trotz Streichung der Strukturhilfe im vergangenen Jahr von 2,15 auf 2,26 % gestiegen — eine gute Leistung der Landesregierung und ein verdient Lob für die Ministerin!

(Beifall bei der SPD.)

Doch es gibt einen weiteren Unterschied. Klaus Töpfer möchte so gerne eine andere Umweltpolitik machen — sagt er — und wird vom Kanzler zurückgepfiffen. Monika Griefahn macht eine andere Umweltpolitik und wird vom Regierungschef und von der SPD-Fraktion ausdrücklich unterstützt. Hier im Parlament gibt es Schelte von der CDU für das, was sie in Bonn nicht hinkriegt. Daher bleibt „Klaus ohne Land“ auch „Klaus ohne Fortune“.

Lassen Sie mich nun die Notwendigkeit einer querschnittsorientierten Umweltpolitik begründen und darstellen, wo der Haushalt Schwerpunkte zur Ökologisierung der Landespolitik setzt. Im abschließenden Teil gehe ich auf die Alternativvorschläge der Oppositionsfraktionen ein, die wir eben gehört haben.

Meine Damen und Herren, wir sind uns hoffentlich alle einig, daß Umweltpolitik Vorsorgepolitik, d. h. zukunftsorientiert sein muß. Daher muß sie Veränderungen einleiten, schon an der Produktion beginnen und logischerweise ein anderes Gesicht bekommen. Im Zeichen der Rezession wird dieses Umsteuern verdammt hart. Um es deutlich zu sagen: Wirtschaftsflaute darf nicht Ökopause sein.

Eine von Bonn finanzierte Prognos-Studie zum Umgang mit Energie spricht für sich mit dem Resümee, daß die Situation „ganz und gar unakzeptabel“ und „heillos“ sei, betrachtet man die Gesundheitsschäden, die Waldschäden, den Treibhauseffekt usw.; denn erstens würden wir auf Kosten der zukünftigen Generationen leben und zweitens treffe Umweltfrevl die Marktwirtschaft und zerstöre sie im Kern.

Unterfüttert werden diese Thesen von World Watch und von dem Jahresbericht vom Umweltbundesamt durch folgende Schadensberechnungen:

Materialschäden an Gebäuden, Masten und Brücken: 3,6 Milliarden DM pro Jahr — Sie erinnern sich, was wir für unsere Fassaden hier im Haus ausgeben müssen —; Zerstörung Ökosystem Wald: 9 Milliarden DM; Kosten von Arten- und Biotopschwund: 7,5 Milliarden DM; energiebedingte Gesundheitsschäden: zweistellige Milliardenbeträge; Schaden am Weltklima, von Deutschland verursacht: 140 bis 170 Milliarden DM pro Jahr.

Das mag genügen. Was machen Umweltpolitikerinnen und Umweltpolitiker? Wenden sie sich der Ökopause zu oder fällt ihnen eine Reformpolitik ein?

(Eveslage [CDU]: Kohlekraftwerke!)

Für Rot-Grün ist die Antwort klar.

Meine Damen und Herren, Kriterien für die Ökologisierung der Landespolitik sind für mich folgende; vielleicht bewerten Sie einmal diese Kriterien und nicht Ihre Vorurteile.

Erstes Kriterium: Wir alle müssen den Umweltschutz zu dem Reformprojekt für den Umbau der Gesellschaft machen. Das tun wir. In der neuen Landesverfassung haben SPD und Grüne den Umweltschutz sehr hoch als Staatsziel angesiedelt. Im kommenden Jahr wird ein weiterer Schritt vollzogen.

(Grill [CDU]: Gibt es darüber einen Streit? — Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

— Das machen wir doch zusammen, Herr Hruska. — Die Verbandsklage erhält nach unserem Entwurf Verfassungsrang. Dann können Umweltverbände sozusagen als Anwälte der Umwelt klagen. Notwendigerweise benötigen sie dazu Einblick in die Akten. Das regelt der Artikel 2/9 unseres Entwurfs für eine künftige Landesverfassung. Dies ist also ein wichtiger und richtiger Schritt.

Am 1. Oktober 1992 wurde mit der Gründung des Landesamtes für Ökologie auf der Ebene der Verwaltung — auch die gehört nämlich zu einer anständigen Politik — der querschnittsorientierte Reformansatz fortgeführt. Die finanziellen Voraussetzungen finden Sie im Kapitel 15 10. Es ist darüber hinaus bemerkenswert — das entnehmen Sie bitte der technischen Liste —, daß durch Verlagerungen und Umschichtungen sparsam gewirtschaftet wurde.

(Möllring [CDU]: Das war keine technische Liste!)

— Mein Gott, Sie sind so ätzend! Wenn Sie sich einmal sehen würden, dann würden Sie es nicht mehr tun!

In Hildesheim beschrieb die Ministerin das Ziel wie folgt: Durch Integration des umweltrelevanten Fachwissens sollten dringlich benötigte Umsetzungskonzepte und ganzheitliche Lösungsansätze sowie eine höhere Akzeptanz in Politik und Öffentlichkeit ermöglicht werden. Ich füge hinzu: Das ist ein Schritt in die von uns gewünschte Richtung. Das versteht man aber nur, wenn man es hinterher nachliest, weil man jetzt ja nicht zugehört hat.

Zweites Kriterium: Wir alle müssen das traditionelle Budgetdenken aufgeben — das ist die Antwort auf Ihre Frage, Herr Grill — und darüber hinaus andere Finanzierungsmöglichkeiten finden. In Niedersachsen ist mit dem Ökofonds in Höhe von 75 Millionen DM für das Jahr 1993, angesiedelt im Etat 08,

(Hildebrandt [FDP]: Das ist gekonnt, was Sie jetzt machen!)

das traditionelle Budgetdenken wieder aufgehoben worden. Für das Landwirtschaftsministerium gilt dasselbe, z. B. bei der Dümmersanierung. Umweltpolitikerinnen und -politiker laufen in Niedersachsen mit drei Haushaltsbüchern unter dem Arm herum. Besser wird die äußere — — —

(Zuruf von Schirmbeck)

— Sie kommen noch dran. Ich würde erst einmal ganz still sein. — Besser wird die äußere und inhaltliche Verzahnung nicht deutlich. Im übrigen: Der Ökofonds ist ein absoluter Renner. Bis Ende 1992 wurden ca. 7 500 Förderanträge bearbeitet.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

An dieser Stelle bedanke ich mich bei dem MW, dem ML, der Energieagentur und der Bezirksregierung im Namen der rot-grünen Koalition.

Vizepräsident Jahn:

Frau Tewes-Heiseke, der Kollege Schirmbeck möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Dem Kollegen Schirmbeck gebe ich hinterher die Gelegenheit, sich mit mir an der Kaffee-Bar zu treffen. Dann beantworte ich ihm alle Fragen, die er hat.

(Schirmbeck [CDU]: Sie haben schon schlechter geantwortet!)

Meine Damen und Herren, weitere Finanzierungsmöglichkeiten — — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich weiß nicht, warum Sie alle so aufgeregt sind.

(Kuhlmann [CDU]: Wir haben Sorge um Schirmbeck! — Unruhe. — Weitere Zwischenrufe.)

Jetzt haben Sie doch einmal Erbarmen. Ich will hier durchkommen. Immer dieses Geschnattere im Hintergrund!

(Anhaltende Unruhe.)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin, einen Augenblick bitte.

(Kuhlmann [CDU]: Im Hintergrund, das war der Präsident!)

Ich rechne Ihnen diese Zeit nicht an, Frau Tewes-Heiseke. — Zunächst einmal darf ich darum bitten, daß wir Frau Tewes-Heiseke weiter zuhören oder uns in den Vorraum begeben. Ich bitte darum, daß wir — wie das am Anfang heute Nachmittag geklappt hat — doch etwas mehr Selbstdisziplin üben. — Bitte schön!

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! — Weitere Finanzierungsmöglichkeiten für dringend benötigte Reparaturarbeiten an der geschädigten Umwelt wollte ich suchen. Ich habe sie gefunden. Ich meine das Wasserentnahmeentgelt. Das Wasserentnahmeentgelt bringt 120 Millionen DM, die jährlich für den Grundwasserschutz, für Gewässerrandstreifenschutz, für Naturschutzprogramme, für das Wassersparen, für Beratung und für Trinkwasserschutz investiert werden.

Auch die Abfallabgabe — es ist ja nicht ein solches Risiko, wie Herr Grill das gesagt hat — hilft nicht dem Staatssäckel, sondern es werden 50 Millionen DM jährlich gezielt dort eingesetzt, wo Sonderabfälle vermieden oder vorhandene Abfälle beseitigt werden müssen.

Lenkungsabgaben sind ein neuer Weg, um Verursacher von Umweltschäden und Politik zu vernetzen. Diese Lenkungsabgaben kann man — wenn man die finanzielle Situation im Moment sieht — doch nur bejahen. Das setzt allerdings auch Transparenz voraus. Sie können nachlesen, daß das Geld wirklich zielgerichtet wieder an diejenigen abgegeben wird, die ich eben genannt habe. Das gleiche gilt auch für die Abfallabgabe.

In Anbetracht des anhaltenden Widerstandes der Opposition gegen Lenkungsabgaben — heute haben wir es ja wieder gehört — verweise ich auf eine Untersuchung des Umweltbundesamtes. Diese Untersuchung hat ergeben, daß die Deut-

Frau Tewes-Heiseke

schen für das Erreichen „idealer Umweltzustände“ auf 5 % ihres Netto-Haushaltseinkommens — das sind 95 Milliarden DM jährlich — verzichten würden. Fazit: ein Schritt der Landesregierung und die Unterstützung der rot-grünen Koalition in die Richtung, die die Gesellschaft wünscht und akzeptiert!

Drittes Kriterium: An der Gestaltung und Durchsetzung von Umweltschutz müssen andere Mitwirkende und Mitverantwortliche außerhalb, Herr Grill, von Parlament, Regierung und Verwaltung von uns gewonnen werden. Das ist nicht Politik hinter geschlossenen Türen — im Gegenteil, wir öffnen die Türen weit aus dem Parlament heraus.

Wir haben gehört, daß sich hier zur Opposition ein sehr tiefer Graben auftut. Konsequente Streichanträge und öffentliche Paukenschläge zeigen, daß CDU und FDP weiterhin das einseitig traditionelle hoheitliche Handeln für Politik und Verwaltung für nötig halten. Sie wollten keine Informationsstelle in Lüchow-Dannenberg, kein Endlager-Hearing, keine Beratung zur Sonderabfallvermeidung, keinen Münchehagen-Ausschuß, keine Risiko- und Sicherheitsstudie für die Altlast Münchehagen — nein, das wollten Sie alles mit der Begründung nicht: „Genug geredet.“

(Grill [CDU]: Geschenk!)

Herr Stratmann, woher wollen Sie das eigentlich wissen? Sie haben sich aus allen Zusammenkünften ausgeklinkt. Fragen Sie doch einmal die Betroffenen im Münchehagen-Ausschuß, ob wir die Voruntersuchungen unterbrechen sollen, weil genug geredet sei?

Meine Damen und Herren, die Opposition will sogar bei den Rüstungsaltslasten 2 Millionen DM streichen. Damit, meine Damen und Herren, unterbrechen Sie den von Herrn Dr. Remmers vorgesehenen weiteren Schritt der Gefährdungsabschätzung.

(Dr. Hruska [FDP]: Welche Opposition, Frau Tewes? — Frau Tewes-Heiseke zeigt auf 13 Abgeordnete der CDU.)

— Die da! — Die Menschen in Dragahn, im Harz, in Steyerberg und in Leese stehen an der obersten Stelle der Prioritätenliste der Gefährdung. Diesen Menschen müssen Sie erst einmal erklären, warum Sie im Umweltausschuß einen Streichantrag vorgelegt haben. Sie haben mit Ihrem Streichungsantrag gesagt, daß Sie keine Voruntersuchungen, keine Detailuntersuchungen und keine toxischen Untersuchungsprogramme mehr auflagen wollen. Gehen Sie doch in die Orte hin und erklären Sie das den Leuten.

(Schirmbeck [CDU]: Frau Tewes, das ist falsch, was Sie da sagen!)

Erklären Sie das den Leuten! Sie haben keine einzige Alternative, sagen aber, es sei genug geredet und untersucht worden. Das war Ihre Begründung.

(Grill [CDU]: Das ist falsch!)

— Nein, Sie wissen, daß ich recht habe! — SPD und Grüne gehen den Weg unbeirrt weiter, weil sie wissen: Ohne Beteiligung von Wirtschaft, Umweltverbänden und von betroffenen Kommunen läuft heute nichts mehr. Information reicht den Leuten nicht. Mitgestalten schafft Vertrauen.

Vorgestern haben SPD und Grüne noch einen draufgesattelt. Mit dem Vorschaltgesetz zur finanziellen Förderung der Arbeit der Umweltverbände in Niedersachsen sind 1,4 Millionen DM gesichert. Dazu fällt mir folgendes Zitat ein; Herr Präsident, Sie erlauben, daß ich dieses Zitat vorlese:

„Wenn man in diesem Prozeß die Umweltverbände einbinden will, muß man sie materiell so stellen, daß sie auch fairerweise in der Lage sind, mitzuarbeiten.“

(Schirmbeck [CDU] meldet sich zu Wort.)

— Er kriegt schon rote Ohren!

Dieses sagte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Ich frage Sie: Warum haben Sie Ihre eigene Forderung vergessen, die Sie und ich am 10. November 1992 beim Gespräch mit dem Bund auf Einladung der Evangelischen Akademie in Loccum — ich belege meine Zitate wenigstens — aufgestellt haben?

(Schirmbeck [CDU]: Frau Tewes, zu jedem Wort, das ich dort gesagt habe, stehe ich auch! Sie haben das nur aus dem Zusammenhang gerissen!)

— Hören Sie zu, damit Sie gleich antworten können! — Während dieser Tagung wurden Politik und Verwaltung aufgefordert, über rechtliche und gesetzliche Anbindung von Partizipationsverfahren nachzudenken.

Ich habe damals Angst davor gehabt, daß wir das nicht einhalten können. Ich bin allerdings froh, daß wir das am Mittwoch beschlossen haben. Ich frage Sie, warum Sie so etwas sagen, woraufhin alle ihre Hoffnung in Sie setzen, und hinterher dagegenstimmen. Ist das glaubwürdig? — Das überlasse ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, zum Schluß stelle ich fest: Mit dem Einzelplan 15 wird ein weiterer Schritt raus aus der Umweltpolitik der Vergangenheit und hin zur Ökologisierung einer zukunftsorientierten Landespolitik gegangen. Das ist die Antwort auf die Frage: Was machen wir mit dem, was wir vorfinden? — Wir versuchen, der Politik ein anderes Gesicht zu geben. Wir wissen, daß wir uns im Gegensatz zu Ihnen befinden. Aber vielleicht können wir Sie ja noch überzeugen.

(Vizepräsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

Frau Ministerin Griefahn, wir danken Ihnen und bitten Sie, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums für die Möglichkeit zur intensiven Beratung in den Ausschusssitzungen weiterzuleiten.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Einzelplan 15 zu.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Hildebrandt [FDP]: „Machen Sie weiter so“ hat sie nicht gesagt!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hruska für die FDP-Fraktion.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Tewes-Heiseke, es mag ja sein — ich gestehe Ihnen das sogar auch zu —, daß Sie einen weiteren Schritt in eine zukunftsorientierte Umweltpolitik gegangen sind. Nur, dieser Schritt ist angesichts der Meilen, die Sie vom Ziel entfernt sind, nicht erwähnenswert.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Der Anfang ist immer das Wichtigste!)

Es wäre ja noch eine gute Sache, wenn es an den Schwierigkeiten des Weges läge, daß Sie nur diesen einen Schritt gegangen sind. Das ist aber zu bemängeln, weil es an Ihrem eigenen Schritt liegt, daß Sie nicht weiterkommen.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Das müssen Sie erklären!)

— Genau. So, wie ich Ihnen eben auch die Zwischenfrage erklärt habe, versuche ich, Ihnen auch das zu erklären. Das ist nämlich die Einleitung des Grundgedankens, der mich heute hier zum Umweltetat sprechen läßt.

Ich will nicht auf das eingehen, was der Herr Kollege Grill in hervorragender Weise zu den einzelnen Positionen gesagt hat.

(Inselmann [CDU]: Hervorragend war das nicht!)

— Das ist genau treffend; sonst würden Sie jetzt gar nicht reagieren. — Ich will Ihnen sagen, wo Sie sich selbst auf dem Weg zu diesem Ziel ein Bein stellen, und zwar vielleicht erst sogar in richtiger Absicht. Ihre Politik verzögert sich selbst, weil Sie nicht den Mut haben, zu Entscheidungen zu kommen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Sie verlagern Ihre Entscheidungen in Gremien, zum Beispiel zu den Runden Tischen. Diese Runden Tische sind ja gar keine schlechte Idee. Die Idee ist ja vernünftig, daß man für Entscheidungen Akzeptanz finden muß. Ich habe nur den Eindruck — dieser Eindruck mag ja falsch sein —,

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Ist er!)

daß Sie diese Runden Tische nicht machen, um für Ihre Entscheidungen Akzeptanz zu finden, sondern um diese Entscheidungen bis zum Ende der Legislaturperiode zu verzögern

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

in der Hoffnung, daß Sie dann weder die Pyrolyseanlage noch den Drehrohrofen noch Schacht Konrad — was auch immer — selbst verantworten müssen, weil Sie nicht mehr genügend Zeit gehabt haben, das hier selbst zu entscheiden. Das ist die Charakterisierung des Weges, den Sie in der Umweltpolitik beschreibt, zugegebenermaßen mit dem Schritt in eine Richtung, wo etwas geschehen soll, aber Sie kommen selbst nicht weiter.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter, wollen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Tewes zulassen?

Dr. Hruska (FDP):

Ich habe das eben schon einmal getan. Das mache ich gerne.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Bitte schön!

Frau Tewes-Heiseke

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Herr Dr. Hruska, könnte es sein, daß Sie das nur glauben, weil Sie noch an keinem Runden Tisch mitgearbeitet haben?

Dr. Hruska (FDP):

Ich habe diese Frage vermutet und sie deswegen zugelassen, damit ich nämlich die Gelegenheit habe, hier zu erklären, weshalb ich an diesen Runden Tischen nicht teilnehme. Ich habe nämlich den Eindruck, daß es Ihnen gar nicht um die Akzeptanz und gar nicht um die Information geht. Wenn wir die gleichen Informationen hier haben wollen, dann schlagen Sie uns die Antworten aus, dann sagen Sie, daß Sie nicht in den Ausschuß kommen wollen, oder dann lassen Sie Anträge von CDU oder auch FDP zur Durchführung von Anhörungen gar nicht zu,

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU — Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Das stimmt nicht! Das wissen Sie auch!)

so daß wir hier als Abgeordnete gar nicht über solche Dinge informiert werden sollen,

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Das müssen Sie belegen!)

weil Sie dann nämlich immer schön sagen können „Kommen Sie doch zu uns an den gemütlichen Runden Tisch! Dort trinken wir Kaffee zusammen!“, und dann wird nichts entschieden.

(Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Das war nicht gut! Der Stil war nicht gut!)

— Nein, auch Ihre Frage war nicht gut, Frau Tewes-Heiseke. Sie wissen nämlich, daß ich mich schon häufiger darüber geärgert habe, daß Sie Abgeordnete der CDU-Fraktion immer wieder fragen — auch gestern ist das wieder geschehen —, warum sie nicht an den Runden Tisch kämen. Ich höre doch, daß Sie mir das immer zurufen. Deshalb war auch Ihre Frage nicht gut. Ich wußte aber, daß Sie sie stellen. Deshalb habe ich sie auch beantwortet.

Sie verlagern das also an den Grünen Tisch. Wenn auch das nicht der richtige Weg sein sollte, dann verlagern Sie Verwaltungsarbeit auf die Verbände. Sie haben am Schluß Ihrer Rede ja noch einmal gesagt, daß Sie froh darüber sind, daß Sie gestern dieses Vorschaltgesetz verabschiedet haben. Meine Damen und Herren, diese 1,4 Millionen DM sind an dieser Stelle rausgeschmissenes Geld. Sie bringen hier einen Appendix der Verwaltung im Umweltministerium in die Verbände hinein. Ich schätze die ehrenamtliche Arbeit dieser Verbände. Wir haben in unserem Antrag auch

deutlich gemacht, daß wir gern bereit sind, den Umweltverbänden mit einer projektbezogenen Förderung zu helfen. An der Veranstaltung in Loccum haben ich nicht teilgenommen. Wir sind zu dieser Frage aber vorher schon oft gehört worden.

Mir geht es hier um die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände. Ich habe gesagt — möglicherweise war dies auch die Meinung des Kollegen Schirmbeck —, daß diese Verbände in ihrer Arbeit, die sie entsprechend ihrer Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz durchführen, unterstützt werden müssen. Es geht nämlich nicht an, daß sich die Verwaltung mit ihren Planungen und Eingriffsregelungen und dergleichen mehr ähnlich wie die Regierung mit ihren Entscheidungen monatelang oder jahrelang Zeit läßt und dann zu einer Entscheidung kommt. Dann müssen die nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände innerhalb ganz kurzer Zeit mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personal eine Stellungnahme abgeben. Deshalb wäre ich bereit, die Umweltverbände auch hinsichtlich der Abgabe von Stellungnahmen projektbezogen zu fördern.

Die Umweltministerin aber will sich gefügige Verbände schaffen. Sie geht vor nach dem Motto: mit Zuckerbrot und Peitsche. — Beides will ich belegen. Das Zuckerbrot sind die 1,4 Millionen DM, die einigen ausgesuchten Verbänden zugute kommen sollen. Ich muß zugestehen, daß ich einen der vorgesehenen Verbände noch gar nicht kannte. Dieses Geld soll also nicht etwa den nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbänden gegeben werden.

Gestern vor 13 Jahren, am 10. Dezember 1979, ist die Landesjägerschaft nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt worden. Sie gehört aber nicht zu den Verbänden, die jetzt gefördert werden sollen. Im Gegenteil: Wegen ihrer Stellungnahme zur Einrichtung des Nationalparks Hochharz hat die Ministerin — meine Damen und Herren, hören Sie jetzt bitte einen Augenblick lang zu — in Schneverdingen angekündigt, daß sie diesem Landesverband dann, wenn er sich weiterhin so verhalten sollte, die Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz absprechen werde.

(Widerspruch bei der CDU.)

Einigen Verbänden — das sind noch nicht einmal alle nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannten Verbände — will sie 1,4 Millionen DM geben in der Hoffnung, daß sie dann überall zustimmen. Zu einem anderen Verband, der schon vor 13 Jahren nach § 29 Bundesnaturschutz aner-

kannt worden ist, sagt sie in Schneverdingen aber: Weil das so ist, wollen wir mal sehen, ob wir ihm die Anerkennung nicht absprechen können. — So geht man damit um.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das ist die heutige Umweltpolitik. Deshalb ist dieser Schritt nur ein Stolperstein, mit dem man sich selbst das Bein stellt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Frau Tewes-Heiseke [SPD]: Das war bösar-tig formuliert!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat jetzt für die Fraktion der Grünen die Abgeordnete Frau Dr. Schole. Bitte schön!

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will in meinem Beitrag etwas zu den neuen Entwicklungen, die aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen in der Umwelt- und Naturschutzpolitik bundes- wie landesweit zu beobachten bzw. zu erwarten sind, und etwas zu den sich daraus ergebenden neuen Herausforderungen sagen.

Meine Damen und Herren! Umwelt- und Wirtschaftspolitik sind zwei Politikbereiche, die nicht zu trennen sind. Die Effizienz der Umweltpolitik eines Landes wird sich in der Zukunft daran zeigen, wieviel von der nachsorgenden Umweltpolitik in vorsorgende Wirtschaftspolitik umgeleitet bzw. dort integriert werden kann. Der Beitrag des Kollegen Grill von heute war ein Beispiel dafür, wie die Uraltkamellen einer End-of-pipe-Politik in aller epischen Breite dargestellt worden sind.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD. — Zuruf von Grill [CDU].)

Meine Damen und Herren! In der Abfallpolitik kennt Herr Grill immer noch nichts anderes als Entsorgungsanlagen für die Industrie. Er hat von Vermeidungspolitik anscheinend noch nichts gehört.

(Grill [CDU]: Frau Schole, die Vermeidungspolitik diskutieren wir doch nicht kontrovers! Sie schaffen Ihren Müll nach Schönberg, wo sich die Menschen nicht wehren können! — Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Die Energiepolitik, Herr Grill, erschöpft sich bei Ihnen in der Endlagerfrage. Ich will nicht alles aufzählen, was der Kollege Grill angeführt hat.

Ich will ihm auch nicht seine grundsätzliche politische Meinung nehmen. Aber glauben Sie wirklich, Herr Grill, daß Sie mit dem Inhalt einer solchen Rede, die noch nicht einmal dem Stand von 1980 entspricht,

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

einen umweltpolitischen Aufbruch Ihrer Partei schaffen können, wie Sie immer großspurig und vollmundig behaupten?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Die Niedersächsische Umweltministerin, die Niedersächsische Landesregierung und die sie tragenden Parteien SPD und Grüne gehen den Weg des integrierten Umweltschutzes konsequent. Wir haben darauf sehr gute Erfolge zu verzeichnen: in der Hafenspolitik, in der Abfallpolitik, bei der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente wie der Abfallabgabe, eine konsequente Vermeidungspolitik im Abfallbereich, im Ökofonds und in der Förderung innovativer Verfahren z. B. in dem Abfall- und Energiebereich. Diese Liste ließe sich weiter fortführen. Ich verweise hierzu auf die Beiträge meiner Kolleginnen Frau Dückert und Frau Tewes sowie auf den Beitrag des Kollegen Senff, den ich gestern übrigens ganz bemerkenswert fand.

(Oh! bei der CDU.)

Um so erstaunter war ich über das, was in den Beiträgen der Opposition zu vernehmen war. Das paßt allerdings auch zu dem, was derzeit von Ihnen in Bonn an Kahlschlagpolitik im Umwelt- und Naturschutzbereich praktiziert wird. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Sie lesen doch auch in der Zeitung und müßten doch irgendwie merken, wie es weltweit um den Zustand unserer Umwelt bestellt ist und wie die Entwicklungen ablaufen. Sie lesen von der Vernichtung der tropischen Regenwälder. Sie kennen die letzte Waldschadensbilanz des Bundes. Sie wissen um den unverantwortlichen Raubbau an Ressourcen — seien es Rohstoffe, Energie und Landschaft —,

(Zuruf von der CDU: Kohle ist auch ein Rohstoff!)

der jeglicher notwendigen Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung Hohn spricht. Mit all diesem Wissen stellen Sie sich hier im Plenum hin wie der Kollege Haselbacher gestern in der Debatte um die Wirtschaftspolitik und beklagen, daß von seiten der Landesregierung auf ökologische Belange völlig überzogen Rücksicht genommen wird. Sie stellen sich hier hin und vertreten

Frau Dr. Schole

eine Verkehrspolitik, die an Antiquiertheit nichts mehr zu wünschen übrig läßt,

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

die die Probleme des Flächenverbrauchs, der Landschaftszerstückelung, des Waldsterbens und der Nordseeeutrophierung schlicht ignoriert.

(Schirmbeck [CDU]: Frau Dr. Schole, die Anträge kommen von der SPD!)

Umwelt ist ganz offensichtlich nicht Bestandteil des Verkehrskonzepts der CDU, Herr Schirmbeck. Sie stellen sich hier hin und werfen der Landesregierung Unfähigkeit des haushälterischen Umgangs mit Finanzen vor.

(Schirmbeck [CDU]: Das ist auch wahr!)

Gleichzeitig vertreten Sie eine Wirtschaftspolitik, die weit jenseits jeglicher Ansätze verantwortungsvollen haushälterischen Umgangs mit Natur, Landschaft, Energie und Rohstoffen liegt.

(Küpker [FDP]: Wenn Sie die nicht hätten, dann könnten Sie keine Umweltpolitik machen! — Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

Wir haben von CDU und FDP gestern und heute im Rahmen der Haushaltsdebatte keinerlei Anzeichen dafür vernommen, keinerlei Signale dafür empfangen, von Ihnen keine Wege dafür aufgezeigt bekommen, wie Sie Wirtschafts- und Umweltpolitik so zusammenführen wollen, daß Ansätze zu erkennen gewesen wären, wie den gewaltigen umweltpolitischen Herausforderungen zu begegnen wäre.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

Sie verwerfen und kritisieren Konzepte, Instrumente und Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Umweltpolitik der Landesregierung, die sicherlich im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten versuchen, das auf den Weg zu bringen, was die Aufgaben einer Wirtschaftspolitik der Zukunft sein werden: integrierter Umweltschutz statt End-of-pipe-Technologie, Entkopplung des Wirtschaftswachstums von Rohstoff- und Energieverbrauch und von Abfallproduktion, sparsamster haushälterischer Einsatz von Energie und Rohstoffen, sparsamster Flächenverbrauch und Abfallvermeidung im Produktionsprozeß, soweit es irgendwie geht. Wo sind denn Ihre Konzepte, Ihre parlamentarischen Initiativen? Hat denn jemals eine Opposition konzeptionell so dürftig gearbeitet wie diese CDU-Fraktion in diesem Landtag?

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich würde hier wirklich gerne die Auseinandersetzung und den Diskurs mit der Opposition um

den besten Weg führen. Aber Sie haben offiziell noch nicht einmal begriffen, daß neue Wege beschritten werden müssen. Ich sage Ihnen: Ihr Mauern, Ihre ablehnende Haltung, Ihre Nichteinsicht allem gegenüber, was mit der Notwendigkeit einer ökologischen Modernisierung, eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft und Industriegesellschaft zusammenhängt, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht im geringsten gerecht, ist umwelt- wie wirtschaftspolitisch verantwortungslos!

(Beifall bei den Grünen. — Küpker [FDP]: Jetzt müssen Sie aber mal Luft holen! — Lachen bei der CDU. — Große Unruhe.)

Meine Damen und Herren, wir erleben in dieser Zeit geschichtliche Umwälzungen von ungeheurer Dimension: die deutsche Wiedervereinigung, die Auflösung des Ostblocks, die Verträge von Maastricht, die Bildung der Europäischen Gemeinschaft. Dies wird zu einer Neuorientierung der Politik in allen Bereichen führen, dies wird dazu führen müssen.

(Anhaltende große Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Einen Augenblick bitte! — Meine Damen und Herren, einige beklagen sich darüber, daß die Rednerin so laut spricht. Aber was bleibt ihr übrig, wenn Sie selbst so laut sind? Sie dringt sonst nicht durch. Ich bitte also auch diejenigen, die jetzt den Plenarsaal betreten, doch möglichst zuzuhören.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Auch die Umweltpolitik bei Bund und Ländern wird sich neu orientieren müssen; sie wird neue Wege beschreiten müssen, und zwar nicht nur was den veränderten Finanzrahmen betrifft, sondern auch inhaltlich und konzeptionell. Aber über alledem muß doch stehen, daß Umweltgüter als Kollektivgüter erhalten und bewahrt werden müssen und daß dies auch weiterhin eines effektiven Schutzes durch den Staat bedarf. Der Markt allein regelt das nicht.

(Anhaltende große Unruhe.)

Wir sind z. B. bereit, über eine Verringerung der Regelungsdichte in bestimmten Bereichen und darüber zu sprechen, ob es z. B. wirklich notwendig ist, daß die staatliche Gewerbeaufsicht immer weiter ausgebaut werden muß, ob der Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht auch anders, z. B. über private Institutionen, genauso gut

oder sogar noch besser gewährleistet werden kann.

(Anhaltende große Unruhe.)

Wesentlich ist doch, daß es überhaupt vollzogen wird und daß sich die Umweltsituation durch Unterlassen nicht verschlechtert.

Beispielsweise der Vollzug des § 5 Abs. 1 Nr. 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes einschließlich der Verordnungsentwürfe ist in Hessen über private Ingenieurbüros mit sehr großem Erfolg abgewickelt worden. Warum auch nicht, frage ich Sie. In diesem Bereich kann man noch sehr viel machen. Hier erschließen sich wirklich ungeahnte Innovationsräume.

(Anhaltende große Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Einen Augenblick bitte noch einmal! — Meine Damen und Herren, im Augenblick ist der Geräuschpegel von links besonders stark, weil dort die Anwesenheit größer geworden ist. Denken Sie daran: Es spricht Ihr Koalitionspartner.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Frau Dr. Schole (Grüne):

Aber eines muß doch dabei gewährleistet sein: Es darf dadurch nicht zu einer Verschlechterung von Umweltstandards kommen. Aber das ist genau das, was Sie von der CDU und von der FDP derzeit in Bonn tun. Nicht etwa die Suche nach einer neuen intelligenten umweltpolitischen Konzeption, nein, Sie mißbrauchen die deutsche Einheit und die damit zwangsläufig verbundenen Probleme als Pseudolegitimation für einen einseitigen Kahlschlag bei ehemals erreichten Umweltstandards,

(Beifall bei den Grünen)

eines Kahlschlags, der in der Nachkriegsgeschichte beispiellos ist. Das Artikelgesetz zum sogenannten Investitionserleichterungsgesetz ist nur ein Teil des Ganzen.

Plötzlich entdecken Sie das Naturschutzgesetz als den Bremser bei der Ausweisung von Bauland. Gerade 0,3 % aller diesbezüglichen Vorhaben sind in Niedersachsen aufgrund der Einsprüche des Naturschutzes tatsächlich gescheitert. Trotzdem findet Naturschutz nach Frau Schwaetzer im Baugesetzbuch künftig nicht mehr statt. Das ist ein Scheingefecht, ein Scheingefecht auf Kosten der Umwelt.

Auch die Genehmigungsverfahren sollen beispielsweise für Abfallanlagen künftig nur noch nach einem vereinfachten Verfahren durchgeführt werden. Auch das geht auf Kosten der Umwelt und der demokratischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern wie das gesamte Beschleunigungsunwesen, das in Bonn derzeit grassiert.

Für die unregelmäßige Deregulierungspolitik der CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn mit ungewissem Ausgang für Natur und Umwelt wären noch viele Beispiele zu nennen, z. B. auch das Gentechnik-Gesetz.

Meine Damen und Herren, ohne die Neugestaltung der Rahmenbedingungen, unter denen Wirtschaftshandeln derzeit stattfindet, führt eine Umweltpolitik der reinen Deregulierung zwangsläufig zur Aufgabe von Umweltstandards. Das ist offensichtlich das derzeitige Ziel in Bonn.

Wenn man das Vollzugsdefizit ernst nimmt, ist es völlig unstrittig, daß es nicht das Ziel sein kann, chronische Mängelverwaltung auf Dauer hinzunehmen oder einem Vollzugsdefizit hinterherzulaufen, bei dem sowieso absehbar ist, daß der Staat dieses aufgrund der rasanten wissenschaftlich-technischen Entwicklung auf der einen Seite und der begrenzten Mittel des Staatshaushalts auf der anderen Seite nicht wird ausgleichen können. Wenn man das Vollzugsdefizit ernst nimmt, wird man Alternativen zur bisherigen Praxis finden müssen.

Notwendig ist eine Politik, die die Instrumente so verändert, daß zwar die alten Mißstände beseitigt werden, auf der anderen Seite aber keine Aufgabe von Umweltstandards stattfindet. Innerhalb der bestehenden Marktwirtschaft wären das in erster Linie marktwirtschaftliche Anreize, die das Eigeninteresse der Produzenten wecken. Die CDU-FDP-Bundesregierung weigert sich bis heute beharrlich, das Instrument der Ökosteuern einzusetzen. Mit Ihrer Steuerdebatte um die Energie-, Benzin- oder Straßensteuer geben Sie auf Bundesebene ein wahrlich jämmerliches Bild ab, an Unqualifiziertheit und Unorientiertheit nicht mehr zu überbieten.

Meine Damen und Herren, es wäre dringend notwendig, im Zuge der Deregulierung solche Rahmenbedingungen neu zu schaffen. Dazu gehören auch betriebswirtschaftliche Anreize, die dringend notwendig wären, derzeit aber auf Bundesebene nicht gewollt sind. Nicht nur Instrumente gehören dazu, die den Betrieben zusätzliche Kosten verursachen, die dann entweder umgelegt werden können oder die zu einem bestimmten

Frau Dr. Schole

Verhalten veranlassen, wie beispielsweise die Abfallabgabe in Niedersachsen. Was nötig ist, sind Instrumente, die in die betriebswirtschaftliche Risikokalkulation eingreifen. Das wären mit der Änderung des Steuersystems hin auf ökologische Bedürfnisse vor allem eine stärkere Besteuerung von Energie und Rohstoffen, insbesondere ein umfassendes Haftungsrecht und eine Veränderung des Strafrechts. Dazu gehört auch eine Umkehr der Beweislast, das heißt, daß der Produzent nachweispflichtig wäre, was die Umweltverträglichkeit sowohl der Produktion als auch der Produkte betrifft, und nicht mehr die Allgemeinheit oder die Behörde, die schon jetzt und in Zukunft noch mehr nicht mehr im Zentrum des Geschehens steht.

Meine Damen und Herren, ich will einmal prognostizieren, daß in der Zukunft die Effizienz von Umweltpolitik an anderen Kriterien gemessen werden muß als allein an Personal und Haushaltsmitteln des Umweltministeriums,

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD)

zum Beispiel an den Kriterien der Ressourcenschonung. Dies wäre ein sehr ehrliches und seinerseits effizientes Kriterium für eine Bilanz. Es stellt enorme Anforderungen an ein politisches Handeln, an politische Entscheidungsfähigkeit, an Durchsetzungs- und Konfliktfähigkeit. Eine Politik allerdings, meine Damen und Herren, wie die, die in Bonn von CDU und FDP derzeit gepflegt wird, die den Haushalt des Umweltministers um 5,7 % und die Forschungsmittel des Umweltbundesamtes um über 30 % kürzt und gleichzeitig ohne die notwendigen Veränderungen der Rahmenbedingungen und durch ungeregelte und politisch unbegleitete Deregulierungsmaßnahmen eine mutwillige Kahlschlagpolitik erreichter und etablierter Umweltstandards produziert, muß sich entweder den Vorwurf gefallen lassen, umweltpolitisch unverantwortlich zu handeln oder politisch unfähig zu sein

(Grill [CDU]: Frau Schole, Sie haben nichts begriffen!)

und den Herausforderungen einer zukunftsorientierten Umwelt- und Wirtschaftspolitik nicht gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, es wird höchste Zeit für andere Mehrheiten, aber natürlich für die richtigen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat nun Frau Ministerin Griefahn.

Griefahn, Umweltministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Geduld ja nicht strapazieren, aber hier sind so viele Falschheiten an einigen Stellen gesagt worden, daß ich die erst einmal korrigieren muß.

(Zurufe von der CDU.)

— Nein, nein, daß muß man mal ganz klar sagen.

Hier wird von Herrn Grill behauptet, wir würden ein Verwaltungsgutachten für das NLO machen. Das war 1990 mal andiskutiert worden, ist dann aber gar nicht mehr in irgendeine Beratungen hineingekommen. Jetzt diskutieren wir den Haushalt 1993. Was soll das denn, das dritte Mal solche Sachen zu bringen?

(Beifall bei der SPD.)

Dann diskutieren Sie über die Frage, wieviel Abfälle niedersächsischer Firmen wir nach Schönberg entsorgen. Wieviel Abfälle haben Sie denn dorthin gebracht? Sie haben 30 000 t mehr als die 50 000 t dorthin geliefert, die zur Zeit noch nach Schönberg gehen. Wir sind bereit, die Menge kontinuierlich zu senken. Da können Sie uns nicht vorwerfen, wir würden den Abfall auf Kosten anderer Leute beseitigen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie behaupten, wir würden illegal ins Ausland entsorgen. Wir kontrollieren das sehr genau.

(Grill [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

— Sie haben gesagt, daß wir Beihilfe dazu leisten.

(Grill [CDU]: Jawohl!)

Die Kontrolle der Abfallströme ist ein Punkt, auf den wir sehr viel Wert legen. Ich habe die Behörden angewiesen, sie verstärkt zu kontrollieren. Wir sind diejenigen, die bei den Firmen prüfen, ob tatsächlich Abfall anfällt und wie man ihn direkt in dem Betrieb, im Produktionsprozeß vermeiden kann, damit er gar nicht erst als sogenanntes Wirtschaftsgut oder als Abfall anfällt.

(Beifall bei der SPD.)

Weiter haben Sie behauptet, wir würden durch unsere Aktivitäten die CO₂-Emissionen ansteigen lassen. Ich möchte von Ihnen gern einmal wissen, lieber Herr Grill, was Sie inzwischen auf Bundesebene getan haben, um Ihr Ziel, den CO₂-Ausstoß um 25 % zu senken, umzusetzen. Wir haben einen Bundes-Verkehrswegeplan, der bis zum Jahre 2005 eine Steigerung der CO₂-Emissionen um 50 % mit sich bringen wird.

(Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Einen Augenblick, Frau Ministerin. — Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal bitten, etwas ruhiger zu sein.

Griefahn, Umweltministerin:

Wir haben keine Einschränkungen im Bereich der Hauswärmenutzung. Dort wäre eine effiziente CO₂-Verminderung möglich, weil die Hauswärmenutzung 45 % der CO₂-Belastung ausmacht. Der Verkehr ist mit 25 % dabei. Sein Anteil wird noch steigen. Sie tun auf diesem Gebiet überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Dr. Hruska, Sie haben von den Runden Tischen gesprochen. Ich kann mich nur wundern. Auf der einen Seite sagen Sie, daß die Beteiligung der Bürger ganz gut sei, die Runden Tische aber nichts brächten, während Sie auf der anderen Seite auf Bundesebene die Beschleunigungsgesetze durchpowern. Hier sollen die Bürger bei Abfallanlagen — mit Ausnahme von Deponien — nicht mehr beteiligt werden. Es soll ein vereinfachtes Verfahren ohne Bürgerbeteiligung durchgeführt werden. Ich frage mich, ob hierbei noch irgendwo demokratische Rechte wahrgenommen werden können.

(Beifall bei der SPD.)

Sehr geehrter Herr Grill, Sie wollen eine TA Siedlungsabfall durchpowern, wobei Sie das föderative System außer Kraft setzen wollen.

(Widerspruch von Grill [CDU].)

Wir hingegen sagen: Wir brauchen Vielfalt, wir brauchen Kompetenz, und wir brauchen Wettbewerb, damit wir bei der Behandlung dessen, was am Ende wirklich noch übrigbleibt, immer besser werden. Was Sie machen, ist ein zwanghaftes Durchsetzen einer Technologie, der Hausmüllverbrennung. Das ist nicht akzeptabel und entspricht auch nicht den demokratischen föderalen Prinzipien der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD.)

Noch ein Wort zu den Jägern. Herr Dr. Hruska, Sie haben das erwähnt. Was ich gesagt habe, gilt für alle Verbände. Das war eine sehr allgemeine Formulierung. Sie haben das aus dritter Hand berichtet. Das muß man auch einmal dazu sagen. Sie persönlich waren nicht dabei, und auch Herr Köhler war nicht da. Ich habe gesagt: Bei der Anerkennung der Verbände nach § 29 haben die Belange des Naturschutzes an erster Stelle zu stehen. Jeder Verband, der die Anforderungen des § 29 nicht erfüllt, muß mit der Möglichkeit rech-

nen, daß die Anerkennung nach einer Überprüfungsphase wieder aberkannt wird. Dabei wird auch zu fragen sein, welcher Verband in den letzten Jahren welche Entscheidungen getroffen hat. Zu dieser Aussage stehe ich. Dies zu überprüfen, ist meine Pflicht als Umweltministerin.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage beantworten? — Sie sind schon fertig. Wir können Sie nicht mehr durch eine Zwischenfrage unterbrechen.

(Küpker [FDP]: Sie will nicht mehr antworten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratungen und kommen zu den Abstimmungen in zweiter Beratung.

Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, und die Assistenten und Assistentinnen, sich an den Rand des Sitzungssaals zu geben.

Meine Damen und Herren, abgestimmt wird in zweiter Beratung nur über die zu den Einzelplänen und zum Haushaltsgesetzentwurf vorliegenden Beschlußempfehlungen des Ausschusses. Über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in der Drucksache 4190 und der Fraktion der FDP in der Drucksache 4194 sowie über die zum Haushalt vorliegenden Entschließungsanträge wird im Rahmen der dritten Beratung abgestimmt.

(Küpker [FDP]: Drucksache 4193. Die Drucksache 4194 ist der Entschließungsantrag!)

— In meiner Vorlage steht 4194. Die Drucksache selbst liegt mir nicht vor. Wir werden das gleich klären. Im übrigen war das nur ein Hinweis. Bis wir zur dritten Beratung kommen, werden wir das geklärt haben. Gegebenenfalls werde ich das klarstellen. Zumindest stimmen wir darüber nicht in der zweiten Beratung ab.

Wie abgesprochen, lasse ich über die Einzelpläne 01 — Niedersächsischer Landtag —, 10 — Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Landesforstverwaltung — und 14 — Niedersächsischer Landesrechnungshof —

(Dr. Hruska [FDP]: Nein, Herr Präsident!)

— vielleicht lassen Sie mich das erst einmal vorlesen — getrennt und zu den übrigen Einzelplänen insgesamt abstimmen. — Haben Sie damit Probleme? Ich weiß, Sie wollen eine Einzelabstim-

Vizepräsident Dr. Blanke

mung haben. Das betrifft aber die Abstimmung in Dritter Beratung.

(Dr. Hruska [FDP]: Ja, gut!)

Ich rufe also zunächst den Einzelplan 01 — Niedersächsischer Landtag — auf. Hier geht es um die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4112. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 — Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Landesforstverwaltung. Hier geht es um die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4120. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 14 — Niedersächsischer Landesrechnungshof. Hier stimmen wir über die Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4124 ab. Ich bitte um das Handzeichen derer, die zustimmen möchten. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Auch diese Beschlußempfehlung ist angenommen.

Nun stimmen wir über die Einzelpläne 03 bis 09, 11 bis 13, 15, 16 und 20 ab. Ich gehe davon aus, daß wir über die entsprechenden Beschlußempfehlungen des Ausschusses in den Drucksachen 4113 bis 4119, 4121 bis 4123 sowie 4125 bis 4127 insgesamt abstimmen können. Wer diesen Beschlußempfehlungen des Ausschusses insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Beschlußempfehlungen sind angenommen.

Wir kommen nun zum Haushaltsgesetzentwurf. Dazu empfiehlt der Ausschuß für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in der Drucksache 3550 mit den in der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 4111 vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen. Zu § 1 sowie zur Ersten Anlage weise ich auf die Bemerkungen in der Beschlußempfehlung besonders hin.

Ich lasse über die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Haushaltsgesetz vorgeschlagenen Änderungen in der Drucksache 4111 insgesamt abstimmen. Wer diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Änderungen sind angenommen.

Ich rufe nun zur Abstimmung in zweiter Beratung über den gesamten Haushaltsgesetzentwurf auf. Über den § 1 sowie über die Erste Anlage wird dabei mit dem von mir erwähnten Vorbehalt abgestimmt. Das neu errechnete Zahlenwerk wird zur Schlußabstimmung in den Gesetzestext eingefügt.

Wer dem Haushaltsgesetzentwurf in der Drucksache 3550 mit den zum Gesetz und zu den Einzelplänen beschlossenen Änderungen insgesamt in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Gesetzentwurf ist angenommen.

Nach § 33 unserer Geschäftsordnung kann in diesem Fall die dritte Beratung unmittelbar nach Schluß der zweiten stattfinden.

Wir kommen zur dritten Beratung.

Dritte Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993 — HG 1993 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/3550 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/4111 bis 12/4127 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/4190 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/4193 — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/4194 — Übersichten über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben — Drs 12/4173 — Fassung der dritten Beratung — Drs 12/4201

und

Zweite Beratung: Weiterführung der Städtebauförderung — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs 12/4050 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs/12/4191 — Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen — Drs/12/4197 —

Dazu liegen mir Wortmeldungen der Abgeordneten Krapp und Kuhlmann vor, die sich das wohl teilen wollen. Herr Abgeordneter Krapp, bitte schön!

Krapp (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Vorab danke ich der Landtagsverwaltung, die uns in den Ausschüssen fachlich und rechtlich und mit guten Protokollen sicher bei den umfangreichen Haushaltsberatungen begleitet hat.

(Beifall bei der CDU.)

Mein Dank gilt dem Rechnungshof, der sich nicht scheute, Dinge beim Namen zu nennen, ganz gleich, ob die Regierung Schröder oder die Regierung Albrecht betroffen war. Das Parlament, aber auch die Regierung wäre sicher gut beraten, auf die wohlmeinenden Ratschläge des Rechnungshofs zu hören — auch dann, wenn diese nur mit leisen Tönen vorgetragen werden — und nicht nur hinzuhören, sondern auch danach zu handeln.

Sehr verehrte Damen und Herren! Mit dem Änderungsantrag in der Drucksache 4190 Nummern 1 und 2 will die CDU-Fraktion zweierlei aussagen: Sie will erstens ein Signal setzen: Stoppt die Schuldenaufnahmen! Seid bescheidener! Stellt die Weichen richtig! Sie will zweitens drei politische Botschaften geben.

Zunächst kurz zum finanzpolitischen Signal. Die Haushaltsausweitung durch die Zählgemeinschaft von 5 % ist zu hoch. Die neue Nettokreditaufnahme von 2,35 Milliarden DM ist damit zwangsläufig. Sie ist aber in der heutigen Situation leichtfertig und verantwortungslos. Wir von der CDU nehmen die Ratschläge des Finanzplanungsrates ernst und wollen durch unsere Anträge den Haushalt nur um 3,7 % vergrößern. Wir wollen die Schulden des Landes um 463 239 950 DM reduzieren.

Unsere drei politischen Botschaften lauten:

Erstens. Die Ausgaben für Personal mit mehr als 41 % des Haushaltsvolumens sind zu hoch. Die konsumtiven Ausgaben des Haushalts müssen zugunsten der investiven umgeschichtet werden. Bei gewollten Anstrengungen sind im Personalhaushalt 1,5 % weniger auszugeben. Bei einem Umfang von 16 Milliarden DM sind Kürzungen von 240 Millionen DM realistisch.

Zweitens. Die Verwaltungsausgaben enthalten unter anderem Presseanzeigen, Broschüren, Veröffentlichungen, Regierungsgutachten und Zuschüsse für Leistungen Dritter von rund 320 Millionen DM. Bei größerem Zutrauen in das Können der Beamten in den Ministerien und bei bescheidener Werbung für die Regierungsarbeit, wären 140 Millionen DM weniger auszugeben.

(Beifall bei der CDU.)

Bei der überdurchschnittlichen Steigerung der Verwaltungsausgaben von 8,7 % und bei einer Gesamtsumme von mehr als 2,1 Milliarden DM ist eine Kürzung von 140 Millionen DM eine realistische Zahl.

Drittens. Das „Trittinische Gehabe“ im Lande schadet Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU.)

So ist unter anderem unser Kürzungsvorschlag bei den Ausgaben für die Asylkosten um knapp 25 % mit 150 Millionen DM ein dringender Hinweis darauf, Asylbewerber so schnell wie möglich in sichere Heimatländer zurückzubringen. Die jetzt gefaßten Bonner Beschlüsse müssen auch in Niedersachsen umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Sehr verehrte Damen, meine Herren! Wer Geld an einer Stelle nicht ausgibt, kann an anderer Stelle die für ihn wichtigen politischen Aufgaben bedienen. Wir beantragen Ausgaben in den Bereichen Wohnungsbau, Lehrerversorgung und für Stellen der Polizei. Die Begründungen liegen auf der Hand und liegen Ihnen gedruckt vor. Alle drei Anträge sind große Hilfen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir bitten daher um Zustimmung, denn wir wollen damit mehr Wohnungen bauen,

(Beifall bei der CDU)

wir wollen damit eine bessere Lehrerversorgung erreichen, und wir wollen damit die innere Sicherheit verbessern.

(Beifall bei der CDU.)

Sollten Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien, unseren Antrag in der Drucksache 4190 ablehnen, dann beweisen Sie einmal mehr: Die Regierung Schröder kann mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger nicht sorgfältig genug umgehen. — Danke schön.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD. — Senff [SPD]: Erzähl' doch einmal was über deine Wiederwahl!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Das Wort hat nunmehr — auch zu dem Änderungsantrag der CDU — der Abgeordnete Kuhlmann. Bitte schön!

Kuhlmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben zur Weiterführung der Städtebausanierung einen Entschließungsantrag eingebracht, der im Zusammenhang mit dieser Haushaltsplanberatung nach der Schlußabstimmung abgestimmt wird. Zugrunde liegt dem folgender Sachverhalt: Der

Kuhlmann

Haushaltsausschuß des Bundestages und der Bundestag selbst haben beschlossen, den westlichen, also den alten Bundesländern für das Programmjahr 1993 keine Finanzhilfen des Bundes zu gewähren.

(Zuruf von der SPD: Schlimm, schlimm!)

Der Bund will seine knappen Mittel konzentriert für die Erneuerung der in 40 Jahren Sozialismus in Ostdeutschland zerstörten Städte und Dörfer einsetzen. Das ist gut so.

(Beifall bei der CDU.)

Gleichzeitig ist der Bundestag der Meinung, daß die alten Bundesländer diese Aufgaben nach 20 Jahren erfolgreicher Stadtsanierung im Westen in dieser deutschen Ausnahmesituation für das Programmjahr 1993 zunächst einmal alleine fortführen könnten, ohne daß den alten Bundesländern oder ihren Gemeinden dadurch unmittelbare Mehrausgaben entstünden. Was dann nach 1994 oder 1995 kommt, ist jetzt noch nicht abzusehen. Wir müssen das abwarten und werden dann darüber beraten.

Der Ministerpräsident hat in dieser Woche seine Befürchtung darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Rechtsextremismus solange in Teilen der Gesellschaft Gehör finden wird, solange die soziale Spaltung Deutschlands nicht überwunden ist. Meine Damen und Herren, nirgendwo wird die soziale Spaltung so augenfällig wie beim Vergleich des Zustandes der Städte und Dörfer im Westen und im Osten. Für den Bund muß es also vordringlich sein, Hilfen für den Aufbau der zerstörten Städte im Osten zu leisten.

Dennoch — das habe ich Ihnen gestern gesagt und Sie darum gebeten, uns darauf aufgrund des Abstimmungsprozederes vorher eine Antwort zu geben — könnten wir dem Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen zustimmen. Wir würden ihn mittragen, wenn die beiden Regierungsfaktionen dem folgerichtigen Ergänzungsantrag der CDU ebenfalls zustimmen würden. Mit unserem Änderungsantrag, meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, wollen wir erreichen, daß die Stadtsanierung in Niedersachsen fortgeführt wird,

(Beifall bei der CDU)

wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als bisher — also gekürzt um die Bundesmittel —, aber mit Landes- und Gemeindemitteln.

Das wollte auch der Fachminister Walter Hiller. Er hat dies — wie man lesen konnte — im Kabinett vorgetragen. Er ist bei dem Ministerpräsidenten und bei dem Finanzminister Swieter abge-

blitzt. Jetzt fragen sich natürlich viele von uns
— — —

(Zuruf von der CDU.)

— Nein, Herr Hiller darf ja nicht stimmen, er ist ja kein Parlamentarier. Von daher ist er dieser Peinlichkeit, gegen seine eigenen Wünsche stimmen zu müssen, enthoben. Der Peinlichkeit enthoben ist natürlich nicht der Finanzminister. Ich habe gerade das Sulinger Kreisblatt gelesen, Herr Swieter, das sehr seriös über Ihren dortigen Besuch — auch mit einem schönen Bild darunter — berichtet hat. Dort war zu lesen, wie Sie den Sulingern Ihr Wort als Minister gegeben haben, daß der dritte Abschnitt der Stadtsanierung in Sulingen fortgeführt wird. Nun will ich einmal sehen, wie Sie — angesichts dessen, daß uns gesagt worden ist, daß die SPD-Fraktion und die Fraktion der Grünen dank Ihrer Mithilfe die hier im Haushalt eingesetzten Mittel überhaupt nicht mehr für die Stadtsanierung ausgeben wollen — Ihr Wort einlösen wollen. Das möchten wir gerne einmal sehen.

(Beifall bei der CDU.)

Wer diesen Punkt des Ergänzungsantrages der CDU ablehnt, Herr Aller, sagt im Grunde genommen damit doch nichts anderes, als daß er Sündenböcke sucht.

(Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Richtig! — Aller [SPD]: Wir wollen das mit der Strukturhilfe machen!)

Sie wollen sich hinter dem Bund verstecken. Ihr Antrag ist — wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen — nichts anders als ein billiges Alibi, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: So ist das!)

Es ist geradezu eine Verhohnepipelung — entschuldigen Sie bitte, Herr Präsident; hier sind aber bereits ganz andere Ausdrücke gefallen, die nicht gerügt worden sind — aller Mitglieder dieses Landtages, die jetzt gerade beschlossen haben und die noch einmal in der Schlußabstimmung beschließen sollen, daß das Land seine Städtebauförderungsmittel in diesem Haushalt veranschlagt, wenn Sie aber schon jetzt sagen, daß diese Regierung sie gar nicht ausgeben soll. Damit führen Sie sich an der eigenen Nase herum. Ich weiß gar nicht, wie man so etwas machen kann. Das ist ein merkwürdiges Verhalten, das es wohl bisher in keinem bundesdeutschen Länderparlament gegeben hat.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, der Bund vermindert seine Mittel. Wir wollen Ihnen helfen und beim Bund dahin gehend vorstellig werden, das nicht zu tun. Deshalb müssen Sie unserem Ergänzungsantrag zustimmen. Aber eine Verminderung der Mittel ist keine Lahmlegung der Städtebausanierung in Niedersachsen. Sie wollen nach Ihren eigenen Aussagen die Städtebausanierung in Niedersachsen aber völlig lahmlegen. Das wollen wir nicht mitmachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Meine Damen und Herren, es hat ein Mißverständnis gegeben. Es handelt sich hierbei noch nicht um die Schlußerklärungen. Die Schlußerklärungen kommen vor der Schlußabstimmung in dritter Beratung. Hier geht es um die verschiedenen Änderungsanträge. — Bitte schön, Herr Abgeordneter Plau!

Plau (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zur CDU wollen SPD und Grüne, daß die Stadtsanierung auch nach der deutschen Einheit fortgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Sie ist auch in den alten Bundesländern nicht nur als wünschenswerte, sondern auch als eine absolut notwendige soziale und städtebauliche Aufgabe erforderlich.

(Kuhlmann [CDU]: So etwas Unredliches!)

— Herr Kollege Kuhlmann, wenn Sie sich jetzt schon von den Worten distanzieren, die Sie vor 30 Sekunden hier abgelassen haben, dann spricht das nicht für Kontinuität!

(Beifall bei der SPD.)

Das ist eine unverzichtbare Aufgabe zur Schaffung und Sanierung von preiswertem Wohnraum sowie für den Erhalt von innerstädtischen Wohnquartieren und deren Sozialstrukturen. Das ist der erste Satz unseres Entschließungsantrages, meine Damen und Herren. Ich kann das gesamte Parlament nur dazu auffordern, diesem auch zuzustimmen.

Wenn wir über die Situation der Städtebauförderung reden, Herr Kollege Kuhlmann, dann müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sich der Bund aus dieser Aufgabe — das ist eine klassische Aufgabe, an der sich Bund, Länder und Gemeinden zu jeweils einem Drittel beteiligen — in den letz-

ten Jahren in geradezu skandalöser Weise zurückgezogen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Eine Milliarde DM ist die Ausgangslage der Bundesmittel gewesen — runtergefahren auf 660 Millionen DM, vor einem Jahr noch einmal auf 380 Millionen DM reduziert. Das ist innerhalb von drei Jahren eine Reduzierung auf ein Drittel des ursprünglichen Betrages.

Meine Damen und Herren, damit wird deutlich, daß dieses aus Bund, Ländern und Gemeinden bestehende Programm dann tot ist, wenn sich der Bund jetzt vollends aus dieser Aufgabe herauszieht, Herr Kollege Kuhlmann. Das muß man hier so deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Man kann natürlich auch etwas anderes machen. Man kann natürlich versuchen, dem Land zu helfen, indem man insbesondere die Aufgaben, die ich bereits angesprochen habe, wahrnimmt, nämlich preiswerten Wohnraum auch in den Sanierungsgebieten fördert.

(Kuhlmann [CDU]: Wo ist da die Logik?)

Das kann man zwar tun; das ist dann aber nicht mehr das alte Sanierungsprogramm. Jeder, der den Menschen draußen etwas anderes sagt, sagt wissentlich die Unwahrheit, Herr Kollege Kuhlmann. So ehrlich sollten wir sein.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir wollen, daß der Bund seine sozialen Aufgaben und sozialen Verpflichtungen erfüllt, die er im Bund-Länder-Abkommen eingegangen ist. Wir wollen dem Bund nicht bereits von vornherein einen Persilschein ausstellen, wie Sie es mit Ihrem Änderungsantrag tun, indem Sie sofort auf die Kosten der deutschen Einheit hinweisen und ihm sozusagen die Erklärung dafür nachliefern, warum sich der Bund herausziehen kann. Herr Kollege Kuhlmann, wenn Sie es beim Bund akzeptieren, warum akzeptieren Sie dann nicht, daß sich das Land aus dieser Bund-Länder-Gemeinde-Aufgabe löst? Wir wollen das nicht!

(Stock [CDU]: Weil der Bund ein vergrößertes Betreuungsgebiet hat! Beim Land hat sich das nicht vergrößert!)

— Nein, Herr Kollege Stock, das stimmt überhaupt nicht! Die Lasten der deutschen Einheit sind in einer geradezu skandalösen Weise auch auf die Länder abgewälzt worden. Das ist hier an den vergangenen zwei Tagen auch deutlich diskutiert worden.

(Beifall bei der SPD.)

Plaue

Nein, meine Damen und Herren, den Persilschein stellen wir dem Bund nicht aus. Unsere Haushaltsmittel zur Stadtsanierung stehen im Haushaltsplan. Er wird heute hier beschlossen. Unser gemeinsames Ziel muß es sein, den Bund dazu zu bewegen, auch seine Mittel für die Stadtsanierung bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Küpker für die FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst bemerken, daß wir von der Fraktion nicht noch einmal zum Städtebauantrag Stellung nehmen. Das hat der Kollege Bannier schon in der allgemeinen Aussprache getan. Ich bin noch einmal nach vorne gekommen, um für die FDP-Fraktion unseren Änderungsantrag zum Haushalt und den Entschließungsantrag offiziell einzubringen.

Ich möchte aber zunächst, wie es auch der Herr Kollege Krapp getan hat, vorweg einen herzlichen Dank an die Landtagsverwaltung und alle Mitarbeiter in den Ministerien richten, die sich sehr kooperativ verhalten haben.

(Zustimmung bei der FDP, bei der SPD und bei der CDU.)

Ich will aber auch den Kollegen in den Ausschüssen für die Kollegialität Dank sagen, wie sie hier möglich ist, auch wenn die zweitägige Debatte das manchmal nicht hat vermuten lassen. So war es auch möglich, in Absprache das eine oder andere zu regeln, was hier dann nicht mehr in Anträgen der Fraktionen zum Ausdruck kommt. Auch das ist möglich.

Meine Damen und Herren, der Änderungsantrag der FDP-Fraktion — ich referiere es noch einmal — umfaßt ein Volumen von 542 Millionen DM. Wir haben Anträge zum Sachhaushalt gestellt, um insbesondere Umschichtungen vorzunehmen und um deutlich zu machen, welche Akzente wir setzen und gerne verabschiedet hätten.

Ich spreche unsere Vorschläge zum Personalhaushalt an. Wir müssen dahin kommen, Personal einzusparen, und zwar insbesondere in den Bereichen, wo das heute schon notwendig ist und wo das ganz klar erkennbar ist — beispielsweise in

der Hochbauverwaltung —, weil Aufgaben weggefallen sind.

(Zustimmung bei der FDP.)

Genauso bleibt es aber unsere Aufgabe, die Organisationsstruktur und die Personalstruktur zu durchforsten, damit wir zu Einsparungen kommen, damit aber auch die Mitarbeiter, die wir in der Landesverwaltung unbedingt benötigen, vernünftig bezahlt werden können. Von daher sind wir dafür, die Hebungen mitzumachen und die Stellen leistungsgerecht zu bewerten. Das ist unsere Aufgabe. Auch insgesamt müssen wir zu Einsparungen kommen, um auch wieder für die Stellen im Bereich der Finanzverwaltung, der Unterrichtsversorgung und bei der Polizei Luft zu haben, wo aus heutiger Sicht wieder zusätzliche Stellen notwendig werden, weil sich die Situation geändert hat.

(Zustimmung bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, einen besonderen Schwerpunkt setzen wir bei der Absenkung der Nettoneuverschuldung.

(Zustimmung bei der FDP.)

Hier kommen wir nach unseren Zahlen zu einem Minus von 310 Millionen DM, was man bei konsequenter Politik heute realisieren kann, auch im Asylbereich — ich muß das noch einmal ganz klar ansprechen —, wenn auf Hilfe zum Unterhalt abgestellt wird und wenn die Verfahrensverkürzung ernst genug betrieben wird. Die lineare Kürzung der Personalkostensteigerung habe ich bereits in der allgemeinen Aussprache angesprochen. Insgesamt kommen wir zu einem Minus von 310 Millionen DM zur Absenkung der Nettoneuverschuldung. Es wäre gut, wenn wir hier tatsächlich zu weiteren Reduzierungen kämen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal die Notwendigkeit zur Vorlage eines Nachtragshaushalts ansprechen, in dem etwa 300 Millionen DM zu beordnen sind. Diese 300 Millionen DM müssen nach unserem Geschmack echt aus dem Haushalt herausgekürzt werden, damit wir die Reduzierung der Nettoneuverschuldung, wie wir sie vorschlagen, nicht schon wieder sozusagen verfrühstücken müssen.

Meine Damen und Herren, ich will darüber hinaus Ihr Augenmerk auf unseren Entschließungsantrag in der Drucksache 4194 lenken. Wir haben auf die allgemeine Haushaltsführung abgestellt. Ich meine, das sind auch Ihre Positionen, Herr Kollege Swieter. Das eine oder andere ist ja inzwischen in Marsch gesetzt worden.

Ich will Ihr Augenmerk auch auf den Abschnitt B, „zur Risikoversorge“, lenken. Meine Damen und Herren, wenn wir nicht schon jetzt aufpassen, Einsparungen vornehmen und uns nicht auf das einstellen, was spätestens im Jahre 1995 auf uns zukommen wird, dann laufen wir finanziell fest. Das kann doch nicht die Politik dieses Hohen Hauses sein. Von daher ist es wichtig, daß die Risiken erkannt werden. Wir brauchen einfach eine Neufassung der Mipla, damit klar auf den Tisch gelegt wird, welche finanziellen Risiken auf uns zukommen.

Ich nehme noch einmal auf, daß wir gemeinsam antreten sollten, um in Bonn das, was bezüglich der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs auf uns zukommt, zu bewegen, damit es uns nicht so hart trifft, wie es im Moment den Anschein hat. Ich sagte, daß wir 6,1 Milliarden DM oder auch nur 4,4 Milliarden DM nicht verkraften können. Müßten wir dies, könnten wir in diesem Land keine Politik mehr betreiben. Um so wichtiger ist es deshalb, daß wir schon heute gen Bonn Zeichen setzen und einen eigenen Beitrag dafür leisten sowie deutlich machen, wie wir uns auf diese neue Situation einstellen.

In diesem Zusammenhang muß über Stichworte wie „Privatisierungskonzept“ und „Neustrukturierung der Behörden“ miteinander diskutiert werden. Es mag auch notwendig sein, über die eine oder andere Landesbeteiligung neu zu diskutieren und zu überlegen, ob sie sein muß oder notfalls nicht auch verkauft werden könnte, damit wir in diesem Haushalt insgesamt zu einer Absenkung der Gesamtverschuldung kommen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich sage noch einmal: 50 Milliarden DM Schulden am Ende dieser Legislaturperiode von Rot-Grün sind nicht zu verkraften und müssen unbedingt vermieden werden.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Wir von der FDP-Fraktion wollen unseren Beitrag dazu leisten, Herr Aller. Wir können immer darüber reden. Wenn es um den Abbau von Schulden geht, haben Sie uns immer auf Ihrer Seite. Machen Sie einmal Vorgaben! Wir haben mit unserem Änderungsantrag zum Haushalt Vorgaben gemacht. Auch die CDU hat Vorgaben gemacht, was ich nicht verschweigen möchte. Das ist aber nicht immer nach unserer Mütze, möchte ich einmal sagen. Der einen oder anderen Position können wir uns anschließen. Einige Positionen halten wir aber nicht für realistisch. Aus diesem Grunde werden wir unsere Meinung bei der Abstimmung sehr differenziert kund tun.

Abschließend darf ich Sie bitten, unseren Änderungsanträgen und insbesondere unserem Entschließungsantrag als einer gemeinsamen Linie des Landtags zu folgen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Abstimmungen. Ich darf Sie wieder bitten, die Plätze einzunehmen. — Ich schlage vor, daß wir über die Nr. 2 im Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Drucksache 4190 insgesamt und über die Nr. 1 bei den jeweiligen Paragraphen abstimmen. Die Fraktion der FDP hat darum gebeten, daß über drei Positionen in ihrem Änderungsantrag in Drucksache 4193 einzeln und im übrigen en bloc abgestimmt werden möge. Wir werden so verfahren.

Über die Entschließungsanträge ist nach § 36 unserer Geschäftsordnung nach der Schlußabstimmung zu entscheiden.

Wer der Nr. 2 im Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 4190 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Wer den Vorschlägen im Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 4193 zu Kapitel 03 20, Titel 422 01 und 425 01 — dort geht es um die Erhöhung der Wechselschichtzulagen und um die Einstellung von 100 Angestellten bei der Polizei — zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist insoweit abgelehnt.

(Zurufe von der CDU und von der FDP.)

— Ich darf um Ruhe bitten! — Wir kommen jetzt zu einem weiteren Punkt im Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Drucksache 4193. Ich lasse jetzt abstimmen über die Änderungsvorschläge zu Kapitel 05 06, Titelgruppen 76 und 77 bis 79. Hier geht es um das Wohnungsbausonderprogramm und um das Wohnungsbauprogramm 1993. Wer diesen Änderungsvorschlägen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Antrag ist auch insoweit abgelehnt.

Ich komme nun in dem Antrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 4193 zu den Änderungsvorschlägen zu den Kapiteln 07 10, 07 11 und 07 20 Titel 422 11. Dabei geht um die Einstellung von mehr Lehrern und um Stellenhebungen. Wer diesen Änderungsvorschlägen der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

Vizepräsident Dr. Blanke

chen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Auch insoweit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den verbleibenden Positionen des Änderungsantrags der Fraktion der FDP in der Drucksache 4193. Wer dem Änderungsantrag, soweit wir nicht bereits abgestimmt haben, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Auch insoweit ist der Antrag abgelehnt.

Weitere Wortmeldungen und Anträge zu den Einzelplänen liegen nicht vor.

Ich rufe jetzt die Paragraphen des Haushaltsgesetzesentwurfs 1993 der Reihe nach auf.

§ 1. — Vorbehaltlich des noch zu errechnenden Zahlenwerks.

§ 2.

§ 3. — Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 4190, Nr. 1, vor. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

§§ 4 bis 8.

§ 9 einschließlich der Zweiten Anlage.

§§ 10 bis 21.

Gesetzesüberschrift.

Bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, gebe ich Gelegenheit, die Schlußerklärungen zum Haushalt 1993 abzugeben. Inzwischen wird die Fassung des § 1 sowie die Erste Anlage des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 an Sie verteilt sein.

Zu den Schlußerklärungen liegt mir zunächst die Wortmeldung des Herrn Ministers der Finanzen vor. Bitte schön, Herr Minister Swieter!

Swieter, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist üblich und wohl auch sinnvoll, kurz vor Abstimmungen in dritter Beratung ein kurzes Resümee aus der Sicht des Finanzministers zu ziehen. Ich tue das auch gern. Dabei möchte ich deutlich machen, daß es für die Aufstellung eines Haushalts mehr braucht als das, was die Opposition gestern und heute der Öffentlichkeit geboten hat.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es braucht zunächst ein Konzept. Ein Haushalt ist nämlich ein in Zahlen ausgedrücktes Pro-

gramm. Er ist für alle Politikbereiche ein Kompromiß zwischen dem, was wünschenswert ist, und dem, was finanziell machbar ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist: Es braucht Kompetenz und Kreativität. Zu dem, was ich vorhin von Herrn Krapp gehört habe, der in drei Minuten versuchen wollte, Kompetenz zu beweisen — ich gehe nachher noch auf einige Dinge ein —, kann ich nur sagen: Bleiben Sie noch lange da, wo Sie sind.

(Kuhlmann [CDU]: Für einen Minister ist das peinlich! Ein Minister sollte nicht so reden!)

Herr Krapp hat Einsparungsvorschläge z. B. zum Asylbereich gemacht und dies mit der Aussage verbunden, daß auf diesem Gebiet Herr Trittin mit dem sogenannten Trittinschen Gehabe schuld habe. Ich halte das für unverantwortlich und für unseriös, weil Herr Trittin eine gute Politik macht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Kuhlmann [CDU]: Die eine Hälfte hat gelacht, und die andere Hälfte war peinlich berührt! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Herr Kuhlmann, zu Ihnen sage ich auch noch etwas.

Meine Damen und Herren von der CDU! Wenn das die finanzpolitische Kompetenz der CDU-Fraktion ist, wie sie von Herrn Krapp vorgetragen worden ist, dann kann ich dazu nur sagen: Das soll er in Vechta machen. Es ist nicht einmal Kreistagsniveau, was hier vorgetragen wurde.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Stock [CDU]: Was Sie hier machen, ist nicht Ministerniveau! Das können Sie als Fraktionsvorsitzender machen, aber nicht als Minister!)

Kürzungsvorschläge nach der Rasenmähermethode haben zwar eine vordergründige Öffentlichkeitswirkung — das gebe ich ja zu —; aber ein Zeichen von Kompetenz sind sie allemal nicht. Sie sind im Gegenteil ein Zeichen von Ratlosigkeit und von Hilflosigkeit. Das ist das, was heute bewiesen worden ist.

(Beifall bei der SPD.)

Drittens bedarf es handwerklichen Könnens. Wenigstens die Grundbegriffe von Mathematik und Haushaltsrecht sollten auch den Kritikern geläufig sein.

(Stock [CDU]: Arroganz ist hier auch nicht gefragt!)

— Ich bin überhaupt nicht arrogant! Ein Ostfrie-
se ist nie arrogant!

(Stock [CDU]: Sie sind überheblich bis zum
Gehntnichtmehr!)

Unser Haushalt ist ein solide ausgestattetes, solide
verpacktes und solide verschnürtes Paket.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]:
Eine Mogelpackung!)

Er enthält Zahlen und Fakten für die Verwaltun-
gen und Leistungen für die Bürger. Man kann we-
der seinen Inhalt beliebig ändern noch das Paket
beliebig auf- und wieder zuschnüren.

(Stock [CDU]: Lesen Sie lieber vor, was man
Ihnen aufgeschrieben hat! — Unruhe.)

Die Debatte gestern und heute hat einmal mehr
gezeigt: Die Opposition, vor allem die CDU, hat
kein Konzept. Es fehlt ihr an Kompetenz und an
handwerklichem Können. Ich sage dazu — —

(Stock [CDU]: Daß Ihnen keiner mehr zu-
hört! — Möllring [CDU]: Der Ministerprä-
sident ist auch schon rausgegangen!)

— Wenn ich einmal schaue, welche Unruhe bei
Ihnen herrscht, dann sage ich Ihnen: Es ist gut,
daß die Opposition Opposition ist. Dafür möchte
ich nun einige Beispiele nennen.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Aber es ist kei-
ne gute Opposition! — Krapp [CDU]: Sie
sollten sich an drei Minuten halten! Da
kann man wenigstens etwas sagen!)

Die Opposition kritisiert, die Zahl der Beschäftig-
ten im Landesdienst sei zu hoch. Die CDU will
240 Millionen DM bei den Personalkosten einspa-
ren. Zugleich fordert sie in bestimmten Bereichen
mehr Planstellen. Ich will nicht von der Heuchelei
reden, die dahintersteckt; denn die CDU will
vor allem dort mehr Personal, nämlich bei den
Schulen und bei der Polizei, wo sie zu Zeiten von
Herrn Albrecht den Rotstift angesetzt hat.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich will hier vielmehr die Einfallslosigkeit des
CDU-Vorschlags deutlich machen; denn es wird
nicht ein einziger Bereich genannt, in dem nach
Meinung der CDU Personal eingespart werden
sollte. Also ist das schlicht und ergreifend eine
Luftnummer.

(Reinemann [CDU]: Wenn Sie früher nicht
soviel Schulden gemacht hätten, hätten wir
das längst gemacht!)

Ähnlich ist es mit den finanziellen Risiken, die
vom nächsten Jahr an aufgrund der Konjunktur-
entwicklung und aufgrund der Bonner Entschei-

dungen auf Niedersachsen zukommen werden. Es
wird nicht nur zu einem Minus bei den Steuerein-
nahmen kommen — die Zahl von 386 Millionen
DM brutto für 1993 kennen wir —, sondern es
wird, wie ich das sehe, auch zu drastischen Kür-
zungen von Bundesmitteln kommen. Wir werden
als Land mit Einbußen rechnen müssen. Trotz-
dem, meine Damen und Herren von der CDU,
trotz ausfallender Bundesmittel wollen Sie die
Neuverschuldung drücken und stellen Anträge,
wie gerade erst noch gestern, die ausfallenden
Mittel wieder auszugleichen.

(Gansäuer [CDU]: Die Grünen auch!)

Glauben Sie mir: Man muß die Menschen in die-
sem Lande doch nicht für so dumm halten, wenn
man dieses dann auch noch als Sparkonzept ver-
kaufen will.

Herr Gansäuer hat gestern gesagt — ich meine,
man sollte bei der Wahrheit bleiben —, wir hät-
ten im Zusammenhang mit dem Länderfinanz-
ausgleich nichts getan. Herr Gansäuer weiß es
besser; denn ich habe ihm vor kurzem noch einen
Brief geschrieben, auch eine Kopie an die Bun-
destagsabgeordneten aller Fraktionen, in dem
sehr deutlich das Konzept der Landesregierung
dargestellt ist. Darin steht, wie wir uns die Rege-
lungen vorstellen. Wir haben Eckpunkte ge-
nannt, die wir für unverzichtbar halten.

(Krapp [CDU]: Dann brauchen Sie ja kein
neues Gutachten, wofür Sie im Haushalt
noch Mittel stehen haben!)

— Herr Krapp, wir haben eben kein Modell wie
andere Bundesländer vorgelegt, die sich selber
reichgerechnet haben; das tun wir nicht, weil wir
zu solide sind.

(Lachen bei der CDU.)

Sich reichzurechnen, um hinterher damit reinzu-
fallen, ist wohl nicht der richtige Weg.

Wir haben Punkte aufgelistet, wie die Neurege-
lungen sowohl bei den neuen Ländern als auch
bei den alten Ländern sein sollten, damit wir
nicht gemeinsam überfordert werden. Das ist So-
lidität, und ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Gansäuer hat gestern in seinem Beitrag von
mehr Steuereinnahmen in Höhe von 10 Milliar-
den DM gesprochen. Die hat er uns vorgerechnet
und hat dazu noch Bundesergänzungszuweisun-
gen und Länderfinanzausgleich gepackt. Er kam
dabei auf 12 Milliarden DM. An der Entwicklung
der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben
seit Ende 1990, also seit dem ersten Haushalt der
rot-grünen Landesregierung, läßt sich leicht bele-

Swieter

gen, wie falsch diese Rechnung ist. Der letzte Haushalt der Albrecht-Regierung, also einschließlich des ersten Nachtrags 1990, hatte ein Volumen von 31,5 Milliarden DM. Dieser Haushalt hat ein Volumen von 38,2 Milliarden DM. Das Plus beträgt also 6,7 Milliarden DM. Ihrer Rechnung nach hätten wir 12 Milliarden DM mehr in der Kasse haben müssen. Daß dies keiner gemerkt hat, weder im Landtag noch im Haushaltsausschuß noch beim Landesrechnungshof, ist mir unverständlich. Ich versuche noch mit Herrn Gansäuer die 6 Milliarden DM zu suchen. Aber ich sage dazu auch: Ein Schüler, der so rechnet wie der Fraktionsvorsitzende der CDU, bekäme keine Eins, sondern eine Sechs!

Ein anderes Beispiel: Ein Kaufmann, der meint, seine Einnahmen seien gleich Gewinn, wäre rasch pleite. Wie auch immer, wer so rechnet oder argumentiert, wie das auch Herr Krapp wieder versucht hat, der sollte sich lieber nicht zur Haushaltspolitik äußern.

Dann klagen Sie über die sinkende Investitionsquote. Denken Sie doch mal darüber nach, wie wir das denn so schnell ausgleichen sollen. Sie haben doch durch mangelnde Unterstützung mit dafür gesorgt, daß im Jahr 1993 Strukturhilfemittel in Höhe von 652 Millionen DM wegfallen. Das sind reine Investitionsausgaben. Daß dann die Quote sinkt, ist doch wohl klar. Da hätte ich mehr Hilfe Ihrerseits erwartet.

Einige Worte noch zur FDP. Herr Küpker, Herr Hildebrandt, ich kann feststellen, daß sich die FDP-Opposition mehr Arbeit und mehr Gedanken gemacht hat als die große CDU-Opposition. Sie hatten ja auch noch einen Entschließungsantrag vorbereitet, mit dem Sie uns auffordern wollten, dieses Dezember-Fieber nicht zuzulassen. Sie wissen, das habe ich Anfang der Woche schon ohne Ihren Antrag geregelt.

(Hildebrandt [FDP]: Sie hatten von unserem Antrag gehört!)

Außerdem sagten Sie — das haben Sie vorhin noch einmal betont —, die Landesregierung sollte zum geplanten Nachtrag 1993 eine überarbeitete Mipla vorlegen. Herr Küpker, das wissen Sie doch ganz genau; ein Blick in das Haushaltsgrundsatzgesetz hätte genügt: Da ist nämlich in § 50 nachzulesen, daß die Mipla immer jeweils im Zusammenhang mit dem Haushalt vorgelegt werden muß. Das ist für mich selbstverständlich. Dazu brauche ich keinen Antrag.

(Hildebrandt [FDP]: Zum Nachtrag!)

Dann sollen wir auf Bitten der FDP — das ist ja auch sehr interessant — dem Landtag eine Über-

sicht über entbehrliches Landesvermögen vorlegen. Herr Küpker, in jedem Haushalt, in jeder Haushaltsrechnung und in halbjährlichen Berichten an den Landtag wird das Landesvermögen aufgelistet.

(Hildebrandt [FDP]: Sie sollen sagen, was entbehrlich ist!)

Meine Frage an Sie: Was ist denn nach Ihrer Meinung entbehrlich? Machen Sie doch mal einen Vorschlag.

(Hildebrandt [FDP]: Das sollen Sie uns sagen!)

Die Landesregierung soll aufgefordert werden, zusätzlich zu sparen. Das tun wir sowieso schon vor dem Hintergrund der Bundespolitik. Aber ich sage hier in allem Ernst: Erst muß tatsächlich der Bund die Zahlen und Fakten auf den Tisch legen. Er muß sagen, welche finanziellen Risiken auf Länder und Gemeinden zukommen. Es muß für uns klar sein, welche Einbußen sich aus Solidarpakt, föderalem Konsolidierungskonzept, neuem Länderfinanzausgleich und Altschulden DDR in den nächsten Jahren ergeben. Er muß tatsächlich offenlegen, welche Auswirkungen Gesetze — vom Begleitgesetz angefangen bis zur geplanten Bahnreform — für uns haben werden.

Ich sage hier ganz ehrlich und offen: Fast alle Punkte setzen eine möglichst einvernehmliche Regelung zwischen Bund und Ländern voraus; denn diese finanzpolitischen Probleme lassen sich sinnvoll nur parteiübergreifend und länderübergreifend mit dem Bund lösen. Ein isoliertes Vorpreschen und Alleingänge wären falsch. Wer zu solchen Alleingängen auffordert, wie das immer wieder in diesen beiden Tagen passiert ist, der ist aus meiner Sicht, milde formuliert, politisch schlecht beraten. Wenn entsprechende Beschlüsse und Gesetze seitens des Bundes vorliegen, werden wir handeln und auch die notwendigen Kürzungen vorschlagen; dann und nicht jetzt. Dazu gibt es das Instrument des Nachtrags, und das wird auch genutzt. Das haben wir Ihnen in aller Schnelligkeit beim Wegfall der Strukturhilfe bewiesen und vorgemacht.

Meine Damen und Herren, die FDP hatte dann auch noch in Ihrem Entschließungsantrag gefordert, Personal abzubauen. Natürlich sind Kürzungen in den nächsten Jahren in allen Bereichen vorprogrammiert. Wir warten einmal ab, wie der Bund überkommt.

(Hildebrandt [FDP]: Ich denke, Sie haben ein Konzept!)

— Ich habe ein Konzept. Das kennen Sie auch. Herr Gansäuer hat es schriftlich von mir bekommen. Wir werden in den nächsten fünf und zehn Jahren nicht nur permanent über Einsparungen im Personalbereich nachdenken, sondern auch etwas tun müssen. Ich habe aber eine etwas andere Reihenfolge als Sie. Meine Damen und Herren, was die CDU vorgeschlagen hat, können Sie vergessen. Für mich stehen am Anfang dieser Dinge folgende Fragen: Welche Aufgaben, welche Dienstleistungen müssen und sollen wir in dieser Form wahrnehmen,

(Zuruf von Hildebrandt)

und wie können Organisation und Arbeitsabläufe effektiver gestaltet werden? Erst dann — dieser Prozeß dauert seine Zeit — können wir feststellen, wo wir sparen können.

(Hildebrandt [FDP]: Erst Aufgabenkritik und dann Abbau!)

Aber, Herr Hildebrandt, in einem Jahr einfach 3 500 Stellen zu streichen, wie die CDU-Fraktion dies mit ihrem Sparvorschlag von 240 Millionen DM fordert, ist in der Praxis nicht möglich. Solche pauschalen Vorschläge — das sage ich noch einmal — sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

(Beifall bei der SPD. — Möllring [CDU]: Wir haben es gezeigt!)

Im übrigen weise ich darauf hin, daß wir von Anfang an über die Strukturen und die Organisation in der Landesverwaltung nicht nur nachdenken. Wir machen Aufgabenkritik. „Verwaltung 2000“ — das hat diese Landesregierung deutlich gemacht — bedeutet, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Dafür brauchen wir keinen Entschließungsantrag der FDP-Fraktion.

(Hildebrandt [FDP]: Na, na!)

Ein letzter Punkt. Ich möchte das noch einmal sagen, weil das auch gestern anklang. Herr Waigel geht, wenn er Mindereinnahmen hat, sofort an den Kreditmarkt und wird dann hier von der CDU und von der FDP auch noch als Sparminister gefeiert.

(Hildebrandt [FDP]: Im Vergleich zu Ihnen!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen einmal etwas sagen. Schauen Sie sich die Kreditfinanzierungsquote der Jahre 1986 bis 1990, in denen Sie Regierungsverantwortung getragen haben, an. Gucken Sie sich unsere Kreditfinanzierungsquote an! Schauen Sie sich an, wie sich das bei uns entwickelt. Wir bleiben knallhart weit unter 10 Mil-

liarden DM. Hätten Sie sich daran ein Beispiel genommen, ginge es uns heute besser!

(Beifall bei der SPD.)

Mit Ruhe und Gelassenheit, mit Konzepten und mit Kompetenz und handwerklichem Können

(Krapp [CDU]: Das wollen wir auch erwarten!)

haben wir in den letzten zwei Jahren Einnahmeausfälle von mehreren Milliarden DM in den Griff bekommen. Ich will gern einräumen, daß das nicht immer leicht war. Man muß wissen — ich muß das Herrn Krapp immer wieder sagen —, daß ein Haushalt nicht isoliert betrachtet werden darf. Die Haushalte greifen vielmehr — zum Beispiel über die Rücklage — ineinander. Der Abschluß des einen Haushalts ist Bestandteil des nächsten. Die CDU-Fraktion hat am Mittwoch gefordert, die freiwilligen Landesleistungen für den sozio-strukturellen Einkommensausgleich für die Landwirte nicht um 85 Millionen DM, sondern sogar noch um weitere 60 Millionen DM aufzustocken. Sie haben gesagt, das solle aus der Rücklage gedeckt werden. Die Rücklage zu verfrühstücken, was Sie uns immer vorgeworfen haben, ohne die Konsequenzen für den nächsten Haushalt zu berücksichtigen, ist, Herr Krapp, das Gegenteil von Kompetenz und handwerklichem Können.

(Krapp [CDU]: Sie nehmen selber 100 Millionen DM aus der Rücklage!)

Meine Damen und Herren, heute geht es um die dritte Lesung. Dieser Haushalt enthält bis auf zwei Zahlen, nämlich die geschätzten Steuermindereinnahmen und die Übergangsregelung zum Grundfreibetrag, alle jetzt etatreifen Haushaltsdaten. Das ganze ist — ich wiederhole das — ein solide geschnürtes Paket. Ich darf Sie herzlich bitten, diesem Haushalt zuzustimmen.

Die finanziellen Fakten, die sich in den nächsten Monaten ergeben werden, werden wir geordnet und sachlich in einem Nachtragshaushalt umsetzen, den ich Ihnen voraussichtlich im Mai vorlegen kann.

Alles zu seiner Zeit — mit Ruhe und Gelassenheit. Auf diese Landesregierung können Sie sich verlassen. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Meine Damen und Herren, es folgen jetzt die Schlußerklärungen der vier Fraktionsvorsitzenden; im Wechsel von Oppositions-

Vizepräsident Dr. Blanke

und Regierungsfractionen. Zunächst hat das Wort der Abgeordnete Gansäuer für die CDU-Fraktion.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen Tagen eingehend über die Lage der Landesfinanzen diskutiert; wenn auch kontrovers. Dabei ist zu Recht von allen Seiten immer wieder hervorgehoben worden, daß wir in einer Zeit besonderer Herausforderungen leben, deren Dimensionen alle Maßstäbe der Vergangenheit vergessen machen und die viele Menschen einschließlich einer ganzen Reihe von Politikern — Gott sei es geklagt — noch nicht umfassend begriffen haben oder nicht begreifen wollen.

Nichts ist mehr so, wie es gestern war. An diese simple Erkenntnis müssen wir uns, ob es uns gefällt oder nicht, möglichst rasch gewöhnen; je schneller, um so besser. Was beispielsweise in den neuen Bundesländern binnen weniger Jahre geschaffen werden soll, dazu haben früher Generationen gebraucht. Aber ich kenne niemanden, der die Auffassung vertritt, wir dürften uns damit etwa über Generationen hindurch Zeit lassen. In welcher Partei auch immer, wir stehen gemeinsam in der Verantwortung. Denn die wirtschaftlichen Probleme in den fünf neuen Bundesländern haben nicht CDU und CSU und FDP verursacht, sondern sie sind das Ergebnis von 40 Jahren Sozialismus, für das wir heute im Interesse unserer Landsleute zusammen eintreten müssen.

(Beifall bei der CDU.)

In diesem Sinne sind auch die Schulden der Treuhand und des Kreditabwicklungsfonds nicht die Schulden von Helmut Kohl und Theo Waigel, sondern es sind die Schulden von Herrn Honecker und Herrn Ulbricht, für die wir heute ebenfalls gemeinsam einzustehen haben.

(Beifall bei der CDU.)

Ich wende mich in diesem Zusammenhang aber auch noch einmal gegen den Versuch, alle Finanzprobleme von heute auf die deutsche Einheit abzuschieben. Dies entspricht weder der Wahrheit, noch wird es den Empfindungen der Menschen in den neuen Bundesländern gerecht.

(Beifall bei der CDU.)

Die Wahrheit ist nämlich, daß wir in der alten Bundesrepublik auch ohne die deutsche Einheit Finanzierungsschwierigkeiten erheblichsten Ausmaßes bekommen hätten. Die Mentalität west-

deutscher Politiker, allen alles recht machen zu wollen, sowie die Konsequenzen aus der Art und Weise, wie wir leben, hatten bereits weit vor der Vereinigung dazu geführt, daß die Ausgabenfülle unseres Staates nicht mehr mit der volkswirtschaftlichen Leistung in Einklang gewesen ist. Richtig ist lediglich, daß viele dies noch nicht gemerkt hatten.

Der Verkehr auf unseren Straßen, die Verstopfung unserer Städte, die Belastung der Umwelt, veränderte Lebensweisen und gesellschaftliche Bedingungen hätten uns heute ebenfalls vor große Finanzierungsprobleme gestellt. Die Schwierigkeiten, die wir heute haben, hätten wir in jedem Fall bekommen. Die deutsche Einheit hat sie nur schneller sichtbar gemacht, und sie hat sie noch verstärkt. Aber gerade in einer solchen Zeit benötigen wir Politiker und Regierungen, die sich rechtzeitig auf vorhandene und erkennbare Notwendigkeiten einstellen, die den Menschen nicht nach dem Munde reden, sondern die ihnen die Wahrheit sagen, ohne ihnen den Mut zu nehmen, die Probleme auch lösen zu können, die aber auch zum Handeln erkennbar bereit sind.

Aus alledem folgt, daß wir vor der Notwendigkeit eines tiefgreifenden Umdenkens in Deutschland stehen, zu dem diese Koalition — das ist in den beiden Tagen deutlich geworden — sichtbar nicht fähig und in der Lage ist.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Regierung verplempert mehr Zeit mit der Suche nach Schuldigen als damit, selbst konkret zu handeln, was ihre Aufgabe wäre.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne praktizieren eine Vogel-Strauß-Politik nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf. Wie anders könnte man es sonst erklären, daß sich beide Regierungsfractionen hartnäckig weigern, auf erkennbare Realitäten auch tatsächlich politisch zu reagieren? Die Grünen wollte es ja zum Teil; sie sind zurückgepiffen worden, wie sie schon so oft zurückgepiffen worden sind.

SPD und Grünen sage ich voraus: Dafür, daß Sie sich weigern, heute zu handeln, werden Sie morgen noch tiefer in die Ausgaben einschneiden müssen, als Sie sich das heute vorstellen können.

(Beifall bei der CDU.)

Insofern paßt die Mentalität von SPD und Grünen auf die finanziellen Erfordernisse unserer Zeit wie die Faust aufs Auge. Anstatt Wachstum zu organisieren, werden Investitionen zurückgefahren. Anstatt aufgrund hoher Einnahmen Schul-

den abzubauen, werden die Schulden noch gesteigert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute hat die GM-Hütte einen Vergleich beantragt. Dort stehen 1 600 Arbeitsplätze in Rede. Sie sind in Gefahr. Heute ist auch bekanntgeworden, daß Kali und Salz in der Gemeinde Uetze seinen Betrieb schließen wird. Dort sind 450 Arbeitsplätze in Gefahr, d. h. es wird sie bald nicht mehr geben. Das Land braucht nichts mehr als freie Mittel, um dieser ins Haus stehenden, wirtschaftspolitisch schwierigen Situation zu begegnen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie tun nichts anderes, und nur das fällt Ihnen ein, als den öffentlichen Dienst zu Lasten der Investitionen aufzublähen. Das ist das einzige Rezept, das Ihnen in einer solchen Zeit einfällt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle auch folgendes, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schon einmal hat eine Landesregierung mit erheblichen Kraftanstrengungen Georgsmarienhütte gerettet. Ich erwarte, daß diese Landesregierung dies jetzt auch tut;

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

denn sonst gehen in dieser Region die Lichter aus.

Die Chance, den Haushalt wenigstens zum Teil schon jetzt auf erkennbare Einnahmeausfälle einzustellen, hat die Koalition mit ihren Haushaltsbeschlüssen vertan. Auch die Aussicht auf Verluste in Milliardenhöhe, die der Finanzminister nicht bestreitet, sondern ganz im Gegenteil auch in seinem Brief an mich und an andere dargestellt hat, und die keine Erfindung von CDU und FDP sind, auch diese Beschreibung der Verluste in Milliardenhöhe haben Rot und Grün nicht zur Umkehr veranlassen können. Das Gegenteil von dem, was der Finanzminister in der Substanz fordert, wird jetzt beschlossen.

Ich habe heute nachmittag eine Meldung von dpa bekommen. Darin steht, daß sich die ÖTV massiv gegen die Vorschläge der Opposition im Hinblick auf Personalkosteneinsparungen ausspricht. Ich habe vor einigen Tagen — es war der 25. November 1992 — einen Artikel in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ gelesen. Die Überschrift lautete:

„Die ÖTV muß Stellen streichen. In der Gewerkschaftsklasse klappt ein Loch von 75 Millionen DM.“

Das Loch in der Landeskasse beträgt viele Milliarden DM, meine Damen und Herren, und was für

die ÖTV richtig ist, kann doch allen Ernstes für das Land nicht ganz falsch sein.

(Beifall bei der CDU.)

So kann doch wirklich nicht argumentiert werden.

Wir sind bereit, für die finanziellen Interessen Niedersachsens — das nehmen Sie bitte auch ernst, meine Damen und Herren — gemeinsam mit der Koalition in Bonn zu streiten. Nehmen Sie dieses Angebot ernst. Wenn Sie es nicht ernst nehmen, dann ist es Ihre Sache. Dann geht es zu Lasten von Niedersachsen.

(Krapp [CDU]: Ihr habt es gerade abgelehnt! — Bruns [SPD]: Ihr schafft ja nichts!)

Ich sage Ihnen das jetzt schon voraus, denn die Pleite vor einigen Monaten haben Sie vielleicht noch im Gedächtnis. Damals sind Sie im Gegensatz zu uns mit weniger Geld aus Bonn gekommen, als Sie hingefahren sind.

Glaubwürdig können wir dies aber nur dann tun, wenn SPD und Grüne nachweisbar eigene Sparanstrengungen unternehmen. Die Probleme in Niedersachsen werden nicht kleiner, sondern durch ständig überproportional steigende Personalausgaben und weiter sinkende Investitionen größer. Wir geben fast jede zweite Mark für Personal aus, während allein im Wirtschaftshaushalt die Investitionsausgaben von 1992 auf 1993 um 11 % zurückgegangen sind.

Wir müssen unseren Bürgern in Niedersachsen ehrlich und offen sagen: Erstens. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes ist weit überschritten. Zweitens. Wer die damit verbundenen Herausforderungen ernst nimmt, darf sie nicht mehr tagespolitischen Begehrlichkeiten opfern. Drittens. Wer aus Gefälligkeit oder Angst oder mangelndem Mut vor öffentlichem Druck die Inflation von Forderungen und Ansprüchen an die Leistungsfähigkeit des Staates auch jetzt noch zu erfüllen versucht, treibt die Verschuldung in die Höhe und hinterläßt den nachkommenden Generationen Schuldenberge, deren Beseitigung die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel ebenso gefährdet wie der Raubbau an der Natur.

(Beifall bei der CDU.)

Viertens. Wenn wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes erhalten wollen, gibt es keine Alternative zum Ausgabenabbau und zur Sparsamkeit. Die Probleme von SPD und Grünen sind in weiten Teilen hausgemacht und selbst verschuldet.

(Beifall bei der CDU.)

Gansäuer

Die Versprechungen vor der Landtagswahl lasten heute schwer. Egal, ob Schulen, Kindergärten, Umweltverbände, Landwirtschaft, Sport, Hochschulen, Gemeinden oder Polizei — allen wurde alles versprochen. Wer mit so viel Unehrllichkeit Wahlkampf macht, der darf sich über so viel Enttäuschung der Bürger nicht wundern.

(Beifall bei der CDU.)

Wir fordern einen Kassensturz und eine realistische, ehrliche Bestandsaufnahme; denn wenn diese Regierung dazu nicht fähig sein sollte, werden die Menschen in Niedersachsen noch über viele Jahre hinweg die Leidtragenden dieser Politik sein. — Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Bruns für die SPD-Fraktion.

(Zuruf von der CDU: Guckt mal, wie interessiert die alle an seiner Rede sind!)

Bruns (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser Rede von Herrn Gansäuer, die weder etwas mit der Wirklichkeit des Landes heute noch mit der Wirklichkeit seiner eigener Vergangenheit in der CDU zu tun hat, nach dieser Rede, Herr Gansäuer, weiß ich, warum gerade die letzten Umfragen — auch aus dieser Woche — deutlich machen, in welchem steilem Absturz sich die CDU heute bei der Zustimmung der Bevölkerung befindet.

(Beifall bei der SPD und von Frau Dr. Dückert [Grüne]. — Zurufe von der CDU.)

Ihre Umfrageergebnisse in Niedersachsen gehen geradezu in den Keller.

(Zuruf.)

— Unsere nicht. — Sie müssen sich einmal fragen, warum.

(Hildebrandt [FDP]: Wie sind sie denn?)

Die Antwort ist, glaube ich, ganz einfach. Eine so primitive Darstellung der Verhältnisse im Land Niedersachsen glaubt Ihnen selbst derjenige nicht, der die Sozialdemokraten haßt. Das ist unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD. — Krapp [CDU]: Hassen wollen wir euch gar nicht, wir wollen euch nur nicht wählen!)

— Nein, selbst die.

Meine Damen und Herren, mit den abschließenden Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt gehen die Beratungen über das wichtigste Gesetz in diesem Jahr, aber auch die Beratungen über das komplizierteste und umfangreichste Gesetz in diesem Jahr zu Ende. Ich möchte deshalb im Namen der SPD-Fraktion all denen danken, die uns, den Abgeordneten, geholfen haben, diese Arbeit überhaupt bewältigen zu können.

(Beifall bei der SPD und von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und in den anderen Ministerien. Ich danke unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtagsverwaltung, die unsere Arbeit organisierend, beratend oder dokumentierend begleitet haben. Ich will auch einmal ganz besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stenographischen Dienstes erwähnen,

(Beifall bei allen Fraktionen)

die hier im Plenum für die Öffentlichkeit sichtbar, in den Ausschüssen jedoch eher für die Öffentlichkeit verborgen, ihre anstrengende und — was man oft nicht weiß; das ist keine stenographische Tätigkeit — ihre höchste Sachkenntnis erfordernde Arbeit für das Parlament, für uns, tun. Dafür wollte ich meinen herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen.)

Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses — aus allen Fraktionen selbstverständlich — danken, die noch mehr als die anderen Mitglieder dieses Hauses die anstrengendsten Wochen des Jahres hinter sich gebracht haben.

Ich möchte ferner dem Arbeitskreisvorsitzenden meiner Fraktion und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktion herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Ganz besonders möchte ich auch dem Landesrechnungshof danken, ohne den wir die Kontrollarbeit gegenüber der Regierung überhaupt nicht wahrnehmen können.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Jetzt möchte ich einige Bemerkungen zum Haushalt machen. Vielleicht ist es mir gestattet, daß ich, wenn ich über den Landeshaushalt rede, dann auch tatsächlich über den Landeshaushalt rede. Der Haushalt 1993 ist — wie fast alles in einer guten Demokratie — im Streit. Der Opposition gefällt er überhaupt nicht. Überall — so be-

hauptet sie — bleibe der Haushalt hinter den dringendsten Notwendigkeiten zurück. Es sei schon ein Kreuz mit dieser Regierung und mit dieser Koalition — Herr Gansäuer hat es gerade ja wieder ausgedrückt —, die alles, aber auch alles falsch mache. Es bleibt ja überhaupt kein gutes Haar an uns.

(Zuruf von der CDU: Wen wundert es?)

Der Haushalt hätte natürlich in allen Politikbereichen mehr Mittel haben müssen. Die Summe der Mehrausgaben hätte aber ein Minus ergeben müssen. Die Opposition will in allen Politikbereichen immer mehr.

Meine Damen und Herren, das mag ja alles so sein. Ich finde aber, daß der Streit über den Haushalt nicht dazu führen darf, daß wir als eines der reichsten Länder der Welt am Schluß durch unseren Streit den Leuten noch weismachen, es gehe uns schlecht und täglich schlechter. Wir — ein Volk, das zum Schwarzsehen und zu Pessimismus neigt — sind ganz nahe dabei, unsere Situation schlechtzureden.

(Hildebrandt [FDP]: Na endlich!)

— Martin, darum möchte ich am Schluß der Haushaltsberatungen — nicht am Schluß meiner Ausführungen — noch einmal einige Feststellungen treffen, von denen ich glaube, daß sie nicht zum Streit geeignet sind. Das kann ich mir deshalb nicht vorstellen, weil all das, was ich sage, aus den amtlichen Unterlagen verifizierbar ist.

Erstens. Nie zuvor hat ein Landeshaushalt — schauen Sie sich die Summen an — für die Menschen in Niedersachsen so viel wie der Haushalt 1993 geboten.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Meine Damen und Herren, man mag ja über die Verteilung der Gewichte streiten. Man kann sich ja darüber streiten, ob hier ein bißchen mehr und da ein bißchen weniger hätte veranschlagt werden sollen; über die Tatsache, daß es niemals zuvor einen Haushalt gegeben hat, der den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande bei der Bewältigung ihres privaten, beruflichen oder öffentlichen Lebens mehr Hilfen gegeben hat, brauchen wir uns nicht zu streiten, denn das ist nachweisbar. Sie brauchen lediglich in den Haushalt hineinzugucken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Gansäuer [CDU].)

— Herr Gansäuer, welchen Grund haben Sie eigentlich, das schlechtzureden?

(Gansäuer [CDU]: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

Warum können wir die Wahrheit nicht miteinander feststellen? Es gab bisher keinen Haushalt, der den Menschen in den wesentlichen Politikbereichen so viel wie dieser Haushalt gegeben hat. Freut euch doch, daß es so ist! Warum muß man das kritisieren?

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Herr Gansäuer hat gesagt, wir müßten den Menschen mit Optimismus begegnen. Jetzt mache ich das, und er guckt beleidigt nach unten. Ich verstehe das nicht.

Zweitens. Das soeben Gesagte gilt insbesondere für die Politikbereiche, wegen der die rot-grüne Koalition im Mai 1990 den Wählerauftrag bekommen hat und wegen der Sie von der Opposition heute auf den Oppositionsbänken sitzen.

Lassen Sie mich die Politikbereiche nennen. Es lohnt sich, sie für die vielen Gespräche auswendig zu lernen, die wir im Lande zu führen haben. Für die Kindergartenförderung sind in unserem Haushalt 213 Millionen DM vorgesehen. Bei dem letzten Haushalt, Herr Hildebrandt, den CDU und FDP als Koalition vorgelegt haben, waren es 76 Millionen DM.

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Wir hatten auch keine 10 Milliarden DM zusätzliche Einnahmen!)

— Das kommt auch noch, Herr Gansäuer! Ich lasse nichts aus! — Für die Unterrichtsversorgung mit 1 350 Lehrereinstellungen und damit insgesamt mehr als 71 000 Stellen geben wir 5,6 Milliarden DM aus. Beim letzten Haushalt der CDU-FDP-Koalition waren es 69 000 Stellen und 4,7 Milliarden DM. Was heißt das? — Wir haben allein in diesem Haushaltsjahr für die Unterrichtsversorgung fast 1 Milliarde DM mehr als Sie in den Schulen ausgegeben!

(Beifall bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Sie haben die schlechteste Unterrichtsversorgung! — Zuruf von der CDU: Lohnerhöhung!)

— Er sagt Lohnerhöhung! Ich stelle den Übergang von 1993 auf 1994 dann dar, wenn ich noch so lange das Wort dazu habe.

In diesem Haushaltsjahr geben wir für die Unterrichtsversorgung fast 1 Milliarde DM mehr als Sie aus. Dann stellen Sie sich hier noch hin und kritisieren uns. Ich finde die Art und Weise, wie man mit uns umgeht, ungerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Bruns

Für die Lernmittelhilfe bzw. -freiheit sind in diesem Haushalt 76 Millionen DM eingestellt worden. Beim letzten Haushaltsplan, den CDU und FDP vorgelegt hatten, waren es 11 Millionen DM.

Für die Altenpflege stellen wir 653 Millionen DM ein. Im letzten Haushalt der CDU und der FDP waren es 460 Millionen DM.

Bei der Polizei geben wir — nicht die SPD, sondern die rot-grüne Koalition; SPD und Grüne haben das gemeinsam gemacht, sind stolz darauf und freuen sich; wie wir merken, freut sich auch das ganze Land — für 22 000 Stellen 1,3 Milliarden DM aus. Bei der CDU/FDP waren es zuletzt bei 21 000 Stellen 1,0 Milliarden DM. Für den Wohnungsbau sind es 1,3 Milliarden DM. Bei der CDU/FDP waren es ausweislich des Haushaltsplans 1990 null DM, also nicht Milliarden, sondern überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD.)

Nun weiß ich, daß man mir vorhalten könnte — das haben die ja auch gemacht; ihr konntet die Zwischenrufe nicht so gut hören wie ich —, daß ich die Preis- und Lohnsteigerungen in den letzten drei Jahren berechnen müßte. Daher kann ich Ihnen nicht ersparen, sehr verehrte Zwischenrufer, meine Rechnung noch einmal aufzumachen, und zwar für die letzten drei Jahre. Sie sollten einmal schön zuhören, wie das aussieht. Ich vergleiche keine Wahlkampfbroschüren, sondern ausschließlich amtliche Dokumente. Dann ergibt der Vergleich von drei Haushaltsjahren unter unserer Regierung mit der Mittelfristigen Planung Ihrer Regierung, Herr Hildebrandt, folgendes:

Für die Jahre 1990 bis 1993 waren bei Ihnen für die Kindergartenförderung 310 Millionen DM vorgesehen, bei uns 578 Millionen DM. Das ist fast das Doppelte.

Bei der Unterrichtsversorgung wollten die CDU und die FDP ausweislich ihrer eigenen Dokumente jährlich 500 Lehrerstellen streichen. Wir finanzieren jährlich 1 000 Lehrerstellen mehr. Sind wir gut? — Erheblich besser als die anderen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Zuruf von Küpker [FDP].)

— Schön ist das doch. Dann müssen Sie sich doch mitfreuen, daß das alles so positiv ist.

Bei der Lernmittelhilfe sollten es bei CDU/FDP 43 Millionen DM sein. Wir machen daraus 225 Millionen DM.

(Zustimmung bei der SPD.)

Das amtliche Dokument der Mittelfristigen Planung von CDU und FDP weist aus — jetzt sage

ich etwas Schönes zur inneren Sicherheit —, daß CDU und FDP bei der Polizei jährlich 200 Stellen einsparen wollten. Wir schaffen im Durchschnitt jährlich 120 mehr.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Koalition muß sich nicht verstecken. Verglichen mit dem Wünschbaren, ist das natürlich nicht genug, was wir machen. Aber verglichen mit dem, was Sie produziert haben, sind wir Klasse. Daß da ein gewisser Stolz mitspielt, müssen Sie akzeptieren.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Präsident, ich bin fast am Schluß. Ich bitte um Entschuldigung, aber ich wollte jetzt gerne zum Wichtigsten dessen kommen, was ich zu sagen habe. Meine Damen und Herren, zum erstenmal seit Jahrzehnten, zum erstenmal seit 30 Jahren liegt der durch Schulden finanzierte Anteil am Haushalt bei 6 %.

(Gansäuer [CDU]: Weil ihr die Mehreinnahmen habt!)

Seit 1976 schwankte die jährliche neue Schuldenlast des Landes — das ist eure Zeit — zwischen 12 und 8 % kreditfinanzierter Anteil des Landeshaushalts.

(Aller [SPD]: Und dann noch jede Menge Förderzins!)

1990 betrug die Kreditfinanzierungsquote von CDU und FDP 8,6 %. Jetzt regieren wir 1991, 1992 und 1993, und die Kreditfinanzierungsquote hat sich wie folgt verändert: Ihre letzte betrug 8,6 %, unsere erste 7 % und unsere zweite 6,3 %. Unsere jetzige im Haushalt 1993 beträgt 6,1 %. Seit Jahrzehnten, meine Damen und Herren, hat keine Landesregierung im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Haushalts eine so geringe Verschuldung aufzuweisen wie der Haushaltsplan der Regierung Schröder. Dafür bedanken wir uns auch bei unserem Ministerpräsidenten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Herr Abgeordneter Bruns, wir haben zwar Zirkazeiten vereinbart, aber ich bitte doch, zum Schluß zu kommen.

Bruns (SPD):

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident. Ich finde, es ist auch alles gesagt, oder finden Sie nicht, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CDU.)

Ich darf mit Recht feststellen: Der Haushalt 1993 ist nicht nur so leistungsfähig wie kein anderer zuvor — das wird mir niemand abstreiten können —, nein, er ist auch mit einer Neuverschuldungsrate ausgewiesen, die geringer ist als alle übrigen Neuverschuldungsraten in den vorangegangenen 30 Jahren. Deshalb sage ich auch: Der Haushalt 1993 bringt schon wie die beiden anderen Haushalte zuvor unser Land ökologisch, sozial und vor allem finanzwirtschaftlich voran. Darum hat unsere Fraktion allen Grund, dieser Landesregierung und diesem Finanzminister von Herzen zu danken.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Bruns [SPD] bedankt sich persönlich bei Minister Swieter. — Zurufe von der CDU.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Herr Abgeordneter Hildebrandt, da Sie schon jetzt am Rednerpult stehen, gehen Sie offenbar davon aus, daß Sie jetzt das Wort erhalten. Ihre Vermutung ist richtig. Bitte schön!

Hildebrandt (FDP):

Ich bedanke mich, Herr Präsident. Bei mir sind manche Vermutungen richtig. — Ich habe vorhin mit Interesse gehört, daß der Finanzminister gesagt hat, für einen ordentlichen Haushalt seien ein gutes Programm, ein gutes Konzept und Kreativität notwendig. Herr Minister, ich habe das von meinen Mitarbeitern einmal materialisieren lassen. Ich kann es Ihnen gern überreichen. Ich darf es hiermit tun.

(Hildebrandt [FDP] überreicht Minister Swieter ein Paket. — Zurufe von der CDU.)

Herr Swieter, Sie brauchen dieses Paket nicht zu öffnen. Das ist Ihr Programm. Rot und grün verpackt, aber nichts darin. Insofern brauchen Sie es auch nicht zu öffnen.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war wieder ein typischer Bruns. Auch ich könnte hier eine solche Aufzählung machen, Herr Bruns. — Ich weiß gar nicht, wo er im Augenblick ist.

(Zurufe von der CDU: Rausgelaufen!)

— Rausgelaufen? — Das kann ich verstehen. Ich weiß nicht, wo er ist. — Auch ich könnte — um jetzt einmal einen Vergleich anzustellen — darauf verweisen, daß wir damals eine Unterrichtsversorgung von 104 % hatten. Sie haben heute aber eine Unterrichtsversorgung von nur 98 %.

Solche Vergleiche könnte ich auch einmal anstellen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wenn Herr Bruns unsere Kreditfinanzierungsquote anspricht und die Mipla heranzieht, hätte er auch weiterzitiieren können. Dann hätten wir nach der Mipla 1993 nämlich nur noch eine Kreditfinanzierungsquote von 3,3 %.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich darf auch noch darauf hinweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien, daß Sie in der Zeit, in der wir regiert haben, Anträge mit einem Volumen in Höhe von 5 Milliarden DM gestellt haben.

(Beifall bei der FDP.)

Deshalb habe auch ich jetzt zwei Gründe, mich zu bedanken. Einen Dank — das tue ich gern — möchte ich an die Stenographen richten. Das ist ein persönlicher Dank, weil ich weiß, daß sie es mit mir besonders schwer haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Den anderen Dank — den spreche ich aber nur ungerne aus — richte ich an die Regierungsparteien. Sie machen es uns als Opposition nämlich ziemlich leicht, muß ich Ihnen sagen. Diese schlechte Regierung ist so leicht angreifbar. Ich könnte jetzt auch noch einige Sachen, die schon gestern und auch heute gelaufen sind, ansprechen. Ich will es aber nicht mehr tun. Statt dessen möchte ich mich noch einmal dem Haushalt zuwenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in den zurückliegenden Tagen über vieles unterhalten, vor allem in dem Rahmen, in dem sich Landespolitik auch im Jahr 1993 wieder abspielen wird; denn in die Vorschläge, die gleich zur Entscheidung anstehen werden, haben jede Fraktion und jeder einzelne Abgeordnete sowohl von den Mehrheitsfraktionen als auch von den Oppositionsfraktionen auch manches an Herzblut hineingegeben. Sie haben ja gerade gesehen, wie das Herzblut bei Herrn Bruns getropft ist. Wir haben in unseren Fraktionen strittig diskutiert. Wir haben hier anhand von Schwerpunktthemen über die unterschiedlichen Vorstellungen über den richtigen Weg von Landespolitik debattiert. Nach meinem Dafürhalten war es im großen und ganzen eine sachorientierte Debatte. Die unterschiedlichen Ansätze sind deutlich geworden. Meine Fraktion hat mit dem vorliegenden Antrag deutlich gemacht, wo wir uns in der Landespolitik andere, stärkere Gewichte wünschen:

Hildebrandt

Erstens. Wir wollen mehr Wohnungen bauen als Sie. Wir haben klar gesagt, wie wir das machen und finanzieren wollen.

(Beifall bei der FDP.)

Zweitens. Wir wollen die schlechte Unterrichtsversorgung durch die Einstellung von mehr Lehrern wirksamer bekämpfen, als Sie es tun.

(Beifall bei der FDP.)

Drittens. Durch die Bereitstellung von 100 weiteren Stellen wollen wir der Polizei helfen, ihre Probleme zu lösen, die sich angesichts der steigenden Kriminalität und des zunehmenden Rechtsextremismus vermehren. Außerdem wollen wir eine Schichtzulage.

Viertens. Wir wollen die Steuerverwaltung stärken.

Wir wollen schließlich ein deutlich vernehmbares Signal zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung mit unserem Vorschlag setzen, die Kreditermächtigung im kommenden Jahr um 310 Millionen DM zu senken.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben bei allen diesen Vorschlägen für eine seriöse und realistische Deckung durch Umschichtungen und Kürzungen gesorgt.

(Beifall bei der FDP.)

In den Bereichen Soziales, Bildung und innere Sicherheit wollen wir deutlichere und klarere Schwerpunkte setzen, als es Ihr Haushalt vorschlägt.

Herr Schröder, in der Debatte ist deutlich geworden: Bis auf die Lernmittelfreiheit haben Sie nicht ein einziges der Wahlversprechen, die auf den Seiten 5 bis 7 Ihres Wahlprogramms zu lesen sind, erfüllt. Sie, Herr Schröder, haben im Wahlkampf 1990 mit dem Slogan geworben: Ehrlich in eine neue Zeit. Dieses Ehrlich-in-eine-neue-Zeit sollte gleichzeitig suggerieren, daß andere, Ihre politischen Mitbewerber, unehrlich sind.

(Zuruf von Bruns [SPD].)

— Ich habe das Mikrofon, ich kann jetzt lauter sprechen. — Wie es um Ihre Ehrlichkeit bestellt ist, wird mit jedem Haushalt deutlicher, den wir hier verabschieden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich sage solche Sätze nicht gern. Denn wenn wir uns gegenseitig des Wahlbetrugs und der Lüge bezichtigen, dann schaden wir letztlich uns allen. Die SPD hat der Bundesregierung in mehreren Wahlkämpfen und in vielen Haushaltsreden auf Bundesebene und hier im Lande die Steuerlüge

vorgeworfen. Aber im Unterschied zu Ihnen hat die Bundesregierung auch gegenüber der Öffentlichkeit ehrlich eingestanden: Wir haben uns geirrt.

(Oh! und Lachen bei der SPD und bei den Grünen.)

Wir haben bei der Einschätzung der Kosten der deutsche Einheit Fehler gemacht.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Das hat der Bundeskanzler getan, und es haben auch führende Vertreter meiner Partei getan. Das ist zumindest Ehrlichkeit im Umgang mit eigenen Fehlern. Ein solches Wort, Herr Aller, habe ich von Ihnen und auch vom Ministerpräsidenten sowie vom Finanzminister bis heute nicht gehört.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben sich an keiner Stelle und in keiner Diskussion bisher dafür entschuldigt, daß Sie — damit meine ich den Ministerpräsidenten — im Wahlkampf 1990 entweder bewußt gelogen haben, was ich Ihnen im Gegensatz zum Verhalten der SPD im Bund nicht unterstelle, oder daß Sie sich gewaltig verschätzt haben. Auch in der zurückliegenden Debatte haben Sie, Herr Ministerpräsident, sich für diese Fehlleistungen, für die Sie als Spitzenkandidat Ihrer Partei und als jetzt verantwortlicher Ministerpräsident die Verantwortung tragen, nicht entschuldigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das gehört, auch wenn es unangenehm ist, beim vorletzten Haushalt dieser rot-grünen Koalition festgehalten zu werden.

Weil Sie, Herr Schröder, versprochen haben, alles zu machen, machen Sie nichts richtig. Sie sind nicht imstande, mit den nun wirklich einmaligen Steuermehreinnahmen, die Ihnen, seit Sie das Zepter übernommen haben, zur Verfügung stehen, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die Versorgung mit Lehrern ist schlechter denn je. Die Wohnungsnot in Niedersachsen nimmt zu. Ein Recht auf einen Kindergartenplatz wird es 1994 nicht geben.

(Aller [SPD]: Das hat niemand versprochen!)

Die Hochschulen ächzen unter der Überlast. Das Abfallentsorgungsproblem ist ungelöst. Die Verschuldung steigt rapide. Ich könnte diese Beispiele fortsetzen, und Sie wissen das. Hätten Sie den Wählern 1990 nicht alles versprochen, Herr Schröder, ich hätte hier keine Probleme anzuerkennen, daß Sie sich in bestimmten Bereichen bemüht haben, wirklich an die Probleme des Landes

heranzugehen. Wer aber so wie Sie, Herr Schröder — mit Verlaub, Herr Präsident —, den Mund aufreißt, darf sich nicht beschweren, wenn er an seinen Worten gemessen wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

An Ihren Worten gemessen — daran gibt es nichts zu rütteln —, sind Ihre Taten dürftig. Worte statt Taten — das ist das Motto von zwei Jahren rot-grüner Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schröder, was mich nach Ihren Äußerungen von gestern wirklich nachdenklich gestimmt hat, ist folgendes: Ich habe in all Ihren Ausführungen nicht einmal einen Ansatz dafür entdecken können, wie Sie die ohne jeden Zweifel miserable Finanzsituation meistern wollen. Das Wort „sparen“ ist mit Nachdruck, wenn ich es richtig gehört habe, einzig von dem Kollegen Norbert Roske genannt worden, und das bei den gewaltigen Risiken, die auf uns zukommen. Einen Vorschlag haben die aber auch nicht gemacht; den hat er für sich behalten wollen. Wäre es, Herr Schröder, gestern nicht an der Zeit gewesen, die Strukturen eines Sparkonzeptes zu offenbaren? Sie haben, nachdem Sie die Strukturhilfe in Bonn verloren haben, im Landtag eiserne Sparsamkeit angekündigt.

(Aller [SPD]: Das haben Sie schön formuliert! Nachdem Sie sie weggeputzt haben!)

Was dabei herauskam, waren nicht einmal 50 Millionen DM, Herr Schröder. 50 Millionen DM — das ist eisernes Sparen. Worte statt Taten. Sie mögen über die Bundesregierung noch so viel schimpfen. An der Tatsache aber, daß in Bonn gekürzt wird, können Sie nach diesen zwei Tagen Debatte nicht mehr zweifeln.

Welche Möglichkeit haben Sie denn, um die gewaltigen Probleme zu lösen, die vor uns allen stehen, egal ob wir Grüne, Rote, Blau-Gelbe oder Schwarze sind? Sie haben zwei Möglichkeiten, Herr Schröder: Erstens. Sie erhöhen die Einnahmen. Das geschieht durch die Bundesregierung im Rahmen der Mehrwertsteuererhöhung, der Sie zugestimmt haben, und dies wird im Rahmen des Solidarpakts in Bonn weiter geprüft. Aber es ist völlig klar: Sie werden mit Steuererhöhungen eine kränkelnde Konjunktur nicht in Gang bringen können. Sie werden erst recht nicht Steuererhöhungen in einem Maße vornehmen können, wie es nötig wäre, um die Haushalte zu sanieren.

Es bleibt also, wenn man wirklich ehrlich ist, wenn man den Menschen nichts vorgaukelt, wie

Sie es bislang immer getan haben und wie Sie es leider auch gestern wieder getan haben, nur der Weg der Haushaltskürzungen, also der zweite Weg. Aber da ist eben wirklich nichts gekommen.

Eine Debatte, die in Bonn längst geführt wird, die in Bonn auch zu Ergebnissen geführt hat, führen Sie hier in Niedersachsen eben nicht,

(Aller [SPD]: Doch!)

es sei denn, Sie meinen, Herr Aller, die großartige Spartat des Finanzministers gegen das Dezember-Fieber. Wenn das Ihr ganzer Sparwille ist, Herr Schröder, dann gute Nacht Niedersachsen!

Herr Schröder, Sie können es sich auch nicht so ganz einfach machen und sagen: Bonn muß Niedersachsens Haushaltsprobleme lösen. Sie wissen, daß Sie sich mit Ihrem bisherigen Auftreten in Bonn und auch anderswo weder bei Ihren eigenen Parteifreunden noch bei Ihren politischen Konkurrenten besonders beliebt gemacht haben. Das mag sich ja in jüngster Zeit etwas geändert haben und mag sich auch in der Zukunft noch etwas ändern. Aber der Juso Schröder schlägt dem Diplomaten Schröder immer wieder aufs neue ein Schnippchen. Sie sollten es sich deshalb nicht zu einfach machen, Herr Schröder, weil selbst der Niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder am 25. und 26. Oktober 1992 in Dresden bei der Ministerpräsidentenkonferenz der Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich ab 1995 zugestimmt hat. Sie werden sich also kaum damit herausreden können, daß Ihnen andere hier eine Suppe einbrocken, die keiner von uns gerne auslöffelt.

Das Angebot in Form einer Art Solidarpakt, Ihnen dabei zu helfen, aus Ihrer Schuldenfalle, um die Kollegin Matthäus-Maier zu zitieren, herauszukommen, haben Sie, wenn ich es recht verstanden habe, ausgeschlagen. Das ist Ihre Sache. Sie haben die Konsequenzen zu tragen. Nur erwarten Sie von uns nicht, daß wir Ihnen so die unangenehme Arbeit abnehmen.

Um diesen Haushalt und die nachfolgenden Haushalte wieder einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen, ist ein gewaltiger Kraftakt nötig. Ich habe Ihnen gestern gesagt, wie Sie das machen sollen, und ich habe Ihnen auch gesagt, was wir machen würden. Nötig ist eine grundlegende Aufgabenkritik. Dazu muß eine Liste auf den Tisch.

Erstens. Was können wir uns noch leisten und was nicht mehr?

Hildebrandt

Zweitens. Was wir über Private leisten können, müssen wir über Private machen lassen. Die machen es meistens besser und effektiver als staatliche Verwaltungen.

Drittens. Wir brauchen nach der erfolgten Aufgabenkritik einen gezielten Personalstellenabbau.

Viertens. Um von der drückenden Zinslast wegzukommen, muß sich das Land auch von Vermögen trennen, das es nicht dringend für die hoheitlichen Aufgaben benötigt. Das schafft zwar keine strukturelle Entlastung, aber es mindert zumindest die Zinsbelastung.

Darüber hinaus muß eine Liste von all den Dingen auf den Tisch, die wir uns nicht mehr leisten können.

Je eher wir mit den Verbänden und mit den Interessengruppen in den Dialog eintreten, um so leichter wird es werden. Aber ungeschoren wird niemand bleiben. Je ehrlicher man das den Menschen sagt, um so eher wird man auch bei ihnen Verständnis dafür haben können. Wenn Sie das nicht sehen, Herr Schröder, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie sind dann noch blauäugiger, als Sie von den Plakaten beim Wahlkampf 1990 die Niedersachsen angelacht haben. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Nun hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Dücker für die Fraktion der Grünen.

Frau Dr. Dücker (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Hildebrandt hat eben gesagt, wir würden es der Opposition recht leicht machen. Herr Hildebrandt, ich weiß nicht, ob das stimmt.

(Hildebrandt [FDP]: Wir empfinden es aber so!)

Aber eines kann ich Ihnen dazu aus meiner Perspektive sagen, wenn es denn so ist. Sie als Opposition machen leider nichts daraus.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Das kann auch sein! Dann sind wir nicht gut genug!)

Meine Damen und Herren, wir stehen kurz vor der Verabschiedung des dritten rot-grünen Haushalts. Wir sind vor zweieinhalb Jahren angetreten

und hatten mit einem enormen Berg von politischen Unterlassungen zu tun. Ich nenne nur einige Stichworte, die bereits ausgeführt worden sind, beispielsweise den Wohnungsbau,

(Gansäuer [CDU]: Ausgerechnet den Wohnungsbau zu nennen! Das war ein gutes Beispiel!)

die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern oder die Kindertagesstätten.

Wir haben aber nicht nur mit diesem Berg von Unterlassungen Ihrerseits zu tun, Herr Gansäuer, sondern auch noch mit vielen anderen Problemen im Bereich der Umweltpolitik und der Industriepolitik, die wir abarbeiten müssen. Ich weiß auch nicht, wieso Sie so gelacht haben, Herr Gansäuer. Sie müßten doch langsam rote Ohren haben, so oft mußten Sie hier schon hören, daß in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung null DM für den Wohnungsbau angesetzt waren. Wir werden 60 000 Wohnungen realisieren, meine Damen und Herren.

Wir haben angefangen, diesen Berg abzutragen, und wir haben schon ziemlich viel abgearbeitet. Rot-grüne Politik ist ja nicht nur Haushaltspolitik. Nehmen Sie nur einmal die Tagesordnung der letzten drei Tage und schauen Sie sich an, was da so drauf steht, an Worten, wie Sie, Herr Hildebrandt, meinten, oder an Taten, wie ich sagen würde, die Sie schwindelig machen bei dem Versuch, dieser Politik der Landesregierung zu folgen. Ich nenne nur einige Punkte aus der Tagesordnung, die wir in dieser Plenarwoche verabschiedet haben:

(Hildebrandt [FDP]: Müllentsorgung meinen Sie?)

ein Kita-Gesetz — ich gebe zu, daß Sie das in Ihrer Regierungszeit nicht wollten und deshalb auch nicht verabschiedet haben —, eine Änderung des Bildungsurlaubsgesetzes, ein Gesetz zur finanziellen Förderung der Umweltverbände — das wollten Sie auch nicht, aber es ist nötig. Wir haben außerdem auf den Weg gebracht die Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes, und wir werden im Anschluß noch ein neues Polizeigesetz diskutieren. Allein diese Woche, meine Damen und Herren, zeigt erstens, daß wir ziemlich handlungsfähig sind, und für mich zeigt sie zweitens auch, daß sich rot-grüne Politik lohnt. Und ich sage Ihnen: Sie macht auch Spaß.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es ist klar, die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Das nächste Jahr — die darauffolgenden wahrscheinlich auch — ist

ein Jahr mit erheblichen Haushaltsrisiken, von denen sich jetzt erst der kleinere Teil, nämlich 386 Millionen DM brutto für Niedersachsen, aufgrund der Grundfreibeträge und der Steuerschätzung abzeichnen. Der größere Teil, mit dem wir es zu tun bekommen werden, braut sich gerade in Bonn zusammen. Er ist noch nicht zu beziffern. Das macht es natürlich schwierig.

Wir, die Grünen, sind Leute, die dann, wenn man den großen Befreiungsschlag noch nicht machen kann, zur Politik der kleinen Schritte neigen. Deswegen wollten wir diese 386 Millionen DM schon berücksichtigen. Das hätte es uns nicht erspart — das wissen wir auch —, einen Nachtragshaushalt im Mai — der Finanzminister hat es angekündigt — zu verabschieden, und zwar einfach deshalb, weil die gefährlichen Unterlassungen des Herrn Waigel in Bonn, der Nebel, den er verbreitet, die Unklarheiten, das Fehlen der Zahlen, diesen Nachtragshaushalt im nächsten Jahr notwendig machen, und zwar nicht nur in Niedersachsen, sondern in allen Ländern. Das ist schade.

Wir glauben auch, daß wir ein solches Konzept hätten realisieren können. Aber, Herr Hildebrandt, es tut mir leid, auch ich werde Ihnen, wie der Herr Roske, dieses Konzept jetzt nicht vorlegen. Das wäre auch ein wenig gemein, weil Sie keine Redezeit mehr haben.

Meine Damen und Herren, das wäre möglich gewesen; denn die Landesregierung hat Vorsorge getroffen. Aber es ist nun einmal so — das gilt auch für den zu erwartenden Nachtrag 1993 —, Niedersachsen ist nicht Herr von Kohl und Konjunktur.

Meine Damen und Herren, die Haushaltspolitik der Opposition läßt sich an traumatischer Ignoranz gegenüber den tatsächlichen finanzpolitischen und politischen Verhältnissen in Niedersachsen und der Bundesrepublik nicht überbieten. Ich nenne Ihnen zwei Beispiele:

Herr Gansäuer hat gestern sehr laut, heute sehr viel moderater, weil er offenbar ein bißchen Nachhilfe von Herrn Roske bekommen hat, zwei Punkte genannt. Einmal hat er behauptet, Niedersachsen wäre der finanzpolitische Gewinner der Einigungsentwicklung. Zum anderen hat er behauptet, die sinkende Investitionsquote in Niedersachsen in einer Zeit der schlechten konjunkturellen Entwicklung wäre auf das Handeln der Landesregierung in Niedersachsen zurückzuführen.

(Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Einen Augenblick bitte. — Meine Damen und Herren, vielleicht können wir dem letzten Redebeitrag in der Schlußberatung auch noch in Ruhe zuhören. — Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Danke, Herr Präsident. — Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Herr Gansäuer malt sich die Realität so, wie er sie sich wünscht, wie sie aber nicht ist.

Die Steuermehreinnahmen von 2,2 Milliarden DM, die für Niedersachsen zu verzeichnen sind, sind nur zu einem geringen Teil — ich schätze 500 bis 600 Millionen DM — auf die Einigung zurückzuführen. Aber gehen wir ruhig einmal von 2,2 Milliarden DM aus. Herr Gansäuer weiß sehr genau — Herr Roske hat ihm das gestern vorgerechnet —, daß dem 2,6 Milliarden DM gegenüberstehen, die notwendig sind, um den selbstverständlichen und akzeptierten Anteil Niedersachsens an den schon jetzt getragenen Kosten der deutschen Einheit zu übernehmen; beispielsweise Zuführung zum Fonds „Deutsche Einheit“.

Herr Gansäuer hat der Landesregierung die Unterstützung in Bonn bei dem angeboten, was jetzt auf Niedersachsen und auf die anderen Bundesländer zukommen wird. Herr Gansäuer, was Sie mit der Verdrehung der Zahlen, die ich gerade genannt habe, machen, bedeutet genau das Gegenteil:

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Sie schwächen mit diesen permanent wiederholten und bewußten Falschmeldungen die niedersächsischen Verhandlungspositionen in Bonn,

(Aller [SPD]: Weil die CDU-Leute CDU-Leuten trauen!)

weil die CDU-Leute in Bonn natürlich sehr gern diese Argumentation aufgreifen werden. Sie wissen ganz genau, daß das fatal ist. Das jetzt diskutierte Konzept von Herrn Waigel ist nicht nur sozial, sondern auch regional unausgewogen. Es hat eine starke Schiefelage.

Trotz der Untergrabung der niedersächsischen Position in Bonn durch Sie wird es im nächsten Jahr darum gehen, das abzuwehren, was Niedersachsen überproportional auf die Schultern geladen wird. Jede müde Mark, die einer Bürgerin in Niedersachsen im Vergleich beispielsweise zu Bayern oder Hessen zuviel aufgedrückt wird, wird von dieser Landesregierung — auch gegen Herrn Gansäuer — verteidigt werden.

Frau Dr. Dückert

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Herr Gansäuer — das sagte ich — beklagt sich auch über die schlechte Investitionsquote. Herr Gansäuer, ganz kurz: Sie wissen genau, daß wir, wenn die Bundesregierung die Strukturhilfe nicht gestrichen hätte, heute eine Investitionsquote von 12,6 %, also eine Steigerung der Investitionsquote hätten.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es ist in hohem Maße unredlich, Herr Gansäuer, diesen arbeitsmarktpolitischen und regionalpolitischen Schlag der Bundesregierung gegen Niedersachsen auch noch den Niedersächsinen in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Haushaltspolitik, die Vorschläge der CDU-Fraktion und auch der FDP-Fraktion sind nicht nur falsch, sondern sie stehen auch auf tönernen Füßen. Die grundsätzliche Kritik an unserer Politik beruht eher auf Neid, meine ich. Ich nenne einige Beispiele.

Wir vertreten hier nicht nur eine andere Haushaltspolitik, sondern überhaupt einen anderen Politikstil, den Politikstil des Versuchs, durch Dialog und Konsens mit den Bevölkerungsgruppen und auch mit der Industrie in Niedersachsen gemeinsam Politik zu machen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das ärgert Sie, weil Sie das nie versucht haben und auch nicht hinbekommen hätten. Zumindest gehe ich davon aus.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Beispiele dafür: Gestern haben Sie die Giftmüllpolitik der Landesregierung gegeißelt, Herr Gansäuer. Was hat diese Landesregierung gemacht? — Wir haben Ihre Pläne gestoppt. Das ist richtig. Es ist richtig, daß es die Drehrohrallesfresser, die Sie in Dörpen und in Oker-Harlingerode geplant hatten, nicht geben wird, und zwar im Einvernehmen mit der Industrie.

Was hat diese Landesregierung gemacht? — Sie hat nicht nur ein Konzept erstellt, sondern sie hat das ehrgeizigste Vermeidungskonzept, das es zur Zeit im Giftmüllbereich gibt, im Konsens mit der Industrie abgesprochen und es entgegen allen Unkenrufen durchgesetzt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das ist neue Industriepolitik, die auch der Umwelt verpflichtet ist, meine Damen und Herren. Das ärgert Sie.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Der nächste Punkt, der — das gebe ich zu — sehr zögerlich aufgegriffen worden ist, ist der Bereich der Atomindustrie, meine Damen und Herren. Sie wissen sehr genau, daß hier Bewegung durch die Aktivitäten der Niedersächsischen Landesregierung hineingekommen ist, die sich nicht nur in Auseinandersetzung mit Töpfer um Einzelprojekte begibt, sondern auch versucht, konzeptionell einen neuen Wind in die Erstarrung zu bringen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Stock [CDU]: Meinen Sie Schacht Konrad?)

Meine Damen und Herren, wir werden sehen, was aus dieser Bewegung herauskommt. Ich will den Tag nicht vor dem Abend loben; das wäre falsch. Aber ich sehe immerhin, daß in diese verhärteten Fronten neue Bewegung hineingekommen ist. Und daß die Atomindustrie erstmalig den Ausstieg in den Mund nimmt.

(Zustimmung von Jordan [Grüne].)

Dazu haben Sie nichts beigetragen, meine Damen und Herren.

(Hildebrandt [FDP]: Haben Sie das „Handelsblatt“ von heute gelesen?)

— Herr Hildebrandt, ich komme auf Sie, aber in einem anderen Punkt.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Aber dann bitte bald; denn die vorgesehene Redezeit ist überschritten!

(Unruhe. — Stock [CDU]: Frau Dr. Dückert, wir haben Schlußerklärungen!)

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Ja, wir haben die Schlußerklärungen. Das ist ganz richtig, Herr Stock. Meine Schlußerklärung bezieht sich auf eine neue Politik in Niedersachsen, die Sie schmerzt, aber uns freut. Deswegen führe ich hier einiges vor.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Aber, Herr Präsident, ich nähere mich dem Schluß. Ich werde einige Punkte überspringen; denn das, was hier von den Oppositionsfraktionen an Kritik vorgebracht worden ist, ist eigentlich nicht so viele Worte wert. Deswegen will ich zu uns noch etwas sagen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist auch interessanter!)

Meine Damen und Herren, in aller Bescheidenheit möchte ich anmerken: Es gibt fast kein Feld in der Landespolitik, auf dem die Koalition nicht sehr schnell und zielgerichtet gehandelt hat: Verfassungsschutz, Datenschutz, Polizeigesetz, kommunaler Finanzausgleich, regionale Raumordnung, das Kita-Gesetz, das Frauenbeauftragten-gesetz usw. usw.

(Gansäuer [CDU]: Sie handeln aber falsch!
— Hildebrandt [FDP]: Nennen Sie mal die Mercedes-Teststrecke!)

Das verwirrt Sie, meine Damen und Herren, und deswegen kommen Sie hier mit Änderungsanträgen an, die das beweisen.

(Unruhe bei der CDU.)

Ich nenne nur noch ein Beispiel. Sie, Herr Stock, fordern Personalaufstockungen bei Polizei und bei Lehrern. Und wie wollen Sie die Aufstockungen im Personalbereich finanzieren? — Durch globale Kürzungen im Personalbereich!

(Stock [CDU]: Sie sollten die Personalausgaben an der richtigen Stelle kürzen! Daß Sie das nicht begreifen, ist Ihr Problem!)

Mir kommt da ein Bild von einer Karikatur: Gansäuer sitzt auf dem Ast und sägt ihn sich selber ab. Oder anders gesagt, Herr Gansäuer: Ihr haushaltspolitischer Dackel, vor dem Sie warnen, das sind Sie selbst. Ich kann verstehen, daß Sie sich zum Spitzenkandidaten nicht eignen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Unruhe bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung zur FDP.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Ihre Änderungsanträge sind qualitativ nicht sehr viel besser, Herr Hildebrandt. Sie wollen im Bereich Asyl sparen, in einem Bereich, in dem Sie die Axt an humane Ausländerinnen- und Ausländerpolitik anlegen wollen.

(Zurufe von und anhaltende Unruhe bei der CDU.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Wir haben einen bürgerfreundlichen, einen ausländerfreundlichen, einen ökologischen und sozial ausgewogenen Haushalt vorgelegt.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU.)

— Ich merke an Ihrer Aufgeregtheit, daß Sie wirklich sehr aufgeregt sind.

(Lachen bei der CDU.)

Aber ich begrüße, daß Sie nicht wie bei der ersten Haushaltsberatung dieser Koalition beleidigt den Saal verlassen haben, sondern immerhin formal richtige Änderungsanträge vorgelegt haben.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Inzwischen ist an Sie die Fassung der dritten Beratung des § 1 sowie der Ersten Anlage des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Jahr 1993 — Drucksache 4201 — verteilt worden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1993 in der Drucksache 3550 mit den beschlossenen Änderungen sowie § 1 und der Ersten Anlage in der Fassung der Unterrichtung in der Drucksache 4201 nunmehr endgültig seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. — Danke schön. — Danke schön, sonst sind Sie bei der Gegenprobe dabei, zu der ich jetzt aufrufe. — Enthaltungen? — Das Gesetz ist angenommen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Der Ministerpräsident beglückwünscht den Finanzminister. — Lachen bei der CDU.)

Ich bitte um Ruhe.

Wir haben jetzt noch über die Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu den Eingaben in der 43. Eingabenübersicht in der Drucksache 4173, über den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 4197 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 4191 sowie über den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 4194 zu befinden.

Ich rufe die 43. Eingabenübersicht auf. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 4192 vor. Die in der Eingabenübersicht und in dem Änderungsantrag enthaltene Eingabe 3503 ist vom Petenten zurückgenommen worden, so daß dazu kein Beschluß mehr zu fassen ist.

Ich lasse zunächst über die Ausschlußempfehlungen zu den Eingaben in der Drucksache 4173 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer den Ausschlußempfehlungen insoweit zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Empfehlung ist angenommen.

Vizepräsident Dr. Blanke

Wir stimmen nun über die Eingabe aus der Drucksache 4173 ab, zu der ein Änderungsantrag vorliegt. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag und dann — falls er abgelehnt wird — über die Ausschußempfehlung abstimmen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Änderungsantrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun um das Handzeichen derer, die der Ausschußempfehlung zustimmen möchten. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Die Ausschußempfehlung ist angenommen.

Ich rufe jetzt den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen zur Städtebauförderung in der Drucksache 4197 auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen?

(Zurufe von der SPD: Was ist denn nun los?)

— Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 4191 abstimmen, dem eben beschlossenen Antrag einen zusätzlichen Absatz anzufügen. Wer dieser von der CDU beantragten Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen?

(Zurufe von der CDU: Das ist aber schade!)

— Der Ergänzungsantrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 4194 — Entschließung zur Finanzpolitik — auf. Wer diesem Antrag der Fraktion der FDP zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — Danke schön. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe dann den letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung, Punkt 24, auf:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/4140

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung sollte 7,5 Minuten nicht überschreiten. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezei-

ten zur Verfügung: der SPD und der CDU jeweils bis zu 15 Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu 7,5 Minuten.

Der Gesetzentwurf wird eingebracht vom Herrn Innenminister. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Glogowski, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Einbringung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung erfüllen die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien eine Verpflichtung, die der Sache nach seit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1983 besteht und deshalb schon Gegenstand der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP aus dem Jahre 1986 war. Am 9. Juli 1986 hat der damalige Ministerpräsident Albrecht hier erklärt — ich zitiere —:

„Die CDU/FDP-Koalition hat die Absicht, das Polizeigesetz sowie verfassungsschutzrechtliche und datenschutzrechtliche Bestimmungen zu novellieren.“

Wir alle wissen, daß es letztlich bei dieser Absicht geblieben ist. Das gilt sowohl für das Polizeigesetz als auch für das Verfassungsschutzgesetz und das Datenschutzgesetz. Weder der damalige Innenminister Stock noch sein Vorgänger Hasselmann waren in der Lage, den Entwurf einer SOG-Novelle in diesem Hause vorstellen zu können. Alle Energien wurden zur Lösung anderer Probleme vertan. Wenn deshalb Niedersachsen jetzt das letzte der alten Bundesländer ist, das sein Polizeigesetz novelliert, so liegt das an dieser Vorgeschichte.

Der Gesetzentwurf, den die Fraktionen der CDU und der FDP anstelle der damaligen Landesregierung im Jahre 1988 schließlich selbst einbrachten, offenbarte sich nach Anhörungen von Gewerkschaften und Sachverständigen im Innenausschuß als nicht beratungs- und somit auch als nicht verbesserungsfähig. Nach alledem rückte der Zeitpunkt näher, zu dem der sogenannte Übergangsbonus für die Schaffung der erforderlichen Rechtsgrundlagen abzulaufen drohte. Die SPD-Fraktion in diesem Hause schlug Ihnen deshalb einen Pakt für die Rechtssicherheit unserer Polizei vor und brachte den Entwurf eines Niedersächsischen Notgesetzes zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Polizei ein. Leider haben Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Oppositionsfraktionen, diesem Angebot damals versagt.

Von der Vergangenheit nunmehr zur Gegenwart. Diese Regierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen haben inzwischen das Verfassungsschutzgesetz in einer den Anforderungen des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts entsprechenden Weise novelliert, den Entwurf eines Niedersächsischen Datenschutzgesetzes zur Beratung eingebracht und legen Ihnen heute den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen SOG vor.

Ziel der SOG-Novelle ist es, der Datenverarbeitung durch die Verwaltungsbehörden und die Polizei im Bereich der Gefahrenabwehr verfassungsgemäße Rechtsgrundlagen zu geben. Hierbei gelten nach dem Entwurfstext — mit den jeweils erforderlichen Durchbrechungen — die Grundsätze der offenen Datenerhebung und der Datenerhebung beim Betroffenen. Eine verdeckte Datenerhebung durch die Polizei mit besonderen Mitteln oder Methoden ist nur unter hohen Voraussetzungen zulässig.

Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur zu dem Zweck gespeichert, verändert, genutzt und übermittelt werden, zu dem sie erhoben worden sind. Das ist der Grundsatz der Zweckbindung. Die zugelassenen Durchbrechungen dieses Grundsatzes tragen dem Umstand Rechnung, daß die zu einem bestimmten Zweck der Gefahrenabwehr erhobenen Daten häufig auch in anderen Sachzusammenhängen relevant sind. Begleitende Verfahrensvorschriften sollen, wie vom Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil ebenfalls gefordert, die Einhaltung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung sichern helfen.

Weiterhin sieht der Gesetzentwurf vor, die Rechtsstellung der von polizeilichen Eingriffsmaßnahmen Betroffenen zu verbessern. So ist in verschiedenen Fällen auf die Rechtsgrundlagen belastender Maßnahmen und die hiergegen gegebenen Rechtsbehelfe hinzuweisen. Festgehaltene Personen erhalten einen Anspruch auf Hinzuziehung eines Rechtsanwalts.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz.)

Für andere Maßnahmen der Polizei, die praktisch notwendig, bisher aber mangels Rechtsgrundlage unzulässig sind, werden die erforderlichen Eingriffsbefugnisse geschaffen. Das gilt etwa für das Betreten von Wohnungen durch Polizeibeamte zur Abwehr von gesundheitsschädigenden Emissionen oder für die automatische Aufzeichnung von fernmündlichen Gesprächen mit der Polizei. Eine Situation, wie sie zuletzt bei den Brandan-

schlägen von Mölln gegeben war, wo die Stimmen der Attentäter nicht aufgezeichnet wurden, soll in Niedersachsen nicht eintreten können.

Im Ergebnis gilt deshalb der von mir in diesem Zusammenhang schon häufig gebrauchte Satz: Die niedersächsische Polizei behält und erhält alle Befugnisse, die sie für eine effektive Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung braucht. Das gilt bis hin zum sogenannten Lauschangriff, das heißt also für den Einsatz von technischen Mitteln in Wohnungen. Während der Bundesgesetzgeber — das sind Ihre Parteifreunde, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition — noch zögert, verdeckte Wort- und Bildaufzeichnungen aus Wohnungen zu Zwecken der Strafverfolgung zuzulassen, sind wir bereit, der niedersächsischen Polizei für derartige Maßnahmen zu Zwecken der Gefahrenabwehr erstmalig eine Rechtsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, meine weiteren Ausführungen zur SOG-Novelle möchte ich abschließend auf einige Punkte beschränken, die jetzt schon Gegenstand von zum Teil heftiger Kritik sind.

Zunächst zum sogenannten verdeckten Ermittler. Die Behauptung des Kollegen Gansäuer, in Niedersachsen dürfe in Zukunft kein verdeckter Ermittler mehr eingesetzt werden — so wurden Sie jedenfalls in Zeitungsberichten zitiert —, ist falsch. Wer eine solche Behauptung aufstellt, hat nicht verstanden, daß die Polizei häufig in ein und demselben Sachverhalt sowohl mit dem Ziel der Gefahrenabwehr als auch mit dem Ziel der Strafverfolgung tätig wird. Die Rechtsgrundlage für ihre Tätigkeit sind dann demjenigen Gesetz, das heißt also dem Niedersächsischen SOG oder der Strafprozeßordnung, zu entnehmen, dessen Zielsetzung sie im konkreten Fall überwiegend verfolgt.

Ein verdeckter Ermittler kommt herkömmlich in solchen Fällen zur Anwendung, in denen zugleich der Anfangsverdacht für eine strafrechtliche Ermittlung gegeben ist. In diesen Fällen wird nach wie vor auch in Niedersachsen ein verdeckter Ermittler auf der Grundlage der Strafprozeßordnung eingesetzt.

Andere Fälle, in denen nicht wenigstens der Verdacht besteht, daß bereits Straftaten begangen worden sind, eignen sich für den Einsatz eines verdeckten Ermittlers schon aus Gründen der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich nicht. Abgesehen davon ist der Einsatzwert des „Erkenntnismittels“ verdeckter Ermittler auch unter Fachleuten durchaus umstritten. So muß stets ein hoher Auf-

Glogowski

wand betrieben werden. Außerdem kann z. B. ein deutscher Kriminalbeamter nicht in eine ethnisch oder familiär geprägte Verbrecherorganisation eingeschleust werden. Schließlich sind die mit der Tätigkeit des verdeckten Ermittlers im Zusammenhang stehenden Probleme, die insbesondere die Gefahr seiner Verwicklung in Straftaten und die Gefahr seines Abgleitens in die Kriminalität betreffen, immer noch nicht befriedigend gelöst. Von daher ist das ein großes Problem.

Ungeachtet dessen sind Regierung und Koalition selbstverständlich auch in diesem Punkt besseren Erkenntnissen zugänglich. Dazu müßte man uns allerdings mehr als Beispielfälle liefern, in denen verdeckte Ermittler lediglich aufgrund eines sehr vagen Verdachts, daß Straftaten geplant sein könnten, eingesetzt werden sollen. Wenn dies nicht der Fall ist, bleibt es dabei, daß nach diesem Gesetzentwurf ein verdeckter Ermittler lediglich zu Zwecken der Gefahrenabwehr tätig werden darf.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft den sogenannten finalen Rettungsschuß. Der Gesetzentwurf sieht vor, diese umstrittene Spezialvorschrift, die die Tötung eines Menschen durch eine polizeiliche Maßnahme regelt, zu streichen. Das bedeutet im Ergebnis jedoch nicht, daß die Polizei — etwa bei einer Geiselnahme — nicht mehr in der Lage wäre, im äußersten Fall auf öffentlich-rechtlicher Grundlage einen Schuß abzugeben, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirkt. Nach herrschender Meinung — das hat auch die öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf ergeben — bieten hierfür die allgemeinen Vorschriften über den Schußwaffengebrauch gegen Personen eine ausreichende Rechtsgrundlage.

Eine für potentielle Opfer oder eingesetzte Polizeibeamte nachteilige Veränderung der Rechtslage tritt durch die Streichung der Vorschrift über den sogenannten finalen Rettungsschuß mithin nicht ein. Im übrigen haben außer Niedersachsen zur Zeit lediglich noch drei andere Bundesländer eine derartige Vorschrift. Es ist mir sehr wichtig zu sagen, daß insgesamt lediglich vier Bundesländer eine solche Vorschrift überhaupt kennen. Daher meine ich, daß wir diese Frage nicht zu einem besonderen Thema machen müssen, weil sich auch in den anderen Ländern herausgestellt hat, daß es auf anderen Rechtsgrundlagen möglich ist. Im übrigen weise ich darauf hin, daß während der Laufzeit des derzeit geltenden SOG in keinem Fall ein Rettungsschuß angesetzt werden mußte. Ich sage das lediglich deshalb, weil hier schnell

eine Diskussion losbricht, die für die Polizei in ihrer tatsächlichen Wirkung von nicht so beachtlicher Brisanz ist, wie im allgemeinen angenommen wird.

Weiterhin wird kritisiert, die polizeiliche Arbeit werde durch die im Gesetzentwurf vorgesehenen grundrechtssichernden Maßnahmen unnötig behindert. Hierbei wird jedoch übersehen, daß derartige Maßnahmen zur Grundrechtssicherung vom Bundesverfassungsgericht gefordert werden. Sie halten zur Beachtung der einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen an und erlauben diesbezüglich eine Kontrolle. In diesem Sinne binden sie polizeiliche Arbeit. Keine einzige notwendige Maßnahme muß ihretwegen jedoch unterbleiben. Gleichzeitig fördern grundrechtssichernde Verfahrensvorschriften die Akzeptanz und damit den Erfolg polizeilicher Arbeit, indem sie für Bürger und Polizei eine Atmosphäre von Rechtssicherheit und Vertrauen im Umgang mit personenbezogenen Daten schaffen. Mit denjenigen, denen hier die ganze Richtung nicht paßt, werden wir deshalb auf keinen gemeinsamen Nenner kommen. In Einzelfragen sollten wir das Gespräch miteinander suchen. Wir jedenfalls sind hier gesprächsbereit.

Das gilt auch für die angebliche unnötige Kompliziertheit und Anwenderunfreundlichkeit des Gesetzentwurfs. Die Vorschriften über die Datenverarbeitung durch die Polizei sind notgedrungen ein Abbild fast des gesamten fortentwickelten Datenschutzrechts. Dies auf komplizierte Sachverhalte angewandt, führt zu differenzierten, nicht auf Anheb in allen Zusammenhängen durchschaubaren Regelungen. Während das in anderen Gesetzen grundsätzlich hingenommen wird, soll das beim Niedersächsischen SOG auf einmal nicht mehr gelten. Das kann nicht richtig sein. Mit anderen Worten: Selbstverständlich sollen alle Möglichkeiten, die Verständlichkeit und Anwenderfreundlichkeit des Gesetzentwurfs im beginnenden Gesetzgebungsverfahren noch zu verbessern, genutzt werden. Wer aber meint, er könne ohne konstruktive Verbesserungsvorschläge den Gesetzentwurf allein mit Hinweis auf dessen Kompliziertheit im Text ablehnen, dem geht es um eine rein politische Aussage und der wird unseren Widerstand finden. Wir laden jedenfalls jeden zu dieser Diskussion ein.

Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen sind bereit, mit allen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens so zusammenzuarbeiten, daß bessere Erkenntnisse gewonnen und auch umgesetzt werden können. Die gleiche Bereitschaft wird dann allerdings von den Gesprächspartnern

erwartet. Zudem biete ich Ihnen heute das gleiche an wie damals für die Oppositionsfraktionen: einen Pakt für die Rechtssicherheit unserer Polizei, der dieser endlich wieder die erforderlichen, verfassungsrechtlich einwandfreien Rechtsvorschriften für ihre Arbeit zur Gefahrenabwehr gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, es ist schon gut, daß wir nunmehr einen Gesetzentwurf haben, der die Arbeit der Polizei wieder auf verfassungsrechtlich einwandfreien Boden stellt.

(Grill [CDU]: Ist das bisher nicht der Fall?)

— Das war bisher nicht der Fall. Das ist das Problem, Herr Grill, weil Niedersachsen als einziges Bundesland das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 bisher nicht umgesetzt hat. Es ist aber völlig unstrittig, daß das der Fall ist und daß die Situation so ist. — Insofern meine ich, daß dies eine gute Diskussionsgrundlage für das Parlament sein kann. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie sich im Interesse der inneren Sicherheit unseres Landes daran beteiligen würden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Vizepräsidentin Goede:

Danke sehr, Herr Minister. — Herr Kollege Sehr, Sie sind der nächste Redner.

Sehr (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, lassen Sie mich gleich auf das antworten, was Sie zu Beginn Ihrer Rede gesagt haben, als Sie darauf hingewiesen haben, daß die CDU und die FDP nicht zusammenkommen, ein gemeinsames Polizeigesetz zu machen. Das ist richtig. Aber was viel schlimmer ist: Bei Ihrem Gesetzentwurf haben sogar noch nicht mal die Referate mitzeichnen wollen. Das heißt, die Fachleute im Ministerium waren davon überzeugt, daß das Gesetz nicht läuft. Das ist viel schlimmer. Das ist eigentlich ein Skandal.

(Jahn [CDU]: Das ist ja interessant! — Bartling [SPD]: Woher wissen Sie das eigentlich?)

Wir haben uns politisch nicht einigen können. Sie haben aber schon Probleme auf der rechtlichen Seite gehabt. Das heißt, schon die Fachleute haben sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt.

(Beifall bei der CDU. — Auditor [SPD]: Woher wollen Sie das denn wissen? — Jahn [CDU]: Wie ist das denn in den Referaten 24 und 25?)

Nun noch zu dem Schlußsatz, Herr Minister, den Sie gesagt haben. Sie haben gerade gesagt: Lassen Sie uns den Pakt der Rechtssicherheit machen! Lassen Sie uns zusammenarbeiten! — Sie haben das immer beklagt. Ich habe Ihnen das schon ein paarmal bei öffentlichen Veranstaltungen gesagt. Wo haben Sie uns denn überhaupt mal eingebunden? Wo haben Sie denn überhaupt mal den Versuch unternommen, die Opposition einzubinden, gerade bei den Gesetzen, die Sie auf den Weg gebracht haben? — Überhaupt nicht. Beim Verfassungsschutzgesetz haben Sie nicht einen einzigen Antrag oder einen einzigen Änderungswunsch, den wir vorgetragen haben, berücksichtigt. Sie haben uns abgebügelt.

(Kempmann [Grüne]: Ihr habt ja gar keinen gestellt! Das war ja das Problem!)

Meine Damen und Herren, jetzt aber zum Gesetzentwurf. Dieser Gesetzentwurf zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes hat bereits vor der heutigen Einbringung zu öffentlichen Diskussionen geführt. Richtig ist sicherlich, daß diese Gesetzesänderung nicht losgelöst von der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland und insbesondere bei uns in Niedersachsen beurteilt werden kann. Durch die dramatische Zunahme der Straftaten vor allem seit Öffnung der Grenzen in Deutschland und in Europa scheint der Staat der Rauschgiftkriminalität, der organisierten Kriminalität und dem Terror auf unseren Straßen besonders hilflos gegenüberzustehen. Unsere niedersächsische Öffentlichkeit erwartet von der Polizei zu Recht, daß Menschenleben und persönliches Eigentum geschützt, Gefahren abgewehrt sowie Straftaten verhindert werden. Wer dieses auch hier im Parlament von der Polizei erwartet, der muß andererseits aber auch bereit sein, sich bei der Polizei für genügend Personal und ausreichendes technisches Einsatzgerät einzusetzen. Er muß zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben aber auch klare, handhabbare und wirksame Rechtsnormen schaffen.

(Beifall bei der CDU. — Jahn [CDU]: Handhabbar!)

Ohne das ausreichende gesetzliche Instrumentarium wird die Polizei in ihrer Arbeit eingeschränkt, ja sogar handlungsunfähig gemacht.

(Kempmann [Grüne]: Warum macht ihr es nicht? — Bartling [SPD]: Wir machen es doch gerade, weil ihr es nicht zustande gebracht habt!)

Sehrt

— Ich werde Ihnen gleich beweisen, was Sie machen. — Bedauerlich bleibt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich ist, abgestimmte Polizei- bzw. Gefahrenabwehrgesetze länderübergreifend zu verabschieden. Der Musterentwurf der Innenministerkonferenz aus dem Jahr 1986 war leider nur ein kurzer Hoffungsschimmer. Wie soll eigentlich eine europäische Verständigung über Fragen der inneren Sicherheit erreicht werden, wenn wir es noch nicht einmal national schaffen?

Nun aber konkret zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Herr Bartling. Sollte der Herr Minister Glogowski seinen Entwurf so im Landtag durchsetzen, kann er für sich in Anspruch nehmen, die polizeiliche Arbeit in diesem Land beußt zu schwächen und zu behindern.

(Beifall bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist kein Gesetz mehr für die Arbeit der schon arg gebeutelten und belasteten Polizei und Verwaltungsbehörden.

(Schack [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr!)

— Sie haben es doch gar nicht gelesen! Sie können es doch gar nicht beurteilen! — Dies wird dann durch die geplanten Änderungen vielmehr ein Gesetz für zusätzliche Aufgabenfelder von Verwaltungsjuristen, Datenschützern und Rechtsanwälten. Selbst das von Ihnen 1990 eingebrachte sogenannte Niedersächsische Notgesetz zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Polizei — Herr Glogowski hat dieses Gesetz ja so nett umschrieben — enthielt trotz seiner sonstigen Schwächen aber noch einige wichtige polizeiliche Befugnisse und Einsatzinstrumentarien. Heute aber sind diese Befugnisse bei einer noch schlechteren Kriminalitätsentwicklung unter den Tisch gefallen. Ich komme im einzelnen noch darauf zu sprechen.

(Kempmann [Grüne]: Da sind wir aber gespannt!)

Wer von den handelnden Beamten soll sich diese verworrenen Gesetzesnormen überhaupt noch merken können?

(Kempmann [Grüne]: Oh je, oh je! — Boekhoff [SPD]: Sie nicht!)

Die Polizei wird sich in Zukunft mehr mit sich selbst beschäftigen müssen, um ja keinen Gesetzesverstoß zu begehen, wenn die vorgesehenen Datenschutzregelungen so verabschiedet werden.

Übrigens sollten laut Verfassungsgerichtsurteil Gesetze für den Bürger transparenter gemacht werden. Das hier vorliegende Gesetz ist für die

Polizeibeamten schon verworren genug, für den Bürger aber sicherlich überhaupt nicht mehr nachvollziehbar.

(Kempmann [Grüne]: Ach, ach, ach! Da gibt es ja noch nicht einmal Beifall!)

— Herr Kempmann, gehen Sie doch einmal zu denjenigen Polizeibeamten hin, die das Gesetz gelesen haben. Die verstehen es doch überhaupt nicht. Das wollen Sie aber gerade. Sie haben sich durchgesetzt.

(Kempmann [Grüne]: Wissen Sie, wie dick die Polizeidienstvorschrift ist?)

Die für mich schlimmste vorgesehene Gesetzesänderung liegt in der Streichung des zweiten Satzes in Abs. 2 in § 54 des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes. In § 54 wird der Schußwaffengebrauch geregelt. Oberflächlich betrachtet, handelt es sich nur um die Streichung eines Satzes. Für die niedersächsischen Polizeibeamtinnen und -beamten bedeutet dies aber:

Der Gesetzgeber will sich rechtlich aus der Verantwortung stehlen und den Schwächsten im Regen stehen lassen. — Schußwaffengebrauch gegen Menschen ist wohl der schwerste hoheitliche Eingriff der Polizei in das höchste Rechtsgut des Menschen, nämlich Leib und Leben. Hier wird in das Grundrecht auf Leben eingegriffen. Die geplante Herausnahme der bisherigen rechtlichen Ermächtigung für den sogenannten Rettungsschuß schafft wieder absolute Rechtsunsicherheit. Notwehr bzw. Nothilfe können doch keine Ermächtigung sein für hoheitliches Handeln beim Umgang mit einer Schußwaffe.

(Beifall bei der CDU.)

Im Gesetzentwurf werden fast bis zur Schmerzgrenze Datenschutzregelungen bis ins kleinste Detail in epischer Breite festgelegt. So wird der Rechtsschutz eines Fußballrowdys stärker regelnd gewahrt als die Eingriffsermächtigung eines Sondereinsatzkommandos beim Rettungsschuß. Als Rechtsgrundlage bleibt nur noch die rechtliche Berufung — ich habe es vorhin schon einmal gesagt — auf Notwehr und Nothilfe.

Herr Kollege Glogowski hat in seiner Rede erwähnt, daß es in Niedersachsen noch keinen Fall gegeben habe, daß ein Rettungsschuß abgegeben werden mußte. Meine Damen und Herren! Das dürfen wir auch gar nicht wünschen. Wir müssen aber denjenigen die Rechtssicherheit geben, die dafür verantwortlich sind. Sie müssen im Gesetz die Ermächtigung haben, und sie dürfen sich nicht zur Rechtfertigung eines Notstandes vor

Gericht verantworten müssen. Das ist doch ein Unding.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Glogowski, Sie wissen, daß ich Polizeibeamter war. Ich habe mit eines der ersten Präzisionsschützenkommandos im Land Niedersachsen aufgebaut. Als wir das Kommando aufgebaut hatten und noch keine Rechtssicherheit hatten, hat sich jeder Beamte gescheut, überhaupt eine Waffe in die Hand zu nehmen. Wenn Sie wissen, was es bedeutet, auf einen Menschen zu schießen und dann vor Gericht zu stehen und sich dafür zu verantworten, dann ist klar, daß man eine Ermächtigungsgrundlage braucht. Ich kann Sie nur herzlich bitten, dies nicht aus parteipolitischen Gründen herausfallen zu lassen.

(Beifall bei der CDU.)

Für uns als CDU-Fraktion sind viele vorgesehene Datenschutzregelungen so nicht tragbar. Die teilweise zu engen rechtlichen Grenzen sind nicht durch verfassungsgerichtliche Vorgaben begründet. Auch gibt es aus der Vergangenheit keine Fälle des Mißbrauchs im Umgang mit Daten bei der niedersächsischen Polizei. Neben dem berechtigten Individualinteresse der Betroffenen muß die Polizei im Lande doch die notwendigen Daten erheben und speichern können, die für eine sinnvolle Gefahrenabwehr oder für die Verhütung von Straftaten notwendig sind.

Was nützen die rechtlichen Möglichkeiten, Daten zu erheben und zu speichern, wenn diese Daten zu schnell wieder gelöscht werden müssen? Dies ist nur eine zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Polizei. Die für zu kurze Zeit gespeicherten Daten können überhaupt nicht für eine Kriminalitätsbekämpfung verwendet werden.

War beim sogenannten Notgesetz von Herrn Glogowski noch der Einsatz von verdeckten Ermittlern zulässig, ja ausdrücklich sogar gefordert, so fehlt heute diese wichtige polizeiliche Einsatzmöglichkeit.

(Zuruf von Minister Glogowski.)

— Darauf komme ich gleich. — Bei allen Praktikern stößt die politische Absicht, auf den verdeckten Ermittler zu verzichten, auf absolutes Unverständnis.

(Beifall bei der CDU.)

Ich weiß gar nicht, welche Praktiker Sie in Anspruch nehmen. Alle K-Leiter im Land Niedersachsen haben das gefordert. Wer ist denn besser prädestiniert als die zuständigen Fachleute im

Land Niedersachsen? Und dann sprechen Sie davon, daß das Fachleute ablehnen?

(Beifall bei der CDU.)

Man will jetzt richtigerweise bei der Aufgabenbeschreibung für die Polizei der bewährten Praxis Rechnung tragen, d. h. der Polizei neben der Gefahrenabwehr als Aufgabe noch die Vorsorge zur Verfolgung von Straftaten und die Verhütung von Straftaten zuweisen. Das ist richtig. Jetzt, wo diese Aufgaben normiert werden sollen, dürfen aber keine verdeckten Ermittler eingesetzt werden. Das kann doch niemand mehr nachvollziehen. In der Begründung des Gesetzentwurfs zu behaupten, daß es kein zwingendes praktisches Bedürfnis zum Einsatz von verdeckten Ermittlern in Niedersachsen gibt, ist schon mehr als dreist.

(Kempmann [Grüne]: Dann sagen Sie mal ein Beispiel!)

— Ich kann Ihnen mehrere sagen. Bei jeder Vorbeugung von Straftaten, wenn man also Straftaten verhindern will.

(Kempmann [Grüne]: Da wollen Sie verdeckte Ermittler einsetzen?)

Zu dem Beispiel mit den ausländischen Familien, das genannt worden ist, ist zu sagen, daß dies der geringste Teil ist. Die Nichteinführung des verdeckten Ermittlers ist ausschließlich eine politische Entscheidung mit Rücksicht auf die Grünen. Für Sie wird das gemacht, Herr Kempmann.

Welche Gefahren entstehen eigentlich für den Bürger, wenn die erfolgreiche Rasterfahndung als Fahndungsmöglichkeit in Niedersachsen zulässig ist? Gerade unter dem Eindruck der organisierten Kriminalität, des steigenden Extremismus und der Zunahme der Rauschgifttaten soll es in diesem Land nicht möglich sein, z. B. Daten von Gas-, Licht- und Wasserzählern zur Verhinderung oder Verfolgung von Straftaten — natürlich in engen rechtlichen Grenzen — miteinander abzugleichen. Was geschieht eigentlich bei der Rasterfahndung? Die meisten wissen wohl gar nicht, was Rasterfahndung ist.

(Bartling [SPD]: Darum hören wir ja so aufmerksam zu!)

— Das muß ich dir auch sagen, weil du nämlich nicht weißt, was das ist. — Die Polizei kann in genau festgelegten rechtlichen Grenzen u. a. den Zählerstand abgleichen. Sie könnte somit feststellen, daß Wohnungen monatelang nicht benutzt werden, da kein Energieverbrauch stattfindet. Somit könnten Straftaten verhindert werden. Es ist ja auch Aufgabe der Polizei, das zu tun.

Sehr

(Kempmann [Grüne]: Sind die bewohnten oder die unbewohnten Wohnungen nun verdächtig? Das habe ich nicht verstanden!)

Vielleicht könnte dadurch auch verhindert werden, Herr Kollege, daß mancher Drogentote am Bahnhof gefunden wird, nämlich dann, wenn man rechtzeitig eine Straftat aufgeklärt oder ihr vorgebeugt hätte. Das müßte auch in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der CDU.)

Ähnlich sieht es beim verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen heraus aus. Die Einsatzschwelle für diesen, im Volksmund fälschlicherweise Lauschangriff genannt, so hoch zu setzen, daß dies nur bei einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben sowie Freiheit einer Person rechtlich möglich sein soll, d. h. nur bei Geiselnahme, geht an der tatsächlichen Kriminalitätslage in Niedersachsen blind vorbei. Konspirative Treffs, Verabredungen und Vorbereitungen von Straftaten erfolgen nicht auf offener Straße, sondern in Wohnungen oder in Hotels. Diese Landesregierung will der Polizei hier die Hände binden und den Einsatz der technischen Mittel ausschließen, und dies alles unter dem Eindruck, daß wir im Lande Niedersachsen im Jahre 1991 einen Anstieg auf 559 902 registrierte Straftaten erleiden mußten.

(Gansäuer [CDU]: Das ist kein Straftatenverhinderungsgesetz!)

Im ersten Halbjahr 1992 hatten wir eine Steigerung um fast 14 % gegenüber 1991 zu verzeichnen. Bei der Raubkriminalität hatten wir eine Steigerung um ca. 22 %, und allein bei Heroinverstößen hatten wir eine Steigerung um 40 %. Dies kann man alles beliebig fortsetzen. Von dieser Entwicklung jedoch ist diese Landesregierung nicht sensibilisiert; sie erschwert durch diese Gesetzesvorlage vielmehr noch die Fahndungsmaßnahmen.

(Beifall bei der CDU.)

Gestatten Sie mir noch eine Schlußbemerkung zum geplanten Wegfall des Ordnungsbegriffs. Ich persönlich halte die Streichung des Ordnungsbegriffs für falsch. Damit nehmen wir nämlich den Kommunen die Möglichkeit zur Durchsetzung vieler kommunaler Satzungen, die sich mit den Verstößen gegen sittliches Empfinden und allgemeine Anstandsregeln befassen. Ich halte es für notwendig, diesen Begriff im Gesetz verankert zu lassen. Denken Sie doch nur einmal an die vielen aggressiven Betteleien. Die können Sie dann künftig nicht mehr unterbinden.

(Gansäuer [CDU]: So ist das! Damals war der Innenminister doch lauthals dagegen! Erst hat er eine große Show abgezogen, und jetzt verhindert er es! — Köneke [SPD]: Lauthals sind Sie und nicht der Innenminister! — Gansäuer [CDU]: Wer hat denn vom Bettvorleger gesprochen? Herr Trittin war das doch!)

— Darf ich noch kurz meinen Schlußsatz sagen? Dann können Sie über die Tische hinweg weiter miteinander korrespondieren.

Wir fordern den Innenminister schon heute auf, diesen Gesetzentwurf an die Autoren zurückzuüberweisen und erneut überarbeiten zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Als nächster hat sich der Kollege Rehkopf gemeldet.

(Kempmann [Grüne]: Nun müssen Sie das erst einmal alles wieder richtigstellen!)

Rehkopf (FDP):

Ich muß erst einmal richtigstellen, daß es ungewöhnlich ist, daß zwei Vertreter von Oppositionsfraktionen nacheinander sprechen und dann wieder zwei Vertreter von Regierungsfraktionen.

(Kempmann [Grüne]: Sie können mich ja noch dazwischenlassen!)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Rehkopf, ich weiß nicht, warum Sie das wundert. Ich habe das in der Reihenfolge der Wortmeldungen gemacht.

(Stock [CDU]: Das ist ja gerade das Ungewöhnliche!)

Rehkopf (FDP):

Das ist absolut unüblich, Frau Präsidentin. Wir verfahren in diesem Hause seit zweieinhalb Jahren ganz anders.

(Stock [CDU]: Das finde ich aber auch! — Theilen [SPD]: Das ist aber auch Geschmacksache!)

Meine Damen und Herren, ich habe nicht vor, mich hier so zu verhalten, daß ich bereits die zweite Beratung vor der ersten mache. Ich will auch nicht so lange reden wie mein Vorredner,

und ich hoffe, daß das auch andere nicht tun werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will für die Fraktion der FDP aber doch einige Worte sagen.

Pflichtgemäß hat der Innenminister vor einigen Tagen in der Pressemitteilung Nr. 298 die Kritik der Oppositionsfraktionen zurückgewiesen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Oppositionsfraktionen bei den Gesetzesberatungen im Niedersächsischen Landtag noch ausreichend Gelegenheit haben würden, die komplizierten Sachverhalte so in die geforderten differenzierten Regelungen zu fassen, daß sie nicht mehr für parteipolitisch durchsichtige Globalkritik mißbraucht werden könnten.

So kompliziert, wie der Innenminister hier unsere Kritik zurückgewiesen hat, so kompliziert ist auch dieser Gesetzentwurf geworden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Verehrter Herr Kollege Glogowski, einen solch globalen Überblick über die Materie habe ich immer noch, daß ich mit Fug feststellen kann, daß bei Ihrem Gesetz kein Polizist mehr durchblicken wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wenn der Polizist künftig mit dieser Schwarte — die muß man sich wirklich einmal angucken — unter dem Arm hinter dem Verbrecher herspüren muß, dann ist in der Zeit, in der er die Rechtsmaterie prüfen muß, jeder Verbrecher längst verschwunden.

(Bartling [SPD]: Jeder Polizist sitzt im Streifenwagen und lernt das auswendig!)

— Aber Sie werden doch nicht bestreiten, daß dieser Gesetzentwurf äußerst kompliziert ist! Er mag vielleicht eine Freude für Rechtstheoretiker sein; für den Polizisten ist das eine unverständliche, viel zu kompliziert formulierte Materie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ihr gesamter Gesetzentwurf — Herr Glogowski, das spürt man zwischen den Zeilen — krank darunter, daß da Leute die Feder geführt haben, die glauben, man müsse den Bürger vor der Polizei schützen.

(Bartling [SPD]: Diesen Spruch kennen wir schon aus der „HAZ“!)

Im Gesetzentwurf folgen nach jeder allgemeinen Regelung umfangreiche Spezialregelungen, die jeweils wieder unterschiedliche Voraussetzungen haben und mit Rückverweisungen arbeiten. Mit

dem Ding, meine Damen und Herren, fängt kein Polizeibeamter etwas an!

(Beifall bei der FDP.)

Neben dieser Kompliziertheit, die Ihrer Tendenz, alles und jedes zu verbürokratisieren, entspricht, kommt hinzu, daß Sie die Möglichkeiten der Gefahrenabwehr, der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung und damit insbesondere die Verhütung und Vorsorge erheblich erschweren.

Herr Glogowski, Ihre Unterscheidung zwischen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung hinsichtlich des Einsatzes von verdeckten Ermittlern — Herr Sehr hat eben schon dazu Stellung genommen — mag rechtstechnisch sinnvoll sein. Logisch ist sie überhaupt nicht. Wenn Sie erst dann anfangen wollen, mit V-Leuten zu arbeiten, wenn das Verbrechen schon geschehen ist, dann ist es zu spät. Deshalb ist der Einsatz von V-Leuten nur nach den von Ihnen vorgesehenen Regelungen der Strafprozeßordnung der völlig falsche Ansatz.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Rehkopf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rehkopf (FDP):

Nein. Herr Kempmann, ich habe doch gar keine Zeit. Herr Kempmann weiß doch genau, daß ich keine Zeit für Zwischenfragen habe.

(Kempmann [Grüne]: Dann geben Sie wenigstens zu, daß es einen Unterschied zwischen V-Leuten und verdeckten Ermittlern gibt! — Weitere Zurufe.)

— Soviel Zeit habe ich doch noch, daß ich warte, bis es wieder ruhiger geworden ist.

Was ich eben gesagt habe — das wissen Sie ganz genau —, sagen auch alle Praktiker; vielleicht nicht die GdP, die im Hause des Innenministers morgens und manchmal auch noch nachmittags sitzt,

(Kempmann [Grüne]: Die Praktiker kennen den Unterschied zwischen V-Leuten und verdeckten Ermittlern!)

aber andere Polizeipraktiker und Staatsanwälte und Richter sagen das, was ich eben gesagt habe, und unterstützen dies. Wenn Sie es uns nicht glauben, verehrter Herr Glogowski und die Mehrheit hier im Hause, dann glauben Sie es doch wenigstens den Praktikern.

Welch ein Geist aus diesem Gesetz spricht, macht ja auch der Kollege Kempmann deutlich, der hier eben so vehement zwischengerufen hat. In der

Rehkopf

„HAZ“ wird er als Verhandlungsführer beim Aushandeln der Vorschriften in der Koalition bezeichnet.

(Jahn [CDU]: Das Ergebnis ist bezeichnend!)

Ich zitiere mal: Wir haben Maßstäbe gesetzt, sagt Herr Kempmann. Und weiter: Wildwuchs in der Polizeiarbeit sei zurückgedrängt worden, das Aushorchen von Anwälten, Journalisten und Ärzten durch Spitzel sei ebenso unterbunden worden wie die Anstiftung zu Straftaten durch einen agent provocateur. Das war Herr Kempmann!

(Kempmann [Grüne]: Ja und?)

Herr Kempmann tut so, als würde die Polizei den ganzen Tag über nur darüber nachsinnen,

(Kempmann [Grüne]: Wollt Ihr das alles nicht?)

wie sie unschuldige Bürger aushorchen und ausspitzeln kann. Das tut die Polizei eben gerade nicht. Aber Sie tun so.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Kempmann, wir wissen ja, Sie haben so ein richtig schönes altes linkes Bild von der Polizei.

(Kempmann [Grüne] und Bartling [SPD] lachen.)

Nichts könnte besser belegen, daß ich mit meiner Vermutung recht habe, Sie wollen den Bürger vor der Polizei schützen, statt umgekehrt den Bürger durch die Polizei schützen zu lassen.

Ich halte es auch für falsch, daß Sie besondere Formen des Datenabgleichs und die Rasterfahndung nicht mehr erlauben wollen.

(Kempmann [Grüne]: Aha!)

Ich weise darauf hin, daß der vor einigen Tagen bekanntgewordene Fund von mehreren 100 kg Rauschgift in Bayern gar nicht möglich gewesen wäre ohne dieses Instrument, das Sie hier herausnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Erkundigen Sie sich doch mal.

Ihre Vorschriften zur Datenübermittlung sind sehr viel restriktiver, als wir sie jemals vorgesehen hatten und als auch die SPD sie vor zweieinhalb Jahren noch in ihrem Notgesetz vorgesehen hatte.

Die FDP hat im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf eingebracht; das wissen Sie, meine Damen und Herren. Wir haben diesen Entwurf bisher leider noch nicht beraten können, aber nun wird er ja sicherlich zusammen mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung beraten werden.

Dieser Gesetzentwurf ist in seinen Formulierungen sehr viel sparsamer. Er ist wesentlich unkomplizierter, und er arbeitet nicht mit Generalklauseln, die für die Polizei eine gewisse Rechtsunsicherheit schaffen. Ich bin davon überzeugt, Herr Glogowski, wenn Sie Ihre ehrliche Meinung sagen, dann halten Sie diesen Entwurf, den wir vorgelegt haben, für besser. Wir werden selbstverständlich im Ausschuß darauf drängen, daß unser Entwurf, den Sie jetzt anderthalb Jahre verschleppt haben, zur Beratung kommt.

Ich wünsche mir, daß der Herr Ministerpräsident mit Ihrem Polizeigesetz so verfährt wie mit dem Hochschulgesetz:

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

daß er es liest und dann dem Parlament die Empfehlung mit auf den Weg gibt, dieses Gesetz zu verbessern. Die denkbar beste Verbesserung wäre natürlich, unser Gesetz zu nehmen und die Beratungen anhand unseres Gesetzentwurfes fortzusetzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Kollege Kempmann!

(Oppermann [SPD]: Schöne linke Rede halten!)

Kempmann (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

(Jahn [CDU]: Jetzt kommt der Autor persönlich!)

Ich freue mich, daß es gelungen ist, den Entwurf dieses Polizeigesetzes einzubringen, damit er heute in erster Lesung diskutiert werden kann. Eines der vielen Versäumnisse der abgewählten alten Landesregierung wird aufgearbeitet werden. Alles das, was Sie auf dem Felde der Innenpolitik in immerhin 14 Jahren nicht zustande gebracht haben, läuft. Das muß Sie verwirren. Das gebe ich zu. Das läuft in dieser rot-grünen Koalition wie geschmiert.

(Sehrt [CDU]: Sie schwächen die Polizei!)

Verfassungsschutzgesetz, Datenschutzgesetz, kommunaler Finanzausgleich, regionale Raumordnung und jetzt das Polizeigesetz — das alles sind Dinge, die Sie längst hätten machen müssen.

(Sehrt [CDU]: Sie haben den Verfassungsschutz kaputtgemacht, und die Polizei wollen Sie kaputtmachen!)

Sie haben es versucht, zugegeben. In der alten Wahlperiode haben Sie den Entwurf eines Polizeigesetzes eingebracht. Das war es aber auch schon. Im Innenausschuß ist das Gesetz verhungert, weil Sie nicht mehr die politische Durchsetzungskraft hatten, um es zu verabschieden.

(Widerspruch von Sehrt [CDU].)

Herr Kollege Sehrt, Sie haben zu Beginn gesagt, die Referate im Innenministerium hätten sich geweigert, diesen Gesetzentwurf überhaupt mitzuzeichnen. Das ist die Unwahrheit. Diese Behauptung, die Sie hier aufgestellt haben, ist eine glatte Lüge. Das Gegenteil ist wahr.

(Sehrt [CDU]: Sind Sie Mitglied des Innenministeriums?)

Ich kann verstehen, daß Sie angesichts der wirklich hervorragenden Arbeit dieser Regierung gerade im Bereich der Innenpolitik in Trostlosigkeit, in Resignation und auch in Verwirrung versinken.

(Zuruf von Jahn [CDU].)

Das ist nicht zuletzt auch ein Verdienst dieses Ministers, denn er macht eine gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, dieses Polizeigesetz wird einen unhaltbaren Zustand beseitigen. Es wird der Polizei die Rechtssicherheit geben, die sie braucht. Dieses Gesetz wird aber auch jedem Bürger und jeder Bürgerin deutlich machen, was die Polizei in Zukunft darf und was sie nicht darf. Ich begrüße das ausdrücklich. Nur wenn polizeiliches Handeln transparent ist, ist die Voraussetzung dafür gegeben, daß wir auf Dauer volle Akzeptanz für polizeiliches Handeln in der Bevölkerung haben. Dies brauchen wir, weil wir die Polizei brauchen.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Sehrt, Sie wissen, daß es unwahr ist, ich weiß, daß es unwahr ist, und jeder andere hier im Saal weiß, daß es unwahr ist, wenn Sie immer wieder wiederholen, der Polizei würden mit diesem Gesetz die notwendigen Instrumente für ihre Arbeit entzogen, die Polizei würde geschwächt.

(Zuruf von Sehrt [CDU].)

Genau das Gegenteil ist wahr. Auch die Polizeipraktiker werden Ihnen das bestätigen. Ich weiß, daß Sie immer den Bund der Kriminalbeamten herausziehen und sagen, das sei die ganz große Expertenorganisation.

(Sehrt [CDU]: Die Kripochefs halten das für falsch!)

Die Polizeipraktiker sagen: Dies ist ein vernünftiges Gesetz.

Ich möchte nun noch einige wenige Punkte ansprechen.

Verdeckte Ermittler wird es auf der Grundlage dieses Gesetzes in Zukunft auch in Niedersachsen nicht geben. Auch Rasterfahndung wird es nicht geben. Sie haben bezüglich der Rasterfahndung und den Zählern, die man dabei irgendwie abgleicht, ein tolles Beispiel gebildet. Dies zeigt den völligen Schwachsinn dieser Methode.

(Jahn [CDU]: Die Grünen wollen Strom sparen!)

Sie haben vergessen zu sagen, was verdächtig ist — die bewohnte Wohnung oder die unbewohnte Wohnung? Sie können ganz viele Daten miteinander korrelieren und irgendwelche Verdachtsgründe schöpfen. Das einzige, was Sie damit erreichen, ist, daß Sie in personenbezogene Daten von vielen, vielen tausend Bürgerinnen und Bürgern eingreifen, die völlig unverdächtig sind, und mit diesen Daten arbeiten wollen. Das ist falsch, das ist Quatsch.

Ich möchte nun noch etwas zu den verdeckten Ermittlern sagen. Ich begrüße es ausdrücklich, daß verdeckte Ermittler in diesem Gesetz nicht vorkommen. Ich begrüße das schon deswegen, weil ich in der Tat der Meinung bin, daß Risiken mit verdeckten Ermittlern verbunden sind. Kollege Rehkopf, Sie haben in Ihrem Redebeitrag immer wieder — das zeigt die profunde Kenntnis dieses Gesetzes — verdeckte Ermittler und V-Leute verwechselt. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Natürlich gibt es V-Leute, und natürlich gibt es nach diesem Gesetz einen Einsatz von V-Leuten. Es gibt ihn auch zur Gefahrenabwehr. Das ist völlig klar. Verdeckte Ermittler — das ist das, worum es geht — gibt es nicht. Ich finde das vernünftig. Es gibt viele abschreckende Beispiele. Das CDU-geführte Land Baden-Württemberg hat noch vor der letzten Landtagswahl verdeckte Ermittler eingesetzt. Das Ende vom Lied war, daß das Landeskriminalamt den einzig wirklich funktionierenden illegalen Glücksspielerring aufgebaut hat. Das ist das, was bei dem Einsatz verdeckter Ermittler herauskommt. Wir wollen ihn nicht. Ich glaube, wir brauchen ihn auch nicht.

Zum Lauschangriff. In letzter Zeit ist es modern geworden, Grundrechte nicht mehr so ganz ernst zu nehmen und sie bei Gelegenheit auch ein bißchen auszuhebeln. Uns ist der Artikel 13 sehr viel wert, und ich freue mich, daß es gelungen ist, dem allgemeinen Zeitgeist etwas entgegensetzen. Einen Lauschangriff wird es nur in einem

Kempmann

einzigsten Fall geben, nämlich zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für Leib, Leben oder für Gesundheit. Was ich überhaupt nicht verstehe, ist, wie CDU und FDP sich hier hinstellen und sagen können: Wir brauchen den Lauschangriff sozusagen als generelle polizeiliche Ermittlungsmethode schon im Vorfeld von Straftatenverfolgung zur Gefahrenabwehr. Sie beide sind es, Ihre beiden Parteien sind es, CDU und FDP, die in Bonn eine Koalitionsvereinbarung haben, in der es heißt, das dürfe es nicht geben. Vielleicht wenden Sie sich gefälligst mal an Ihre Leute in Bonn und teilen denen mit, was Sie für eine Meinung haben. Nur, kritisieren Sie uns nicht, wenn wir eine vernünftige Regelung in diesem Bereich machen.

Abschließend will ich sagen: Ich glaube, dieses Gesetz ist in der Tat ein Durchbruch zu mehr Rechtssicherheit. Es ist ein echter demokratischer Fortschritt. Datenschutz wird in Zukunft nach dem Prinzip der Zweckbindung auch die Arbeit der Polizei leiten. Das ist vernünftig so, und das ist auch eine Vorgabe des Verfassungsgerichts, die Sie schon längst hätten umsetzen sollen. In vielen anderen Bereichen, bei Kontrollstellen z. B. oder bei lang andauernder Observation, wird es Verfahrenssicherungen wie Richtervorbehalt und dergleichen mehr geben.

Zum Schluß ein letztes Wort. Ich glaube, kein Gesetz ist so gut, daß es nicht in Ausschußberatungen noch besser werden könnte. Wir werden sehen, ob Sie hier einmal Änderungsanträge stellen, anders als beim Verfassungsschutzgesetz.

Eines will ich Ihnen aber sagen: Sie bejammern hier, kein Polizeibeamter würde das mehr verstehen.

(Sehrt [CDU]: Das ist so!)

Ich glaube, Polizeibeamte sind viel besser ausgebildet, sind viel politischer, als Sie sich das überhaupt vorstellen können.

(Sehrt [CDU]: Das können Sie gerade beurteilen!)

Wenn Sie sich einmal die Polizeidienstvorschriften ansehen, die die Jungs und Mädels draufhaben, obwohl es eine solche Schwarte ist, dann wird mir gar nicht bange, daß sie mit diesem Gesetz sehr gut werden arbeiten können. — Ich danke Ihnen.

(Beifall. — Zurufe von der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Bartling, Sie haben sich als nächster zu Wort gemeldet.

Bartling (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte es Ihnen gern erspart, daß ich heute kurz vor acht zur Einbringung des Gesetzes noch etwas sage. Aber nach dem, was Herr Sehrt wieder abgelaufen hat, kann ich es Ihnen leider nicht ersparen.

Herr Sehrt setzt damit das fort, was landesweit von einigen „Sicherheitsexperten“ — ich nenne nur den „Sicherheitsexperten“ Wilhelm Brunkhorst — über Land erzählt wird. Das ist eine Geschichte — leider hat Herr Rehkopf sich daran beteiligt —, die deutlich macht, daß Ihnen der Inhalt des Gesetzes überhaupt nicht bekannt ist. Ich bezweifle sogar, daß Herr Rehkopf Text und Begründung jemals gelesen hat.

(Hildebrandt [FDP]: Herr Bartling, hören Sie auf!)

Wir sind, meine Damen und Herren, das letzte Bundesland in der alten Bundesrepublik, das aufgrund der Versäumnisse der alten Regierung — Sie nehmen inzwischen ja zumindest zur Kenntnis, daß es ein Versäumnis war — ein neues Polizeigesetz vorlegt. Es gibt kein Land, das noch kein neues Polizeigesetz hat; alle haben es inzwischen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist ja peinlich, Herr Kollege Bartling, wenn Sie so ausfallend werden!)

— Das hat mit Peinlichkeit überhaupt nichts zu tun, Herr Hildebrandt. — Ich will Ihnen noch einmal deutlich machen, daß Sie, obwohl Sie —

(Hildebrandt [FDP]: Das sind keine Sachargumente!)

— Hören Sie doch auf mit Sachargumenten! Was hat denn Herr Sehrt erzählt? Was hat Herr Rehkopf erzählt? Das hatte doch mit der Sache nichts zu tun! Das war dumme Schwadroniererei!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Hildebrandt [FDP]: Machen Sie es doch besser! — Weitere Zurufe.)

Wir werden noch genug Gelegenheit haben, über den Gesetzentwurf zu reden. Erlauben Sie mir deshalb, nur ein paar wenige Dinge zu skizzieren, die real mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Der Gesetzentwurf enthält schwerpunktmäßig Vorschriften über die Erhebung und Weiterverarbeitung personenbezogener Daten durch Verwaltungsbehörden und Polizei. Dies sind natürlich eine Reihe von Einzelbestimmungen, die auch

kompliziert sind und Mehrarbeit mit sich bringen. Wenn Sie dies einmal mit Polizeigesetzen anderer Länder vergleichen — aber die Mühe werden Sie sich wahrscheinlich nie machen —, werden Sie ähnliche Regelungen in diesem Umfang finden. Auch das Bayerische Polizeiaufgabengesetz, Herr Kollege Sehrt, enthält 19 Einzelparagraphen über Datenerhebung und -verarbeitung! Das ist genau die Zahl, die auch in Niedersachsen ihren Niederschlag finden wird.

(Jahn [CDU]: Wie viele gibt es in Nordrhein-Westfalen?)

Ich kann natürlich gut nachvollziehen, daß Praktiker, also Polizeibeamtinnen und -beamte in unserem Land, die das Gesetz anwenden sollen, gegen diese Paragraphenflut Bedenken haben. Mir als Nichtjuristen geht es in vielen Fällen auch so. Nur sagt das Verfassungsgericht ausdrücklich — das müssen auch CDU-Politiker zur Kenntnis nehmen —, daß unter den modernen Bedingungen der Datenverarbeitung dem Schutz des einzelnen ein höherer Rang einzuräumen ist als der unbegrenzten Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten.

Schutz bedeutet insoweit konsequent, daß für alle diese Datenverarbeitungsschritte gesetzliche Grundlagen und auch Kontrollmechanismen geschaffen werden. Das ist der Grund für dieses Gesetzesvorhaben, meine Damen und Herren. Es liegen Urteile von Verwaltungsgerichten vor, wonach Handeln der Polizei als nicht rechtmäßig beurteilt wurde, weil entsprechende gesetzliche Grundlagen fehlten. Die schaffen wir mit diesem Gesetz.

(Sehrt [CDU]: Sagen Sie mal ein Beispiel! — Jahn [CDU]: Wo ist das passiert?)

Neben den Regelungen über den Datenschutz enthält das Gefahrenabwehrgesetz erstmalig das, was Herr Rehkopf in Abrede stellte und wozu er meinte, wir würden etwas verändern. Dabei hat er wieder nicht zur Kenntnis genommen, daß er über etwas redete, was im alten Gesetz überhaupt nicht vorhanden war. Es enthält nämlich Regelungen für die Vorbereitung auf künftige Gefahrenabwehr, für die Vorsorge zur Verfolgung von Straftaten und die Verhütung von Straftaten. Zusammen mit speziellen Eingriffsregelungen wird hierdurch die rechtliche Grauzone beseitigt, die für diesen Bereich polizeilicher Arbeit bestand.

Andere klassische Eingriffsbefugnisse für die Polizei werden geändert. Hierzu gehören Identitätsfeststellung, Kontrollstellen und erkennungsdienstliche Behandlung. Wir ändern diese Vorschrift nicht, um der Kriminalität oder der Pro-

stitution Vorschub zu leisten. Sie kennen den schönen Artikel, für den Herr Brunkhorst verantwortlich zeichnet; von der CDU wird es inzwischen schon landesweit behauptet. Wenn eine Identitätsfeststellung allein deshalb bereits zulässig ist, weil Personen an einem Ort Straftaten verüben oder der Prostitution nachgehen — das behauptet die CDU —, könnten alle Menschen, die sich hier in Hannover aufhalten, ständig kontrolliert werden. Nach unserer Auffassung muß sich die Polizei auf Wesentliches beschränken.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich will mich zu dem Begriff „öffentliche Ordnung“ nicht äußern, um es nicht zu lang werden zu lassen. Gegen diesen Gesetzentwurf sind — das ist schon erwähnt worden — zwei durchaus gewichtige Kritikpunkte vorgebracht worden. Mit den Kritikpunkten, die Herr Bruckert vorbringt, kann man sich auseinandersetzen; das, was Herr Sehrt und Herr Rehkopf in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ — soweit sie richtig zitiert worden sind —, vorgebracht haben, kann man nicht ganz so ernst nehmen.

(Jahn [CDU]: Dann nehmen Sie doch die von heute!)

— Das war doch dasselbe, Herr Jahn.

(Jahn [CDU]: Nein, von Schußwaffengebrauch stand nichts drin!)

Zum einen geht es um den Wegfall des sogenannten finalen Rettungsschusses, zum anderen um die Nichtaufnahme verdeckter Ermittler. Der Bund der Kriminalbeamten fordert vehement die Möglichkeit, zur Gefahrenabwehr verdeckte Ermittler einzusetzen. Aber selbst dessen Vorsitzender hat noch kein Beispiel nennen können — Herr Sehrt, auch Sie sind mir dieses Beispiel schuldig geblieben —, bei dem nicht der verdeckte Ermittler unter Anwendung strafprozessualer Vorschriften hätte eingesetzt werden können. Der Innenminister hat die K-Leiter gebeten, ein Beispiel zu nennen, wo im Bereich der Gefahrenabwehr in Niedersachsen verdeckte Ermittler eingesetzt wurden. Es war nicht der Fall. Die fahnden weiter, Herr Sehrt, und zwar in einer Tour. Das heißt, daß verdeckte Ermittler im Bereich der Gefahrenabwehr ein unnötiges Instrument sind.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf sieht vor, die umstrittene Spezialvorschrift über den sogenannten finalen Rettungsschuß zu streichen. Dies bedeutet im Ergebnis jedoch nicht — wie Herr Sehrt behauptet hat —, daß die Polizei etwa bei einer Geiselnahme nicht in der Lage wäre, im äußersten Fall auf öffentlich-rechtlicher

Bartling

Grundlage auch einen Schuß abzugeben, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirkt. Nach herrschender Meinung — das können Sie bei allen Rechtskundigen nachfragen — reicht hierfür die Vorschrift des § 54 Abs. 2 Satz 1 SOG aus.

(Sehr [CDU]: Das ist ganz schlimm!)

— Auch wenn Sie noch so oft sagen, das sei ganz schlimm, müssen Sie einmal die Realität zur Kenntnis nehmen: Nur vier Länder in der alten Bundesrepublik kennen diese Vorschrift, die Sie hier aufrechterhalten wollen.

Die Frage, ob man so etwas in ein Gesetz aufnimmt, ist vor allem auch ein ethisches Problem. Hierzu gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, die meiner Meinung nach letztlich rechtlich nicht erfaßt werden können.

Meine Damen und Herren, nach intensiven Beratungen ist die Landesregierung in der Lage, dem Parlament diesen Gesetzentwurf vorzulegen. Anders als in der letzten Legislaturperiode wird dieser Entwurf nicht nur — wie es bei Ihnen im Jahre 1987/88 war — bloßes Beschäftigungsprogramm für den Innenausschuß sein. Selbst der damaligen Regierungskoalition war klar, daß der damalige CDU/FDP-Entwurf eigentlich nicht beratungsfähig, geschweige denn verabschiedungsfähig war. Wir legen andere Maßstäbe an unsere Arbeit an. Wir sind jeder sachlichen Kritik an dem Gesetzentwurf in den Ausschußberatungen gegenüber durchaus aufgeschlossen. Wir werden mit diesem Gesetzesvorhaben — was Sie uns in der Vergangenheit nie zugetraut haben, was Sie uns aber in

Zukunft immer mehr zutrauen müssen — auch in diesem Bereich der inneren Sicherheit ein weiteres Gesetz verabschieden und damit die Fehler der Vergangenheit ausräumen. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Goede:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Werden Gesetzentwurf dem Ausschuß für innere Verwaltung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen und dem Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Mitberatung überweisen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Möchte jemand dagegenstimmen? — Eine Gegenstimme. Möchte sich jemand enthalten? — Das ist nicht der Fall.

Dann sind wir am Ende unseres Tagungsabschnitts angelangt. Wir haben ein arbeitsreiches Jahr hinter uns. Ich danke allen, die so fleißig mitgearbeitet haben.

Der nächste Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 20. bis 22. Januar 1993 vorgesehen. Ich bitte, den Präsidenten zu ermächtigen, im Einvernehmen mit dem Ältestenrat Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts festzulegen.

Ich wünsche allen eine gute Heimfahrt und frohe und gesegnete Weihnachten.

Schluß der Sitzung: 19.46 Uhr.

Anlagen zum Stenographischen Bericht

noch:

Tagesordnungspunkt 22:

Mündliche Anfragen — Drs 12/4161

Anlage 1

Antwort

des Ministerpräsidenten auf die Frage 5 des Abg. Grill (CDU):

Zustimmung des Niedersächsischen Ministerpräsidenten zu der mit hoher Priorität zu betreibenden Errichtung und Inbetriebnahme eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung

Der Niedersächsische Ministerpräsident hat im schriftlichen Verfahren einem Beschlußvorschlag eines von den Ministerpräsidenten der Länder eingesetzten Arbeitskreises auf Staatssekretärebene zugestimmt, der den Auftrag hatte (und hat), den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979 zu überprüfen und Vorschläge zu einer Fortentwicklung zu erarbeiten. Der Kerninhalt dieses Beschlußvorschlages lautete wie folgt:

„Unbeschadet unterschiedlicher Auffassungen über die Nutzung der Kernenergie und unbeschadet der Frage eines künftigen Entsorgungskonzeptes treten die Staatssekretäre daher mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Hinblick auf die gesicherte Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus kerntechnischen Anlagen sowie aus Medizin, Industrie und Forschung Errichtung und Inbetriebnahme eines Bundesendlagers für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung mit hoher Priorität betrieben wird. Der Bund hat in seiner Verantwortung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle durch das Bundesamt für Strahlenschutz für das Endlagerprojekt Konrad (Salzgitter) ein Planfeststellungsverfahren beantragt.“

Für den Fall, daß der Niedersächsische Ministerpräsident interne Vorbehalte gegen diesen Beschluß gehabt hat, hätte er diese in der Form einer — in solchen Fällen üblichen — Protokollnotiz geltend machen können. Dies ist nicht geschehen.

Dementsprechend hat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen den Ministerpräsidenten der alten Bundesländer mit Schreiben vom 31. 10. 1990 mitgeteilt, daß alle Regierungschefs der alten Länder dem Beschlußvorschlag im Umlaufverfahren einvernehmlich zugestimmt haben.

Hierauf angesprochen, hat Ministerpräsident Schröder am 22. Oktober 1992 gegenüber Pressevertretern erklärt, er habe in dieser Angelegenheit einen erläuternden Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen geschrieben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Bestätigt sie den dargestellten Sachverhalt?
2. Welche Position zum Schacht Konrad hat der Niedersächsische Ministerpräsident in seinem Schreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen eingenommen?
3. Welche Antwort bzw. welche Position hat der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident auf dieses Schreiben erteilt bzw. eingenommen?

Der Beschluß des Arbeitskreises auf Staatssekretärebene vom 29. August 1990 enthält keine Vorfestlegung auf Schacht Konrad als Bundesendlager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung. Als Reaktion auf mein Schreiben vom 28. August 1990 an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder wurde kein Votum zu einem bestimmten Endlagerprojekt abgegeben, sondern nur die Entsorgungsnotwendigkeit beschrieben. Zu dem Hinweis, daß der Bund ein Planfeststellungsverfahren für das Endlagerprojekt Konrad beantragt hat, ist vom Staatssekretärsausschuß keine Bewertung abgegeben worden. Die ablehnende Position Niedersachsens ist allen Beteiligten klar gewesen.

Entsprechend dem Beschlußvorschlag des Bundesumweltministers vom 13. September 1990 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern den Beschluß der Staatssekretäre nur zur Kenntnis genommen und außerdem den Arbeitskreis um eine ergänzende Stellungnahme gebeten.

Eine Bewertung des Berichts und der Lösungsvorschläge ist bis heute nicht vom Arbeitskreis auf Staatssekretärebene einvernehmlich vorgenommen worden, weil sich die Positionen der CDU- und SPD-geführten Bundesländer bisher in den entscheidenden Punkten gegenseitig ausschließen. Dies betrifft insbesondere die Festlegung der Bundesregierung auf den Entsorgungsweg Auslandswiederaufarbeitung, während die SPD-geführten Bundesländer immer die Auffassung vertreten haben, daß nur eine direkte Endlagerung ohne Wiederaufarbeitung sinnvoll ist.

Das Schreiben von Ministerpräsident Rau vom 31. Oktober 1990 ist deshalb nicht geeignet, einen Widerspruch unter den SPD-geführten Bundesländern zu konstruieren, da der Nordrhein-Westfälische Ministerpräsident nur darüber unterrichtet hat, daß dem Beschlußvorschlag zugestimmt worden ist. Ich habe aber keinen erläuternden Brief an den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen geschrieben, sondern Mitte Dezember in einem Gespräch u. a. auch die ablehnende Haltung Niedersachsens zu Schacht Konrad erläutert.

Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu 1: Auf Grund der vorgenannten Erläuterungen: Nein

Zu 2 und 3: Es hat keinen Schriftwechsel gegeben, aber ein Gespräch stattgefunden. Bei diesem Gespräch habe ich die ablehnende Haltung des Landes Niedersachsen gegenüber Schacht Konrad zum Ausdruck gebracht und auf die noch nicht geklärten Transportrisiken, die Fragen der Langzeitsicherheit und die unzureichend durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung hingewiesen. Beide Seiten waren sich im übrigen einig darin, daß die Suche nach Alternativstandorten notwendig ist.

Diese Position haben im übrigen auch alle SPD-geführten Bundesländer in ihrer Bewertung des erweiterten Berichts des Arbeitskreises auf Staatssekretärebene beschlossen und die Forderung nach einem zentralen Endlager für alle Arten von Atom Müll erhoben. Sollte auf Bundesebene allerdings ein energiepolitischer Konsens möglich werden, so muß sicher auch die Entsorgungsfrage neu gestellt und beantwortet werden.

Anlage 2

Antwort

des Kultusministers auf die Frage 7 des Abg. Kethorn (CDU):

Verschlechterung der Berufsperspektiven von Schülerinnen und Schülern durch kurzfristigen Wegfall des BGJ Wirtschaft und Verwaltung

Die Landesregierung hat angekündigt, durch eine Änderung der Schulgesetznovelle das BGJ Wirtschaft und Verwaltung, das in den Landkreisen Aurich, Emsland, Grafschaft Bentheim, Leer und Wittmund sowie der Stadt Emden verbindlich eingeführt ist, zum Ende des Schuljahres 1992/93 auslaufen zu lassen. Dies hat Besorgnis bei vielen Schülerinnen und Schülern besonders des 10. Schuljahrgangs hervorgerufen, die befürchten, keine Lehrstelle mehr zu bekommen. So haben sich 24 Schülerinnen und Schüler aus Sögel (Emsland) in einem Leserbrief an die dortige Ems-Zeitung gewandt: „Die Nachricht schlug bei uns wie eine Bombe ein, denn nun sitzen viele von uns im wahrsten Sinne des Wortes auf der Straße. Wir haben kaum noch Aussichten, eine Lehrstelle zu bekommen, weil die meisten Lehrstellen schon an die jetzigen BGJ-Schüler(innen) vergeben sind. Wir fragen nun: Wo bleiben wir?“

Ich frage die Landesregierung:

1. Was tut sie für diejenigen Jugendlichen, die auf Grund des kurzfristigen Wegfalls des BGJ Wirtschaft und Verwaltung keine Lehrstellen in diesem Berufsfeld mehr finden, weil diese bereits von Schülern aus dem noch laufenden BGJ belegt sind?
2. Warum hat sie diese Änderung nicht schon in die Gesetzesvorlage eingebracht, um den betroffenen Jugendlichen rechtzeitig eine berufliche Orientierung zu ermöglichen?
3. Was geschieht mit Jugendlichen, die ohne Absolvierung des BGJ einen Lehrvertrag abgeschlossen haben, wenn die Schulgesetznovelle erst nach dem 1. August 1993 in Kraft tritt?

Die Forderung nach Abschaffung des BGJ Wirtschaft und Verwaltung in der Region Ostfriesland/Emsland wird seit Jahren von der auszubildenden Wirtschaft sowie den Industrie- und Handelskammern erhoben. Diese Forderung wird mit verschiedenen Argumenten begründet; unter anderem wird vorgetragen, daß die Wettbewerbssituation der Betriebe in dieser Region durch eine Verkürzung der betrieblichen Anteile der Ausbildung verschlechtert werde. Außerdem würden auch die Auszubildenden Nachteile erleiden, weil diese kaum Vermittlungschancen außerhalb der BGJ-Region hätten und im ersten Lehrjahr, das als BGJ geführt werden müsse, keine Ausbildungsvergütung erhielten.

Ich habe die für dieses Berufsfeld von der Wirtschaft und ihren Verbänden vorgetragenen Argumente schließlich akzeptiert, da auch durch die Neuordnung der kaufmännischen Ausbildungsberufe das Konzept des BGJ im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung mittlerweile bundesweit didaktisch nicht mehr als sinnvoll angesehen wird.

Bei den Vorbesprechungen mit der Wirtschaft und den Kammern, in denen vor allem in den letzten Monaten und Wochen immer wieder die unverzügliche Abschaffung zum 1. August 1993 gefordert wurde, ist dem MK nachdrücklich versichert worden, daß für die durch die Abschaffung des BGJ Wirtschaft und Verwaltung betroffenen Jugendlichen keinerlei Nachteile bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz entstehen würden. Die Wirtschaft würde eine besondere Anstrengung unternehmen, nach der von ihr geforderten Aufhebung des BGJ, allen Jugendlichen Ausbildungsplätze anzubieten. Dies ist nochmals bei einer Besprechung der Abteilung Berufliche Bildung mit den Berufsbildungsreferenten aller Industrie- und Handelskammern am 20. Oktober 1992 in Hannover bestätigt worden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu 1: Falls es tatsächlich dazu kommen sollte, daß Jugendliche, die sich zur Zeit noch in der Haupt- oder Realschule befinden, zum 1. August 1993 keine Lehrstelle im kaufmännischen Bereich finden sollten, steht für diese Schülergruppe zu diesem Zeitpunkt erneut wieder die Einjährige Berufsfachschule — Wirtschaft — für Realschulabsolventen/Realschulabsolventinnen (Höhere Handelsschule) sowie die Zweijährige Berufsfachschule — Wirtschaft — als Schulform an allen bisherigen BGJ-Standorten zur Verfügung. Diese

Schulformen waren während der Zeit des verbindlichen BGJ dort nicht vorhanden; sie werden jetzt wieder eingeführt. Diese Einführung erfolgt unabhängig von der Beschlußfassung zur Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes und tritt an diesen Standorten auch dann in Kraft, wenn das BGJ zum 1. August 1993 nicht abgeschafft werden sollte.

Der Besuch dieser Schulformen wird im gleichen Umfang wie der BGJ-Besuch — nämlich mit einem Jahr — auf eine anschließende kaufmännische Ausbildung angerechnet, so daß sich für Jugendliche, die diese Berufsfachschule dann freiwillig besuchen, lediglich die Stundentafel und die Bezeichnung der Schulform ändert. Die Gesamtausbildungszeit und die Tatsache, das erste Ausbildungsjahr in vollzeitschulischer Form zu absolvieren, bleibt unverändert.

Weiterhin wird die Landesregierung mit Nachdruck an die Wirtschaft und ihre Verbände appellieren, ihre Zusage einzulösen, die betroffenen Jugendlichen „nicht auf der Straße stehen zu lassen“.

Zu 2: In der Gesetzesvorlage zur Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes wurde im § 179 u. a. formuliert, daß das BGJ auch früher als zum 1. August 1998 aufgehoben werden darf, wenn es in dem betreffenden Berufsfeld nicht mehr vorgehen ist. Diese Formulierung betraf das BGJ Wirtschaft und Verwaltung; es war allerdings erforderlich, daß der betreffende Schulträger einen Antrag auf Aufhebung stellte. Da zumindest alle Schulträger aus dem Raum Ostfriesland signalisiert hatten, daß sie unbedingt zum 1. August 1993 das BGJ aufgehoben wissen wollten und niemand aus dem politischen Raum sowie bei beiden Sozialpartnern und den berufsbildenden Schulen mehr an dem BGJ Wirtschaft und Verwaltung festhalten wollte, war sicherzustellen, daß die Aufhebung zum 1. August 1993 umgesetzt werden konnte. Dies wäre bei der jetzigen Formulierung des § 179 mit Anträgen der Schulträger möglich gewesen, wenn das neue Schulgesetz zum 1. März 1993 in Kraft getreten wäre. Da durch den derzeitigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens nicht auszuschließen ist, daß die Novelle später als zum 1. März 1993 in Kraft tritt, ist nicht mehr gewährleistet, daß die BGJ-Aufhebungsverordnung nach den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen für Anhörung und Veröffentlichung rechtzeitig zum 1. August 1993 wirksam werden kann. Daher mußte die von allen Beteiligten gewünschte Aufhebung von Gesetzes wegen vorgesehen werden. Die Landesregierung hat

daher inzwischen beschlossen, eine entsprechende Änderungsvorlage zur bisherigen Regierungsvorlage in den Niedersächsischen Landtag einzubringen.

Zu 3: Wenn die Schulgesetznovelle zum 1. August 1993 nicht in Kraft treten sollte, gilt die derzeitige Rechtslage. Dies bedeutet, daß in der Region Ostfriesland/Emsland für alle Auszubildenden des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung das erste Ausbildungsjahr in vollzeitschulischer Form als BGJ oder — nach der erneuten Einführung — als Berufsfachschule Wirtschaft absolviert werden muß. Lehrverträge, die zur Zeit abgeschlossen werden, sind daher in dieser Region unter dem Vorbehalt der gesetzlichen Änderung abzuschließen. Die Kammern haben dem MK versichert, daß dies bei den Ausbildungsverträgen auch durchaus geschieht.

Anlage 3

Antwort

des Umweltministeriums auf die Frage 8 der Abg. Frau Hoops (Grüne):

Arbeitsgruppe der OFD Hannover zur Bestandsaufnahme möglicher Umweltbelastungen im Übungsraum des Soltau-Lüneburg-Abkommens

Im März 1992 hat die OFD Hannover eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die mögliche Bodenverseuchungen auf den sogenannten Roten Flächen im Übungsraum des deutsch-britischen Soltau-Lüneburg-Abkommens (SLA) untersuchen und Sanierungsmaßnahmen vorbereiten soll. Trotz wiederholter Aufforderung durch örtliche Politiker und Verwaltungsvertreter weigerte sich diese Arbeitsgruppe bisher, Details über ihre Tätigkeit vorzustellen.

Soltau-Fallingbostels OKD Schumacher spricht bereits von einem „Ein-Parteien-Gutachten“: Schließlich sei der Auftraggeber die OFD, die wiederum bestrebt sei, ihre Kosten so gering wie möglich zu halten. Auch gehörten der Expertenkommission keine Ortskundigen aus dem SLA-Raum an.

Ein Vertreter der Bezirksregierung Lüneburg hat dem entgegengehalten, daß erforderliche Untersuchungen von „unabhängigen Experten“ vorgenommen und erst dann der Expertenkommission der OFD vorgelegt würden, deren Aufgabe es sei, die Auswertung vorzunehmen und der OFD Sanierungsmaßnahmen vorzuschlagen.

Aussagen des Landkreises, Militärmüll werde im SLA-Raum teilweise gezielt vergraben, bezeichnete die Bezirksregierung als „aufgebauscht“. Die Befunde aus den Oberflächen- und Grundwasseruntersuchungen seien bisher nicht besorgniserregend (HAZ vom 2. Oktober 1992).

Obwohl insoweit also schon Untersuchungsergebnisse vorliegen müssen, sollen die betroffenen Kommunen und Landkreise erst „um den Jahreswechsel herum“ informiert werden. Eine Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit ist sogar ausdrücklich nicht vorgesehen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Um welche Einrichtungen/Personen handelt es sich bei den im Auftrag der OFD-Arbeitsgruppe untersuchenden „unabhängigen Experten“, und wer wählt diese aus?
2. Was und mit welchem Ergebnis ist im Rahmen der Tätigkeit der OFD-Arbeitsgruppe bisher im Übungsraum des SLA untersucht worden?
3. Wie gedenkt die Landesregierung eine Beteiligung sachkundiger kommunaler Vertreter an der Arbeitsgruppe der OFD sowie die Unterrichtung der interessierten Öffentlichkeit zukünftig zu gewährleisten?

Im Rahmen der Rückabwicklung des Soltau-Lüneburg-Abkommens untersucht der Bund Flächen im Übungsgebiet Soltau-Lüneburg auf Bodenverunreinigungen und -schäden. Die dafür zuständige Oberfinanzdirektion Hannover hat zu ihrer Unterstützung für die Steuerung der Untersuchungs- und die ggf. erforderlichen Sanierungsmaßnahmen eine Expertengruppe eingesetzt. In ihr wirken — neben sachverständigen Bediensteten des Bundes — auch orts- und sachkundige Angehörige von Landesbehörden mit — nämlich der Universität Göttingen, des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, des Niedersächsischen Forstplanungsamts und der Bezirksregierung Lüneburg.

Die maßgeblichen Untersuchungs- und Bewertungsarbeiten vor Ort werden von privaten Fachfirmen durchgeführt.

Die Landesregierung legt allergrößten Wert darauf, daß die Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen des Bundes in vollem Umfange allen Umweltbelangen gerecht werden. Sie steht seit März dieses Jahres im Kontakt mit der Oberfinanzdirektion Hannover, um zu gewährleisten, daß Untersuchungsverfahren und -ergebnisse mit den zuständigen Landesbehörden fachlich abgestimmt und die Anforderungen von Kommunen, Verbänden und Einrichtungen berücksichtigt werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1: Die Mitglieder der Expertengruppe wurden von der OFD in enger Zusammenarbeit mit den obersten Landesbehörden ausgewählt. Die Landesregierung wird auch auf die sachgerechte Auswahl der Fachfirmen für das Projektmanagement und für Einzeluntersuchungsmaßnahmen Einfluß nehmen.

Zu 2: Bisher wurde mit der Untersuchung der sieben Biwakplätze östlich der Lube (Nrn. 70—76) begonnen. Im Rahmen der Standort- und Vegetationskartierung wurden Bodenproben genommen, die auf Bodenbelastungen und Nährstoffe untersucht und ggf. für weitere Untersuchungen rückgestellt werden. Ergebnisse liegen der Landesregierung noch nicht vor, so daß auch keine Bewertung abgegeben werden kann.

Zu 3: Die Beteiligung der Kommunen, Verbände und Einrichtungen vor Ort an den Maßnahmen im Soltau-Lüneburg-Gebiet muß noch verbessert werden. Die Bezirksregierung Lüneburg hat deshalb die Landkreise und Gemeinden mit den politisch verantwortlichen Mandatsträgern zu einer Informationsveranstaltung am 16. Dezember 1992 eingeladen.

Daraus kann sich ein regelmäßiges Informations- und Beratungsforum unter Einschluß der Umweltverbände ergeben. Die Landesregierung hat keine Möglichkeit, auf die Landkreise einzuwirken, einen Vertreter in die Expertengruppe der OFD zu entsenden.

Dem Landkreis Soltau-Fallingb. wurde von der Oberfinanzdirektion die Möglichkeit gegeben, einen sachkundigen Mitarbeiter in der Expertengruppe tätig werden zu lassen. Er hat aber dieses Angebot nicht angenommen.